Feuer und Flamme Geronimo

Edition ID-Archiv

Geronimo

Feuer und Flamme



Zur Geschichte der Autonomen

Edition ID-Archiv

Geronimo

Feuer und Flamme

Edition ID-Archiv
Berlin – Amsterdam

Geronimo

Feuer und Flamme

Zur Geschichte der Autonomen

Edition ID-Archiv
Berlin – Amsterdam

Editorische Notiz: »Feuer und Flamme« erschien erstmals im Mai 1990 in der Edition ID-Archiv. Die vorliegende Neuauflage wurde vom Autor vollständig überarbeitet.

Geronimo
Feuer und Flamme
Zur Geschichte der Autonomen

Edition ID-Archiv
Postfach 360 205
10972 Berlin
ISBN: 3-89408-004-3

1. Auflage 1990
4. Auflage 1995

Gestaltung
seb, Hamburg

Druck
Winddruck, Siegen

Buchhandelsauslieferungen
BRD: Rotation Vertrieb
Schweiz: Pinkus Genossenschaft
Österreich: Herder Auslieferung
Niederlande: Papieren Tijger

Inhalt

Vorbemerkung zur Neubearbeitung

Wieso ist Feuer & Flamme einmal entstanden?

Der Ausgangspunkt für dieses Buch bestand Ende der 80er Jahre darin, eine »kurze Kritik« an einigen innerhalb der Autonomen herumfliegenden Geschichts- und Organisierungsvorstellungen zu üben. Nicht mehr.

Zu jenem Zeitpunkt war ich sowohl an dem linksradikalen Flügel der – inzwischen in dieser Form weitgehend verschwundenen – Anti-AKW-Bewegung als auch an der gegen die Tagung von IWF und Weltbank in West-Berlin gerichteten Kampagne autonomer Gruppen intensiv beteiligt. Nach dem vorläufigen Ende dieser Bemühungen erschien mir das unter dem Stichwort »autonom« zusammengebastelte Theorie- und Praxisverständnis ein wenig windschief, weshalb ich auch ein nach Möglichkeit radikales Nachdenken notwendig fand. So habe ich mir nach dem Ende der IWF-WB-Kampagne, trotz meiner Erschöpfung, die Zeit genommen, eine Reihe von Kritiken an den Autonomen noch einmal genauer und gründlicher durchzulesen. In diesem Zusammenhang seien besonders die Texte der l.u.p.u.s-Gruppe aus Frankfurt vom Frühjahr 1987 und ein Ende 1988 von Hamburger Linksradikalen verfaßtes Papier unter dem Titel »Ich sag' wie es ist« genannt. In beiden Texten werden autonome Bewegungserfahrungen der 80er Jahre verhandelt. Besonders von dem Inhalt des l.u.p.u.s-Papieres war ich außerordentlich beeindruckt. Eine Reihe von Passagen darin haben meinen heftigen Widerspruch provoziert: »Nein, so zynisch und blöd, wie da ›andere Autonome‹ dargestellt werden, bin ich nicht! Damit bin ich überhaupt nicht einverstanden!« Ich habe vielleicht dieses Papier im Vergleich zu den damals von den VerfasserInnen verfolgten, ja immer auch aktuell tagespolitisch motivierten, Intentionen

genau umgekehrt gelesen. Nichtsdestotrotz war es für mich, bei allen – mir manchmal zu – selbstkritischen Untertönen an den Paradoxien der realen Vergesellschaftung innerhalb von autonomen Zusammenhängen, ein wichtiger Durchbruch zur Formulierung meiner eigenen Bewegungserfahrungen. Deshalb kann ich auch heute noch dieses Papier nicht genug über den grünen Klee loben.

Das Hamburger Papier besitzt gegenüber dem l.u.p.u.s.-Text auch nicht annähernd die gleiche Qualität. Es ist durchzogen von einem selbstgerechten orthodox-leninistischen Grundverständnis, welchem der Stalinismus konsequent auf dem Fuße gefolgt ist. Ich habe dieses Papier damals unter der eher unbewußt verfolgten Perspektive eines eifrigen Parteiaktivisten einer imaginierten Autonomen-Partei gelesen. Folgerichtig bestand mein Anliegen mit »Feuer und Flamme« auch darin, Dinge und Sachen zusammenhalten zu wollen, die, kritisch betrachtet, überhaupt nicht zusammengehören. Heute würde meine Kritik an diesem Papier, völlig unbefangen und in jeder Hinsicht skrupellos, um vieles schärfer und unversöhnlicher ausfallen, als es in der ersten Fassung von »Feuer und Flamme« geschehen ist.

Beide Texte wurden von mir daraufhin durchgesehen, was sie über die Dinge geschrieben haben, an denen auch ich in der einen oder anderen Weise beteiligt gewesen war. Und siehe da: mehr als einmal habe ich mich in diesen Darstellungen darüber geärgert, daß ich und meine Freunde dabei immer dümmer wegkamen, als wir es doch tatsächlich waren. Hinzu kam, daß die gegebenen Hinweise auf die linksradikale Geschichte der 60er und 70er Jahre beinhalteten, daß früher alles irgendwie »besser« als heute gewesen sein soll. Ich habe mich dabei spontan gefragt, ob das tatsächlich stimmte. »Wenn es denn damals so toll gewesen sein soll, wieso hast du dann später so wenig davon mitbekommen?« war meine Reaktion auf derartige Aussagen. Mein Widerspruch wurde durch diese Papiere herausgefordert. Nicht mehr. Und um ein Ergebnis meiner Bemühungen um eine kleine Rekonstruktion von autonomer Geschichte insbesondere in den 60er und 70er Jahren der BRD gleich vorwegzu-

nehmen: in meiner »Untersuchung« hat sich herausgestellt, daß »früher« nicht »alles besser«, sondern einfach alles nur ein wenig »anders« gewesen ist.

Und weil ich mich damals in besonderer Weise einer »konstruktiv« gemeinten Praxis verpflichtet gefühlt habe, sollte natürlich nicht bei einem bloßen, mir damals eher verdächtig erscheinenden »Kritisieren« stehengeblieben werden. Und so habe ich mir in einer Zeit, in der sich nebenbei die DDR nach 40 langen Jahren kontinuierlicher Nationalstaatsorganisierung einfach im Nix auflöste, dann auch noch gleich einen eigenen »Organisierungsvorschlag« für die von mir so geliebten Autonomen ausgedacht. Großzügig, nicht wahr?

Mit welcher Methode wurde Feuer und Flamme eigentlich geschrieben?

Ich setzte mich hin, um einmal aufzuschreiben, wie es denn bei den Sachen, an denen ich irgendwie im irgendwo selber beteiligt war, aus meiner Sicht war. Und darüber hinaus wollte ich mir auch mal angucken, ob die Geschichte, bei der ich leider aus biographischen Gründen nicht hab' dabei sein können, tatsächlich um so vieles »besser« war als die bewußt miterlebte und manchmal ja auch gemachte eigene Geschichte in den 80er Jahren.

Das war der Ausgangspunkt, von dem zu sammeln und herumzulesen angefangen wurde. Und abgesehen vom Aufschreiben habe ich dann in der Zwischenzeit noch über alles, was ich schon wußte, mit Freunden und Freundinnen gesprochen und diskutiert. Besonders geholfen haben mir dabei Gespräche mit meinen Freunden Don Fredo und Felice dem Grottenolm, die wir bei einer dreiwöchigen Fahrradfahrt quer durch Südschweden geführt haben. Ersterer war in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein Sponti-Fürst irgendwo an einer norddeutschen Uni. Letzterer war ein dem zentralistisch organisierten Kommunistischen Bund (KB) aus Hamburg aus den Rudern gelaufenes Basismitglied. Wir drei haben während dieser Fahrradfahrt im Sommer 1989 rund um die Uhr gegen Gott und für die Welt herumgeschwatzt. Dabei haben wir nicht nur über die gerade mal ein

Jahr zurückliegende IWF-WB-Kampagne der autonomen Gruppen gesprochen, an denen wir alle drei in der ein oder anderen Art und Weise beteiligt waren. Ich habe einfach die Gelegenheit genutzt, alles das zu fragen, was ich schon immer mal über die Geschichte der Linksradikalen wissen wollte. Und darüber hinaus hab' ich beide immer mal wieder mit meinen Vorurteilen darüber konfrontiert, jedenfalls dann, wenn schon welche da waren. Manchmal haben sie mich für die Ansichten einfach nur ausgelacht, mir dann meinen Unsinn auseinandergepflückt und mich über die »wahren Sachverhalte« aufgeklärt. Über andere Vorurteile von mir haben sie gestaunt, und wir haben kreuz und quer diskutiert. Und nachdem wir zwischendurch in Stockholm zufällig in einer Kolonie von ehemaligen Flüchtlingen noch ein paar zynisch gewordene Tupamaros getroffen hatten, waren irgendwann die drei Wochen vorbei, und wir gingen wieder auseinander. Unmittelbar danach habe ich dann mein bis dato angefertigtes Manuskript in den Mülleimer geworfen und sofort begonnen, alles aufzuschreiben, was ich noch an Entwicklungslinien, Einschätzungen und Thesen aus unseren gemeinsamen Gesprächen in Erinnerung hatte. Und mit dieser Methode: nachdenken, aufschreiben, mit Schlaueren drüber quatschen, alte, dann als dumm erkannte Sachen wieder verwerfen und neue hinzufügen, wurde solange weitergemacht, bis das ursprünglich einmal als »kurze Kritik« gedachte Papier dann als Buch endlich fertig war. Ich möchte die von mir bei der Erstellung von Feuer und Flamme benutzte Methode als Sammel- und Räubermethode kennzeichnen. Vermutlich ist diese Methode gerade in der kritischen Sozialwissenschaft verpönt, schließlich genügt sie ganz sicher keinerlei wissenschaftlichen Ansprüchen. In dem Bereich der »Wissenschaft« gilt nach wie vor der Grundsatz: Die angewandten Methoden des Arbeitens müssen dem jeweilig behandelten Gegenstand angemessen sein. Doch was läßt sich gerade bei dem schillernden Gegenstand von »Politik« genau unter der »Wissenschaft von der Politik« verstehen?

Ich glaube, daß ich bei der Formulierung von »Feuer und Flamme« versucht habe, diese »Wissenschaft« einfach

im Sinne von Freiheit zu begreifen; und zwar der Freiheit, Nachfrage und Widerspruch zur Gesellschaft zu üben, etwas nicht fatalistisch als gottgegeben oder gar unveränderbar hinzunehmen, manchmal sogar – und das ist oft das mühsamste – auch »Nein« zu sagen. Überhaupt: Besteht nicht der Sinn von Politik unter den herrschenden Bedingungen allein darin, alle Menschen in die Lage zu versetzen, selber Politik betreiben zu können, um sie genau dadurch in allen ihren idiotischen, gar bisweilen barbarischen Formen endlich abzuschaffen?

Was sollte man und frau ansonsten noch in der Vorbemerkung erfahren?

Feuer & Flamme – und zwar »für diesen Staat« und nicht, wie seit geraumer Zeit, von Nazis und Rassisten mit staatlicher Billigung an Flüchtlingswohnhäuser gelegt – wurde als Parole immer wieder in den 80er Jahren von Autonomen auf Demonstrationen skandiert. Dieser Begriff schien mir auch im Sinne einer durchaus flüchtig gemeinten Momentaufnahme eine gute Charakterisierung der politischen Bewegung der Autonomen zu sein.

Eine Voraussetzung, die mehr oder weniger sichtbar in die Darstellung einfließt, ist die Biographie des Autors insbesondere innerhalb der linksradikalen Bewegung in Norddeutschland/Hamburg und West-Berlin. Dieser Hinweis ist deshalb nicht ganz unwichtig, da die Geschichte der Autonomen in der alten BRD immer sehr stark von lokalen Gegebenheiten beeinflußt worden ist. Und gerade wenn man dann auch selber an diesen oder jenen Stellen eifrig mitgemischt hat, verliert man ziemlich schnell den ohnehin schwierigen Überblick über die Entwicklungen der autonomen Strukturen in anderen Regionen der BRD (z.B. Rhein-Main-Gebiet, Süddeutschland, Ruhrgebiet). Hinsichtlich der Biographie des Verfassers ist die nachfolgende Darstellung auch als Geschichte eines unbezahlt und zuweilen sehr entfremdet Arbeit leistenden autonomen Parteifunktionärs mittendrin in dem Durcheinander zwischen ganz großer, dann etwas kleinerer und manchmal ja auch gar keiner Politik zu lesen; ein Individuum, welches sich nebenbei bemerkt

auch mit Hilfe dieses Textes als Billig-Intellektueller probiert hat.

Darüber hinaus konnte die nachfolgende Darstellung natürlich nicht frei von meiner besonderen Sichtweise als Mann sein. Dabei sind für mich gerade bei den durch die feministisch-autonome Frauenbewegung aufgeworfenen Herausforderungen eine Reihe von Widersprüchen explodiert: Wut, Resignation und Hilflosigkeit lagen dabei dicht beieinander. Und so bleibt bei dieser Bearbeitung außer dem Hinweis, daß ich ein diesbezügliches Kapitel aus der alten Fassung herausgeworfen habe, wenig mehr zu sagen, als daß die im Geschlechterverhältnis angelegten widersprüchlichen Dimensionen in diesem Text deshalb nicht »berücksichtigt« wurden, weil der Autor schlicht zu ahnungslos war, sie zu begreifen.

Ich bin nach der ersten Fassung darauf aufmerksam gemacht worden, daß es einer Frechheit gleichkommt, eine Abhandlung zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen in den 70er und 80er Jahren zu schreiben, ohne dabei den großen Einfluß der Rock- und Punkmusik sowie des süßen Drogenrausches auf die Szene auch nur einmal erwähnt zu haben. Ich bitte mir dieses Versäumnis als manchmal vielleicht etwas trocken wirkenden, bolero-hörenden Bücherjunkie nachzusehen ...

Die an diesen oder jenen Stellen verwendete Anrede »Genosse« besitzt verständlicherweise für Leute aus der links-antiautoritär-undogmatischen Szenerie der ehemaligen DDR einen mehr als faden Beigeschmack. Selbst dem Verfasser gruselt mittlerweile bei der Erkenntnis, daß sich damit auch ein Erich Mielke positiv angesprochen fühlen könnte. Und der ist jemand, der als stalinistischer Geheimdienstbulle in der zweiten Hälfte der 30er Jahren mit Eifer mitgeholfen hat, die soziale Revolution im spanischen Bürgerkrieg zu liquideren. Trotz allem kennzeichnet »Genosse« in der Geschichte der alten West-BRD einen Zusammenhang von tendenziell Verfolgten und Ausgegrenzten, nicht jedoch eine Führungsclique. Und darüber hinaus fühlt sich der Verfasser einem Milieu von Genossen und GenossInnen zugehörig, die mitunter in ihrer wirklichen Lebenspraxis

auch den reichen, manchmal sogar auch überschäumenden Genuß, wie z.B. bei der Plünderung von Supermärkten, verstanden, sprich: »genossen« haben.

Eine kurze Anmerkung zu Geronimo: Mit der Wahl dieses Pseudonyms soll keineswegs der Eindruck von Konspirativität erweckt werden. Als ich es vor einem halben Jahrzehnt gewählt habe, war es für mich Ausdruck für den Versuch, einen pragmatischen Umgang mit der Anmaßung zu finden, als einzelner über etwas zu schreiben, von dem ich immer noch finde, daß doch gerade bei diesem Thema alle etwas zu sagen haben und zu sagen haben sollen. Dieser banale Gedanke reflektiert dabei zugleich die innerhalb der autonomen Bewegung vagabundierende Paradoxie des ungelösten Hierarchie- und Führungsproblems. Schließlich gilt doch nach wie vor: Die Autonomen besitzen keine Comandantes oder, genauer formuliert, sie sollten keine besitzen. Jedenfalls nicht in einer befreiten Gesellschaft, in der wir bekanntlich noch nicht leben.

Darüber hinaus bietet die Wahl eines Pseudonyms in der gegenwärtigen Situation einen kleinen Schutz vor organisierten Neofaschisten, den ich aus gesundheitlichen Gründen nicht missen möchte.

Das in der ersten Fassung in diesem Zusammenhang angesprochene Problem der Korruption existiert bekanntlich in dieser Gesellschaft immer noch. Dem Autor ist es aber mittlerweile mit seinem weitgehend auf Grundlage eines in den sich verflüchtigenden Nischen der Alternativbewegung um Angepaßtheit bemühten bescheidenen Lebensstil keine großen Worte mehr wert.

Dem und der nun hoffentlich immer noch geneigten Leserin wird nun eine Reise quer durch den bundesdeutschen Linksradikalismus in der Zeit von ungefähr 1967 bis nach 1989 zugemutet. Da und dort wurden in den einzelnen Kapiteln ein paar neue Literaturhinweise aufgenommen. Nicht nur sie mögen den Leserinnen dazu dienen, den nachfolgenden Text nicht einfach folgsam und stumm, d.h. unkritisch in sich aufzunehmen. Vielleicht löst er bei den verehrten LeserInnen wenigstens den die Gleichgültigkeit kreuzenden Impuls aus, kopfschüttelnd zu widersprechen ...

Zur Geschichte der Autonomen 1967–1989

Die Autonomen, so wie es sie heute in dieser Gesellschaft der 90er Jahre als eine politisch verstandene Formation gibt, hat es weder in der Wirtschaftswunder-BRD noch in der stalinistischen Ulbricht-DDR der 50er Jahre gegeben. Die Autonomen, wie man und frau sie sowohl aus eigener Beteiligung als auch aus der distanzierten Medienanschauung in diesem Land kennt und zuweilen ja auch erleidet, existieren im Grunde genommen erst im Gefolge der 68er Revolte, vor allem in Westeuropa. Diese Revolte wurde in der zweiten Hälfte der 60er Jahre sozial hauptsächlich von einer StudentInnenbewegung getragen. Aus dieser sozialen Bewegung ist in Abgrenzung zur »Alten Linken« eine sogenannte »Neue Linke« entstanden. Diese neue Linke entwickelte sich aus einer Kritik sowohl an den Stellvertreterformen von Partei und Gewerkschaft als auch an den politischen Konzeptionen der traditionellen Arbeiterbewegung. Die Abgrenzung galt der westeuropäischen Sozialdemokratie wie dem osteuropäischem Bolschewismus, aber auch Elementen eines südeuropäischen Anarchismus. Sowohl gegen die in Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg restaurierten kapitalistischen Verhältnisse als auch gegen die geschichtsmächtig gewordenen Vorstellungen der traditionellen Arbeiterbewegung verstand sich die StudentInnenbewegung in ihrem Selbstverständnis als antiautoritär. Darüber hinaus zeigt uns ein weiter Blick auf jene Zeit, daß es innerhalb der 68er Revolte eine Revolte der Frauen gegen die Männer gab. Aus der Kritik an den »sozialistischen Eminenzen« entstand eine sich selbst organisierende autonome Frauenbewegung, die damit begann eine andere Praxis im Verhältnis zwischen Alltag, Politik und Subjektivität zu propagieren. Und nicht zu vergessen sind für diese Zeit die europaweitenAusstrahlungseffekte einer militant gegen Lohnarbeit und das Kapital kämpfenden Arbeiterklasse in den Automobilfabriken.

Die Autonomen von heute sind nur im Zusammenhang mit einer historischen Kontinuität der neuen Linken in einem Westeuropa seit 1967/68 zu begreifen, die auf jeden Fall bis zum Ende der alten West-BRD Ende des Jahres 1989 reicht. In einer auf Westeuropa gerichteten Sichtweise

kann die Theorie und Praxis der West-BRD-Autonomen der 80er Jahre nach der Niederschlagung der italienischen Autonomia Ende der 70er Jahre durchaus als eine »zweite Welle der Autonomie« betrachtet werden. Begrenzen wir den Blick auf die Geschichte der West-BRD, dann erscheint es plausibel, die Autonomen als eine Art zweite Generation der 67/68er Revolte zu verstehen; und zwar einer Generation, die noch einmal versucht hat, die von den 68er Protagonisten formulierten politischen und kulturellen Ansprüche zu radikalisieren, um sie so gegen deren zunehmend doppelbödige Moral auszuspielen. Insofern tragen die Autonomen in ihrem derzeitigen Erscheinungsbild immer noch den Schatz aller Versäumnisse, Niederlagen, aber auch der Ansprüche, Paradoxien und Erfolge von über 20 Jahren linksradikaler und antiparlamentarischer Politik in der alten West-BRD mit sich herum.

Die politischen Ursprünge der Autonomen lassen sich in der Folge des Zerfalls der Außerparlamentarischen Opposition (APO), bei den »Spontis«, bei den von Italien beeinflußten marxistisch-operaistischen Gruppierungen sowie bei libertär-anarchistischen Strömungen im Zusammenhang mit städtischen Subkulturen finden. Im Laufe der politischen Auflösung dieser linksradikalen Gruppierungen ab Mitte der 70er Jahre transformieren sich weite Teile der Spontibewegung in die beginnende Alternativbewegung. Diese Fluchttendenz aus frustrierend empfundenen herkömmlichen Formen der politischen Arbeit wird durch den »Deutschen Herbst« 1977 verstärkt.

Gleichzeitig werden zentrale Motive und Politikmuster der linksradikalen Szene (Ablehnung von Kaderorganisationen, Politik in der ersten Person, Prinzip der direkten Aktion, Basisdemokratie, Entwicklung von »Gegenöffentlichkeiten«) in popularisierter Form in den »neuen sozialen Bewegungen« aufgenommen.

Der spätestens ab Mitte der 70er Jahre einsetzende Aufstieg dieser Bewegungen trifft auf einen parallel verlaufenden Niedergang der ebenfalls aus der 68er Revolte hervorgegangenen dogmatischen marxistisch-leninistischen K-Gruppen. Die Ablehnung der von diesen verfolgten Politik

war in der Praxis der Linksradikalen in den 70er Jahren stets ein wichtiger Baustein ihres eigenen Selbstverständnisses.

»Durch das Entstehen der Spontis und Stadtindianer in der Bundesrepublik Mitte bis Ende der 70er Jahre gelangten die Autonomie-Diskussionen in die hiesigen Szenerien und Polit-Zirkel. Ein wichtiges Diskussionsorgan und Umsetzungsmedium für autonome Ideen und Gedanken war dabei neben dem Berliner ›Info-BUG‹ (bzw. ›Bug-Info‹) und dem Frankfurter Informations-Dienst (ID) die Zeitschrift ›Autonomie – Materialien gegen die Fabrikgesellschaft‹. Erst dann ab 1980 gab es Ansätze zu einer eigenständigen autonomen Bewegung« (M. Manrique). Mit den »neuen sozialen Bewegungen« bildet sich ein sich selbst als autonom-militant verstehender linksradikaler Flügel heraus. In diesem Spektrum sind personelle Kontinuitäten aus der 68er Revolte nur noch schwer greifbar, und es scheint zunächst kaum ein historisches Bewußtsein über die Verknüpfung zur 68er Revolte zu existieren. Der Zusammenhang der neuen sozialen Bewegungen bildet ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre den Ausgangspunkt für das Entstehen der reformistischen Grünen Partei und für einen linksradikalen Flügel.

Qu’est-ce que l’autonomie?

In diesem Geschichtsabriß geht es nur am Rande um den schillernden Begriff der »Autonomie«. Vor zweihundert Jahren verbissen sich mit Kant und Hegel immerhin schon ein paar nicht unwesentliche Denker der bürgerlichen Aufklärung in diesen Begriff. Diese Erkenntnis war mir jedenfalls Ende der 80er Jahre deshalb noch verschlossen, weil das Licht meiner damaligen konkreten Neugier (leider) noch nicht so weit zurückreichte. Zumindestens trägt dieser Verweis dem Umstand Rechnung, sich irgendwann einmal gründlicher mit dem Begriff der »Autonomie« zu beschäftigen. Er erscheint in einem bornierten Alltagsverständnis in der jüngsten Gegenwart eher auf die Allerweltsformel »Unabhängigkeit« zusammengekürzt worden zu sein. Doch das ständige Hervorheben einer imaginären »Unabhängigkeit«, ohne einmal genau zu benennen, wovon, warum und wieso überhaupt, erscheint wenig mehr als ein hohles, auf Sand ge-

bautes Unternehmen. Und das deshalb, weil doch gerade jetzt, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, zu begreifen ist, daß wir in den Verhältnissen der einen Welt leben, wo wir mehr denn je aufeinander angewiesen, d.h. auch abhängig voneinander sind. Diese Umstände in dem Begriff der »Autonomie« nicht mitzudenken und statt dessen einem unkritischen Kult der Unabhängigkeit zu frönen, enthüllt sich dann ein ums andere Mal in Praxisformen eines ganz unangenehmen bürgerlich egoistischen Ellbogenindiviualismus. Es sind dies Verkehrs- und Vergesellschaftungsformen, die nicht nur im abstrakten Sinne für das kapitalistische System höchst funktional sind. Zugespitzt ist sogar zu formulieren: Bestimmte in jeder Hinsicht unkritisch unter dem Label der sogenannten »Unabhängigkeit« verstandene Verkehrsformen waren immer wieder ganz konkret von neuem in der autonomen Alltagsszenerie der 80er Jahre für viele aktiv Beteiligte in aller Brutalität zu erleiden.

Vielleicht wäre ja statt dessen über die herausfordernde Definition von Bodo Schulze nachzudenken, der der Auffassung ist: »Autonomie ist ein zerbrechlich Ding – oder vielmehr: Autonomie ist gar kein Ding, sondern eine bestimmte Verkehrsform von Individuen, die sich zum Zweck der Zerstörung jeglicher Herrschaftsverhältnissse assoziieren. Diese Verkehrsform ist nicht theoriefähig. Theorien lassen sich nur über solche Gegenstände ausarbeiten, die an sich selbst Existenz haben – die als solche existieren. Autonomie ist kein solcher Gegenstand. Autonomie hat keine Existenz an sich. Sie ist nur insofern, als die Menschen revolutionär tätig werden.«

In einem aktuell verstandenen politisch-historischen Zugriff hat sich ein Abriß über die Geschichte der West-BRD-Autonomen mit der Position einiger GenossInnen auseinanderzusetzen, die meinen, er sei ein »italienischer Exportartikel«. Dabei habe die »Autonomie« ihren im dortigen Kontext gewonnenen »proletarischen Charakter« in der BRD/West-Berlin in einen »typisch deutschen kleinbürgerlichen individuellen Ausdruck« verändert. Ob das wohl stimmt?

Vielleicht kann uns in diesem Zusammenhang eine Autonomie-Definition von Johannes Agnoli weiterhelfen, die

genau im Schnittpunkt zwischen den italienischen und den westdeutschen Erfahrungen, Mitte der 70er Jahre, das Licht der Welt erblickte:

»Die von mir gemeinte Autonomie ist die Klassenautonomie ... Autonomie in der doppelten Form: als Klassenbewegung, die Bewegung der Arbeitskraft gegen das Kapital, die Bewegung des Arbeiters als Subjekt der Produktion gegen seine gleichzeitige als Objekt der Verwertung. Aber auch und zugleich über den Fabrikbereich hinausgehend: als Tendenz oder Bewegung der abhängigen Massen gegen den Versuch des Kapitals, diese abhängigen Massen als Objekte der Umsetzung des Mehrwerts in Profit, als Konsumobjekte zu betrachten. In beiden Fällen bedeutet Autonomie den Versuch ... der Klasse in ihrem Kampf um die Befreiung sich selbständig von der Kapitalbewegung, von der Zyklenbewegung des Kapitals zu machen ... Klassenautonomie bedeutet ... daß die Klassenbewegung als Emanzipationsbewegung, als Bewußtwerdungsprozeß völlig unabhängig vom ökonomischen Zyklus verläuft ... Während in der BRD in der Fabrik der Aufstand der Arbeiter gegen die Verwertung immer noch sehr zurück ist ... hat in der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion der Aufstand der Gebrauchswertorientierung gegen die Tauschwertorientierung eher konkretere Formen angenommen ... Autonomie von der Kapitalbewegung kann sich ausdrücken, wie in der BRD, als Absage an die Tatsache, daß ein jeder von uns eingespannt ist in den Realisierungsprozeß auf dem Markt und sich dagegen wehrt ... Autonomie bedeutet ... nicht eine Absage an das Organisationsprinzip, wohl aber eine Absage an irgendeine Organisation, die ein eigenes Organisationsinteresse entwickelt, das nicht mehr das Klasseninteresse ist ... Was ich sagen will: Klassenautonomie ist nicht organisationsfeindlich. Vielmehr sind die traditionellen Organisationen nicht mehr in der Lage, Klasseninteressen zu vertreten.« (»Langer Marsch«, Februar76.)

Wie auch immer. Gerade bei Geschichtsdiskussionen mit ehemals und noch immer aktiven GenossInnen gilt es zu bedenken, daß sie hin und wieder ihre eigenen engagierten, vielleicht schon Geschichte gewordenen Erfahrungen in diesem oder jenen von ihnen beackerten Schrebergarten

gerne auf das Ganze verallgemeinern. Das ist eine Methode, sich wenigstens nachträglich eine große Bedeutung zuzusprechen. Was jedoch für die einen ein wohliges Gefühl ist, muß noch lange nicht für andere und schon gar nicht in anderen Zusammenhängen stimmen. Wer also die Geschichte der heutigen West-BRD-Autonomen lediglich auf einen »italienischen Exportartikel« zusammenkürzt, muß sich zu Recht die Frage gefallen lassen, ob diese nicht vielleicht schon in der gesellschaftlichen Realität der BRD in den 50er und 60er Jahren zu finden waren, auch wenn sich diese Leute selbst nicht so genannt haben mögen. In diesem Zusammenhang sei nur an die »Halbstarkenrandale« bei den Rockkonzerten in den 50er Jahren, an die sogenannten »Schwabinger Krawalle« in München 1962 und an die Aktivisten der »Subversiven Aktion« Mitte der 60er Jahre erinnert. Diese Verweise zeigen, daß das Gespenst der Autonomie in diesen Breitengeraden nicht allein italienischen Ursprungs und auch weit älter ist, als der hier vorgenommene Geschichtsabriß nahelegt. Es scheint den Herrschenden schon länger Kopfzerbrechen und schlaflose Nächte bereitet zu haben. In bezug auf eine tatsächliche politische Relevanz von Linksradikalen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der BRD erschien es jedoch sinnvoller, die Geschichte der bundesdeutschen Autonomen als Ergebnis von politischen Konflikten und Auseinandersetzungen seit 1967 darzustellen.

Eine andere Schwierigkeit in der Beschreibung der Autonomen in den 80er Jahren drückt sich in der wahlweisen Verwendung von Begriffen wie »Bewegung der Autonomen«, »Linksradikale« oder die »politische Kraft der Autonomen« aus. In der nachfolgenden »Untersuchung« wurde deshalb auf eine statische Begriffsdefinition gegenüber dem sich bewegenden und schillernden Gegenstand der »Autonomen« verzichtet. Und das auch deshalb, weil sie mit der Gefahr einer sowohl autoritären als auch höchst willkürlichen und damit gewalttätigen Verfahrensweise verbunden wäre.

Zumindest läßt sich in einer vorsichtigen Beschreibung sagen, daß sich hinsichtlich der Formen der Begriff des

»Linksradikalismus« in den 60er und 70er Jahren eindeutig als »links« von den Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung bestimmen läßt, ohne dabei mit den traditionellen Formen und Theorien des Anarchismus völlig zusammenzufallen. Der Gehalt des Begriffes »Linksradikalismus« hat sich in den 80er Jahren insofern verändert, als er zumindestens in dieser Zeit präziser mit »links« von der Partei der Grünen beschrieben werden muß. Allerdings existierten in den 80er Jahren neben den Autonomen auch noch andere Gruppierungen, die sich selbst als »linksradikal« verstanden, sich jedoch bewußt von den Autonomen abgrenzten.

Dieser geschichtliche Abriß erhebt keinen Anspruch, eine repräsentative, alles berücksichtigende Geschichte des bundesdeutschen Linksradikalismus zu liefern. So fehlt ein ursprünglich beabsichtigtes Kapitel über die linksradikale Stadtgeschichte von West-Berlin. Diese Stadt war neben Frankfurt das wichtigste Agitations- und Aktionszentrum der 68er Studentenrevolte. Das drückt sich nicht nur in dem reichen Schatz der Szene- und Untergrundzeitschriftenkultur aus – die von »Linkeck«, »883«, »Fizz«, »Info-Bug«, »Radikal« bis heute zur »Interim« fortwirkt. Voller Aufregung können auch heute noch ein paar entsprechende Passagen aus P.P. Zahls Buch »Die Glücklichen« gelesen werden, in denen er detailliert die Vorbereitungen und den Ablauf der massenmilitanten »Kampfdemonstration« im Mai 1970 gegen den Einmarsch der US-Imperialisten in Kambodscha beschreibt. Und da und dort werden auch noch auf den heutigen Demos ein paar einschlägige Textpassagen aus dem legendären Rauch-Haus-Song der »Scherben« mitgesungen. Und dann gibt es noch den Blues, das Thommy Weisbecker Haus, die Agit-Prozesse, den Kampf um die selbstverwalteten Jugendzentren, die Stadtteilarbeit gegen Wohnraumzerstörung und Mietwucher und überhaupt ...

Die linksradikale Szene in den 70er und 80er Jahren verfügte zu keinem Zeitpunkt über ein gemeinsames übergreifendes Verständigungsorgan, beispielswiese in Form einer Zeitung oder einer verbindlichen Organisation. Die Darstellung hat dem Problem Rechnung zu tragen, daß sich bestimmte Züge von militant-spontaneistischen und individu-

alistisch-anarchistischen Momenten in der linksradikalen Szenerie in einem Geschichtsabriß nur schwer als Organisationsgeschichte chronologisch verfolgen und darstellen lassen. Viele der GenossInnen, die sich in den 70er Jahren an diesen oder jenen Auseinandersetzungen und Kämpfen beteiligt haben, hatten Besseres zu tun, als sich an die Schreibtische zu hocken, um zwischendurch fein säuberlich ihre politischen Bemühungen in dickleibigen Papieren zu bilanzieren. Und wie soll in einer Darstellung der Umstand verallgemeinert werden, daß immer wieder an der einen Stelle GenossInnen aus Frust die politische Arbeit steckten und dabei aber schon längst von anderen GenossInnen an anderen Punkten etwas Neues begonnen wurde? Aber vielleicht hat diese teilweise Desorganisation zugleich eine große Vielfalt von gerade nicht instrumentell-politisch zusammengekürzten Initiativen und Ansätzen ermöglicht, vor denen das Interesse an einer historischen Systematisierung in einem Geschichtsabriß zweitrangig bleibt.

Aus Gründen der Systematik und der Übersichtlichkeit werden in dem Abriß Linien entwickelt, die so unter Umständen nie in der gesellschaftlichen Praxis existiert haben. Ohnehin ist die Einteilung in die drei Zeitblöcke 68er-Revolte, 70er und 80er Jahre eine bloß willkürlich zusammengenagelte Hilfskrücke, um bestimmte Entwicklungslinien besser pointieren zu können. In diesem Zusammenhang ist nicht eindringlich genug darauf hinzuweisen, daß alle Zusammenhänge 1. »in sich«, 2. »komplex«, 3. »widersprüchlich« sowie selbstverständlich stets auf das engste »zusammenhängen«, wie überhaupt alle Abgrenzungen schwierig zu treffen sind.

Der Geschichtsabriß in der ersten Fassung von »Feuer und Flamme« war konzeptionell seitens des Autors untergründig auch durch das Bemühen motiviert, viele verschiedene Gründungsverbrechen mit möglichst genauer Ortsbeschreibung zuzüglich einer präzisen Uhrzeit angeben zu wollen. Aus der zeitlichen Distanz heraus würde ich mittlerweile dazu sagen, daß die kleinbürgerlichen Dispositionen meines antiautoritären Bewußtseins mich leider dabei manchesmal das Reich der Freiheit als privates Kleineigentum,

gleichsam orientiert an der Vorstellung vom Besitzrecht der ersten Landnahme, haben behandeln lassen. Nicht nur Hans Jürgen Krahl, von dem dieser Gedanke abgeschrieben wurde, möge mir das nachsehen. Die neu gewonnene Erkenntnis motiviert mich jedenfalls zu dem Appell an die/den LeserIn: Rekonstruieren wir auch heute unsere eigene Geschichte nicht als Anekdote oder besonders heroisches Ereignis, sondern als bewegten, in jeder Hinsicht überraschenden Prozeß, um morgen besser in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifen zu können.

I. Zur Geschichte der Autonomen in der alten West-BRD – ein Abriß

A Taste of Revolution: 1968

> *»Die materiellen Voraussetzungen für die Machbarkeit unserer Geschichte sind gegeben. Die Entwicklungen der Produktivkräfte haben einen Prozeßpunkt erreicht, wo die Abschaffung von Hunger, Krieg und Herrschaft materiell möglich geworden ist. Alles hängt vom bewußten Willen der Menschen ab, ihre schon immer von ihnen gemachte Geschichte endlich bewußt zu machen, sie zu kontrollieren, sie zu unterwerfen ...«*
>
> Rudi Dutschke im Juni 1967

Das Jahr 1968 markiert sowohl für die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte als auch im internationalen Maßstab einen wichtigen Einschnitt. Für die BRD zeichnete sich diese Zäsur bereits in den Jahren 66/67 durch den ersten massiven ökonomischen Kriseneinbruch in das sogenannte »Wirtschaftswunder« ab. Auf der parlamentarischen Ebene kam es zu einer großen Regierungskoalition zwischen SPD und CDU. Gemeinsam bereiteten beide Parteien eine »Notstandsverfassung« vor, die im »Krisenfall« alle bürgerlichen Freiheitsrechte zugunsten einer parlamentarisch nicht mehr kontrollierten Notstandsregierung suspendieren sollte. Sowohl in der linksliberalen Öffentlichkeit als auch in Gewerkschafts- und Studentenkreisen wurde die Tendenz zu einem »autoritären Staat« gesehen, einer Demokratie ohne Demokraten und ohne Opposition.

Auf internationaler Ebene war das ganze Jahr 1968 durch bedeutsame politische Entwicklungen und eine Vielzahl von Aktionen der Studentenbewegung in den USA, Italien, Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Mexico, Japan u.a. gekennzeichnet. Die im April 1968 einsetzende TET-Offensive der vietnamesischen Befreiungsbewegung FNL gegen die Besetzung ihres Landes durch die US-Imperialisten bricht weltweit den Glauben an die unschlagbare politische und militärische Führungskraft der USA als Weltmacht. Im Frühjahr brachte der »Pariser Mai« mit seinen Barrikaden und Kämpfen in der Pariser Innenstadt das bürgerlich-kapitalistische Regierungssystem in Frankreich an den Rand des Sturzes. Zu jenem Zeitpunkt weckte der Beginn des »Prager Frühlings« in der CSSR weltweit bei vielen Menschen die Hoffnung auf einen vom Stalinismus befreiten »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«.

In dieser historischen Phase konnte sich die westdeutsche Studentenrevolte und die Außerparlamentarische Opposition (APO) als Teil einer internationalen revolutionären Bewegung begreifen.

Wie kam es zur Studentenrevolte?

In den 60er Jahren war innerhalb der überwiegend politisch passiven und konservativen Studentenschaft der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) aktiv. Er war im Jahre 1961 wegen seiner Weigerung, den Anpassungskurs der SPD an die bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse mitzuvollziehen, von der Partei ausgeschlossen worden. In der Folge wurde der Verband zu einem Zentrum der durch die SPD-Politik heimatlos gewordenen linken Intellektuellen in der BRD und West-Berlin.

Schwerpunkte der Arbeit des SDS bis Mitte der 60er Jahre waren u.a. die marxistische Theoriebildung, die Demokratisierung der Hochschulen sowie die Internationalismusarbeit. War der Verband Ende der 50er Jahre noch stark in der Algeriensolidarität engagiert, so verschob sich dieses Engagement nach der Befreiung Algeriens vom französischen Kolonialregime immer mehr zu einer Solidaritätsarbeit mit anderen Befreiungskämpfen. In diesem Zusammen-

hang spielt die Vietnam-Solidarität eine zunehmend wichtigere Rolle. Insbesondere in West-Berlin sammelte der SDS zu Beginn der 60er Jahre in einer Reihe von Internationalismusaktionen erste praktische Erfahrungen mit einem offensiven Auftreten in der Öffentlichkeit. Dabei wurden neue Demonstrationstechniken entwickelt, die das Ritual der eher als »geordnete Trauermärsche« stattfindenden Demonstrationen aus der Adenauer-Zeit durchbrachen und die den Ablauf von Demos zum Kampf- und Erlebnisraum für die TeilnehmerInnen werden ließen. Rudi Dutschke erklärte, daß es das Ziel von Massenaktionen sein müsse, diese zum Zwecke der kollektiven und individuellen Selbstveränderung in die Illegalität zu überführen. Die Studenten lieferten sich mit den darauf nicht eingestellten Bullen erste kleinere Scharmützel und wurden daraufhin das bevorzugte Haßobjekt der Springerpresse.

In West-Berlin spitzte sich die Entwicklung zunächst in den Ereignissen vom 2. Juni 1967 zu: Für diesen Tag war der Besuch des persischen Diktators Schah Reza Pahlevi in der Stadt mit einem Empfang beim Senat vorgesehen. Im Rahmen der vom SDS betriebenen Internationalismusarbeit war es nur mehr als konsequent, gegen die Hofierung dieses Menschenschlächters durch deutsche Regierungsbehörden zu protestieren. Erstmals in der Geschichte der BRD wurde von den Staatsschutzbehörden mit über 10.000 eingesetzten Bullen eine Art »Notstandsübung« zum Schutz des Staatsgastes organisiert. Dabei brachten schon vor dem 2. Juni mehrere polizeiliche Vollsperrungen von Autobahnen auf der Fahrtroute des Schahs den Verkehr teilweise zum Erliegen.

Am 2. Juni 1967 demonstrierten in West-Berlin relativ friedlich 2.000 Menschen vor der Deutschen Oper. Die meisten von ihnen waren Studenten und Schüler, die durch vorherige Informationsveranstaltungen des SDS an der Freien Universität über die Realität der Diktatur mobilisiert worden waren. Sie empfingen den Staatsgast mit »Mörder«-Rufen, Rauchkerzen und Eiern. Dafür wurden sie zunächst von mit Stahlruten ausgerüsteten Geheimdienstagenten des Schahs angegriffen, wenig später kam es durch einen brutalen Bulleneinsatz zu einer Auflösung der Demonstration.

Dabei wurde der Student Benno Ohnesorg hinterrücks von einem Bullen mit einem Kopfschuß ermordet. Der Senat verhängte danach aufgrund gezielter Falschmeldungen – angeblich sollte ein Polizist von Demonstranten getötet worden sein – ein vollständiges Demonstrationsverbot über die ganze Stadt. Die von staatlichen Stellen und der Springerpresse betriebene Hetze und Pogromstimmung gegen die oppositionellen Studenten steigerte sich in einem bislang nicht gekannten Ausmaß.

In einer enormen Anstrengung gelang es den Studenten jedoch, durch eigene Recherchen und die Einsetzung eines »Ermittlungsausschusses« den genauen Sachverhalt des Bulleneinsatzes und der Ermordung von Benno Ohnesorg aufzuklären. Es bildeten sich räteartige Strukturen, die für einige Tage mit massenhaften Aufklärungsaktionen in der Stadt eine Gegenöffentlichkeit zu den staatlichen Ausgrenzungs- und Repressionsstrategien herstellen konnten. Eine Woche nach der Ermordung Benno Ohnesorgs stellte Rudi Dutschke auf einer Veranstaltung in Hannover zu diesem Moment von spontaner Selbstorganisierung fest:

»Und es zeigte sich bei uns in West-Berlin, daß die Phase der direkten Auseinandersetzung mit der etablierten Ordnung auch die festen Organisationen der Studentenschaft ... unterläuft. Daß allein die praktische, kritische Entfaltung der bewußtesten Teile der Studentenschaft durch entstehende Aktionszentren eine politische Kontinuität der Auseinandersetzung unter größter Beteiligung der Studentenschaft ermöglicht, was unter SDS-Flagge unmöglich ist, ... darum Aktionszentren zur Kontinuität der politischen Arbeit an der Universität, wir sind jetzt schon über eine Woche tätig, das ist der längste Zeitraum wirklich massenhafter, politischer Kontinuität, die wir je in West-Berlin gehabt haben, wir haben die Hoffnung, daß diese räteartigen Gebilde an allen westdeutschen Universitäten in den nächsten Tagen gegründet werden, denn die rationale Bewältigung der Konfliktsituation in der Gesellschaft impliziert konstitutiv die Aktion, wird doch Aufklärung ohne Aktion nur schnell zum Konsum, wie Aktion ohne rationale Bewältigung der Problematik in Irrationalität umschlägt.«

Insbesondere die Erfahrungen mit der Springerpresse führten innerhalb des SDS zu ersten Überlegungen von Gegenaktionen und mündeten zunächst in Vorbereitungen für eine Kampagne gegen den Pressekonzern, die unter der Forderung »Enteignet Springer« zu Beginn des Jahres 1968 in Angriff genommen werden sollte.

Studentenrevolte und APO

Bis zum Sommer 1967 war die Studentenbewegung hauptsächlich auf die Ereignisse in West-Berlin beschränkt. Eine breite Ausweitung der Aktionen auf das Bundesgebiet setzte erst im Laufe des Jahres 1968 ein: In diesem Jahr erfuhr die Studentenbewegung in einem kurzen Zeitabschnitt sowohl ihre politischen Höhepunkte, bei denen sie sich zur APO ausweitete, als auch ihren Niedergang und Zerfall.

Im Februar fand im Audimax der TU Berlin der internationale Vietnam-Kongreß mit mehreren tausend TeilnehmerInnen statt. Er faßte jahrelange Bemühungen des SDS in der Internationalismus- und Solidaritätsarbeit zu Vietnam zusammen. Diese Arbeit bestand in einer kontinuierlichen Gegeninformation zu der von bundesdeutschen Medien verbreiteten Propaganda über die Realität des Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes gegen die US-Imperialisten. Auf dem Vietnamkongreß verknüpfte sich diese Solidaritätsarbeit mit dem Anspruch, sich als Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung zu begreifen, die den antiimperialistischen Befreiungskampf der »Dritten Welt« mit einem Kampf um Sozialismus in der Metropole verband. Am 17.2. wird in einer gemeinsam verfaßten Schlußresolution festgestellt: »Die Opposition steht vor dem Übergang vom Protest zum politischen Widerstand ...« Als konkreter Schritt wurde u.a. eine Kampagne zur materiellen Unterstützung des Vietcong vorgeschlagen, die zugleich mit einer Kampagne zur Wehrkraftzersetzung innerhalb der US-Armee verknüpft werden sollte. Als längerfristige Perspektive wurde die Parole »Zerschlagt die NATO« proklamiert.

Im Anschluß an den Kongreß fand eine internationalistische Demonstration von weit über 10.000 TeilnehmerInnen durch West-Berlin statt. Erstmals nach der Teilung waren

die Straßen der West-Stadt wieder von einem Meer roter Fahnen eingenommen. Viele DemonstrantInnen liefen fest eingehakt in Ketten, womit eine Demonstrationstechnik übernommen wurde, die unter anderem von der linksradikalen französischen Gruppierung »Gauche Proletarienne« praktiziert worden war.

Am 11. April kam es zu einem Mordanschlag auf Rudi Dutschke, der zuvor durch die monatelange Berichterstattung der Springerpresse systematisch vorbereitet worden war. Über die Osterfeiertage fanden in der BRD und West-Berlin bei Blockaden der Springer-Produktionsstätten die heftigsten Straßenschlachten seit Bestehen der Bundesrepublik statt. In West-Berlin wurden von 2.000 DemonstrantInnen bei dem Versuch, das Springerhochhaus zu stürmen, die Fahrzeughalle sowie mehrere Auslieferungsfahrzeuge in Brand gesteckt. An den Demonstrationen, Blockaden und Straßenschlachten im Bundesgebiet beteiligten sich 60.000 Menschen. Die eingesetzten 21.000 Polizisten verhafteten über 1.000 DemonstrantInnen. Peter Brückner schreibt über die Bedeutung dieser Aktionen:

»Das ›Springer‹-Frühjahr markiert ... symbolisch einen Wendepunkt für anti-imperialistische und antikapitalistische Bewegungen an Hochschule und Universität. Wenn die Massenpresse ihre gesellschaftliche Funktion, Massenloyalitäten herzustellen und zu sichern, nicht mehr erfüllen kann, wenn sie ... bestehende Verhältnisse nicht vor dem Entstehen revoltierender Kritik bewahrt, sondern ihrerseits vorm Zugriff der Revolte polizeilich geschützt werden muß, wie nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, erreicht die Auseinandersetzung mit dem Establishment eine neue Qualität.«

Das Ausmaß der in den Massenaktionen sichtbar gewordenen Beteiligung vieler Menschen eröffnet innerhalb der Bewegung eine Diskussion über das Verhältnis von Protest und Widerstand. In der Mai-Ausgabe der Konkret schrieb Ulrike Meinhof:

»Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht .... Die Grenze zwischen verbalem Protest

und physischem Widerstand ist bei den Protesten gegen den Anschlag auf Rudi Dutschke in den Osterfeiertagen erstmals massenhaft ... überschritten worden.«

Durch die Teilnahme von vielen Schülern und jugendlichen Arbeitern an den Springer-Aktionen gelang es der Studentenbewegung erstmals, ihre politische Resonanz in andere Bereiche der Gesellschaft auszuweiten. Das drückte sich auch in den Veranstaltungen und Demonstrationen am 1. Mai 1968 aus: In der ganzen BRD veranstalteten Gruppen der APO neben den offiziellen Mai-Kundgebungen des DGB eigenständige Kundgebungen. In West-Berlin wurden 40.000 Menschen für die APO-Manifestation mobilisiert. Allerdings brach diese politische Ausweitung, die mit einer Orientierung der APO auf die Arbeiterklasse und Gewerkschaften verknüpft war, beim Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze in sich zusammen. Zwar gelang es am 11. Mai noch einmal, mit dem aus Gewerkschaftlern, Publizisten, Studentenvertretern und einzelnen SPD-Mitgliedern zusammengesetzten Kuratorium »Notstand und Demokratie« 60.000 Menschen zu einem Sternmarsch nach Bonn zu mobilisieren; die danach von Studenten an die Adresse des DGB erhobene Forderung nach einer Ausrufung des Generalstreiks wurde jedoch nicht aufgenommen. Es kam lediglich in ein paar Regionen zu Warnstreiks.

Trotz einer enormen Agitation der Studentenbewegung vor Betrieben, die durch die gleichzeitig stattfindenden Ereignisse in Frankreich noch verstärkt wurde, stellte sich zwischen ihr und der Arbeiterklasse kein nennenswerter Kontakt her. Der revolutionäre Impuls der westdeutschen APO konnte sich im Unterschied zu Frankreich oder Italien an keinerlei revolutionären Organisationskernen der Arbeiterbewegung orientieren. Die Mobilisierungsschwierigkeiten innerhalb der bundesdeutschen Arbeiterklasse führten in den Folgejahren zu den verschiedensten strategischen Orientierungen von Gruppen der Neuen Linken.

Die Politik des SDS

Die wichtigste Organisation innerhalb der Studentenbewegung war der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS).

Er eröffnete als Organisation von radikalen Intellektuellen die Möglichkeit zur Diskussion marxistischer Theorie in einer Zeit weitgehender gesellschaftspolitischer Stagnation. Von 1965–69 verliefen die Auseinandersetzungen innerhalb des SDS zwischen den Agitations- und Aktionszentren Frankfurt/Berlin gegenüber den SDS-»Provinzen« Hamburg, Kiel, Köln, Marburg, Heidelberg, Tübingen und München. Politisch zentral war zunächst noch der Konflikt zwischen den »Traditionalisten« und den »Antiautoritären«.

Unter dem Begriff der »Traditionalisten« lassen sich alle diejenigen Bestrebungen fassen, die auf den orthodox-kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung orientiert waren. Als im September 1968 die DKP gegründet wurde, gingen die SDS-Gruppen Marburg und Köln fast geschlossen in dieser Organisation auf.

Die Fraktion der »Antiautoritären« lehnte sich demgegenüber theoretisch stark an Arbeiten der Kritischen Theorie, des Linkskommunismus sowie an einer Reaktualisierung von Momenten der anarchistischen Kritik am Marxismus an. Doch nicht nur der Bezug zu den in der deutschen Arbeiterbewegung vergessenen und verdrängten Theorieansätzen machte die Qualität des »Antiautoritarismus« aus: gleichzeitig mit der Aufnahme neuer Theorieansätze begründete er ein neues Theorie-Praxis-Verhältnis. Die Theoriebildung war wesentlich von den unmittelbaren Auseinandersetzungen auf Kongressen und Teach-Ins und über die im Kontext von konkreten Aktionen zu fällenden Entscheidungen bestimmt. Theorien wurden dabei weniger als dogmatische Lehrgebäude referiert, sondern mehr als Steinbrüche benutzt, die im Hinblick auf die konkrete Situation improvisiert und in einer politischen Praxis aufgehoben wurden. In dieser Form der Theorieanwendung ging es darum, eine Spannung zwischen der unmittelbaren Realität der konkreten Aktion zu den verallgemeinerbaren Dimensionen ihrer politischen Reichweite herzustellen. Die Theorieversatzstücke der »Antiautoritären« wurden so in einem bestimmten historischen Moment zu einer vorwärtstreibenden Provokation gegen die bestehenden Verhältnisse.

Die in der Öffentlichkeit bekanntesten Sprecher dieser Richtung im SDS waren Rudi Dutschke (SDS Berlin) und Hans-Jürgen Krahl (SDS Frankfurt). Rudi Dutschkes Auffassungen waren stark von den Ideen der »Situationistischen Internationale« beeinflußt worden. Mitte der 60er Jahre trat er als Mitglied der »Subversiven Aktion« in den SDS ein. Krahls Positionen waren wesentlich von den Auseinandersetzungen mit den am Frankfurter Institut für Sozialforschung lehrenden professoralen Vertretern der Kritischen Theorie Horkheimer und Adorno geprägt.

Ein besonders populärer Ausdruck des antiautoritären Denkens und Handelns drückte sich in den Aktionen und Happenings der »Kommune 1« aus. Sie praktizierte in der Öffentlichkeit provokante Formen ihres Zusammenlebens, bezeichnete FU-Professoren als »Fachidioten«, plante ein Attentat mit Pudding auf den US-Vizepräsidenten, machte Farbeieraktionen, verteilte Flugblätter mit der Aufforderung, Warenhäuser niederzubrennen und inszenierte »Moabiter Seifenopern«, die die Justizbehörde der Lächerlichkeit preisgaben. Die Politik der »Kommune 1« war ein permanenter Aufruf zum Handeln, nicht nur als ein Mittel zum Kampf gegen den Staat und die Gesellschaft, sondern auch zur Selbstveränderung. Ihre aufrüttelnden und provokanten Aktions- und Happeningstrategien führten schließlich im Mai 1967 zum Ausschluß aus dem West-Berliner SDS. In der Begründung wurden ihr von der Fraktion der West-Berliner Variante der »Traditionalisten« »voll frostiger Kälte von Objektivität und Politik – voluntaristische Praktiken, Realitätsflucht, falsche Unmittelbarkeit« vorgeworfen (Mosler).

Auf der politischen Ebene konnten sich allerdings die antiautoritären Organisationsvorstellungen von Dutschke und Krahl auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967 in Frankfurt gegen die Vorstellungen der »Traditionalisten« durchsetzen. In ihrem Referat stellen sie fest:

»Wir wissen sehr genau, daß es viele Genossinnen und Genossen im Verband gibt, die nicht mehr bereit sind, abstrakten Sozialismus, der nichts mit der eigenen Lebenstätigkeit zu tun hat, als

politische Haltung zu akzeptieren ... Das Sich-Verweigern in den eigenen Institutionenmilieus erfordert Guerilla-Mentalität, sollen nicht Integration und Zynismus die nächste Station sein.«

Das antiautoritäre Denken, das auf das »Hier und Jetzt« insistiert und sich auf die »Große Verweigerung« von Marcuse bezieht, dominierte die nach dem September 1967 folgenden Aktionen der Studentenbewegung und der APO. Daraus ließen sich jedoch nur schwer Organisierungsvorstellungen ableiten. Die Unschärfen des antiautoritären Denkens liegen in den Ursprüngen der Studentenrevolte selbst begründet. Gerade das Fehlen von politischen Eindeutigkeiten machte eine der zentralen Erfahrungen dieser Zeit aus. Übrig blieb ein schwer fixierbarer, in jener Zeit ungeheuer mobilisierender Emanzipationsgedanke, der die Leute auf die Straßen und Barrikaden trieb.

In den Aktionen gegen Springer, zum 1. Mai 1968 und im Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze wurden die Grenzen der Mobilisierungsfähigkeit der APO sichtbar. Dabei zersetzten diese Massenaktionen die organisatorische Basis des SDS. Der Verband war nicht mehr in der Lage, in diesen Prozessen eine eigenständige Orientierung und Strategie zu formulieren.

Als Anfang November gegen den Rechtsanwalt Mahler wegen seiner Beteiligung an der Springer-Blockade ein Ehrengerichtsverfahren vor dem West-Berliner Landgericht eingeleitet werde, bereitete die APO eine militante Straßenschlacht vor. Die militärische Niederlage der Polizei in der »Schlacht am Tegeler Weg« war für viele der 1.000 DemonstrationsteilnehmerInnen eine späte Rache für die in den Jahren zuvor von den Bullen erlittenen Demütigungen. Die militante Auseinandersetzung mit der Staatsmacht konnte allerdings die offene Frage nach Perspektiven nicht klären.

Der Zerfall des SDS

Auf der im November 1968 stattfindenden Delegiertenkonferenz des SDS in Hannover ließ die zunehmende ideologische Verfestigung der einzelnen Fraktionen innerhalb des »antiautoritären« Lagers keine Verständigung mehr zu. In

den Zentren der APO, Frankfurt und West-Berlin, wurde insbesondere von der zweiten Reihe des SDS-Apparates auf die Organisationsfrage gedrängt. In den Beiträgen aus den SDS-Gruppen West-Berlin und Heidelberg waren im Keim schon die späteren maoistisch orientierten ML-Parteien KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands Aufbauorganisation) und der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands) erkennbar. Zwar wurden diese Konzeptionen von vielen »Antiautoritären« heftig kritisiert – »Der SDS definiert sich nicht aus der Geschichte der kommunistischen Arbeiterparteien!« (Krahl) –, der Zerfallsprozeß der Organisation konnte jedoch auch von ihnen nicht aufgehalten werden. Die ML-Konzeptionen gewannen unter dem Eindruck der streikenden Arbeiter im September 1969 für viele studentische Aktivisten eine große Anziehungskraft. Sie schienen am erfolgversprechendsten zu sein, um eine sozialistische Transformation der BRD zu erreichen. In West-Berlin zerfiel die Bewegung in rasender Geschwindigkeit. Bereits Mitte 1968 wurden von der APO in den verschiedensten Bereichen (Uni, Schulen, Stadtteile und Fabriken) Basiskomitees als Versuch gegründet, ein militantes Bündnis zwischen der Studentenbewegung und der Arbeiterklasse herzustellen. Dieser Versuch scheiterte jedoch in der Anti-Notstandskampagne. Zwar konnten sich ein paar Basisgruppen im Produktionsbereich mit einer relativ verbindlichen Arbeit konsolidieren, die meisten studentischen Aktivisten schreckten jedoch vor einer »mühseligen Kleinarbeit« in den Betrieben zurück. Diese Krise bewirkte schließlich eine Entfremdung zwischen betrieblich orientierten und Basisgruppen an der Universität, die im Ergebnis auch zu den verschiedenen Fraktionierungen und Kaderansätzen der APO führten. Ein fraktionsübergreifender Versuch zur Verständigung mit Hilfe einer Konferenz gegen Ende des Jahres 1969 mißlang.

Nachdem die traditionalistische Richtung des SDS in die neugegründete DKP aufgegangen war, kam es innerhalb des noch verbleibenden antiautoritären Lagers zu verschiedenen Fraktionierungen. Ein Teil gründete mit maoistisch-stalinistischen Theoremen angereicherte autoritär-dogmatische

Parteiorganisationen. Demgegenüber verstand sich der andere Teil des antiautoritären Lagers als »undogmatisch« und verzichtete dabei auf zentralistische Organisationsformen. Quer zu diesen Fraktionierungsprozessen verlief die Abspaltung und eigenständige Organisierung eines Teils der SDS-Frauen, die damit den Grundstein für das Entstehen der autonomen Frauenbewegung legten.

Die militanten Basisströmungen

Neben den konkurrierenden SDS-Fraktionen waren immer auch die militanten Basisströmungen an der Revolte – hauptsächlich auf der Straße – beteiligt. Sie setzten sich aus unorganisierten StudentInnen, Lehrlingen, SchülerInnen und JungarbeiterInnen zusammen.

»Diese Basisströmungen hatten viele Namen und operierten an vielen Orten: umherschweifende Haschrebellen in West-Berlin, Black-Panther-Komitees im Raum Frankfurt, Weiße Rose und Deserteurgruppen im Raum Hamburg und Hannover, Sozialistisches Patientenkollektiv in Heidelberg. Genauso vielfältig waren ihre Aktionen: Transporte und Papierbeschaffung für desertierte GIs und Bundeswehrsoldaten, Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen und Depots der Besatzungsmächte, Aktionen gegen Erziehungsheime und Knäste, Angriffe auf die psychiatrischen Krankenhäuser, Zerstörung von Rüstungsproduktion für die portugiesische Kolonialmacht, Ausräumen von Generalkonsulaten terroristischer Regimes, Klauen und Veröffentlichen von Geheimdokumenten, Lahmlegen des Fahndungsapparates der Polizei, Geldbeschaffung für Alternativprojekte« (K.H. Roth).

Die Basisströmungen drückten innerhalb der APO die vorhandene Subversionsmentalität aus. Mit der Revolte war auch der »Fleiß« und die »deutsche Arbeitsmoral« angegriffen worden, und viele GenossInnen schmissen mit ihrem Job zugleich auch die lebenslange Perspektive, sich immer unterordnen zu müssen. Die mehr oder weniger offen propagierte und praktizierte Leistungsverweigerung war ein untrennbarer Bestandteil der 68er-Bewegung.

Welche Bedeutung hatte ’68?

Der Studentenrevolte gelang es erstmals in der Geschichte der BRD, die zuvor in zwei Nachkriegsjahrzehnten entwickelte Staatsräson des Antikommunismus zu durchbrechen. Mit den Mitteln der direkten Aktion und der damit verkoppelten Aufklärung über gesellschaftliche Zwangsverhältnisse durchbrach sie die bis dahin geltenden gesellschaftlichen Spielregeln der spätkapitalistischen BRD. Darin brach erstmals wieder der Antagonismus von Klassen auf, der zuvor mit der »Wirtschaftswunderideologie« verdeckt werden konnte.

Die Revolte entwickelte einen neuen Begriff von einer kompromißlosen politischen Moral. Sie lehnte sich gegen die Elterngeneration, die vorgab, bloß bewußtlos tätiges Opfer der Geschichte zu sein, und Auschwitz zu verantworten hatte, auf. Sie nahm für sich in Anspruch, als handelndes Subjekt bewußt – dabei den eigenen Alltag verändernd – in die Geschichte einzugreifen. In der Öffentlichkeit wurden politische und soziale Kontinuitäten vom Faschismus zur BRD thematisiert.

Die 68er Revolte formulierte für die gesellschaftliche Wirklichkeit der BRD und West-Berlin neuartige Fragen und Ansprüche. Sie war die »Artikulation eines kulturellen Unbehagens, das Aufdecken von kollektiven Verdrängungsprozessen, das Einklagen einer politischen Moral, die Kritik an einer repressiven Sexualerziehung, an den Normen einer Konsum- und Leistungsgesellschaft« (Kraushaar).

Auf ihrem Höhepunkt im Frühjahr/Sommer 1968 weitete sich die Revolte von der Uni in andere Teile der Gesellschaft aus und verknüpfte sich dort mit subversiven und systemsprengenden Verhaltensweisen von Arbeiterjugendlichen. In diesen Momenten gelang es der von antiimperialistischen, antikapitalistischen und kulturrevolutionären Elementen bestimmten Bewegung wieder, eine radikal oppositionelle Politik gegen die in der BRD und West-Berlin herrschenden Verhältnisse herzustellen.

La sola soluzione – la rivoluzione: Das Beispiel der italienischen Autonomia

Der Begriff der »Autonomie« wie er uns heute in der Politik einer autonomen Bewegung in der BRD gegenübertritt, ist zweifellos durch die Praxis der Studenten-, Arbeiter- und Jugendrevolten im Italien der 60er und 70er Jahre beeinflußt. Die »Autonomia« erhielt ihre Bedeutung in einer von den traditionellen Arbeiterorganisationen unabhängigen, subversiv-militanten Praxis der dortigen Betriebs- und Stadtteilkämpfe ab Ende der 60er Jahre. Dabei fielen in diesem Zeitraum Teile und Ausläufer der Studentenrevolte mit militanten Arbeiterkämpfen vorwiegend in Norditalien zusammen. Die sichtbar gewordene Verknüpfung der politischen Tätigkeit von studentischen Gruppen mit weiten Teilen einer antikapitalistisch revoltierenden Arbeiterklasse übte in der Folgezeit für einige linksradikale westdeutsche APO-Gruppen eine große Faszination aus, die die italienische Entwicklung intensiv verfolgten und diskutierten.

Was passierte in Italien in den 60er Jahren?

Die Arbeiter- und Studentenrevolten trafen in Italien in den Jahren 1968/69 auf ganz andere gesellschaftliche Bedingungen als in der BRD. Italien lag mit seiner Wirtschaftsstruktur als ökonomisch schwächstes Glied der EG quasi an der europäischen Peripherie. Der Staat nahm in der internationalen Arbeitsteilung einen untergeordneten Rang ein. Darüber hinaus war das Land strukturell in zwei Teile gespalten: Der an modernste kapitalistische Produktions- und Arbeitsorganisationen orientierten ökonomischen Entwicklung in Norditalien standen in Süditalien Verhältnisse mit zum Teil feudalistischen Eigentumsstrukturen in der Landwirtschaft gegenüber.

Die Klassenkämpfe wurden gemeinsam von Gruppen aus der Studentenrevolte und vorwiegend ungelernten Fließbandarbeitern aus den norditalienischen Großfabriken

getragen. Diese Klassenbewegung war bereits zu Beginn der 60er Jahre von einigen Gewerkschaftlern und linken Intellektuellen im Umkreis der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) und der Sozialistischen Partei (PSI) in einer Reihe von Analysen theoretisch vorweggenommen worden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang inbesondere die Arbeiten und Schriften der Theoretiker Raniero Panzieri, Mario Tronti, Roberto Alquati und Toni Negri, die zunächst in der Zeit von 1961 bis 1964 in der Zeitschrift »Quaderni Rossi« und nach einer Spaltung nachfolgend in der bis 1967 existierenden Theorieschrift »Classe operaia« publizierten.

Nach dem Scheitern von Erneuerungsbestrebungen innerhalb der beiden traditionellen Organisationen der italienischen Arbeiterklasse in der zweiten Hälfte der 50er Jahre verlegten diese Intellektuellen den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die außerinstitutionelle Ebene, um von dort aus ihre Kritik an den offiziellen Apparaten der Arbeiterbewegung fortzusetzen. Ende 1959 ging Panzieri von der Parteizentrale des PSI in Rom nach Turin, »um dort die Arbeiterklasse in der Fabrik wiederzufinden« (Rieland). Die 1962 sich tagelang hinziehenden militanten Auseinandersetzungen von tausenden von FIAT-Arbeitern in Turin auf der Piazza Statuto konnte die Gruppe um Panzieri als Bestätigung für ihre zuvor getroffenen theoretischen Annahmen eines Arbeiterkampfes ohne die reformistische Vermittlung durch die Organisationen der Arbeiterbewegung nehmen: Die Straßenschlachten anläßlich der Unterzeichnung eines Tarifvertrages fanden ohne Unterstützung der Industriegewerkschaften statt, die sich zudem noch entschieden davon distanzierten. In den Kämpfen tauchte ein neuer Arbeitertyp auf, der nicht mehr die Merkmale des alten Facharbeiters aufwies. Als vor kurzem aus dem Süden eingewanderter Fließbandarbeiter ohne Qualifikation gehörten diese Demonstranten zur »Generation mit gestreiften T-Shirts«. Die Auseinandersetzungen auf der Turiner Piazza Statuto drückten erstmals auf politischer Ebene die Neuzusammensetzungsprozesse der Arbeiterklasse in den norditalienischen Großfabriken aus.

Vom Marxismus zum Operaismus

Die bereits zu Anfang der 60er Jahre sich andeutende Entwicklung führte in den theoretischen Diskussionen zu einer vollständig neuen Aufarbeitung und Kritik der innerhalb der italienischen kommunistischen Bewegung vorherrschenden Marxorthodoxie. Mit Hilfe einer Neulektüre des »Kapitals« und der »Grundrisse« von Marx wurde den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung (PCI, PSI und Gewerkschaften) das Recht strittig gemacht, sich selbst als zentrales Subjekt politischer Auseinandersetzungen zu begreifen. Nicht die Vermittlungsorgane der Arbeiterbewegung wurden als bestimmend in den politischen Kämpfen angesehen, sondern die Arbeiter in den Fabriken und im Stadtteil, und zwar an den Orten des alltäglichen Klassenkampfes. Diese Theorieansätze wurden zugleich mit Untersuchungen der konkreten Zusammensetzung der Arbeiterklasse in einigen italienischen Großfabriken, so z.B. bei FIAT in Turin, verbunden. Dieser Zweig der theoretischen marxistischen Diskussion wird später der »Operaismus« genannt, der zu jener Zeit die radikalste Kritik von »links« an der herkömmlichen Aufnahme der marxistischen Theorie in den Konzepten der traditionellen Arbeiterorganisationen darstellt. Der Operaismus arbeitete in seinen Analysen die Gewaltförmigkeit der alltäglichen kapitalistischen Maschinerie in der Fabrik und im Stadtteil heraus. Dabei ging es diesem Theorieansatz nicht mehr um die von den traditionellen Arbeiterorganisationen propagierte Teilhabe an der kapitalistischen Entwicklung. Die vollständige Negation des Bestehenden wurde als unverzichtbares Primat angesehen, um schließlich zu einer sozialistischen Transformation der Gesellschaft zu gelangen. In diesem Kontext schlugen die Operaisten eine »strategische Umkehr« in der Marxrezeption vor: Wurde die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften bislang in der Beziehung zwischen Kapital und Klasse als von den Kapitalbewegungen bestimmt betrachtet, so gehen sie davon aus, daß die Kapitalbewegungen durch die Bewegungen der Klasse bestimmt sind. Eine revolutionäre Strategie könne sich daher nur noch auf den »subjektiven Faktor« der Arbeiterklasse stützen, da die Arbeitskraft als einziges Element in

der kapitalistischen Entwicklung nicht kontrollierbar sei. Daraus folgt, daß der Kapitalismus nur durch den bewußten Akt des tätigen Handelns der Arbeiterklasse überwunden werden kann.

»Die operaistische Interpretation Marxscher Schriften setzt sich von der bis dahin vorherrschenden Interpretation des Marxismus als ›realistische‹ Auffassung der Geschichte bzw. als Philosophie ab und rückt die ›Kritik der politischen Ökonomie‹ in den Vordergrund. Ansätze, die sich auf die Entfremdungsproblematiken in den philosophisch-ökonomischen Manuskripten beziehen – wie z.B. die Frankfurter Schule –, werden im allgemeinen als ›bürgerlich existentialistisches Denken‹ (Tronti) und als ›mystisch-magische Weltkonzeptionen‹ (Colletti), die die Relevanz des Arbeiterantagonismus nicht zu erfassen vermögen, kritisiert. Das Verdienst des ›Frankfurtismus‹ sei es allerdings, die Wichtigkeit des subjektiven Faktors herausgearbeitet zu haben ... In der Betonung der kämpferischen Subjektivität nicht des Individuums, sondern der ›Klasse‹ liegt der Schlüssel zum Verständnis des ›operaismo‹. Seine Revolutionsvorstellungen basieren auf der ›Insubordination der Arbeiter‹, d.h. auf dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit: Konzeptionen, die sich auf den technologischen Fortschritt als wichtigste Voraussetzung für die (allmähliche) Entwicklung zum Sozialismus gründen, werden als ›objektivistische Ideologien‹ (Panzieri) abgetan« (Bierbrauer).

In ihren theoretischen Arbeiten stützten sich die Operaisten nicht mehr auf den qualifizierten Facharbeiter, sondern auf den dequalifizierten und am Fließband ausgepreßten Massenarbeiter (operaio massa). Daraus formulierten sie die Forderung nach einer Arbeiterkontrolle über den kapitalistischen Arbeitsprozeß in der Fabrik als ein politisches Instrument zur Herbeiführung eines revolutionären Durchbruches. Der Theorieansatz des Operaismus verknüpfte sich in der Revolte 68/69 massenhaft mit den unmittelbaren Erfahrungen der Fließbandarbeiter in den Großfabriken. Die Klassenkampfaktionen führten auch aufgrund der besonderen sozialen Ausgangsbedingungen in Italien (Nord-Süd-Konflikt, Tradition des militanten und bewaffneten Widerstandes gegen den Faschismus, eine starke KP) zu historisch

bisher nicht gekannten Formen des Kampfes in der Fabrik und im Stadtteil. Die Situation der Fließbandarbeiter war gerade in den Automobilfabriken bei FIAT (dem »Herz des italienischen Kapitalismus«) dadurch gekennzeichnet, als kleines Anhängsel einer gigantischen Maschinerie der Massenproduktion dazu gezwungen zu sein, bis zur psycho-sozialen Erschöpfung in millionenfacher Wiederholung ständig die gleichen primitiven Tätigkeiten auszuführen. Dabei verlor die Arbeit jeden Sinn als produktive Tätigkeit, und so richtete sich der ganze aufgestaute Haß der Arbeiter nicht nur allein gegen die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktionsmittel, sondern gleich direkt gegen die Organisation der Arbeit. Zeitweise verloren die traditionellen Arbeiterorganisationen jegliche Kontrolle über die revoltierenden Fließbandarbeiter, die sich während ihrer Fabrikkämpfe autonom in überall gegründeten Basiskomitees organisierten und Delegierte mit einem imperativen Mandat in die Arbeitervollversammlungen entsendeten. Ihre Aktionen zeichneten sich durch eine große Flexibilität, Unberechenbarkeit und Militanz aus: Es fanden wilde Streiks statt, die zusammen mit einem enormen Ausmaß an gezielten Sabotageaktionen weite Teile der Produktion lahmlegen konnten. Zudem waren die Kämpfe von einem wachsenden Absentismus (Krankfeiern) in den Fabriken begleitet. Die Fabrikkämpfe weiteten sich schließlich bis zum Herbst 1969 in einem ungeahnten Ausmaß im Verlauf von Tarifauseinandersetzungen aus, auf deren Höhepunkt es zu einem landesweiten Generalstreik mit einer am 25. September 1969 mit 600.000 Metallarbeitern durchgeführten Demonstration in Turin kam.

Von der Niederlage des ›Operaio massa‹ zum ›Operaio sociale‹

Die autonome Arbeiterbewegung konnte in Italien jedoch in der Folge durch eine veränderte Politik der Gewerkschaften wieder in die herkömmlichen Formen der Gewerkschaftsarbeit integriert werden. Viele Basiskomitees wurden als untere Ebene in die Gewerkschaftsstrukturen übernommen. Das ist u.a. darauf zurückzuführen, daß sich mit der Ausweitung der Bewegung im »Heißen Herbst 1969« zugleich auch das

Problem der Führung dieser Massenaktionen stellte, das durch die Politik der autonomen Arbeiterkerne nicht beantwortet werden konnte. Diesen offenen Raum nutzten die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung für ihre Politik. Im Jahre 1970 mobilisierte die KPI unter der Parole: »Vom Kampf in den Betrieben zum Kampf für die Reformen«. Zwar gab es auch weiterhin in den norditalienischen Fabriken harte Auseinandersetzungen, die militanten Arbeiterkämpfe hatten jedoch ihren politischen Höhepunkt überschritten. Mit der von der herrschenden Klasse gesteuerten »Strategie der Spannung« wurde mit Hilfe von Geheimdienstaktionen, die der autonomen Linken in die Schuhe geschoben wurden, im Land ein reaktionäres Klima erzeugt: So wurde Ende des Jahres '69 inmitten des Zentrums von Mailand in einer Bank eine Bombe gezündet, durch die 16 Menschen starben. Diese Strategie diente dazu, die vielfältigen politischen und sozialen Widersprüche von Teilen der italienischen Gesellschaft, wie z.B. die Arbeitslosen Süditaliens, die Kleinbauern, das Landproletariat sowie die städtischen Mittelschichten, gegen die revolutionäre Bewegung von 68/69 auszuspielen.

Trotz des »Roll backs« der Reaktion konnte die autonome Arbeiterbewegung noch Teile der Produktionsabläufe in den Großfabriken kontrollieren. Dagegen richtete sich seitens der Kapitalisten in den Folgejahren eine gezielte Strategie der Dezentralisierung der Fabrikproduktion, die die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der autonomen Arbeiterbewegung unterlief.

Im Jahre 1973 löste sich mit »Potere Operaio« die größte der linksradikalen Gruppierungen der militanten Arbeiterkämpfe aus den 60er Jahren auf, da sie mit ihren bislang praktizierten Organisations- und Aktionsformen gegen die neue Strategie des Kapitals innerhalb der Fabrik keine wirksame Antwort mehr entwickeln konnte. Bei FIAT wurde spätestens Mitte der 70er Jahre mit einer massiven Umstrukturierungswelle begonnen, gegen die sich aber innerhalb der Fabrik kein Widerstand entfaltete, da die vorbereitende Umstrukturierung außerhalb der Produktion stattfand. FIAT begann mit der beschleunigten Entwicklung von

Industrierobotern, die mit einer Auslagerung sowie Diversifizierung der Produktion verbunden wurde. Durch diese Maßnahmen wurden die autonomen Arbeiter genau an der Stelle entmachtet, wo sie jahrelang stark waren – an ihrer Arbeitsstelle.

Der Prozeß der Dezentralisierung und Automation der Großindustrieproduktion führte einerseits zu einer drastischen Verringerung von Arbeitsplätzen im formellen Sektor, andererseits zu einer enormen Ausweitung der Produktion in Kleinstfabriken und Heimarbeitsstätten. Diese Tendenz wurde von operaistischen Theoretikern wie z.B. Negri unter den Begriff »Fabrica diffusa« gefaßt. Er versucht eine ökonomische Entwicklung im Italien der 70er Jahre zu beschreiben, die einhergeht mit einer starken Ausweitung eines »marginalen Proletariats«. Dieses fiel in seiner ökonomischen und politischen Bedeutung besonders in Italien ins Gewicht: Ende der 70er Jahre wurde das marginale Proletariat auf ca. neun Millionen Menschen geschätzt. Darunter sind hauptsächlich Jugendliche, Alte und Kranke zu verstehen, die durch die Dezentralisierung der Großindustrieproduktion aus stabilen Beschäftigungsverhältnissen gedrängt wurden und entweder ständig ungesichert beschäftigt oder arbeitslos und damit auf staatliche Unterstützung angewiesen waren. Hinzu kommen noch zehntausende von Studenten und Akademikern, die nach dem Bildungsboom in den 60er Jahren auf einen Arbeitsmarkt stießen, der in den entsprechenden Sektoren – z.B. in der staatlichen Bürokratie – schon lange an seine Grenzen gestoßen und für die Universitätsabsolventen geschlossen war.

Jener Flügel der operaistischen Theorie, der weiterhin auf eine revolutionäre Organisierung jenseits aller bestehenden Organisationen drängte, verschob seinen Ansatz vom »Operaio massa« – des Massenarbeiters als bestimmende soziale Figur der Klassenkämpfe in den 60er Jahren – hin zur sozialen Figur des »Operaio sociale«, dem gesellschaftlichen Arbeiter. In diesem theoretischen Ansatz wird der Kampf von der Fabrik (aus der Produktion) in die Gesellschaft ausgeweitet. Damit reagiert der Ansatz des »Operaio sociale« sowohl auf die Zerstreuung der Produktion in den Regionen

als auch auf die Revolte der Frauen und die Bewegung der Jugendlichen.

Entstehung und Zerfall der 77er Autonomia-Bewegung

Im Jahre 1977 entwickelte sich eine zweite massenhafte Bewegung der Autonomia. Sie bezog sich jedoch in ihren Subjekten nicht mehr auf die Fabrikarbeiter, sondern auf das marginale Proletariat von Studenten, jugendlichen Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und alten politischen Kernen der Autonomia aus den 60er Jahren. Im Unterschied zur »alten« autonomen Klassenbewegung, die auf einen Bruch zwischen der Basis der traditionellen Arbeiterorganisationen zu deren Führung abzielte, war diese Bewegung zugleich strikt antiinstitutionell und antikommunistisch gegen die Politik der PCI gerichtet. Die neue Bewegung drückte sich im Jahre 1977 in einer ungeheuren Intensität von kreativen und militanten Formen des Protests und Widerstands gegen den Staat aus. Zentren der Revolte waren die Universitäten und die norditalienischen Großstädte. Die Bewegung bestand im wesentlichen aus zwei Strömungen: Ein Zweig war die »Autonomia creativa«, sozusagen die Spontis, die gegen die herkömmlichen Formen der Machtkämpfe mit dem Staat waren und konventionelle Organisationsstrukturen sowie kontinuierliche politische Arbeit ablehnten und den Straßenkampf mehr als Happening denn als politische Aktion begriffen. Daneben existierten auch weiterhin die Gruppen der »Autonomia operaia«, die versuchten, die verschiedenen Teile der Bewegung zu organisieren, um die spontane Revolte zu einem kontinuierlichen Angriff auf das kapitalistische System umzuwandeln.

Innerhalb der »Autonomia creativa« fanden sich vor allem zwei wesentliche Ausdrucksformen: die »Circoli del proletario giovanile« und die »Indiani Metropolitani«. Erstere entwickelten sich seit 1975 als spontane und lockere Organisation von Jugendlichen in den am meisten von der ökonomischen Marginalisierung betroffenen Vororten der Großstädte. Sie propagierten die Politik der unmittelbaren Wiederaneignung des eigenen Lebens (Politica di riappropriazone), die im scharfen Widerspruch zu der von der PCI

damals unterstützten Austeritätspolitik, des Programms der moralischen Strenge und des ökonomischen Verzichts, stand. Dagegen setzten die »Circoli« ihre eigene Praxis, die u.a. darin bestand, massenhaft in Supermärkten »proletarisch« einzukaufen, d.h. zu plündern, Jugendzentren als kollektiven Treffpunkt zu besetzen, die Zerstörung der eigenen sozialen Strukturen durch Heroinkonsum zu bekämpfen, indem man Heroindealer überfiel und verprügelte, sich den kostenlosen Eintritt zu Musikkonzerten zu verschaffen, sowie umsonst die öffentlichen Verkehrsmittel und Kinos zu benutzen. Über das Selbstverständnis der »Circoli« nachfolgend ein Zitat aus dem »Communiqué 1« zur Stürmung des Umbria Jazz Festivals im Sommer 1975:

»Die Waffe der Musik kann die Musik der Waffen nicht ersetzen. Umbria Jazz. Die Musik als Spektakel ist der Versuch, jedes Moment der Kollektivierung auf Frei/Zeit zu reduzieren. Zwischen den Organisatoren des Konzerts und den Massen der proletarischen Jugendlichen gibt es einen objektiven Widerspruch; das ist nicht einfach eine Frage der Leitung, es geht nicht nur darum, wer an der Musik verdient. Das Problem ist nicht, selbstverwaltete Konzerte zu machen. Das Problem ist, daß uns das Konzert die Musik als Spektakel vorsetzt, wie uns die ritualisierten Demos und Kundgebungen die Politik als Spektakel vorsetzen. Wir müssen uns in jedem Fall auf Zuschauer, auf Publikum reduzieren.

In diesen Momenten der Konzentration dagegen können Spannungen explodieren, die die Bedürfnisse und Potenzen des jugendlichen Proletariats repräsentieren« (A/traverso, Juni '75).

Aus den Reihen dieser Autonomiaströmung wird im Dezember 1976 auch der Sturm von mehreren tausend proletarischen Jugendlichen auf die Mailänder Scala organisiert, der mit einer Plünderung von Luxusgeschäften in der Innenstadt endet.

Die »Indiani Metropolitani« wirkten hauptsächlich im Umkreis der Universitätsstädte und drückten in ihren Gesten ihre Verbundenheit mit »Naturvölkern« als radikale Negation der großstädtischen und kapitalistischen Lebensweise aus. In der Autonomiarevolte '77 waren sie vor allem

die Träger der alternativen Werte (Ökologie, alternative Ernährung, sexuelle Befreiung), die jegliche instrumentelle Vernunft ablehnten und u.a. das befreiende Potential des Haschischkonsums propagierten. Aus dem »Manifest der ›Indiani Metropolitani‹« von Rom:

»10, 100, 1.000 Hände haben sich überall geballt, um das Kriegsbeil zu erheben! Die Zeit der Sonne und der tausend Farben ist angebrochen ... Es ist die Zeit, daß das Volk der Menschen in die grünen Täler hinabsteigt, um sich die Welt zurückzuholen, die ihm gehört. Die Truppen der Bleichgesichter mit ihren blauen Jacken haben all das zerstört, was einst Leben war, sie haben mit Stahl und Beton den Atem der Natur erstickt. Sie haben eine Wüste des Todes geschaffen und haben sie ›Fortschritt‹ genannt.

Aber das Volk der Menschen hat zurückgefunden zu sich selbst, zu seiner Kraft, seiner Freude und zu seinem Willen zu siegen, und lauter denn je schreit es mit Freude und Verzweiflung, mit Liebe und Haß: Krieg!!!« (»Lotta Continua«, 1.3.1977).

Die »Autonomia creativa« fand zu jener Zeit ihren reichhaltigen Ausdruck in hunderten von alternativen Presseorganen und über 50 linksradikalen Radiostationen, von denen »Radio Alice« in Bologna das bekannteste wurde. Es gab eine Vielfalt von Wandmalereien, Straßentheatern und Massenfestivals. Zentraler politischer Inhalt dieser Strömung ist die Politik der Freiräume, in denen die alltäglichen Bedürfnisse politisiert und in kollektiven und selbstbestimmten Formen ausgelebt werden. Insbesondere die Figur des »Stadtindianers« wird 1977 in der bundesdeutschen Spontiszene begeistert aufgenommen.

Demgegenüber versucht der andere Hauptstrang der 77er-Bewegung, die »Autonomia operaia organizzata«, weniger die Flucht aus dem System als vielmehr dessen bedingungslose Zerstörung zu praktizieren. Sie setzte sich aus einer Vielzahl von locker koordinierten Komitees, Zirkeln und Kollektiven zusammen, in denen auch die Reste der verschiedenen 69er-Basiskomitees aus den italienischen Fabriken mitarbeiteten, so z.B. auch viele Mitglieder von »Potere operaio«, die sich im Jahre 1973 in die Bewegung außerhalb der Fabriken aufgelöst hatten.

Im Frühjahr 1977 explodierte die neue Bewegung in einem ungeahnten Ausmaß: Ausgelöst durch die Abschaffung einiger Feiertage sowie durch ein geplantes Gesetz zur Universitätsreform, begannen Studenten in Palermo, Catania und Neapel mit Universitätsbesetzungen. Die Bewegung breitete sich schnell über ganz Italien aus. Nach einem bewaffneten faschistischen Überfall auf eine Vollversammlung der Universität in Rom am 1. Februar kam es am Tag danach zu einer Demonstration von tausenden von Studenten, die von den Bullen mit Pistolen und Maschinengewehren angegriffen wurde. Erstmals machten dabei auch Demonstranten von der Schußwaffe Gebrauch. Bei den folgenden militanten Autonomendemonstrationen kam es in Italien immer häufiger zur Anwendung von Schußwaffen seitens der Demonstranten; die »P 38« wurde zu einem Erkennungsmerkmal der Bewegung. Nach der Demonstration in Rom wurde die Universität von den Studenten besetzt. Dort kam es auch am 17. Februar zu einem Ereignis, das symbolisch den Bruch zwischen der organisierten Arbeiterklasse und der 77er-Bewegung der italienischen Autonomia demonstrierte: Bei dem Versuch des Vorsitzenden der kommunistischen Gewerkschaft, Lama, in der Universität eine Rede zu den Problemen der Studenten zu halten, wird dieser von vier- bis fünftausend StudentInnen und Jugendlichen empfangen, die sein Ebenbild als große Puppe schwenken und ihn mit Spottversen überhäufen. Zwischen dem herbeigekarrten gewerkschaftlich-kommunistischen Ordnungsdienst und den StudentInnen kam es dabei während der Rede Lamas zu Schlägereien, als dieser an die Adresse der Studenten die klassischen Angriffe der »Wohlfahrtsideologie« und des »Parasitismus auf Kosten der produktiven Arbeit« richtete, die angesichts der realen sozialen Situation der Studenten von diesen als glatter Hohn empfunden wurden. Den autonomen Studenten gelang es im Laufe einer Massenprügelei, den »superbonzo« Lama vom Universitätsgelände zu vertreiben, was von ihnen als »la Piazza Statuto dell'operaio sociale« gefeiert wurde.

In der Folgezeit überstürzten sich die Ereignisse. Nachdem es in Bologna, in der Musterstadt einer kommunisti-

schen Kommunalverwaltung, schon den ganzen Winter zu Hausbesetzungen, Plünderungen von Restaurants, Besetzungen von Kinos usw. gekommen war, eskalierte die Situation am 11. März. Während eines Bulleneinsatzes auf dem Unicampus wurde ein Autonomer erschossen. Daraufhin kam es zu tagelangen schweren Straßenschlachten, in deren Verlauf eine Waffenhandlung geplündert wurde. Es gelang den StudentInnen in der verwinkelten Altstadt Bolognas mit Barrikaden drei Tage lang ein bullenfreies Gebiet zu halten, bevor das Gelände mit Militäreinheiten geräumt werden konnte.

Am 12. März kam es in Rom zu einer Demonstration von über 50.000 Menschen gegen die Verurteilung eines Anarchisten. Diese Demonstration eskalierte in eine der größten Straßenschlachten, die die italienische Hauptstadt jemals erlebt hatte. Dabei praktizierten Gruppen aus dem Strang der »Autonomia operaia organizzata« das von ihnen zuvor propagierte »neue Niveau der Auseinandersetzung«, die bewaffnete Aktion. Während der Demonstration wurden zwei Waffengeschäfte geplündert, unzählige Geschäfte, Cafés und Hotels verwüstet, hunderte von Autos und viele Busse umgestürzt und verbrannt. Büros und Zeitungen der regierenden Christdemokratischen Partei (DC) wurden mit Benzinbomben angegriffen. Der Ablauf dieser Demonstration markierte jedoch einen Wendepunkt in der weiteren Entwicklung der italienischen Autonomia. Viele DemonstrationsteilnehmerInnen fühlten sich durch die Dimension der Militanz überrumpelt und funktionalisiert, dies umso mehr, als der Großteil von ihnen dem militärischen Auftreten der Polizei und deren Racheaktionen nach Ende der Demonstration relativ unvorbereitet und hilflos gegenüberstand.

Die Entwicklung spitzte sich schließlich am 14. Mai bei einer Demonstration in Mailand zu. Gruppen von mit Knarren bewaffneten Jugendlichen griffen die Bullen an und töteten einen. Die Ereignisse führen zu einer verschärften Isolation der organisierten »Autonomia operaia« innerhalb der italienischen Linken. Mit einer zunehmenden Entsolidarisierung und einer massiven staatlichen Repression ging zugleich ein Zerfall des kreativen Strangs der Autonomia ein-

her, der sich, durch staatliche Zugeständnisse begünstigt, in die Drogensubkultur der Großstädte, auf das Land oder in die Radikale Partei (in etwa vergleichbar mit den Grünen) zurückzog. Unter maßgeblicher Mithilfe der PCI, die in ihren Zeitungen die Namen von »Rädelsführern« der Autonomia abdruckte, wurden bis zum Sommer 1977 über 300 Autonome vom italienischen Staat in den Knast gesteckt, »Radio Alice« in Bologna wurde verboten und dessen Sendeeinrichtungen beschlagnahmt. Die staatliche Repression richtete sich gezielt gegen die Strukturen der Bewegung, wie z.B. Buchläden, Verlage, Zeitungsredaktionen usw. Vorwand aller Maßnahmen war die Konstruktion einer »subversiven Vereinigung«, die ein Komplott gegen den italienischen Staat vorbereitet haben sollte.

Weite Teile der Aktivisten aus dem Umfeld der »Autonomia operaia« versuchten, den Zerfall der Bewegung durch eine Steigerung der klandestinen Massengewalt (»Guerilla diffusa«) aufzuhalten und sahen nur noch in der militärischen Konfrontation mit dem Staatsapparat die Möglichkeit zur Entfaltung eines revolutionären Prozesses. »Ganze Vollversammlungen gehen in den Untergrund.« Diese Linie konnte jedoch die schwindende soziale Verankerung der politischen Bewegungen nicht mehr ersetzen. Am 7. April 1979 kam es schließlich zu hunderten von Verhaftungen (darunter auch Negri) gegen die »Autonomia operaia«. Von den 4.000 politischen Gefangenen des Jahres 1981 in Italien gehörten weit über 1.000 dieser Gruppierung an. Die Ereignisse vom 7. April 1979 wurden so zu einer strategischen Niederlage der italienischen »Autonomia operaia«, von der sie sich in den 80er Jahren nicht wieder erholt hat.

Dessen ungeachtet spielte und spielt die Rezeption des operaistischen Theorieansatzes für die bundesdeutsche autonome Linke in ihrem eigenen Selbstverständnis eine große Rolle. Bis zum Ende der 70er Jahre wurden so gut wie alle wichtigen Schriften aus dieser marxistischen Strömung ins Deutsche übersetzt. Die Schwierigkeiten der Vermittlung dieses Ansatzes in eine politische Praxis von linksradikalen Gruppierungen in der BRD werden in den nachfolgenden Kapiteln immer wieder von neuem gestreift.

Querbeet durch den Linksradikalismus der 70er Jahre

Die Jahre 1969–73 in der BRD waren die Zeit der »Reformeuphorie« und des »Friedenskanzlers« Willy Brandt, der eine neue Ostpolitik einleitete. Die JUSOS erlebten in dieser Phase einen Boom mit 100.000 neuen Mitgliedern. Politisch verfolgten sie im Umgang mit innen- und sozialpolitischen Konflikten die sogenannte »Doppelstrategie«, um Basis- und Selbsthilfeaktionen von autonomen Initiativen für die eigene Politik zu vereinnahmen.

Im Zerfallsprozeß der Studentenrevolte waren die unorganisierten Antiautoritären jenseits von JUSOS, der DKP und der ML-Gruppierungen die vierte Hauptströmung. Inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedensten antiautoritären Gruppierungen zu Beginn der 70er Jahre bestanden darin, keine wie auch immer geartete »Avantgarderolle« oder »Führung des Proletariats« auszuüben. Ihre politische Praxis zielte auf eine »Politisierung« des eigenen Alltags ab. Sofern die antiautoritären Gruppierungen nicht an der Uni verblieben, arbeiteten sie in einer Vielzahl von Kinderläden, Selbsthilfegruppen, selbstverwalteten Jugendzentren, Stadtteilgruppen oder in der Randgruppenarbeit.

Die militanten Basisströmungen fanden in der Zeit von 1969–72 ihren prägnantesten Ausdruck in der West-Berliner Zeitung »883«. Sie war das Sprachrohr der militanten Subkultur in der Stadt, der Bluesszene. Deren Aktivitäten reichten von Anschlägen auf Banken, Wohnungsbauorganisationen bis hin zu Demonstrationen vor Erziehungsheimen und »Smoke ins«.

In ihrem Inhalt grenzte sich »883« zunehmend von der in West-Berlin dominanten ML-Organisation KPD-AO (A-Null im Jargon der Linksradikalen) ab. Als praktische, antiautoritäre und militante Alternative zu den dogmatischen Parteikonzepten gingen dann später eine Reihe von bei »883« tätigen GenossInnen in den Untergrund, so z.B. Ge-

org von Rauch, Tommie Weisbecker, Holger Meins, Werner Sauber, Peter Paul Zahl. Der Lebensweg der genannten Genossen läßt sich aber kaum auf die Entwicklung des gesamten antiautoritären Lagers zu Beginn der 70er Jahre verallgemeinern.

Um 1970 entstanden die Kürzel »Sponti« und »Anarcho«, die zumeist eher informelle Gruppen, insbesondere Stadtteilgruppen bezeichneten. Viele der nichtorganisierten GenossInnen sympathisierten z.B. in West-Berlin mit der »Proletarischen Linken/Parteiinitiative« (PL/PI). Für eine kurze Zeit in den Jahren '71/'72 verband sie eine leninistische Propaganda mit einer spontaneistisch orientierten militanten Linie des Betriebsinterventionismus.

Aus den sich selbst als undogmatisch verstehenden Zirkeln in der Universität spalteten sich eine Reihe von Gruppen ab, die im Jahre 1973 in den Bezirken Kreuzberg und Wedding Stadtteilarbeit betrieben. Aus diesem Zusammenhang wurde im Februar 1974 das »Info Berliner Undogmatischer Gruppen« (INFO-BUG) gegründet, das bis zum Ende der 70er Jahre das wichtigste Sponti-Organ in West-Berlin blieb.

Die nachfolgenden Kapitel sind als Beschreibung unterschiedlicher Konzeptionen der radikalen Linken in den 70er Jahren zu verstehen, politisch, praktisch, sozial und theoretisch verändernd auf die gesellschaftliche Realität der West-BRD einzuwirken. In je eigener Weise haben die nachfolgend dargestellten Ansätze mit ihren jeweiligen Theorien, konkreten Praxen und Wirkungen Einfluß auf die Entwicklung sowohl des antiautoritären Lagers in den 70ern als auch zum Teil auf die Vorstellungen der Autonomen in den 80er Jahren genommen. Die Fernwirkungen dieser Ansätze gelten sogar in besonderer Weise, selbst wenn sie den zu Beginn der 80er Jahre neu beginnenden jungen Aktivistinnen nicht selbst-bewußt gewesen sein können.

Der deutsche Herbst 1977 stellte mit allen seinen Implikationen so etwas wie einen relativen Scheitelpunkt der linksradikalen 68er Bewegung dar. Alle Spektren dieser Bewegung mußten sich zu diesem Ereignis noch einmal verhalten: Und während diese oder jene Grüppchen und Individu-

en die Gunst der Stunde dafür benutzten, entschlossen wieder zurück in Richtung Staat zu marschieren, versackten andere wahlweise in der (vorläufigen) Ohnmacht, der politischen Isolation oder in dem Aufbau des alternativen Ghettos. Aber dieser »Bruch«, den die Ereignisse im Herbst ’77 für die linksradikale Bewegung zweifellos darstellen, wäre kein dialektischer, wenn nicht genau durch ihn hindurch weiterwirkende Tendenzen der Kontinuität wirksam würden So markiert dann das TUNIX-Treffen sowohl das letzte große Sponti-Feuerwerk in der BRD der 70er Jahre als auch das Festhalten an dem kulturell-politischen Impuls, gegen die Verhältnisse nicht einfach klein beizugeben.

Und so finden sich spätestens fünf Jahre nach dem dunklen Loch des »Deutschen Herbstes« und dem TUNIX-Feuerwerk zu Beginn der 80er Jahre die noch übriggebliebenen Aktivisten der 68er Zeit in den verschiedensten Projekten der sich im Aufwind befindlichen autonomen Basisbewegungen, der RAF, der TAZ und der Grünen Partei in neuen Konstellation.

»Wir wollen alles!« – Betriebsprojektgruppen

Eine Richtung des linksradikalen spontaneistischen Lagers orientierte sich zu Beginn der 70er Jahre an den italienischen Klassenkämpfen. Die Gründung der bundesdeutschen operaistischen Gruppen »fiel in das Spannungsfeld zwischen Auflösung der APO und Konstituierung der K-Gruppen« (Bierbrauer). Dabei war ihre Hinwendung zu den Theorien des Operaismus so etwas wie ein Befreiungserlebnis von den dogmatischen Versionen der Marxismusrezeption. Der Operaismus wurde deshalb als Theorie aufgegriffen, da in ihm die Arbeiterklasse nicht als Opfer, sondern als Subjekt ihrer gegenwärtigen Geschichte begriffen wurde.

Es bildeten sich an verschiedenen Orten der BRD sogenannte »Betriebsprojektgruppen«, die unter Namen wie z.B. »Arbeiterkampf« in Köln, »Revolutionärer Kampf« in Frankfurt, »Arbeitersache« in München, »Proletarische Front« in Hamburg und Bremen begannen, die Möglichkeit der praktischen und politischen Intervention in Betrieben und Stadtteilen zu diskutieren und teilweise zu praktizieren.

Im Gegensatz jedoch zu den Auffassungen der ML-Gruppierungen, die sich in ihrer Betriebsarbeit an einem undifferenzierten Proletariatsbegriff orientierten, existierte bei diesen Gruppen ein größeres Problembewußtsein über die Transformation der Studentenrevolte in eine betriebliche Klassenkampfpraxis. Angelehnt an die Methoden des italienischen Operaismus sollte die Betriebspraxis zunächst zur Sammlung von Erfahrungen dienen, da sich die Organisationsform, Strategie und Taktik der betrieblichen Klassenkämpfe ihrer Auffassung nach nicht von vorhandenen Konzepten ableiten ließen. Die politische Intervention in einen Betrieb wurde als eine Art »Untersuchungsaufgabe« verstanden, bei der das praktische Eingreifen mit einem Erkennen des tatsächlichen Bewußtseins der ArbeiterInnen verknüpft werden sollte.

In der Zeit von Februar 1973 bis Ende Sommer 1975 gaben die Gruppen eine gemeinsame Zeitung unter dem Titel »Wir wollen alles« (WWA) heraus. Der diese Zeitung tragende Konsens wird von der »Arbeitersache« München im Januar 1973 wie folgt charakterisiert: »Arbeiterautonomie, Primat der Praxis und der Betriebsarbeit, radikale Gewerkschaftskritik, Einbeziehung der Ausländer in den nationalen Klassenkampf, praktische Bezugnahme auf den proletarischen Lebenszusammenhang.«

In ihrer Untersuchung konstatiert jedoch Bierbrauer:

»Bei näherem Hinsehen erwiesen sich aber die Gemeinsamkeiten der an dem Zeitungsprojekt beteiligten Gruppen als eher diffus, sie erschöpften sich fast vollständig in einer auch noch widersprüchlichen Nähe zum italienischen Operaismus. Die Münchener ›Arbeitersache‹ versuchte mehr oder weniger glücklich, in Betriebskämpfe zu intervenieren ... und die Belegschaft – dabei vor allem italienische Arbeitsmigranten – zu organisieren, verwandte aber auf die theoretische Fundierung ihrer politischen Praxis weniger Mühe. Der RK, der als Ableger der Frankfurter Sponti-Szene betrachtet werden kann, und die PF Hamburg bezogen sich zwar beide auf Trontis operaistischen Klassiker ›Arbeiter und Kapital‹, unterschieden sich aber beträchtlich hinsichtlich ihrer politischen Bezugsgruppe: der RK orientierte sich an der

spontaneistischen ›Lotta Continua‹, die PF-HH mehr an der leninistischen Organisation ›Potere operaio‹.«

Zwar gelang es, mit der Linie des Betriebsinterventionismus innerhalb der Arbeiterklasse einige punktuelle Mobilisierungserfolge zu erreichen. So organisierte im Oktober 1971 der »Revolutionäre Kampf« einen Sturm von Arbeitsmigranten in Rüsselsheim auf die Opel-Betriebsversammlung. Allerdings erlangten diese Ansätze nicht die erhoffte Ausweitung und schnelle Resonanz. Abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten der politischen Arbeit (Überwachung und Repression durch den Werksschutz, Entlassungen usw.) konnten die kulturellen Barrieren zu den »Massenarbeitern« nur punktuell aufgelöst werden.

Wie bereits der Begriff »Betriebsintervention« selbst andeutet, kam in der BRD nach den 69er Septemberstreiks im Gegensatz zu Italien der Impuls zu den Klassenkämpfen in der Fabrik nicht von innen, sondern von studentischen Gruppen. Dabei verlagerten viele Mitglieder der linksradikalen Betriebsprojektgruppen ihren antiautoritären Aktionismus auf die Fabrik. Vermittelnde Instanz zwischen der Kultur der antiautoritären Revolte und der »proletarischen Arbeiterklassenkultur« im Kontext der angestrebten Kämpfe konnte damit jedoch nur die Form der Aktion sein, die Militanz und nicht die Handlungsziele selbst. Dabei kamen in der Betriebsarbeit der linksradikalen Gruppen auch die Probleme mit den im Vergleich zu Italien unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Bedingungen für Arbeiterkämpfe in der BRD zum Ausdruck:

»Zu stark ist der Interessensgegensatz zwischen Massenarbeitern und den für sie bzw. statt ihrer agierenden Organisationen ... Zu oft sind die Massenarbeiter von der Politik und ihren Organisationen verkauft worden, als daß der Avantgardismus der Intellektuellen sie von ihren Sitzen reißen könnte ... Es scheint, als sei der Begriff der ›Arbeiterautonomie‹ hinsichtlich der Massenhaftigkeit und Radikalität ihres Auftretens den Verhältnissen des Arbeiterkampfes in der BRD aufgesetzt. Damit wird nicht ihre Existenz bestritten; es ist jedoch ein weiter Weg von passiven zu aktiven Formen des Kampfes, und das Fehlen jeder Identifikation mit

der Arbeit bedeutet noch lange nicht die Identifikation mit externer Radikalität ... Der ›Revolutionäre Kampf‹ hat dies selbstkritisch erkannt: Er konstatiert: Die Fehleinschätzung des Radikalismus und der Autonomie der Arbeiterklasse resultiert aus der ›italienischen Illusion‹.

Die Entwicklung des Kapitalismus in der BRD ist jedoch grundsätzlich anders verlaufen als in Italien; dort basierte der kapitalistische Aufschwung in den 60er Jahren ›auf einer Ausbeutung des scheinbar unbegrenzten Arbeitskräftereservoirs, auf einer Intensivierung der Arbeit und auf Niedriglöhnen, auf der Proletarisierung von Millionen von Landarbeitern, Kleinbauern und Kleinbürgern nach dem Krieg ...‹, d.h. vorwiegend auf der Produktion absoluten Mehrwerts, während in der BRD die Produktion relativen Mehrwerts immer eine wesentliche Rolle gespielt hatte und zudem die extensive Akkumulationsstrategie des Kapitals Ende der 50er Jahre beendet war« (Kukuck).

In diesem Zusammenhang bliebt auch die 73er Kampf- und Streikbewegung des »Massenarbeitertypus«, mit ihrem Höhepunkt Ende August beim FORD-Streik in Köln, vorwiegend auf ausländische Arbeitsmigranten beschränkt. Es gelang dieser Streikbewegung nicht, rassistische Spaltungslinien zwischen den ausländischen und deutschen Arbeitern zu durchbrechen, was einer der Gründe ihres Scheiterns war. Zwar fand gerade der FORD-Streik mit seinen vorher in der BRD nicht gekannten, dem DGB-SPD-Gewerkschaftsapparat feindlich gesonnenen autonomen Organisationsformen und Inhalten bei Linksradikalen eine begeisterte Aufnahme. Allerdings erfüllten sich die darein gesetzten Hoffnungen auf eine Ausweitung der gewerkschaftsunabhängigen Massenarbeiterkämpfe in der Fabrik in den Folgejahren nicht mehr. Der FORD-Streik fiel schließlich in eine Situation, in der die Betriebsintervention in der Politik der Betriebsprojektgruppen ohnehin kaum noch eine Rolle spielte. Während die »Proletarische Front« in Hamburg keinerlei praktische Betriebsintervention durchführte, gründete der RK Frankfurt spätestens ab Ende 1970 Stadtteil- und Lehrlingsgruppen und bezog sich auf das Terrain der zu dieser Zeit beginnenden Häuserkämpfe. Die »Proletarische

Front« Hamburg folgte dieser Entwicklung im Frühjahr des Jahres 1973.

Die Häuserkämpfe in den 70er Jahren

Bereits 1970 organisierten Aktivisten aus dem antiautoritären Flügel der Studentenbewegung erste demonstrative Hausbesetzungen u.a. in München, Köln, Frankfurt, Göttingen und Hamburg.

Für die linksradikalen Betriebsprojektgruppen aus dem WWA-Zusammenhang bot sich das Mittel der Hausbesetzungen aus mehreren Gründen als Kampfform an: Einerseits ließ sich damit der »proletarische Lebenszusammenhang« mit einer politischen Praxis thematisieren, andererseits konnten damit die Mobilisierungsschwierigkeiten aus den Betriebskämpfen zunächst überwunden werden.

Ausgehend von der Annahme, daß immer größere Bereiche der Gesellschaft der Kontrolle des Kapitals unterstellt werden – dabei illustrierte der damals von den WWA-Gruppen benutzte Begriff der »Wohnfabrik« die Ausdehnung des Kapitalkommandos auf die Gesellschaft – werden Wohnheimagitationen, Mietstreikbewegungen und Häuserkämpfe zu Kristallisationspunkten des antikapitalistischen Kampfes in der Reproduktionssphäre:

»Häuser besetzen bedeutet, den kapitalistischen Plan in den Vierteln zu zerstören. Bedeutet, keine Miete zu zahlen, bedeutet, die kapitalistische Schuhkartonstruktur aufzuheben. Bedeutet, Kommunen und Zentren zu bilden, bedeutet, das gesellschaftliche Leben des Stadtteils zu reorganisieren, bedeutet, die Ohnmacht zu überwinden. Im Besetzen der Häuser und in Mietstreiks liegt der Angelpunkt für den Kampf gegen das Kapital außerhalb der Fabriken« (Proletarische Front in WWA Nr. 4, Mai 1973).

Die WWA-Gruppen gingen davon aus, der kapitalistischen Aufteilung des Lebens in Arbeit und Freizeit im Häuserkampf das Bedürfnis der proletarischen Massen nach Kollektivität gegenüberstellen zu können. Dabei wollten sie mit der Form der Häuserkämpfe in zugespitzter Weise eine Einheit zwischen den Interessen von Studenten und Arbeitern (Lebenszusammenhänge, Kommunikationsstrukturen) ge-

gen einen gemeinsamen Gegner herstellen. Dies sollte zugleich noch mit der wechselseitigen Erfahrung von Staatsgewalt und Militanz verbunden werden. Diesem anspruchsvollen theoretischen Ansatz stand aber die Realität der Häuserkämpfe zu Beginn der 70er Jahre gegenüber. Ihre wesentlichste Zuspitzung erhielten diese Kämpfe in den sozialdemokratisch regierten Metropolen Frankfurt und Hamburg. Die Hausbesetzungen stießen dort zum Teil in relative politische Freiräume, die der bürgerliche Staat gewähren mußte, da er in diesen Städten mit einem reformistischen Anspruch auftrat. So hatte es die Hausbesetzerbewegung in Frankfurt mit einer »linken SPD« zu tun, die ebenfalls den Kampf gegen die Bodenspekulation auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

In Frankfurt entwickelte sich so etwas wie eine breite soziale Bewegung, während in Hamburg mit der Hausbesetzung in der Eckhoffstr. 39 eine politische Zuspitzung des Kampfes stattfand, die zu einer folgenreichen Niederlage der radikalen Linken in der Stadt wurde. Die Debatten gingen zum Teil weit über die unmittelbare Praxis des Aneignens von leerstehenden Wohnraum hinaus. Sie erhielten für die darauffolgenden Jahre eine strategische Qualität für die Diskussionen über eine linksradikale Politik in der Bundesrepublik.

Die Häuserkämpfe der 70er Jahre zeigten auf, daß es auch in dem Reproduktionsbereich möglich war, neue radikale Kampfformen zu entwickeln, die trotz ihres bewußten Durchbrechens von legalistischen Politikformen zu teilweise breiten Solidarisierungen innerhalb der Bevölkerung führten.

Der Frankfurter Häuserkampf

Ende der 60er wurden von den Großbanken in Frankfurt Konzepte einer Umstrukturierung der Stadt in eine Banken- und Dienstleistungsmetropole entworfen. Die Banken entschlossen sich, in das zur City verkehrsgünstig gelegene Westend-Viertel zu expandieren. Die Sanierung dieses ehemaligen Quartieres der Frankfurter Bourgeoisie erfolgte in mehreren Schritten. Mit Hilfe von Spekulanten wurden ganze Grundstückskomplexe aufgekauft, im zweiten Schritt erfolg-

te die Einquartierung von Arbeitsimmigranten in die Häuser. Dieser Prozeß beschleunigte die Abwanderung der eingesessenen bürgerlichen Westend-BewohnerInnen und ermöglichte riesige Profite durch Wuchermieten. Zugleich kam es teilweise zu einer katastrophalen Überbelegung ganzer Straßenzüge. Die Situation wurde noch durch spekulativen Leerstand von Häusern verschärft. Zudem war es für Leute aus der Studentenszene in Frankfurt so gut wie unmöglich, große Räume für Wohngemeinschaften zu mieten.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich in den Jahren Ende 1970 bis Anfang 1974 der Frankfurter Häuserkampf, der in der sozialen Zusammensetzung seiner Träger für die Herrschenden geraume Zeit ein brisantes Gemisch bedeutete. Die Initiativen des Häuserkampfs wurden von dem sich antiautoritär verstehenden Teil der Studentenbewegung getragen, der schon zu SDS-Zeiten in Frankfurt bundesweit eine seiner Hochburgen hatte. Aus dem Zerfall des SDS war in dieser Stadt eine zahlenmäßig starke Spontifraktion hervorgegangen. Sie arbeiteten u.a. mit Immigranten zusammen, die zum Teil vorher bei der linksradikalen »Lotta Continua« mitgearbeitet hatten. Zwischen Frühjahr 1972 und Frühjahr 1973 verbanden sich die Mietstreiks, die vorwiegend von türkischen und italienischen Immigranten getragen wurden, mit den Hausbesetzungen der Spontiszene. Allerdings entstanden in der konkreten Zusammenarbeit Probleme: Einer mangelnden politischen Autonomie auf der Seite der Mietstreikenden stand auf Spontiseite eine teilweise »Sozialarbeiter- und Juristenmentalität« gegenüber, die lediglich dazu führte, sich gegenseitig zu funktionalisieren, anstatt den Prozeß der Selbstorganisation in den laufenden Auseinandersetzungen voranzutreiben.

In den Jahren 1971 bis 1974 gelang es der Frankfurter Spontiszene, mit dem »Revolutionären Kampf« als wichtigster Gruppe, durch eine Verbindung der verschiedensten Aktionen, Besetzungen und Demonstrationen den öffentlichen Ausdruck und die Dynamik des Häuserkampfes zu bestimmen. Insbesondere in dem Gebrauch der Militanz in diesen Kämpfen kommen ihre widersprüchlichen Seiten zum Ausdruck: Während der ersten größeren Straßen-

schlacht Ende September 1971 bei einem gescheiterten Besetzungsversuch kam es zu einer Solidarisierung der Bevölkerung mit den Hausbesetzern. Der Erfolg konnte von der Bewegung in der Folge durch eine steigende Anzahl von Mietstreiks und Hausbesetzungen genutzt werden. Der Frankfurter SPD-Magistrat konnte so zunächst dazu gezwungen werden, seine ursprüngliche Verfügung, alle besetzten Häuser sofort räumen zu lassen, zu revidieren.

Nachdem die Mietstreikbewegung der ausländischen Immigranten im Frühjahr 1973 zum Erliegen kam, konzentrierten sich die Diskussionen der Bewegung um die Verteidigung der besetzten Häuser und den militanten Schutz von Massendemos. Bei der drohenden Räumung des Kettenhofweges im Frühjahr 1973 beschlossen die Spontis, in die politische Offensive zu gehen. Darauf erfolgte ein brutaler und in der Öffentlichkeit als überhart empfundener Bulleneinsatz, der in der Frankfurter Innenstadt mehrere Straßenschlachten auslöste. Aufgrund der breit getragenen Solidarität und der Entschlossenheit zur militanten Verteidigung des besetzten Hauses im Kettenhofweg konnten mehrere Räumungsversuche der Bullen zunächst abgewehrt werden. In den Auseinandersetzungen drückte sich eine gelungene Verbindung von einer propagandistischen Massenarbeit mit einer Massenmilitanz aus, die sich nicht als Selbstzweck von den Inhalten des Kampfes ablöste. In der bürgerlichen Presse las sich das so:

»Inmitten der Großstädte entstehen Bürgerkriegsnester ... Es ist nicht auszuschließen, daß sich nach dem Frankfurter Beispiel inmitten der Großstädte eine Art Nebenregierung bildet, gestern Uni-Räte, heute die Häuserräte, morgen vielleicht die ›Räte der besetzten Fabriken‹« (Frankfurter Neue Presse, April 1973).

Aufgrund der bei der Räumung des Kettenhofweges erlebten Bullenbrutalität konzentrierten sich die Überlegungen der Frankfurter Spontis in der Folgezeit auf die Organisierung eines militanten Schutzes von Massendemos. Es entstand die sogenannte »Putzgruppe«, die ein Ausdruck einer zu damaliger Zeit breit geführten Diskussion über die Probleme der Militanz und der organisierten Gegengewalt war.

Die Debatte wurde dabei stets organisatorisch und politisch in die Bewegung zurückvermittelt, was vermutlich einer der Gründe dafür war, daß eine Kriminalisierung der Militanten zu jenem Zeitpunkt nicht stattfand.

Nach der Kettenhofweg-Räumung setzte allerdings auch eine weitgehende defensive Fixierung auf die Verteidigung des »Blocks« (Bockenheimer Landstr./Schumannstr.), auf Fragen der »militärischen Verteidigung« ein, die die Diskussionen um eine inhaltliche Ausweitung der Bewegung in den Hintergrund drängte. Zum Teil war das auf die praktische Erschöpfung vieler BewegungsaktivistInnen aufgrund der permanenten Repression zurückzuführen. Auf der anderen Seite schlugen in dieser Zeit bestimmte interne Führungsstrukturen des Revolutionären Kampfes auf den weiteren Kurs der Bewegung zurück. Der »Block« wurde schließlich von 2.500 Bullen Anfang Februar 1974 in einem Überraschungsüberfall geräumt und sofort durch Bagger in Schutt gelegt. Auch die am 23. Februar nachfolgende Putzdemo mit 10.000 Leuten, die zu den heftigsten Straßenschlachten in Frankfurt in den 70er Jahren führte, änderte an dem Erfolg des Frankfurter SPD-Magistrates nichts mehr.

Nach der Räumung des »Blocks« war die Bewegung in Frankfurt weitgehend am Ende. Die politische Orientierungslosigkeit nach dem Ende des Häuserkampfes wurde in einem rückblickenden Interview mit einem Spontigenossen wie folgt beschrieben:

»Da sind einfach die alten Machtstrukturen politisch umgeschlagen, und die Leute wußten nicht mehr, was sie machen sollten. Wenn du Leute teilweise von den politischen Entscheidungsstrukturen fernhältst, dann brauchst du dich hinterher nicht zu wundern, daß, wenn du nichts mehr vorgibst, auch nichts mehr nachkommt« (aus der »Wildcat« Nr. 40/1986).

Über Militanzdebatten und andere Rückzüge

Nach dem Abflauen des Häuserkampfes versuchte die Spontibewegung, ihren Zusammenhalt und ihre politische Identität über den Aufbau eines »Gegenmilieus«, punktuelle Kampagnen und militante Aktionen aufrecht zu erhalten.

(Sommer 1974 Fahrpreiskämpfe gegen den Frankfurter Verkehrsverbund; September 1975 Angriff auf das Spanische Generalkonsulat; im Mai 1976 militante Demonstrationen von 3.000 Leuten zum Tod von Ulrike Meinhof).

Die Entwicklung wurde zugleich mit einer Effektivierung der Straßenmilitanz in sogenannten »Kleingruppen« und teilweise klandestiner Organisierung verbunden. Zwar waren diese Kleingruppen zunächst in der Lage, den Bullen auf der Straße besser zu begegnen, allerdings setzte sich damit auch eine beschleunigte Zersplitterung der ehemals übergreifenden politischen Zusammenhänge durch.

Die innerhalb der Frankfurter Spontibewegung praktizierte unmittelbare Verknüpfung von Straßenmilitanz mit einer Vorstellung von Revolution wendete sich an dem Punkt gegen jede revolutionäre Vorstellung, als Formen von Straßenmilitanz unmittelbar nicht mehr praktizierbar waren und jeder abstrahierende Begriff von Revolution verloren ging.

Der in der Spontibewegung verfolgte politische Ansatz, ausgehend von den eigenen Bedürfnissen die politische Intervention zu bestimmen, greift zu kurz, wo schwierige gesellschaftliche Bedingungen (wie z.B. »Bewegungstäler« oder zu starke staatliche Repressionen) es notwendig werden lassen, von den eigenen Erfahrungen punktuell zu abstrahieren, um so nach anderen Möglichkeiten der politischen Arbeit zu suchen. Statt dessen kippte der Subjektivismus nach dem Ende des Häuserkampfes in die Illusion um, der Ablehnung der kapitalistischen Lohnarbeit die Fiktion einer sinnvollen selbstbestimmten Arbeit im Kapitalismus im Rahmen einer Alternativbewegung entgegensetzen zu können.

Die Hausbesetzung Eckhoffstr. 39 in Hamburg

Ausgangspunkt der Hausbesetzung in der Eckhoffstraße waren die Pläne der Neuen Heimat-Tochtergesellschaft Bewobau, große Teile des innenstadtnahen Viertels Hohenfelde abzureißen, um dort 19stöckige Wohntürme mit insgesamt 450 Luxuseigentumswohnungen zu errichten. Die Entwicklung zog sich über mehrere Jahre hin und wurde durch eine gezielte Vertreibung von alteingesessenen MieterInnen be-

gleitet. Die Umstrukturierung der Bewohnerschaft wurde zudem noch durch die vorübergehende Einquartierung von mobilen Studenten mit kurzfristigen Mietverträgen vorangetrieben. Zum Zeitpunkt der Besetzung standen deshalb viele Häuser im Viertel leer oder waren an Studenten vermietet, von denen die Behörden annahmen, daß sie an einer längerfristigen Nutzung kein Interesse hatten. Den Praktiken der Neuen Heimat schlossen sich ebenfalls noch private Spekulanten an. Die gegen die verbliebenen Mieter angewendeten brutalen Methoden führten zunächst zu der Gründung einer Mieterinitiative, die mit Mitteln wie z.B. Unterschriftenlisten, Flugblättern und offenen Briefen jedoch kaum etwas bewirken konnte. In diese Situation fiel die Besetzung der Eckhoffstr. 39 am 19. April 1973.

»Sie war der Versuch einer Fraktion der Hamburger Linken, der ›Spontis‹, bestimmte politische Vorstellungen, die monatelang in kleinen Gruppen diskutiert worden waren, endlich praktisch werden zu lassen. Die Aufrüstung des westdeutschen Polizeiapparates und die im Zuge der Baader-Meinhof-Kampagne sich verschärfende Repression gegen die Linke hatten in diesen Gruppen vor allem zu einer intensiven Diskussion der Frage der revolutionären Gewalt geführt. Der Frankfurter Häuserkampf, der wenige Tage zuvor einen Höhepunkt in den Auseinandersetzungen um das besetzte Haus am Kettenhofweg 51 erreicht hatte, schien ein Beispiel geliefert zu haben, daß sich eine Mobilisierung von größeren Teilen der Bevölkerung durchaus mit radikalen und kompromißlosen Formen des politischen Kampfes verbinden läßt. Die Vorbereitung auf eine nach allen Erfahrungen zu erwartende Konfrontation mit dem staatlichen Repressionsapparat spielte deshalb bei der Vorbereitung der Besetzung und im Auftreten ihrer Akteure (Helm, Gesichtstücher, Schlagstöcke) eine große Rolle« (Grüttner).

Zu Beginn der Eckhoffstraßenbesetzung entwickelte sich in dem Viertel eine Solidarität, die von Möbelspenden bis zu Solidaritätstransparenten an anderen Häusern reichten. Die Besetzer nahmen zunächst Kontakt mit den MieterInnen der umliegenden Häuserblocks auf, organisierten Versammlungen, auf denen sie ihre Vorstellungen zusammen mit den

Anwohnern diskutierten und richteten im Haus ein Stadtteilbüro sowie ein Jugendzentrum ein. Das Haus wurde insbesondere für Jugendliche in dem Stadtteil zu einem ständigen Bezugspunkt.

Diese Initiativen, die Unterstützung, die die Besetzer in der Öffentlichkeit fanden, und ihre erklärte Absicht, das Haus militant zu verteidigen, machten es dem Hamburger SPD-Senat, der Bewobau und den Bullen zunächst unmöglich, das Haus im Handstreich zu räumen. Sie verlegten sich deshalb zunächst auf eine politische Isolierung der Besetzer sowie deren Kriminalisierung. Der eine Teil dieses Konzeptes wurde von der Hamburger Springerpresse besorgt, die die Hausbesetzer permanent als »Reisende Radikale«, »Maskenmänner«, »Politrocker«, »Terroristen« und »Gangster« bezeichnete. Zu dieser Propaganda gehörten natürlich auch erfundene Geschichten über vermeintliche Überfälle der Hausbesetzer auf BewohnerInnen im Viertel. Den anderen Teil des Konzeptes besorgten die Bullen mit permanenten Provokationen. Sie zielten durch ständige Übergriffe und die Behinderung aller Besetzeraktivitäten darauf ab, deren Handlungsspielraum möglichst einzuengen. Sämtliche Besetzer, Sympathisanten oder Anwohner, die sich in der Eckhoffstraße aufhielten, wurden an der nächsten Straßenecke angehalten, überprüft und zum Teil in das Polizeipräsidium geschleppt und erkennungsdienstlich behandelt. Die Besetzer versuchten sich gegen diese Schikanen durch organisiertes militantes Auftreten zur Wehr zu setzen und ließen sich dabei auf einen Kleinkrieg mit den Bullen ein, dem sie aber auf Dauer nicht gewachsen waren. Dabei traten andere politische Aktivitäten in den Hintergrund und erlahmten schließlich völlig. Die militärische Konfrontation mit den Bullen begann sich im Laufe der Besetzung zu verselbständigen. Mit der Verlagerung der Besetzeraktivitäten von der politischen auf die militärische Ebene verringerte sich zugleich die Solidarität der Bevölkerung, die durch den ständigen polizeilichen Belagerungszustand in Auseinandersetzungen mithereingezogen wurde.

Am 23. Mai 1973 wurde die Eckhoffstraße in den Morgenstunden von 600 Bullen abgeriegelt und von einem mit

Maschinengewehren bewaffneten MEK-Kommando überfallen. Über 70 BesetzerInnen wurden festgenommen, gegen 33 von ihnen wurden erstmals in der BRD Haftbefehle unter dem Vorwurf der »Mitgliedschaft oder Unterstützung in einer kriminellen Vereinigung« (§ 129) erlassen, der später auch zu einer Reihe von Verurteilungen führte.

Die Ereignisse um die Eckhoffstraßenbesetzung wurden für die Hamburger Spontilinke zu einem wichtigen Schnittpunkt ihrer weiteren politischen Aktivitäten: mit der polizeilichen Zerschlagung der Besetzung scheiterte zugleich auch die »Proletarische Front« als Organisation. Sie hatte die Hausbesetzung unterstützt, obwohl sie zuvor auf Grundlage ihrer eigenen Diskussionen den Häuserkampf nur in Arbeitervierteln, bei genügender propagandistischer Vorbereitung nach außen, tragen wollte. Diese Bedingungen waren jedoch für die Eckhoffstraßenbesetzung nicht gegeben, da der Stadtteil zuvor bereits weitgehend von seinen Bewohnern geräumt worden war. Damit waren die Möglichkeiten, das Haus zum Ausgangspunkt weiterer Aktivitäten im Stadtteilkampf in Hohenfelde zu machen, stark begrenzt. Zudem eskalierte für die »Proletarische Front« während der Besetzung das »Militanzproblem«, das zu einer Frage der individuellen moralischen Bewährung oder des Versagens der einzelnen GenossInnen wurde und an dem sich die Gruppe schließlich aufrieb.

Einige EckhoffstraßenbesetzerInnen entschlossen sich unter dem Eindruck der Räumung und der gegen sie durchgeführten staatlichen Repressionsmaßnahmen dazu, in den Untergrund zu gehen. Zwei von den Genossen (Karl-Heinz Dellwo und Bernhard Rößner) gehörten im Februar 1975 zu einem RAF-Kommando, das mit dem Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm die Freilassung der Stammheimer RAF-Häftlinge durchzusetzen versuchte. Die Beteiligung von ehemaligen Hausbesetzern an der Aktion einer bewaffnet kämpfenden Gruppe diente in der Folge staatlichen Instanzen dazu, die Kampfform Hausbesetzungen beständig als eine »Durchgangsstation« für »Terroristen« zu denunzieren. Unter dem Eindruck des »Traumas« der Eckhoffstraßenbesetzung verlor die Hamburger Spontilinke für

mehrere Jahre die Kraft zu größeren politischen Initiativen. Diese Situation änderte sich erst wieder ab 1976 in dem Kampf gegen das geplante AKW in Brokdorf.

Die Spontibewegung an den Universitäten

Die Situation der Studenten an den Universitäten hatte sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre gegenüber den 60er Jahren stark verändert: Durch technokratische »Bildungsreformen« wurde die Uni zur Massenuniversität; die Anzahl der Studenten in der BRD und West-Berlin von 1960 bis 1979 verdreieinhalbfachte sich auf knapp eine Million. Auf der politischen Seite war die Situation, insbesondere in einigen »linken Fachbereichen«, durch eine »Wissenschaftsblüte« und die politisch dominierenden maoistischen ML-Organisationen oder links-reformistischen Studentengruppen gekennzeichnet. Während die »Parteiaufbauer« die Notwendigkeit der Unterordnung von »individuellen Bedürfnissen« unter die »Erfordernisse des Klassenkampfs« propagierten, setzten viele durch die 68er Revolte in akademische Stellen gespülte »linke Wissenschaftler« mit enormen Leistungsansprüchen alles daran, die »bürgerliche Wissenschaft« zu entlarven. Sie konnten dabei ihre universitäre Praxis in dem Abfassen von dickleibigen Doktorarbeiten nicht nur mit ihrer eigenen beruflichen Karriere, sondern auch mit der Illusion eines gleichzeitigen politischen Fortschrittes für die Linke verbinden.

»In dieses Klima ... gerieten während der letzten zwei Drittel der 70er Jahre Studenten, die da nicht ›mithalten‹ konnten und wollten. Sie konnten es nicht, weil ihnen ... die Motivation, der große Impuls von '68 fehlte; und sie wollten es nicht, weil ihnen der Preis (Arbeitseinsatz, politische Risiken) zu hoch schien im Vergleich zu dem vielleicht möglichen, aber immer ungewisser werdenden Resultat. Hinzu kamen ... die Verschlechterung der Berufsaussichten und die ›empirische‹ Widerlegung traditioneller und neuerer politischer Hoffnungen, von einer möglichen Zuspitzung der Klassenkämpfe bis zur ›persönlichen Emanzipation‹, die als Zielpunkte am Horizont aufblitzten und wieder verblaßten« (Schütte).

Die erklärtermaßen theorie- und wissenschaftsfeindlichen Spontigruppen erlebten ihren politischen Aufstieg an den Universitäten Mitte der 70er Jahre. Mit unkonventionellen, witzigen und phantasievollen Aktionen versuchten sie, sich gegen den Universitätsbetrieb zur Wehr zu setzen: So wurde z.B. im Jahre 1978 auf Vorschlag von Sponti-Studenten in Münster ein Schwein zum Rektor der Universität gewählt. In Ulm ließen sie im gleichen Jahr stellvertretend für sich einen Hund zum akademischen Senat kandidieren. Auf ihrem Höhepunkt in den Jahren '77/'78 stellten die Spontis in einer Reihe von Universitätsstädten die Studentenvertretungen.

Die Spontibewegung in den 70er Jahren beinhaltete ein reiches, in sich widersprüchliches Ausdruckspotential von verschiedenen Protest-, Auflehnungs-, Verweigerungs- und Fluchtverhalten gegen bürgerliche Herrschaftsnormen. Auf der politischen Ebene dominierten antiinstitutionelle, basisdemokratische, autonomistische und anarchistische Elemente ihre Vorstellungen. Ihr Protest richtete sich gleichermaßen gegen die »Wissenschaftsfabrik Uni« und gegen die staatliche Repression.

Nach den desillusionierenden Erfahrungen mit den »Reformunis« verlagerten viele Spontis im letzten Drittel der 70er Jahre zunehmend Teile ihrer Praxis in Alternativprojekte, Stadtteil- und Anti-AKW-Gruppen. Die Massenuniversitäten wurden dabei – bis heute! – zu einem relativen »Freiraum«, der die Möglichkeit für ein politisches Engagement an anderen Stellen bot.

Die Spontibewegung wäre jedoch nur unvollständig beschrieben, wenn nicht auch ihre sozialpsychologischen Dimensionen genannt würden: In einer abstrakten Beschreibung läßt sich das als Versuch eines Aufbaus von harmoniefähigen Erfahrungszusammenhängen benennen, der in einem untrennbaren Zusammenhang mit einer spekulativen Suche nach einem unbestimmten Anderen stand. Etwas konkreter ist darunter zu verstehen, daß mehr als einmal Spontigruppen mit ihren teilweise aberwitzig hohen und nicht selten diffusen Gruppenansprüchen im unpolitischen Psycho-Desaster endeten. Oft verband sich in der Bewe-

gung eine »Betroffenheitsideologie« mit Tendenzen zu einer »neuen Innerlichkeit«, die teilweise zu unpolitischen und resignativen Rückzügen in Wohngemeinschaften, Therapiegruppen und selbstzerstörerischen Drogenkonsum führte. Die Erfahrungen aus der Zeit machen deutlich, daß der in der Spontibewegung auch enthaltene Anspruch einer »Befreiung von Politik« oft in ein unpolitisches und privatistisches Selbstverständnis umschlagen kann.

Kurze Geschichte der K-Gruppen und ihres Zerfalls

Bereits in der APO-Zerfallsphase hatte es innerhalb der Bewegung gravierende Kontroversen um die von Teilen des SDS betriebenen Marxistisch-Leninistischen(ML)-Parteigründungskonzepte gegeben. Auf die Frage nach den Perspektiven der weiteren politischen Arbeit antwortete ein Teil der antiautoritären Bewegung mit einem Dogmatisierungsprozeß. Dabei entstand auch die Parole »Liquidiert die antiautoritäre Phase«, die für einen großen Teil der studentischen Basis die Grundlage für eine sogenannte »proletarische Wende« bildete. Auf das eigene unbegriffene »antiautoritäre Ausflippen« in der Studentenrevolte erfolgte mit dem biographischen Hintergrund einer zumeist mittelständischen Sozialisation die Rückkehr in die überschaubare »kleinbürgerliche Struktur« einer ML-Kaderpartei. Dies war zumeist mit einer irrationalen Unterwürfigkeit und dem Verzicht auf eigenes Denken verbunden. Die vormals proklamierte »revolutionäre Identität« des Individuums wurde auf eine Organisation verlagert, die sich zur jeweils »führenden Partei des Proletariats« ernannte.

Aus den diversen Parteigründungskonzepten bildeten sich vier größere K-Gruppen-Zusammenhänge heraus. Dabei setzte sich in einigen Städten und Regionen jeweils eine ML-Organisation durch.

In West-Berlin dominierte die KPD-Aufbauorganisation (KPD-AO), die sich im März 1980 auflöste. Demgegenüber spielte die von alten KPD-Mitgliedern bereits Ende 1968 gegründete KPD-ML vorwiegend in Kiel und im Ruhrgebiet eine Rolle, während in Hamburg der 1971 gegründete Kommunistische Bund bis zu einer Spaltung Ende der 70er

Jahre als ML-Organisation führend war. Als letzte größere ML-Organisation wurde schließlich im Jahre 1973 aus einer Reihe von zuvor existierenden Diskussionszirkeln der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) gegründet. Er spielte in den 70er Jahren zeitweise in Frankfurt, Heidelberg und Bremen eine größere Rolle, bevor er sich im Jahre 1982 auflöste.

Verbindendes Glied dieser ML-Gruppierungen waren, neben ihrer Fixierung auf die revolutionäre Rolle des Fabrikarbeiterproletariats, ihre auf Mao-Ideologeme gestützte »antirevisionistische« Einstellung gegenüber der DKP und der Sowjetunion. Auf der programmatischen Ebene schlug sich das in einer rigorosen außenpolitischen Orientierung an der Politik der VR China, ergänzend an Albanien, nieder. Diese politische Linie verband sich mit einer mehr oder weniger großen Distanz zur Sowjetunion bzw. zum »real existierenden Sozialismus«. Die ablehnende Haltung zur SU steigerte sich bei einigen ML-Gruppen bis zum Vorwurf des »Sozialimperialismus«. Dies führte dazu, die UdSSR als den – im Vergleich zur USA – größeren Hauptfeind einer revolutionären-sozialistischen Entwicklung anzusehen. Teilweise kam es in diesem Kontext zu Forderungen wie z.B. der der KPD-ML nach einem, gegen die »sozialimperialistische UdSSR«, wiedervereinigten »sozialistischen deutschen Vaterland«.

Viel verheerender als alle programmatischen Verwirrungen der ML-Gruppen auf dem Sektor der Außenpolitik waren jedoch ein schematisiertes Theorie-Praxis-Verständnis und ihre organisatorischen Binnenstrukturen: Ihr autoritäres und dogmatisches Theorieverständnis auf proklamierter Grundlage der Theorien des Marxismus-Leninismus strich den universellen Horizont dieser Theorien mit Hilfe von dürren politökonomischen Lehrsätzen zu einem kleinkarierten vulgärmarxistischen Schrebergartensystem zusammen. Die »führende Rolle der Partei des Proletariats« wurde zunächst einmal gegenüber den eigenen Mitgliedern durchgesetzt. Die vorgeblich an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus angelehnten Organisationsstrukturen führten nicht nur zu einer straffen von oben nach unten aufgebauten

hierarchischen Leitungsstruktur, sondern auch zu einer zunehmend sinnentleerten, kritiklosen Anwendung von Gehorsam, Disziplin und einer wahnwitzigen Durchhaltemoral in der politischen Arbeit. Wie selbstverständlich wurden von den einzelnen Mitgliedern anachronistische Leistungsstandards in der politischen Arbeit verlangt. Die sozialen Beziehungen und Alltagsstrukturen der Mitglieder wurden bis in die intimsten Bereiche entschieden und geregelt. In diesem Zusammenhang wurden weite Teile des privaten Einkommens an die Organisation abgeführt, »Rote Ehen« geschlossen, die Haare kurzgeschnitten und teilweise 18 Stunden am Tag »revolutionäre Parteipolitik« gemacht. Demgegenüber wurden die Politikformen und Muster der damaligen Linksradikalen aus der Spontiszene von den ML-Gruppierungen als »elitär« und »kleinbürgerlich« denunziert.

Mitte der 70er Jahre stellten die K-Gruppen in einigen Großstädten – in einer formalen Betrachtungsweise – die stärkste außerparlamentarische Kraft der Linken dar. Zeitweise waren in diesen Gruppen weit über 10.000 Menschen organisiert, der KBW brachte es als größte ML-Organisation auf über 3.000 Mitglieder, der KB in Hamburg verfügte im Jahr 1978 über 900 Aktivisten. Im Jahr 1977 wurden von dem KBW-Organ »Kommunistische Volkszeitung« wöchentlich über 30.000 Exemplare verkauft, und auch der »Arbeiterkampf« des KB konnte in dieser Zeit mit einer wöchentlich vertriebenen Auflage von über 25.000 Exemplaren mithalten.

Hin und wieder blitzte auch bei den ML-Organisationen ein erstaunliches Maß an Militanz auf: So stürmten Mitglieder der KPD im April des Jahres 1973 im Anschluß an eine Demonstration gegen den Besuch des südvietnamesischen Ministerpräsidenten in Bonn das dortige Rathaus und zerlegten die Inneneinrichtung. In den Jahren 1975/76 wurden vom KBW in Heidelberg und Bremen massive Straßenbahnblockaden gegen die Erhöhung der Fahrpreise organisiert. Zu Beginn der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung stellten die K-Gruppen große Kontingente hervorragend ausgerüsteter Genossen, die sich massiv an den praktischen Auseinandersetzungen beteiligten. Das führte nach der

Grohnde-Demonstration im März 1977 seitens der Herrschenden zu einer intensiven Verbotsdiskussion, insbesondere gegen den KBW. Dagegen mobilisierten alle K-Gruppen (mit Ausnahme des KB) im Oktober ’77 zu einer Großdemonstration rund 20.000 Menschen auf den Bonner Marktplatz, der von einem Meer von roten Fahnen eingenommen wurde ...

Der Zerfall der K-Gruppen setzte Ende der 70er Jahre ein: Der Rückgriff auf Parteikonzeptionen aus den 20er Jahren und das Festhalten an einem völlig anachronistischen und rückwärtsgewandten Proletariatsbegriff, der sich an dem männlichen Fabrikarbeiter orientierte, erwies sich unter den spätkapitalistischen Bedingungen der BRD als eine revolutionsstrategische Lachnummer. Zudem ließen sich die mit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen (Anti-AKW-, Ökologie- und Alternativbewegung) und die in der Patriarchatsdebatte neu entstandenen Fragestellungen auf Grundlage eines starr angewendeten ML-Theoriesystems nicht mehr beantworten. Auch vor diesem Hintergrund waren viele Mitglieder dieser Organisation nicht mehr dafür zu mobilisieren, sich bis in den Bereich ihrer privaten Sphäre hinein totalisierenden Politikmustern zu unterwerfen.

Sofern sich die Kader der ML-Gruppierungen nach dem Zerfall ihrer Organisationen nicht privatisierten, lösten sie sich in den Gründungsprozeß der Grünen Partei auf. So trieben z.B. in der West-Berliner AL bis in die späten 80er Jahre ein paar alte KPD-AO-Mitglieder mit ihrer alten Forderung nach einer »Wiedervereinigung eines von den Supermächten befreiten einigen deutschen Vaterlandes« ihr Unwesen. Mittlerweile werden eine Reihe von mittleren und höheren Funktionärsposten bei den Grünen von ehemaligen MLern bekleidet, die dort ihre »revolutionären Jugendsünden«, wie z.B. die Ex-KPD Sympathisantin Antje Vollmer und der Ex-KBWler Fücks, mit geläuterten Bekenntnissen zum »demokratischen Rechtsstaat« abzutragen suchen.

Von der Krise und dem Zerfall der ML-Bewegung wurde auch der Hamburger KB um die Jahreswende 1979/80 getroffen. Bei dem Versuch zunächst relativ flexibel auf den Parteibildungsprozeß der reformistischen grünen Partei

Einfluß zu nehmen, spaltete er sich in einen bei den Grünen mitarbeitenden und in einen weiterhin sich als kommunistische Organisation begreifenden Flügel.

Ende der 80er Jahre existierten nur noch Reste der ehemaligen K-Gruppen in Verbänden wie z.B. BWK, VSP, MLPD usw. Sie waren jedoch nicht mehr eigenständig zur Organisierung von größeren Straßenaktionen in der Lage. Dennoch spielten da und dort die alten ML-Ideologien der 70er Jahre für die autonom-linksradikale Szenerie der 80er Jahre eine nicht immer angenehme Rolle.

Die Alternativbewegung

Der Beginn der Alternativbewegung in der BRD und West-Berlin läßt sich im wesentlichen mit zwei Entwicklungslinien in Verbindung bringen: Auf der politischen Seite war die Situation Mitte der 70er Jahre von einer Desorientierung gekennzeichnet, die mit einer Abwendung von einer auf die Betriebe oder sonstige politische Initiativen zentrierten Politik einherging. Die Alternativbewegung schien einen Ausweg aus der Schere zwischen staatlicher Repression und Integration zu eröffnen. Dabei konnten sich weite Teile der Spontiszene in einem historischen Rückgriff an den bereits während der APO-Zeit in ihrer antiautoritären Phase formulierten Ansprüchen orientieren, die politische Arbeit mit individueller und kollektiver Emanzipation zu verbinden. Die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten einer solchen Verbindung und die Erfahrung der enormen Stabilität des bundesdeutschen Herrschaftssystems (vor allem nach dem Amtsantritt der SPD/FDP-»Reformregierung« im Jahre 1969) führten jedoch dazu, daß viele der politisierten StudentInnen sich anderen Formen der politischen Arbeit zuwandten. Es begann die Zeit der ML-Gruppen oder der stringent marxistisch-operaistischen Ansätze.

Als ab 1974 sichtbar wurde, daß ein autoritäres politisches Praxisverständnis in die Isolierung führte, sahen viele kaum noch eine Möglichkeit für eine organisierte politische Arbeit.

Daraus entstand so etwas wie eine »Nebenbewegung«, die versuchte, eine praktische Alternativgesellschaft aufzu-

bauen. Die Bewegung breitete sich dort am stärksten aus, wo zuvor auch intensive, von Linksradikalen getragene Konflikte stattgefunden hatten. West-Berlin und Frankfurt wurden zu Schwerpunkten der bundesdeutschen Alternativbewegung.

Viele der alternativen Projekte begriffen sich zu Beginn als eine notwendige Unterstützung der Bewegung im politischen Tageskampf (linke Buchläden, Kneipen, Cafés, Druckereien usw.). Darüber hinaus waren die Projekte mit einer »sozialutopischen« Stoßrichtung verknüpft, in denen sie eine Art praktisches Beispiel für eine Vorwegnahme sozialistischer Strukturen im Kapitalismus sein sollten. In der Praxis ging es darum, eine gelebte Alternative zu den herrschenden kapitalistischen Verkehrsformen darzustellen, was zugleich einen propagandistischen Effekt zeitigen sollte. Damit ist der Beginn der Alternativbewegung nicht zu trennen von den autonomistischen Impulsen des Widerstands und der Ablehnung der kapitalistischen Lohnarbeit, die im Alltag sichtbar demonstriert werden sollte. Und so entstand nach dem Ende des »Wir wollen alles«-Zeitungsprojektes der operaistischen Gruppen im Spätsommer 1975 mit einem fast identischen Titel-Layout das Zeitungsprojekt »Wir wollen's anders« von der Arbeiterselbsthilfe Oberursel.

Der weitere Verlauf der Alternativbewegung vollzog sich jedoch unter den »objektiven Bedingungen« von ökonomischen Krisenprozessen. Das führte – auf der ökonomischen Basis einer in den Alternativbetrieben vorherrschenden kleinen Warenproduktion und -verteilung – zu einer ganzen Reihe problematischer und widersprüchlicher Tendenzen. Auf der ideologischen Ebene wurde z.B. der ursprünglich einmal proklamierte Auszug aus entfremdeten und repressiven normalgesellschaftlichen Strukturen teilweise zu einer individualistisch-selbstgefälligen Selbstmarginalisierung verabsolutiert. Die Probleme und ideologischen Verirrungen lassen sich in einer Beschreibung anhand der Begriffe »Alternativökonomie« und »Alternativideologie« darstellen:

Die Alternativbewegung entpolitisierte sich in dem Maße, in dem mit Hilfe einer von ihr produzierten »Alternativideologie« die Banalität ihrer ökonomischen Tätigkei-

ten ideologisiert wurde. Dieser Prozeß konnte zunehmend als verkaufsförderndes Mittel von in unterkapitalisierten Betrieben hergestellten Produkten eingesetzt werden. Der Begriff der »Alternativökonomie« wirkte sozusagen als ein Mittel betriebswirtschaftlicher Rationalität, die gezielt im kapitalistischen Markt der Produkte eingesetzt wurde. Mit einem überteuerten Bioapfel oder einer biodynamisch verkleideten Futtermöhre aus einem Alternativprojekt wurde die »Gesundheitsideologie« gleich mitbezahlt. Bereits im Entstehen der Alternativbewegung war somit eine Tendenz des Übermächtigwerdens von ökonomischen Sachzwängen über das Bewußtsein der in der Bewegung tätigen Individuen angelegt. Das hat in der weiteren Entwicklung bis zum Ende der 80er Jahre seinen Ausdruck in der weitgehenden Integration vieler ehemaliger Alternativbetriebe in das kapitalistische Marktgeschehen gefunden.

Ökonomischer Krisendruck im Zusammenspiel mit der innovativen Integration bestimmter, ursprünglich gegenkultureller Ansätze der Alternativbewegung sorgten dafür, daß viele ihrer ehemaligen Aktivisten mittlerweile auf den Interessenshorizont eines »alternativen Kleinunternehmers« herabgesunken sind. Hinter dem Rücken von vielen AkteurInnen haben sich in diesem Prozeß der gesellschaftlichen Reintegration die kapitalistischen Leistungsnormen und Prinzipien wieder erneuert.

In autonomen Kreisen gehört es zum guten Ton, eine scharfe und grundsätzliche Kritik an den mit der Alternativbewegung verknüpften Illusionen zu üben. Die Entwicklung der Alternativbewegung zeige, daß die Kritik an bestimmten Lebensformen immer integrierbar sei und verquere Form annehme, solange sie sich nicht mit dem Kampf gegen die Verhältnisse verbinde, die sie produzieren würden. Die Alternativbewegung sei für das Kapital total produktiv gewesen, da sie die ganzen rebellischen Elemente aus den Fabriken und von der Straße weggeholt und mit dem Aufbau eines Ghettos beschäftigt habe. Zudem habe sie der Ausbeutung durch das Kapital die ideologisch verschleierte Selbstausbeutung hinzugefügt (vgl. hierzu: »Wildcat« Nr. 40/1986).

Diese nachträglich geäußerte Kritik bleibt jedoch in gewisser Weise »objektivistisch« und der historischen Situation Mitte der 70er Jahre aufgesetzt. Zudem ist sie mit Verallgemeinerungen gegenüber einem »Gegenstand« verbunden, der selber in sich widersprüchlich ist: Noch immer existieren alternative Projekte, die nach wie vor auf den Prinzipien der Autonomie, der Selbstorganisation, der authentischen Artikulation von Bedürfnissen und Interessen basieren. Sie begreifen sich als Provisorium gegenkultureller Lebensformen, die die Basis dafür bilden, sich der kapitalistischen Leistungsgesellschaft zu verweigern.

»Die letzten Dinge eines jeden ernsthaften Sozialrevolutionärs: gemeinschaftliches Eigentum, egalitäre hohe Einkommen bei möglichst wenig notwendiger Arbeit und möglichst viel selbstbestimmter Tätigkeit, Aufhebung des Geschlechterwiderspruchs, Auflösung der Kernfamilie, dezentrale Selbstbestimmung unter Ausschaltung jeder Art von Bürokratie und Staat, alternative Technologie und dadurch Rekonstruktion der natürlichen Umwelt, sind sicher nur in Keimform heute vorwegnehmbar. Und dennoch bin ich davon überzeugt, daß die ersten direkten Schritte darauf so ungeheuer wichtig sind, weil sie einen neuen Anfang darstellen. Einen Anfang zu neuen Hoffnungen, nämlich dazu, daß sich die Kluft zwischen den unmittelbar möglichen Ansätzen zu sozialer Selbstverwirklichung und dem gesamtgesellschaftlichen Ziel eines Tages doch als überbrückbar erweisen wird« (K.H. Roth).

Gerade diese in einigen Projekten vorhandenen Ansprüche machen es vielen Linksradikalen in den Großstädten immer noch möglich, sich dort relativ frei und eingebettet in solidarischen Kommunikationsstrukturen zu bewegen. So wurden zwar während der West-Berliner Hausbesetzerbewegung Anfang der 80er Jahre von Autonomen bestimmte Formen der Alternativbewegung scharf kritisiert, die sie jedoch zugleich zu der eigenen »ökonomischen Basis« des Kampfes erklärten (siehe hierzu auch das Kapitel über die Autonomievorstellungen im West-Berliner Häuserkampf). Nach wie vor existieren noch Teile von Alternativprojekten als Absprungbrett für den politischen Kampf der darin täti-

gen GenossInnen. Deshalb geht auch jede pauschalisierende Kritik an den Projekten an einer Bewegung vorbei, die ohnehin aufgrund der Systemintegration Ende der 80er Jahre ihre ursprünglich einmal gemeinsamen Konturen verloren hat.

Das Zeitschriftenprojekt AUTONOMIE

Ab Oktober 1975 erschien die Zeitschrift AUTONOMIE mit dem programmatischen Untertitel »Materialien gegen die Fabrikgesellschaft«. Das Projekt entstand aus dem Zerfall der »Wir wollen alles«-Gruppen, deren Zeitung im Sommer des gleichen Jahres ihr Ende gefunden hatte. Die AUTONOMIE kann als eine Art Theorieorgan der WWA-Gruppen zu einem Zeitpunkt begriffen werden, als diese sich in einer Phase der Neuorientierung befanden.

Die Zeitschrift existierte mit einem wesentlichen Bruch um die Jahreswende '78/'79 bis 1985. Bis Ende des Jahres 1978 wurde die Redaktion sowohl von einer Frankfurter als auch von einer Hamburger Gruppe besorgt. Nach dem Bruch wurde sie als »Neue Folge« allein von den Hamburgern bis zu ihrer Einstellung 1985 fortgeführt.

Im Gegensatz zur »Neuen Folge«, die stets als thematische Schwerpunkthefte konzipiert wurde, machte die AUTONOMIE bis 1979 in ihren Beiträgen die schillernden Facetten dieses Begriffes deutlich. Dabei wurde die starke Unterschiedlichkeit der verschiedensten Diskussionsansätze deutlich:

> *»Da finden sich Auseinandersetzungen mit der theoretischen Position des Operaismus ebenso wie die eigenen Betriebserfahrungen. In der AUTONOMIE werden aber auch Brüche mit der eigenen Vergangenheit deutlich: So beispielsweise die Rezension von Thomas Schmid über Glucksmann ›Köchin und Menschenfresser‹ oder J. Fischers Aufsatz anläßlich der Demonstration zum Tod von Ulrike Meinhof. Neben historischen Analysen wie ›Taylor in Rußland‹; ›Lebensmittelunruhen in Bremen 1920‹ oder ›Gebärstreikdebatte vor dem Ersten Weltkrieg‹ wurden Aufsätze zur aktuellen gesellschaftlichen Realität, Arbeitslosigkeit und Krise publiziert. Stärker vertreten sind jedoch die Themen, die sich die po-*

litische Bewegung selbst stellte: Regionalismus, Alternativbewegung und Gegenökonomie. Ökologische Fragestellungen und Untersuchungen finden sich in den ersten Heften nur begrenzt. Durchgängig ist jedoch die Beschäftigung mit dem Thema Knast, sei es, daß über politische Prozesse informiert wird oder Gefangene zu Wort kommen« (Ebbinghaus).

Aus Frankfurter Sicht kam diese Zeitschrift in eine Situation, wo antiautoritäre Organisationsformen von Parteiplänen bedroht wurden. Zudem schien die zuvor propagierte Betriebsarbeit nur dem Reformismus zu dienen, und darüber hinaus ließ die aufkommende Anti-AKW-Bewegung die proletarische Orientierung fragwürdig werden. Demgegenüber hielten die Hamburger in ihren Beiträgen an einer marxistisch-operaistischen Orientierung fest.

So fanden sich unter dem Oberbegriff »AUTONOMIE« zunächst zwei völlig unterschiedliche und dann zunehmend entgegengesetzte Orientierungen. Dem eher subjektivistisch-ästhetischen Ansatz der »Frankfurter« stand der eher analytisch kompromißlose revolutionäre Ansatz der »Hamburger« gegenüber. Aufgrund dieser Differenzen kam es nach dem Heft 12 im Dezember 1978 zwischen beiden Redaktionsgruppen zur Spaltung. Dazu schreiben die »Hamburger«:

»Die ›Autonomie‹ entstand einmal in dem Moment, als die linksradikalen Gruppen, die sich als Versuch der organisierten Fortsetzung und Umwandlung der sozialrevolutionären Bewegung gegen Ende der 60er Jahre verstanden, auseinanderfielen. Die Entdeckung der Vielfalt, die die ›Autonomie‹ von Anfang an kennzeichnete, war nicht gedacht als Aufgabe des revolutionären Impulses. Ausgangspunkt war damals vor etwa drei Jahren die Einsicht, daß die Gruppen nicht nur an der repressiven Realität der BRD zerschellt waren, daß sie vielmehr auch keine angemessene, weil beschränkte und ärmliche Antwort auf den umfassenden Prozeß sozialer Neuzusammensetzung waren. So waren die Diskussionen um die Community, den Regionalismus und die Mikrophysik der Macht und anderes erste tastende Versuche, uns von den theoretischen und politischen Versteinerungen, die wir '68 ff erlebt und mitgetragen haben, wieder freizuschaufeln und uns an ein

Verständnis der modernen Klassenrealität und ihrer noch gänzlich unerforschten Geschichte heranzutasten.

Später kam es anders, die Vielfalt nahm selbstgenügsame Züge an, sie wurde zum gepflegten Pluralismus. Wo eine aktuelle revolutionäre Perspektive nötig gewesen wäre und die Vielfalt hätte in sie einfließen müssen, bewirkte der selbstgenügsame Umgang mit den einzelnen Bausteinen dieser Vielfalt etwas anderes: es entstand eine Ideologie hart an der Grenze der Philosophie der Bewegungslosigkeit – der neuentdeckte Reichtum (der freilich weit ärmer ist als er tut) machte den Gegner und auch die Frage der Macht vergessen. Die ›Autonomie‹ hatte an diesem Prozeß teil. Ihr Fehler war es, daß sie gegenüber dem Prozeß der (sicher nur teils selbst gewählten) Abschottung der linksradikalen und alternativen szene blind war, daß es sie nur wenig interessierte, daß hier eine sozialrevolutionäre Bewegung ins Ghetto und die Nutzbarmachung abgedrängt wird.«

Die Hamburger Redaktionsgruppe reflektierte mit diesen Bemerkungen den Prozeß der schleichenden Abkehr ehemals linksradikaler GenossInnen von revolutionären Standpunkten unter dem weiten Deckmantel des »Autonomie«-Begriffs. Der Vorwurf erwies sich im nachhinein als nicht unberechtigt: Ehemalige Frankfurter Spontis bestimmten seit Anfang der 80er Jahre als Exponenten des sogenannten realpolitischen Flügels maßgeblich den Kurs der Grünen. Der ehemalige AUTONOMIE-Autor Thomas Schmid galt in den 80er Jahren als »Vordenker« der am rechten Rand der Grünen Partei angesiedelten sogenannten »öko-libertären« Strömung, die mit Hilfe des gezielten Mißbrauchs des Begriffs »libertär« einen antisozialistischen Bogen von den Grünen zu F.D.P. und CDU-Modernisierungspolitikern zu schlagen versuchte.

Während die Frankfurter Redaktion nach diesem Bruch nur noch zwei Hefte (über »Neue Medien« und die »ästhetische Faszination am Faschismus«) produzierte und danach aufgab, setzten die Hamburger das Autonomieprojekt bis zum Frühjahr 1985 fort. Wesentliche Schwerpunkte ihrer von einem sozialhistorischen Ansatz motivierten Arbeit waren die Thematisierung faschistischer Kontinuitäten in den

Sozialstrukturen der BRD, die revolutionären Entwicklungen im Iran, die Interventionen in die Hausbesetzer- und Anti-AKW-Bewegung, Repression, die Aufarbeitung der Geschichte der italienischen Autonomia, die Klassenanalyse des Imperialismus in den Metropolen sowie der Versuch der Begründung eines »neuen Antiimperialismus«.

Dabei blieb jedoch ihr Verhältnis zur jeweils aktuellen Politik von Autonomen widersprüchlich. In den Heften wechselt ständig der Versuch von einer nüchternen Bereitstellung von »Materialien gegen die Fabrikgesellschaft« im Sinne von Gegeninformationen zu umfassenderen Gesten der politischen Intervention. Diese stellten sich entweder im nachhinein als grandiose Fehleinschätzungen heraus (so z.B. die Schlußfolgerungen aus den Iran-Heften) oder wurden von der autonomen Bewegung nicht aufgegriffen.

»In der AUTONOMIE kommt es 1981/82 zur Krise. Zunehmend stellt sich die Frage nach praktischer Verwendung des angehäuften Wissens über Theorieproduktion und Geschichtsrekonstruktion hinaus. Eine praktische Möglichkeit wird in der Erarbeitung einer sozialrevolutionären Programmatik gesehen, die auf eine Vereinheitlichung der dezentralen Teilbereichskämpfe abzielt. Die Programmatik ... wird unter dem Titel ›Sozialrevolte und Organisationsfrage‹ Ende 1982 veröffentlicht ... Als wichtigste politische Aufgabe wird die ›Homogenisierung der neuen Massenarmut‹ bezeichnet, was über den Aufbau dezentraler autonomer Netze erfolgen soll ... Zu dieser Zeit sieht die AUTONOMIE ... in der ›JobberInnenbewegung‹ das potentielle Subjekt zur ›Homogenisierung der Massenarmut‹ gegen Sozialabbau und Zwangsarbeit«. Die von dem AUTONOMIE-Kollektiv mit Hilfe von »materialistischer Theorie« in die JobberInnenbewegung hineingepumpten Hoffnungen erfüllten sich jedoch in der Folge nicht. »1985 erscheint die letzte Ausgabe der AUTONOMIE-Neue Folge, die ... nach eigenen Bekunden eine Bilanz der Diskussionen und Ergebnisse vergangener Jahre vorlegt. Inhalt des Heftes sind ... Aufsätze zu verschiedenen Aspekten von proletarischer Sozialgeschichte und der ›technisch–ökonomischen Gewaltmechanismen‹ von Sozialpolitik gegen die Selbstbestimmung der Klasse. Besonders in diesen Aufsätzen lassen sich die theoretischen Positionen der

Redaktion anhand ihrer Auseinandersetzung mit der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und dem sozialhistorischen Ansatz Thompsons festmachen« (Frombeloff).

Insbesondere die von Detlef Hartmannn in einem Aufsatz über das US-amerikanische Hegemonialsystems von Bretton Woods, begriffen in der Kontinuität der nationalsozialistischen Großraumplanung in den 30er und 40er Jahren, formulierten Thesen zur »Massenarmut« und der »trikontinentalen Subsistenz« spielten in der zwei Jahre später von autonomen Gruppen ausgerufenen Kampagne gegen den IWF-Weltbank-Kongreß in West-Berlin eine durchaus wichtige, wenn auch kontrovers besetzte Rolle.

Das Ende des AUTONOMIE-Zeitschriftenprojekts im Jahre 1985 darf nicht über dessen Bedeutung für die Entwicklung der autonomen Bewegung hinwegtäuschen. In gewisser Weise stellte die »AUTONOMIE – Neue Folge« in der personellen Kontinuität einzelner MitarbeiterInnen so etwas wie eine historische Brücke von der Studentenrevolte bis zur autonomen Szene in den 80er Jahren dar. In einer Zeit des theorieabgewandten Pragmatismus stellten sie mit ihren Beiträgen eine Orientierung dar, die Räume weit über die unmittelbare politische Alltagsarbeit der autonomen Gruppen öffnen sollte. Insofern hat das Projekt mit dazu beigetragen, die Autonomen als eine in der Öffentlichkeit politisch verstandene Formation in den 80er Jahren zu entwickeln.

Stadtguerilla und andere bewaffnet kämpfende Gruppen

Zwischen den linksradikalen Gruppierungen im Umfeld der Spontiszene in den 70er Jahren und den Stadtguerillagruppen »RAF«, »Bewegung 2. Juni« und »Revolutionäre Zellen/Rote Zora« existierte immer ein enges, wenn auch nicht widerspruchsfreies Verhältnis.

Die Gruppen entstanden ab Ende der 60er Jahre in den Zentren der Revolte als direkte Antwort auf das Abflauen der Massenkämpfe der APO und deren Begrenzung durch staatliche Repressions- und Integrationsmaßnahmen. Die bewaffneten Gruppen thematisierten mit ihrer politischen Praxis am konsequentesten die »Machtfrage«: Wer die Re-

volution propagiert, muß sich zugleich auch mit dem Problem der organisierten Massengewalt und des bewaffneten Kampfes auseinandersetzen. Dabei warf diese Form der Politik radikal die Frage nach der persönlichen Integrität und Identität der in diesem Konzept handelnden GenossInnen auf. Der Eintritt in eine bewaffnet kämpfende Gruppe schien zunächst die sonst üblichen klammheimlichen individuellen Hintertürchen des Rückzugs und der Resignation zu verschließen.

Die moralische Dimension – die Entscheidung zum bewaffneten Kampf – verkleinerte aber auch den Raum dafür, die Grundlagen der verfolgten Linien einer bewaffneten revolutionären Politik stets neu zu bestimmen. Dieser Prozeß wurde zudem durch die staatliche Repression verstärkt. Unabhängig von der tatsächlichen politischen Bedeutung wurde die Linke mit der Existenz der »Stadtguerilla« schon allein dadurch konfrontiert, daß seit Beginn der 70er Jahre ein riesig aufgeblähter Bullenapparat die Jagd gegen sie und die radikale Linke betrieb.

Ganz kurze Geschichte und Konzeptionen der bewaffnet kämpfenden Gruppen in den 70er Jahren

Während sich die RAF anfangs mit ihren Aktionen noch auf die militanten Basisströmungen aus der APO bezog (vgl. z.B. die Erklärung zur Befreiung Andreas Baaders), vollzog sie später einen Richtungswechsel: Aufgrund praktischer Erfahrungen entwickelte die RAF die These von der Unvereinbarkeit von politischer Massenarbeit mit der Tätigkeit einer Guerilla.

Im Kontext der entstehenden K-Gruppierungen vollzog sie einen weiteren politischen Schwenk hin zu an autoritären ML-Mustern angelehnten Kaderprinzipien. Mit diesen Kurswechseln isolierte sie sich zunächst von dem antiautoritären Selbstverständnis der meisten Linksradikalen im Sponti-Umfeld, denen der von der RAF zunehmend proklamierte Führungsanspruch widersprach.

Mit ihren antiimperialistischen Aktionen im Mai 1972 u.a. gegen das Heidelberger Hauptquartier der US-Streitkräfte anläßlich einer erneuten Bombardierung Nordviet-

nams durch die US-Luftwaffe, ging es der RAF darum, sich auf die existierenden ML-Gruppierungen im Kontext des gemeinsamen APO-Erbes zu beziehen. Aufgrund der unsolidarischen und feigen Verweigerungshaltung eines großen Teils der APO-Linken verschob die RAF schließlich ihre politische Orientierung auf das Terrain des weltweiten antiimperialistischen Befreiungskampfes, in dem sie sich als Arm der im Trikont kämpfenden nationalen Befreiungsbewegungen begriff. Die RAF-Gründergeneration wurde im Sommer 1972 fast vollständig inhaftiert. Die gefangenen GenossInnen verstanden sich im Knast als gemeinsam handelndes politisches Kollektiv und versuchten, sich gegen die mörderischen Haftbedingungen der Isolationsfolter durchzusetzen. Aus dieser Situation entstand auch die »Zusammenlegungsforderung«, die dann zum zentralen Inhalt der Mobilisierungen zu den verschiedenen Hungerstreiks in der Öffentlichkeit wurde.

Die ab 1973 neu entstehenden bewaffnet kämpfenden RAF-Kommandos versuchten in den Jahren 1975–77, durch mehrere Aktionen ihre GenossInnen aus den Knästen freizupressen. Diese »Befreit-die-Guerilla-Guerilla«-Orientierung brach jedoch spätestens nach der gescheiterten »Offensive ’77« mit den Aktionen gegen Buback, Ponto und der Schleyer-Entführung in sich zusammen (siehe hierzu auch das Kapitel über den »Deutschen Herbst«).

Im Gegensatz zur RAF verfolgte die Guerillagruppe »Bewegung 2. Juni«, die sich nach ihrem eigenen Selbstverständnis aus dem Jahre 1972 als »Anfang einer Organisation verschiedener autonomer Gruppen der Stadtguerilla« verstand, eine wesentlich stärker an den in den Metropolen herrschenden Widersprüchen orientierte Politik:

»Bewegung 2. Juni ist ein politischer Begriff. Er bezeichnet die alltägliche Konkretisierung des aus der Jugendrevolte der 60er gewachsenen politischen Widerstands. Das heißt, daß die Bewegung 2. Juni von allen jenen verkörpert wird, die versuchten und versuchen, dem alltäglichen kapitalistischen Terror Widerstand und Alternative entgegenzusetzen. Dazu gehören Hausbesetzer und Jugendliche, die ihre Jugendzentren in Selbstverwaltung

übernehmen, dazu gehören Knast- und Frauengruppen, Kinderläden und Alternativzeitungen, die Organisatoren von Mietstreiks und Abtreibungsfahrten genauso wie die internationalistischen Solidaritätskomitees mit den Völkern in Vietnam, Iran, Palästina, Angola, West-Sahara oder sonstwo.

Die bewaffneten Kommandos waren Ausdruck und Ergebnis dieser Bewegung, sie kamen aus ihr, wurden von ihr genährt und waren von ihr abhängig – auch wenn das heute einige nicht mehr wahrhaben wollen.

Es war der Versuch, den latenten revolutionären Charakter der Bewegung in exemplarische Aktionen umzusetzen und so die Entwicklung voranzutreiben, die partielle Ohnmacht der Bewegung – zum Beispiel gegenüber Knast und Polizei – zu überwinden« (aus einem Interview mit Ronald Fritsch, Gerald Klöpper, Ralf Reinders, Fritz Teufel 1978).

Nachdem von der ausschließlich in West-Berlin operierenden »Bewegung 2. Juni« eine Reihe von erfolgreichen und populären Aktionen durchgeführt worden waren (so z.B. ein Bankraub, bei dem Schokoküsse an die Kunden verteilt wurden, die Entführung des CDU-Spitzenpolitikers Lorenz – »Lorenz-Klau« –, mit der Freiheit für ein paar GenossInnen aus dem Gefängnis erzwungen werden konnte), wurde sie in den Jahren 1975/76 durch die Verhaftung von mehreren kämpfenden Gruppen stark geschwächt. In der Folge spalteten sich die zur »Bewegung 2. Juni« zählenden Gefangenen in eine zur RAF tendierende antiimperialistische und eine zum sozialrevolutionären Widerstand zugewandte Richtung.

Ein im Prinzip ähnliches Konzept einer »Basisguerilla« verfolgten auch die »Revolutionären Zellen« und die Frauenguerilla »Rote Zora«. Die »Revolutionären Zellen« schreiben rückblickend auf ihre Gründungsgeschichte und bezugnehmend auf das von ihnen vertretene Konzept ihrer Zeitschrift »Revolutionärer Zorn« vom Januar 1981:

»1973, als eine Revolutionäre Zelle erstmals namentlich Verantwortung für Aktionen übernahm, hatten wir uns am Ausgangspunkt von Massenbewegungen geglaubt, die die verschiedensten Sektoren der Gesellschaft erfassen würden. Anzeichen gab es

zur Genüge: Die Streikwelle, die auf Fabriken wie Hoesch, Mannesmann, John Deere, Klöckner usw. überschwappte, signalisierte eine für deutsche Verhältnisse neue Qualität in den Kampfzielen und -formen; an den Fabriktoren der Kölner Fordwerke kristallisierten sich die Umrisse einer sich autonom organisierenden multinationalen Arbeiterklasse heraus. Gleichzeitig gärte es in den Stadtteilen. Die Jugendbewegung hatte mit dem Kampf für selbstverwaltete Jugendzentren wieder ein verbindendes politisches Motiv gefunden, das bis in die kleinsten Provinzstädte widerhallte. In den Hausbesetzungen kam der radikale Wille zum Durchbruch, sich tatsächlich das zu nehmen, was wir brauchten. Mit dem Schwarzfahren, dem Ladenklau, dem Krankfeiern wurden andere Formen des Widerstandes als eminent politisch entdeckt, die bis dahin lediglich privaten Charakter hatten. Zur gleichen Zeit entwickelte sich in rasantem Tempo mit der Frauenbewegung eine neue gesellschaftliche Kraft, die vor 1975 in der Kampagne gegen den § 218 ihren Höhepunkt als überregionale Bewegung erlebte ... Vor diesem Hintergrund entstand ein Konzept des bewaffneten Kampfes, in dem die Stärkung der Masseninitiativen durch klandestin operierende autonom und dezentral organisierte Gruppen der erste Schritt eines langwierigen Angriffs auf die Macht sein sollte. Was wir wollen, ist die Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind. Wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen« (Revolutionärer Zorn Nr. 1, Mai 1975).

Bemerkenswert an der öffentlichen Wahrnehmung der »Revolutionären Zellen«, die erst nach den Erfahrungen mit der RAF gegründet wurden, erscheint der Umstand, daß ihre Existenz im öffentlichen Bewußtsein bei weitem nie den gleichen Stellenwert einnahm wie die in den Jahren 1970–72 bis auf den heutigen Tag negativ institutionalisierte RAF.

Deutscher Herbst 1977

Das Jahr 1977 ist einerseits durch das massive Auftreten einer militanten Anti-AKW-Bewegung geprägt, die im Frühjahr bei dem Versuch der Bauplatzbesetzung in Grohnde ei-

nen bisher in der BRD nicht wieder erreichten Grad an organisierter Massenmilitanz erreichte. Auf der anderen Seite betraten zwei Jahre nach der Botschaftsbesetzung 1975 in Stockholm wieder Kommandos der RAF die Bühne. Im Frühjahr wurde Generalbundesanwalt Buback und im Sommer der Chef der Dresdner Bank, Ponto, hingerichtet.

Mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer, des »Bosses der Bosse«, durch die RAF in Köln begann ab dem 5. September der sogenannnte »Deutsche Herbst«. Ziel dieser Aktion war es, eine große Anzahl von RAF-Gefangenen aus dem Gefängnis zu befreien. Die Bundesregierung verhängte sofort eine Informationssperre gegenüber der Presse. In der Folge kamen die Medien dieser Strategie der von oben erwünschten Gleichschaltung bereitwillig nach.

Zugleich wurden von den staatlichen Instanzen für 44 Tage, vermittels der Gewalt eines – in der Verfassung nicht vorgesehenen, d.h. illegalen – »Großen Krisenstabes« die Mechanismen der bürgerlichen Demokratie außer Kraft gesetzt. Unter Bruch aller Fristen parlamentarischer Beratungsregularien wird das sogenannte »Kontaktsperregesetz« in Rekordzeit im Bundestag eingebracht und beschlossen. Es sieht eine vollständige Isolierung der RAF-Gefangenen von der Außenwelt vor. Die davon betroffenen Gefangenen dürfen keine Zeitung, kein Fernsehen, kein Radio und vor allem keine Besuche mehr von Angehörigen, Anwälten oder sonstigen Personen erhalten. Es stellt quasi eine Art staatlicher Geiselnahme von Gefängnisinsassen dar. Noch bevor das Gesetz rechtskräftig geworden war, wurden Anwälte von den Gefängnisbehörden am Besuch ihrer Mandanten gehindert. Die offensichtliche Illegalität der staatlichen Maßnahme wird zwar von dem zuständigen Richter bestätigt, dessen daraufhin getroffene Anordnung, dem Rechtsanwalt Zugang zu seinem Mandanten zu verschaffen, wurde aber von den staatlichen Instanzen ignoriert.

Am 24. September organisierte die internationale Anti-AKW-Bewegung eine Massendemonstration gegen den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar. Diese endete jedoch – weitgehend im Vorfeld – in einem bis dato nicht gekannten Ausmaß der staatlichen Repression. Die Bullen sperrten eine

Reihe von Autobahnen vollständig ab, so daß in der ganzen BRD auf der Nord-Süd-Autobahnachse der Verkehr zum Erliegen kam. Dabei wurden mindestens 125.000 (!) Personalienüberprüfungen vorgenommen, Polizeihubschrauber hielten auf offener Strecke Bundesbahnzüge an, die ebenso wie ganze Buskonvois von mit Maschinengewehren bewaffneten Bullen durchsucht wurden. Die meisten DemoteilnehmerInnen kamen entweder gar nicht oder viel zu spät zu der geplanten Kundgebung. Die im Verlauf der Anreise zu dieser Demo gemachten Erfahrungen führten innerhalb der Bewegung zum sogenannten »Kalkar-Schock« und in der Folge zu einer teilweisen Demoralisierung der Anti-AKW-Strukturen.

Nachdem von dem »Großen Krisenstab« gegenüber den Entführern Schleyers eine Hinhaltetaktik eingeschlagen worden war, spitzte sich die Situation nach der Flugzeugentführung einer Lufthansamaschine aus Mallorca am 13. Oktober zu: Die Geiselnahme von zufällig in diesem Flugzeug sitzenden Touristen sollte, aus Sicht eines arabischen Kommandos, den Druck auf die Bundesregierung zur Freilassung der RAF-Häftlinge erhöhen. Im »Großen Krisenstab« wurden die Bemühungen verstärkt, um zu einer militärischen Lösung des ganzen Problems zu kommen. In diesem Zusammenhang wurden zunehmend »exotische Gedankenspiele« erörtert, in denen z.B. Strauß und der Generalbundesanwalt Rebmann offen für die Hinrichtung der RAF-Gefangenen plädierten. Nachdem diese »Gedankenspiele« auch öffentlich über Fernsehen, u.a. von Golo Mann, propagiert wurden, kam es schließlich am 17.10. zu einer Beendigung der Flugzeugentführung durch ein GSG 9-Kommando, welches das Flugzeug in Mogadishu stürmte und die Entführer tötete. Am nächsten Morgen wurden die sich in totaler staatlicher Verfügungsgewalt befindlichen RAF-Gefangenen Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin tot und Irmgard Möller lebensgefährlich verletzt in ihren Zellen aufgefunden. Schon einige Stunden danach verbreiteten staatliche Stellen die Version vom Selbstmord der Gefangenen, wobei die genauen Umstände ihres Todes damals wie heute ungeklärt sind. Am Abend des 18. Oktober wurde

schließlich Schleyer tot in einem Auto in Straßburg aufgefunden.

Der Verlauf und die Ereignisse des »Deutschen Herbstes« wurden für die neue Linke zu einer Zäsur und einem Fixpunkt ihrer eigenen Identität. Während ein Teil sich in unterwürfiger Distanzierung dem Staat als Grenzträger der Macht anzudienen suchte (vgl. hierzu die Erklärung der 177 Hochschullehrer), verharrte der größere Teil aufgrund der Ereignisse im sprachlosen Schweigen. Gerade in Folge der RAF-Aktionen war die linksradikale Spontiszene mit einem enormen Ausmaß an staatlicher Repression konfrontiert. Der bereits nach dem »Mescalero«-Nachruf zur Buback-Erschießung im Frühjahr lastende Repressionsdruck verschärfte sich nochmals im Herbst: Ganze Straßenzüge wurden von mit Maschinengewehren ausgerüsteten Bullen abgeriegelt, gegen bekannte Linksradikale wurden mehr als einmal von den Bullen mit gezogener Knarre Personalienüberprüfungen durchgeführt, Treffpunkte der Szene wurden durchwühlt.

Der »Deutsche Herbst« traf die undogmatischen Linksradikalen in einer Phase der Umorientierung, weg von den verlorengegangenen Betriebsinterventionen und Häuserkämpfen hin zu den bis dato erfolgreichen Anti-AKW-Aktionen. Dieser politischen Wende wurde aber durch die Ereignisse nach dem »Kalkar-Schock« die Spitze gebrochen. In dem antiimperialistischen Szenario von Attentaten und Flugzeugentführungen der 77er RAF-Offensive spitzten sich die bereits 1972 in den Richtungswechseln der RAF angelegten Spaltungs- und Trennungsprozesse zu den Linksradikalen zu. Die während der Schleyer-Entführung unter dem Druck der staatlichen Repression noch verschärfte sprachlose Statisten- und Zuschauerrolle der Spontis wurde durch die massive Distanzierung und Entsolidarisierung des linksliberalen und akademischen 68er Milieus vollends zu einem traumatischen Erlebnis für die Linksradikalen.

Eine Reise nach TUNIX

Ende Januar 1978 kam es in West-Berlin zum TUNIX-Treffen. Etwas über drei Monate nach dem »Deutschen

Herbst« war es von GenossInnen aus dem Sponti-Umfeld mit einer politischen Stoßrichtung gegen das »Modell Deutschland« vorbereitet worden. Das »Modell Deutschland« war spätestens nach den Ereignissen im Herbst ’77 zum Synonym für eine scharfe Repressionspraxis gegen die Linke geworden. In diesem Zusammenhang wurde sowohl die Frage eines »neues Faschismus« diskutiert als auch erste Vorbereitungen für die Durchführung eines »Russell-Tribunals« über die Situation der Menschenrechte in der BRD getroffen. Die Sponti-Linke veröffentlichte in dieser Situation einen Aufruf, in dem offensiv der Auszug aus dem »Modell Deutschland« propagiert wurde:

»Uns langt’s jetzt hier! – Der Winter ist uns zu trist, der Frühling zu verseucht und im Sommer ersticken wir hier. Uns stinkt schon lange der Mief aus den Amtsstuben, den Reaktoren und Fabriken, von den Stadtautobahnen. Die Maulkörbe schmecken uns nicht mehr und auch nicht mehr die plastikverschnürte Wurst. Das Bier ist uns zu schal und auch die spießige Moral. Wir woll’n nicht mehr immer dieselbe Arbeit tun, immer die gleichen Gesichter zieh’n. Sie haben uns genug kommandiert, die Gedanken kontrolliert, die Ideen, die Wohnung, die Pässe, die Fresse poliert. Wir lassen uns nicht mehr einmachen und kleinmachen und gleichmachen. – Wir hauen alle ab! – ... zum Strand von Tunix.«

Die Vorbereitung und der Ablauf des Treffens war Ausdruck mehrerer Entwicklungslinien der radikalen Sponti-Linken in der BRD, die sich grob mit den Stichworten »Mescalero-Stadtindianer«, »Krise der Linken« und »Zwei Kulturen« fassen lassen.

Die Sponti-Linke hatte spätestens ab Mitte der 70er Jahre, nachdem die Mobilisierungswirkung der studentischen K-Gruppen nachgelassen hatte, mit sogenannten »Basisgruppen« an großer Attraktivität gewonnen und in einer Reihe von Unis die Studentenvertretungen gestellt. In diesem Umfeld entwickelte sich, auch beeinflußt durch die Ereignisse in Italien, eine Art Stadtindianer-Bewegung, deren markantester Ausdruck der vom Genossen »Mescalero« aus Göttingen verfaßte »Buback-Nachruf« im Frühjahr 1977

wurde. Die dort zunächst ausgedrückte »klammheimliche Freude« über die Hinrichtung Bubacks wird am Schluß mit der Feststellung relativiert:

»Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei), eine Gesellschaft ohne Justiz und Anstalten (wenn auch nicht ohne Regeln und Vorschriften oder besser: Empfehlungen), dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches. Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert sein.«

Obwohl das Pamphlet eine deutliche Kritik an der RAF beinhaltete, löste es eine massive staatliche Kriminalisierungswelle gegen die undogmatische Linke in der ganzen BRD aus. Teile der linksradikalen politischen Szene in Göttingen wurden mit Hausdurchsuchungen überzogen, im Bundesgebiet kam es zu über 100 Ermittlungsverfahren gegen Herausgeber und Zeitungen, die den Aufruf aus Solidarität gegen die Repression aus der Göttinger AStA-Zeitung nachgedruckt hatten. Nachdem eine Reihe von Professoren den »Buback-Nachruf« unter ihrem Namen neu herausgegeben hatten, wurden sie sofort disziplinarrechtlich belangt. In Niedersachsen wurde von den Herausgebern eine »Treue-Erklärung zum Staat« abverlangt, die Peter Brückner verweigerte, weswegen er u.a. von seinem Uni-Job suspendiert wurde.

Die Repressionen der staatlichen Instanzen dienten dazu, die politischen Widersprüche innerhalb der Linksradikalen einzuebnen, um sie an der »Gewaltfrage« zu polarisieren.

In der Reaktion auf diese Repression entstand in einem Zusammenhang von Resignation, anarchistischer Revolte und Fluchtwünschen die Idee des TUNIX-Treffens, das der Sponti-Linken nach dem »deutschen Herbst« zu neuem Selbstbewußtsein verhalf. Das Autorenkollektiv aus der Vorbereitungsgruppe Quinn der Eskimo, Frankie Lee und Judas Priest schreibt dazu:

»Die Schwäche der Linken war und ist in ihrer Unfähigkeit begründet, die Tendenzen zur Herrschaftssicherung begreifbar, faßbar zu machen, deren subtilen Charakter eine subversive Strategie entgegenzusetzen. Unzufriedenheit war ein wesentliches Moment für den ›Massenerfolg‹ von TUNIX. Aber nicht etwa nur eine Unzufriedenheit mit den Zuständen und Perspektiven in der BRD, die zumindestens unter der Oberfläche millionenfach gärt, sondern Unzufriedenheit mit dem, was an Veränderungsstrategien angeboten wird. Darin war das Bedürfnis, mit gleichermaßen Unzufriedenen zusammenzukommen, begründet.

Für uns spielte auch die Unzufriedenheit mit unserem eigenen Verhalten eine große Rolle. Miteinzustimmen in den Chor der Distanzierer oder Rücksicht zu nehmen auf das allgemeine Klima erschien uns als Verleugnung unserer Identität. So war es wohl auch eine Trotzreaktion im Stil von Jetzt-erst-recht-linksradikal, als wir zur Reise nach TUNIX aufriefen. Unsere Identität ist ausschließlich eine ›linksradikale‹. Wenn wir uns darin verleugnen, bleibt von uns nur noch Zynisches übrig ... Wegen der Befürchtung, unsere Identität würde angeknackst werden, wenn wir uns der Situation Herbst '77 entziehen würden, wurden wir initiativ und haben dabei zum Prinzip gemacht, öffentlich und angreifbar zu dem zu stehen, was wir wollen. Weder von Verfassungsspitzeln noch von politischen??? wollten wir uns einschüchtern lassen.«

Diese Stimmung drückte sich auch in der zum Abschluß des Treffens durchgeführten Demonstration aus. Zur Illustration ein Auszug aus einem Bericht des »Tagesspiegel« vom 29.1.1978:

»Zum erstenmal seit langem kam es gestern in Berlin wieder zu einer gewaltsamen Demonstration. Aus dem Zug von etwa 5.000 Teilnehmern an dem dreitägigen ›TUNIX‹-Treffen in der Technischen Universität, die aus Berlin, Westdeutschland und dem westeuropäischen Ausland gekommen waren – darunter sogenannte Spontis und Stadtindianer sowie andere nicht-organisierte Linke –, wurde vor dem Frauengefängnis in der Lehrter Straße zunächst mit Farbeiern gegen Polizeibeamte und später dann vor dem Gerichtsgebäude in der Moabiter Turmstraße bereits mit Pflastersteinen geworfen ... Einzelne Einsatzwagen der Polizei

wurden von den Demonstranten mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert ... Zu einem regelrechten Steinhagel kam es dann vor dem Amerikahaus in der Hardenbergstraße. Die Polizeibeamten hatten den Demonstrationszug durch Schlagstockeinsatz zeitweise geteilt, nachdem die ersten Steine gegen das Amerikahaus geflogen waren und in dem Zug aufgerufen worden war, zur Ecke Kurfürstendamm/Joachimstaler Straße zu laufen. Daraufhin warfen Teilnehmer aus dem abgetrennten Zug einen wahren Steinhagel, so daß die Polizei zurückweichen mußte und sich der Zug wieder vereinen konnte. Er zog zum Kurfürstendamm ...

Eine große deutsche Fahne war mit der Aufschrift ›Modell Deutschland‹ an einen Lautsprecherwagen der Demonstranten gebunden und durch den Straßenschmutz gezogen worden. An der Ecke Kurfürstendamm/Joachimstaler Straße wurde die Fahne dann vor den Augen von Polizisten und Passanten in Brand gesteckt ... In dem Zug waren von Anarchisten Transparente mit Aufschriften ›Stammheim ist überall‹ mitgetragen worden und ›Weg mit dem Dreck‹ sowie ›Pfui Deibel‹. Zahlreiche Häuserwände entlang des Demonstrationszuges wurden mit Farbaufschriften beschmiert, wie ›Laßt die Agit-Drucker frei‹ oder ›Anarchie ist möglich‹. Vor den Gefängnissen forderten die Demonstranten in Sprechchören: ›Laßt die Gefangenen frei‹.«

Der Ablauf von TUNIX machte ein Netz von Kommunikations- und Informationszusammenhängen sichtbar, das innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung des Aufrufes in der Lage war, 15–20.000 Menschen zu einer Teilnahme zu bewegen. TUNIX war der Höhepunkt, das letzte »Feuerwerk« der bundesdeutschen Sponti-Bewegung aus den 70er Jahren. Einerseits gelang es den Spontis, sich vorübergehend als Kommunikationszusammenhang nach dem »Deutschen Herbst« zu reorganisieren, andererseits führte die auf dem Treffen propagierte Aussteigerwelle aus dem SPD-»Modell Deutschland« zu einer nachfolgenden Zersetzung und dem Zerfall der Bewegung in eine Gesellschaft der »Zwei Kulturen«.

Der Begriff »Zwei Kulturen« kam aus den italienischen Diskussionen und entstand im Zusammenhang mit den Konflikten der Autonomiabewegung ’77 gegenüber der

PCI. In der BRD wurde er vom damaligen Berliner SPD-Wissenschaftssenator Glotz propagandistisch mit dem Ziel aufgenommen, neue Dialog- und Integrationsstrategien gegen die Linksradikalen zu praktizieren. Die perfide Logik in der Anwendung des Begriffs durch den Sozialtechnokraten Glotz lag darin, die widerständigen und autonomistischen Impulse der entstehenden Alternativbewegung im »politischen Diskurs« zu entpolitisieren. Die »Alternativkultur« sollte für die »Mehrheitskultur« als eine Art gesellschaftliches »Soziallaboratorium« und »Experimentierfeld« dienen. Unter sozialdemokratischer Hegemonie sollten dann die innovativsten und wettbewerbsträchtigsten Impulse aus der »Alternativkultur« für eine modernisierte bürgerliche Gesellschaft vereinnahmt werden. Allerdings wurde die Vorstellung von zwei sich ergänzenden Kulturen auch von einem Teil der Spontiszene begeistert aufgenommen, da er quasi von höchster Stelle das eigene Selbstverständnis der Form nach anerkannte. Darüber wurde zudem die scheinbar praktikable Illusion verstärkt, sich den kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen der »Mehrheitskultur« durch den Aufbau einer »Gegen- oder Alternativkultur« entziehen zu können.

In den Jahren 1978–80 kommt es zu der bis dato stärksten Gründungswelle von ökonomischen Alternativprojekten. Damit setzte sich die bereits in Frankfurt nach dem Abflauen der Häuserkämpfe abzeichnende Tendenz bundesweit verstärkt fort. West-Berlin wurde dabei zur »heimlichen Hauptstadt« der Alternativbewegung. Schätzungen aus dem Jahr 1979 gehen davon aus, daß sich in der Stadt rund 100.000 Menschen – in einem sehr weiten Sinne – der Alternativszene zugehörig fühlten. Die von Linksradikalen diskutierte Befürchtung einer reibungslosen, selbstzufriedenen und genügsamen Integration dieser Bewegung in die herrschenden Verhältnisse bestätigte sich zunächst jedoch nicht. Gerade in West-Berlin wurde die Alternativbewegung zum Mobilisierungsboden für die in den Jahren 1979/80 entstehenden Ansätze einer Instandbesetzerbewegung. Um die Jahreswende '80/'81 kam es dort zu einer nicht erwarteten Hausbesetzerbewegung, in deren Zusammenhang ein soge-

nannter TUWAT-Kongreß organisiert wurde. Hier wurde dann ganz selbstverständlich über die Bedeutung der Theorien aus der italienischen Autonomia für den Häuserkampf diskutiert. Nicht nur an diesem Beispiel werden Kontinuitäten sichtbar.

The Making of the Autonomist Groups in the 80s

In den Jahren 1980–83 kam es in der BRD und West-Berlin zu einem ungeahnten Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen. Diese entstanden teilweise aus dem Umfeld der Alternativbewegung, soweit diese sich noch als ein gegenkultureller Ansatz verstand. Die thematische Eingrenzung verschiedener Teilbewegungen (Anti-AKW, Häuserkampf, Startbahn-West und Frieden) wurde in diesen Jahren in teilweise erbittert geführten Auseinandersetzungen mehr als einmal durchbrochen. Der Aufschwung der Bewegungen stand im Zusammenhang mit der Sozialrevolte 1980/81, die mit einer Welle von militanten Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht, ausgehend von Zürich und Amsterdam über Freiburg, Hamburg bis nach West-Berlin, die ganze West-Republik durchlief. Für diese Entwicklung wurde von bürgerlichen Soziologen und Journalisten der irreführende Begriff der »Jugendrevolte« eingeführt. Der Begriff unterschlägt, daß viele bewegte Jugendliche nicht wegen ihrer »Jugend« revoltiert haben, sondern aufgrund ihrer massiven sozialen und politischen Unzufriedenheit. Darüber hinaus verdeckt dieser Begriff, daß sich der Unmut teilweise mit den Strukturen älterer linksradikaler Zusammenhänge verband und eine Kontinuität von ein paar Jahren entwickeln konnte. Ohne diese organisatorischen und politischen Verknüpfungen hätte sich die sogenannte »Jugendrevolte« wohl eher in einem sporadischen Aufflackern einer ziellosen jugendlichen Bandenmilitanz ausgedrückt als in Aktionen gegen AKWs, Startbahn-West, Wohnungsleerstand usw. Die Sozialrevolte vieler Jugendlicher wurde von älteren GenossInnen mit Verwunderung registriert, weil sie eine derartige Militanz auf den Straßen nach dem »Deutschen Herbst« nicht mehr für möglich gehalten hatten.

In den jeweiligen Bewegungen bildete sich ein sich selbst als militant verstehender autonomer Flügel heraus, der vor

allem von vielen jüngeren Leuten getragen wurde. Ihre Erfahrungen waren dabei stark durch eine in dieser Zeit vorherrschende »No-Future«-Haltung, die Konfrontation gegen bürgerliche Herrschaftsnormen und die Thematisierung der eigenen Bedürfnisse geprägt. Zentrales Medium der Verständigung wurden – im Unterschied zu den studentischen Teach-ins der 60er und 70er in den Universitäten – sogenannte »Vollversammlungen«, die abgeschottet von einer bürgerlichen Öffentlichkeit den Raum für alle Bewegten öffneten, über ihre politischen Ziele und die dafür notwendigen Formen zu diskutieren.

In diesem Abschnitt soll die Geschichte der Autonomen in der ersten Hälfte der 80er Jahre wesentlich im Zusammenhang mit der Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen beschrieben werden. Dieser Begriff skizziert einen Ansatz zur Erklärung gesellschaftspolitischer Konflikte seit Mitte der 70er Jahre in den westlich-kapitalistischen Staaten. Gegen Ende der 70er Jahre wurde dieser Begriff von einer linksliberalen Universitätsszene entwickelt und ebenfalls in die Kontinuität des Erbes der Studentenrevolte gestellt. Gleichwohl ist er zugleich mit stark mittelschichtsorientierten Sichtweisen verbunden worden. Unverkennbar existierte bei der NSB-Forschung von vorneherein eine Tendenz, in der Existenz der grünen Reformpartei eine politisch gelungene Verwirklichung der Basisbewegungen zu begreifen. Da nimmt es denn auch nicht wunder, daß in den Untersuchungen vor allem der auch in diesen Bewegungen vorhandene modernistische Impuls herausgearbeitet und im Sinne eines »allgemeine Wertewandels« positiv bewertet wird.

Schließlich sind doch auch Vertreter der Atommafia der Anti-AKW-Bewegung ganz dankbar dafür, daß diese hin und wieder ein für sie – unter kapitalistischen Gesichtspunkten – unrentables Projekt verzögert oder verhindert hat. Außerdem leben auch AKW-Direktoren ganz gern gesund, kaufen in Müsli-Läden ein und achten auf biodynamische Vollwertkostnahrung. Und so fügt der »Weltgeist« der NSB-Forschung einstmals unversöhnlich scheinende politische Konflikte in einem neuen sozialdemokratischen »Projekt der Moderne« von Onkel Habermas zusammen. Dabei

geht es in dem von einem grün-alternativen Dämmerlicht mild ausgeleuchteten Raum nicht mehr um so antiquiert scheinende Begriff wie z.B. »Klassenkampf« und »Imperialismus«: gefragt ist die Entfaltung von »qualitativen Bedürfnissen«, von »Partizipation«, »Mitbestimmung«, denn schließlich geht es doch um ein gesundes angenehmes Leben der neu sozial Bewegten. Immerhin ist es schon eine beachtliche intellektuelle Leistung, die militanten Anti-AKW-Kämpfe in Brokdorf und Grohnde mit allen ihren antikapitalistischen und herrschaftskritischen Ausdrücken auf ein »Mitbestimmungsmißverständnis« bei der Planung einer doch allen dienenden rationalen Energieversorgung zu reduzieren. Sei's drum. Uns soll's nicht scheren, wenn diese Art der akademischen Forschung Autonome lediglich als »Herausforderung« in Gestalt einer sogenannten »neuen Armut« an die Alternativbewegung begreifen kann und somit glücklicherweise nur wenig versteht. Doch genug polemisiert.

Das Konzept der NSB gliedert sich ein in eine gesellschaftliche Wirklichkeit in den westlich-kapitalistischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, die unter dem Begriff des »Fordismus« gefaßt wird. Der Begriff kennzeichnet eine Gesellschaftsformation, die basierend auf einem hohen Grad banalisierter Massenproduktionen (z.B. Fließbänder in der Automobilherstellung), einen relativ hohen Standard von Massenkonsum bei gleichzeitiger staatlich-juristischer Regulierung der Klassenkonflikte durchgesetzt hat. Der hohe Grad der Verrechtlichung und »Institutionalisierung« des »Klassenkonfliktes« hat auch dazu geführt, daß wesentliche Konflikte und Kämpfe gerade in der BRD außerhalb des Produktionsbereiches stattfanden. Und so schließt sich der Kreis zum Begriff der »neuen sozialen Bewegungen«, der die überraschende Zusammensetzung, Explosivität und Bedeutung von Basisbewegungen in einer Zeit kaum öffentlich entfalteter Klassenkämpfe in der BRD zu erklären versucht.

So bildete sich beispielsweise die Anti-AKW-Bewegung – die im nachfolgenden Kapitel über den grünen Klee gelobt wird – mit einer diffusen Klassenzusammensetzung im Re-

produktionsbereich heraus. Zeitweilig stand sie unter einem starken Druck von weiten Teilen der Arbeiterbewegung, insbesondere aus der Atom- und Kraftwerksindustrie, die für die reformistischen DGB-Gewerkschaften den Raum für massive Pro-AKW-Mobilisierungen ihrer Facharbeiterbasis öffneten. Demgegenüber ist in der Zusammensetzung der Bewegungen festzustellen, daß die TrägerInnen zwar vielfach aus den sogenannten »Mittelschichten« kommen, sich jedoch als relativ offen für egalitäre Strukturen und zum Teil für antikapitalistische Ziele erwiesen haben. Auch wenn diese Offenheit im Rahmen der NSB durchaus von bestimmten Trägergruppen (z.B. Großbauern in der Anti-AKW-Bewegung) opportunistisch gehandhabt worden ist – vielen Bürgern ist es egal, wer für ihr Interesse bei der Verhinderung des AKWs in ihrer Gemeinde die Köpfe hinhält –, ist damit allenfalls etwas zu nicht überwindbaren sozialen Begrenzungen innerhalb von Bewegungen gesagt, jedoch noch nichts über die politische und gesamtgesellschaftliche Bedeutung dieser Bewegungen. GenossInnen von der »Roten Hilfe« West-Berlin haben schon im Jahr 1973 die politische Bedeutung des Klassencharakters von sozialen Bewegungen in sehr hellsichtiger Weise diskutiert. Sie schreiben auf eine Kritik der K-Gruppen an den Bürgerinitiativen:

»Sowohl der rigide Antirevisionismus als auch die ausschließliche Konzentration auf die Propaganda der Organisation des Proletariats produzierten einen Wirklichkeitsverlust innerhalb der Linken und führten zu einem politischen Desinteresse gegenüber den Konflikten im Reproduktionsbereich, die mit den Bürgerinitiativen aufbrachen. Vielleicht war es nicht nur Desinteresse: denn mit der Liquidation der antiautoritären Bewegung wurden insbesondere zwei Tendenzen der politischen Praxis gebrochen; unter dem Stichwort ›Handwerkelei‹ wurde eine Basisarbeit denunziert und aufgelöst, deren politische Praxis an den Konflikten im Stadtteil und im Betrieb orientiert war; unter dem Stichwort ›Spontaneismus‹ wurde die direkte Aktion selber kritisiert.

Hauptkritik war, daß beide politische Praxis- und Kampfformen ohne organisatorische Bedeutung für die Arbeiterklasse und als Ausdrucksformen kleinbürgerlicher Politisierung aufzulösen

seien. Mit einer derart rigiden Verwendung des Klassenbegriffs wurde die antiautoritäre Bewegung richtiggehend zerlegt und die mobilisierten Genossen auf ihre gesellschaftliche Herkunft zurückgetrieben. Demgegenüber lag die politische Energie der antiautoritären Bewegung gerade in dem Niederreißen der Klassengrenzen durch die Massenaktionen selber ... Die ... linke Kritik an den Bürgerinitiativen beschränkt sich hauptsächlich auf die Klassenzusammensetzung, derzufolge diese als Mittelschichtsinitiativen zu gelten haben ...

Die Erfahrung zeigt, daß die meisten redegewandten und im Durchsetzungsvermögen trainierten Angehörigen der Mittelschicht sich in solchen Fällen auf Kosten der anderen Beteiligten durchsetzen und so die Bürgerinitiative zu einer Mittelschichtsangelegenheit machen.

Eine derartige Verwendung des Klassenbegriffs zerstört die notwendigen politischen Erfahrungen. Mit dem Anspruch einer Klassenanalyse wird lediglich der soziologische Tatbestand reproduziert. Auch nicht, daß Angehörige verschiedener Klassen sich in Bürgerinitiativen betätigen, ist von Interesse, sondern was eine derartige Klassenmischung politisch bedeutet: Wie sich innerhalb der Bürgerinitiativen die Klassenunterschiede entwickeln; ob sie sich gegenseitig abstumpfen; oder unter welchen Bedingungen sie politisch produktiv werden. Es wäre in der Tat die Aufgabe einer Klassenanalyse, zu untersuchen, inwieweit die Klassenunterschiede durch den Interessenskampf in Bewegung geraten« (Kursbuch Nr. 31).

Diese Ausführungen machen die widersprüchliche Bedeutung des oft auch in linksradikalen und autonomen Zusammenhängen mißverständlich gebrauchten Begriffs der »Mittelschichten« deutlich. Gerade in einer zu vereinfachten, in denunzierender Absicht gebrauchten Verwendung des Begriffes wird zumeist die in den Metropolen existierende Klassenrealität unterschlagen. Die Entwicklung des Kapitalismus in der BRD ist einhergegangen mit einem enormen ökonomischen Wachstumsboom, der zu einer gesamtgesellschaftlich zwar ungerechten, jedoch quantitativ angehobenen Wohlstandsverteilung auch zugunsten weiter Teile der Unterschichten geführt hat. Dabei vermochte gerade diese für viele Proletarier in den 50er und 60er Jahren plau-

sible Aussicht, in einer absehbaren Zeit eine konsumistische Teilhabe am »Wirtschaftswunder« erlangen zu können, widerständige – oppositionelle und zum Teil kommunistische – Orientierungen zu zersetzen. Die Fähigkeit des bundesdeutschen Kapitalismus, Zusammensetzungsprozesse von Klassenverhältnissen bei Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaftsstruktur durchzusetzen, macht die gesellschaftspolitische Stabilität dieses System möglich. Dabei schaffen diese kapitalistischen Entwicklungen zugleich auch veränderte Bedingungen für neue Widersprüche:

»Der prosperierende Fordismus stattete eine wachsende Zahl von Menschen mit Zeit und Kompetenzen aus, die für ein dauerhaftes nicht-institutionelles Handeln notwendig sind ... Die Auflösung von traditionellen kirchlichen oder proletarischen Milieus und die damit verbundenen kulturellen Freisetzungen erweitern darüber hinaus die individuellen Handlungsalternativen« (Hirsch/Roth).

So ist beispielsweise die Teilnahme vieler StudentInnen und AkademikerInnen, d.h. tendenziell in ihrer sozialen Stellung auf die Mittelschicht hin ausgerichteter Individuen, an der linksradikalen und autonomen Bewegung genau dieser nach dem Zweiten Weltkrieg neu strukturierten Klassenrealität geschuldet. Manche sollen's dabei sogar vom jobbenden revolutionären Taxifahrer bis hin zum reformistischen Minister gebracht haben ...

Gerade im Hinblick auf die schwer fixierbaren Probleme eines politischen Ausdrucks im Kontext von abschmelzenden und sich ständig neu bildenden »Mittelschichten« in den kapitalistischen Zentren haben die »Neuen Sozialen Bewegungen« mit den von ihnen getragenen Konflikten in den politischen und sozialen Klassenzusammensetzungen doch eine ganze Menge durcheinandergewirbelt, in Frage gestellt, erbittert bekämpft und so die Basis für das Entstehen der autonomen Gruppen gebildet. Die Autonomen gehen zwar mit ihrer Theorie und Praxis weit über die inhaltlichen und praktischen Begrenzungen der sozialen Bewegungen hinaus, bleiben jedoch beständig auf diese bezogen. So scheint denn – auch in Ermangelung anderer Begrifflichkei-

ten! – der Begriff der Neuen Sozialen Bewegungen angemessener dazu in der Lage zu sein, die Präsenz der autonomen Gruppen in den verschiedenen politischen und sozialen Auseinandersetzungen seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre in der BRD zu beschreiben, als Versuche diese als »Klassenkämpfe« zu begreifen. An solchen Ansätzen hat es zwar zu keinem Zeitpunkt gefehlt – »Häuserkampf ist Klassenkampf!« –, sie blieben jedoch gegenüber der politischen und sozialen Bewegung als aggressive Geste zumeist fremd und künstlich aufgesetzt und wurden in der Regel auch nicht breiter aufgegriffen.

Die Anti-AKW-Bewegung von 1975–81

Die Anti-AKW-Bewegung in der Bundesrepublik entstand als Reaktion auf die nach der sogenannten Ölkrise 1973 von Staat und Kapital forcierten Pläne, das bereits in Grundzügen entwickelte Atomprogramm verstärkt auszubauen. Dabei wurden die AKWs als billige Energiezentralen in ländliche Regionen projektiert, in denen von Großkonzernen mit stromintensiver Stahl-, Metall- und Chemieindustrie massive Großindustrialisierungsprogramme geplant waren. Die Umstrukturierungsmaßnahmen sollten vor allem in bisher industriell relativ schwach entwickelten Provinzen wie z.B. der Unterelbe und der Oberrheinregion durchgeführt werden. Gegen die Horrorvision von »neuen Ruhrgebieten« formierte sich erstmals im »Dreiländereck« – Frankreich, BRD und Schweiz – ein breiterer Protest der Bevölkerung. Nachdem bereits AKW-Bauplanungen in Breisach auf erste Proteste der Bevölkerung gestoßen waren, weitete sich diese Auseinandersetzung auf die umliegende Grenzregion aus. Die ökologische Bürgerbewegung im Dreiländereck verhinderte dabei mit einer Bauplatzbesetzung ein geplantes Bleichemiewerk im elsässischen Marckolsheim. Danach folgte die Verhinderung des AKWs Whyl und später der Bau des AKWs in Kaiseraugst bei Basel, der ebenfalls durch eine Bauplatzbesetzung gestoppt werden konnte.

Der Widerstand gegen den Bau des AKWs in Whyl erreichte mit der Stürmung und der Besetzung des Bauplatzes im Rahmen einer Massendemonstration von 30.000 Men-

schen im Februar 1975 ihren Höhepunkt. Die Staatsmacht war von dem Ausmaß dieser Bewegung völlig überrascht und zog sich schließlich mit ihren Bulleneinheiten aus der Nähe des Baugeländes zurück. Die Ereignisse veranlaßten den damaligen baden-württhembergischen Ministerpräsidenten und Altnazi Filbinger zu der Bemerkung: »Wenn das Beispiel Whyl Schule macht, dann ist das ganze Land unregierbar!« Die Besetzung des Baugeländes wurde von der Bewegung solange aufrechterhalten, bis ein Verwaltungsgerichtsentscheid den Baubeginn definitiv auf unbestimmte Zeit aussetzte und die Landesregierung allen DemonstrantInnen eine Amnestie und Straffreiheit zusicherte.

Bei diesen Anti-AKW-Auseinandersetzungen handelte es sich zunächst um eine regional auf das Oberrheingebiet begrenzte Bewegung. Sie setzte sich aus konservativen, teilweise reaktionären Naturschützern und den von den geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen besonders betroffenen Bauern und Winzern zusammen. Auf dem Höhepunkt des Kampfes wurde die Bewegung allerdings auch von Naturwissenschaftlern aus Freiburg und der dortigen KBW-Gruppe unterstützt. Auf der politischen Ebene bestimmten umweltschützerische, konservativ-abwehrende und regionalistische Argumente die Motive der an den Konflikten beteiligten Menschen. Allerdings kamen in einigen Aktionen bereits antikapitalistische Momente in der Kritik zum Vorschein, so wurden z.B. die Verfilzung der staatlichen Genehmigungsbehörden mit den Elektrokonzernen öffentlich angegriffen.

Innerhalb der Bewegung kam es trotz vieler Differenzen zu enormen Erfahrungs- und Lernprozessen, die teilweise zu einer Veränderung alltäglicher Strukturen in den Lebensweisen der AktivistInnen führten.

Die Konflikte in der Region Kaiserstuhl wurden in der Folge zu einem Signal für einen erfolgreichen und außerinstitutionellen Widerstand. Diese Erfahrung übte auf die bundesdeutsche radikale Linke, in einer Situation von verlorengegangenen Häuserkämpfen und einer sich verschärfenden staatlichen Repression, eine große Anziehungskraft aus.

Ausgangspunkt für die Beteiligung der Linksradikalen an der Anti-AKW-Bewegung waren die Auseinandersetzungen um das AKW in Brokdorf an der Unterelbe. Der Region Unterelbe war seitens der Großindustrie und der staatlichen Planungszentralen ab Ende der 60er Jahre eine ähnliche Entwicklung zugedacht worden wie dem Gebiet am Dreiländereck am Oberrhein. Im Zuge dieser Entwicklung waren im Hamburger Hafengebiet (Waltershof, Altenwerder), in Brunsbüttel und Stade eine Reihe von Dörfern zerstört und dem Erdboden gleichgemacht worden. Die DorfbewohnerInnen wurden zu diesem Zweck »umgesiedelt«, wie es im Technokratendeutsch heißt, sprich: Es fand eine Vertreibung von tausenden von Menschen statt, um Platz für den Aufbau von Chemieindustrieanlagen und Atomkraftwerken zu schaffen. Als bekannt wurde, daß im Raum Brokdorf-Wewelsfleht ein weiteres AKW gebaut werden sollte, gründete sich dort eine Bürgerinitiative. Die Gruppe nannte sich »Bürgerinitiative Unterelbe Umweltschutz« (BUU), und breitete sich rasch in andere Initiativgruppen bis nach Hamburg aus. »Dabei wurden die örtlichen Bürgerinitiativen von jungen Wissenschaftlern aus Unis und Großforschungseinrichtungen unterstützt, die mit der Praxis der Kritik an AKWs begannen, das herrschende vermeintlich ›wertfreie und objektive‹ Technik- und Wissenschaftsverständnis massiv zu erschüttern.«

Als unmittelbare Reaktion auf die Ereignisse in Whyl begann innerhalb der BUU die Diskussion über die Möglichkeit einer Bauplatzbesetzung zur Verhinderung des AKW-Baubeginns. Sie waren allerdings mit einer Situation konfrontiert, in der auch die staatlichen Instanzen ihre Lehren aus Whyl zogen. So wurde auf höchster politischer Ebene über den weiteren Fortgang des Atomprogramms beraten und Maßnahmen zur polizeilichen Durchsetzung des Baubeginns in Brokdorf ergriffen. Auf die Ankündigung der Bürgerinitiativen, einen AKW-Baubeginn notfalls mit einer Bauplatzbesetzung zu verhindern, erfolgten denn auch die ersten staatlichen Einschüchterungsmaßnahmen. Ende Oktober 1976 wurde in einer Nacht- und Nebel-Aktion der

Bauplatz von Bullen und Baukolonnen besetzt. Mit diesem Vorgehen brachen die verantwortlichen Politiker die vorher gegenüber den lokalen BIs geäußerten Versprechungen, mit dem Bau des AKWs erst nach einem Gerichtsentscheid zu beginnen. In diesem Zusammenhang entstand auch die Parole: »Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!«

Am 30. Oktober kam es zu einer ersten Demonstration von 8.000 Menschen, in deren Verlauf es gelang, einen Teil des Geländes zu besetzen. Nach Einbruch der Dunkelheit wurden die PlatzbesetzerInnen jedoch in einem brutalen Bulleneinsatz geräumt. Diese Repression bewirkte im Herbst '76 jedoch das genaue Gegenteil der staatlicherseits beabsichtigten Einschüchterung: Die Anti-AKW-Bewegung wuchs nach der ersten Brokdorfdemonstration sprunghaft an, in der ganzen BRD entstanden Bürgerinitiativen gegen das Atomprogramm. In dieser Dynamik wirkten Militanz und Betroffenheit bei dem Versuch zusammen, die Bauplätze zu stürmen und sich gegenüber den Bullen zur Wehr zu setzen.

Bereits nach zwei Wochen kam es am 14. November zur zweiten Brokdorfdemonstration, an der 40.000 Menschen teilnahmen. Erstmals wurden bei einer Demonstration in der BRD Einheiten des Bundesgrenzschutzes auf der juristischen Grundlage der 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze eingesetzt. Trotzdem gelang es im Verlauf der Demonstration, den zwischenzeitlich festungsartig ausgebauten Bauzaun teilweise zu demontieren. Die Bullen griffen schließlich die gesamte Demonstration in einem Hubschraubereinsatz mit Gasgranaten an und lösten sie dadurch auf.

Nach den beiden Demonstrationen im Herbst '76 bereiteten die Bürgerinitiativen der BUU eine weitere internationale Großdemonstration gegen den Weiterbau des AKWs vor. In dieser Situation der um sich greifenden massen-militanten Mobilisierung von Hunderttausenden von Menschen setzten Staat und Atombetreiber Spaltungs- und Integrationsstrategien ein. Im Dezember '76 wurde durch ein Verwaltungsgericht ein vorläufiger Baustopp für das AKW in

Brokdorf verhängt; in die Bewegung schalteten sich erstmals massiv auch die schleswig-holsteinische SPD und der gesamte Organisationsapparat der DKP ein. Der damalige CDU-Ministerpräsident Stoltenberg intervenierte durch Geheimgespräche mit BI-Vertretern. Schließlich erreichten diese Maßnahmen das Ziel, die Vorbereitungen der Brokdorf III-Demonstration im Februar politisch und organisatorisch an der Frage zu spalten, entweder eine staatlich gebilligte Protestdemonstration weit ab vom politischen Angriffspunkt durchzuführen oder direkt auf das Baugelände des AKW Brokdorf zu mobilisieren. Während die SPD, unterstützt von der DKP, einigen regionalen Bürgerinitiativen und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), zu einer staatlich erlaubten Protestkundgebung in die weit vom AKW-Baugelände abgelegene Provinzstadt Itzehoe mobilisierten, hielt der andere Teil der Bewegung, der sich aus ML-Gruppierungen, Autonomen, Spontis und großen Teilen der Bürgerinitiativen zusammensetzte, daran fest, direkt zum festungsartig abgesicherten Baugelände zu demonstrieren.

Am 19.2.1977 kam es zu zwei Anti-AKW-Demonstrationen, in Itzehoe und in der Wilster Marsch, an denen jeweils rund 30.000 Menschen teilnahmen. Dem militanten Teil der Bewegung gelang es trotz einer ungeheuren staatlichen Medienhetze – bei der u.a. der damalige SPD-Bundeskanzler Schmidt in einer Fernsehansprache die Bevölkerung vor den »Chaoten« warnte – und eines Demonstrationsverbotes in der Wilster Marsch, eine geschlossene Demonstration bis zu einer Polizeiabsperrung durchzuführen, die dort mit einer Kundgebung beendet wurde.

Die durch die Brokdorfereignisse ausgelöste Dynamik der Bewegung übersetzte sich Mitte März 1977 in eine Demonstration gegen das AKW Grohnde, an der 20.000 Menschen teilnahmen. Im Verlauf der Aktionen wurde von den TeilnehmerInnen eine Bullensperre abgeräumt und der Zaun um das Baugelände an mehreren Stellen niedergerissen. Die Auseinandersetzungen am Baugelände waren geprägt durch einen seither nie wieder erreichten Grad an organisierter Massenmilitanz. Sie war an verbindliche Gruppenstrukturen,

wie z.B. Zaun-, Werfer- und Putzgruppen, mit großen Mengen an technischem Material gebunden. Allerdings begannen bei dieser Demonstration auch die Maßnahmen der staatlichen Repression stärker einschüchternd auf die Bewegung zu wirken. Im Verlauf der Auseinandersetzungen kam es zu einer Vielzahl von schwerverletzten DemonstrantInnen, weil die Bullen mehrmals mit Pferden in die Ketten der DemonstrantInnen geritten waren. Ein Teil der Festgenommenen wurde in den Jahren 1978/79 in den sogenannten Grohnde-Prozessen zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Die Repression gegen die bundesdeutsche und internationale Anti-AKW-Bewegung verschärfte sich noch bei der Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Malville/Frankreich. Diese Manifestation wurde von den französischen Bullen zusammengeprügelt, wobei sie einen Demonstranten töteten.

Mit der September-Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar fuhr die Anti-AKW-Bewegung schließlich in den »Deutschen Herbst«. Die dabei mit der Repression erfahrenen Demütigungen wirkten noch lange als »Kalkar-Schock« nach. Zugleich verflog auch endgültig die Hoffnung, das Atomprogramm mit massenmilitanten Bauplatzbesetzungen kippen zu können. Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung vertieften sich bereits vorher angelegte politische und soziale Spaltungslinien.

Die politische und soziale Zusammensetzung der Anti-AKW-Bewegung in den 70er Jahren

Neben der bereits bei der Vorbereitung der Brokdorf III-Demonstration offenkundigen Spaltung in einen legalistischen Teil (SPD, DKP, BBU) und einen militanten Arm der Bewegung (Teile der BIs, ML-Gruppen, Spontis, Autonome), spaltete sich der militante Flügel der Hamburger BUU im Sommer 1977 in ein vom KB beherrschtes Delegiertenplenum und in ein autonomes BUU-Plenum. Darüber hinaus schaffte sich der »gewaltfreie« Arm der Bewegung ab Frühjahr 1977 in den Protesten gegen den geplanten WAA-Standort Gorleben sein eigenes Symbol. Dort fanden sich EmigrantInnen aus den Städten, Prominente und bürgerli-

che Kräfte aus der Region in der BI-Lüchow-Dannenberg zusammen, die ein strikt ausgrenzerisches gewaltfreies Widerstandskonzept verfolgte. Diese Differenzen wurden noch einmal durch die sich im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung bildenden parlamentarisch orientierten »grünen«, »bunten« oder »alternativen« Listen, als Vorformen der späteren Partei der Grünen, verstärkt. Diese Organisationen setzten sich aus eher am Rand der BIs tätigen »sozialstaatlich garantierten« Schichten der Mittelklasse, Bauern, akademisch-kulturpolitisch aktiven Stadtflüchtlingen in den ländlichen Regionen, Lehrern, akademischen Freiberuflern, akademischen Kadern des kommunalpolitischen Verwaltungsapparats (nach: Autonomie NF) zusammen. In den ländlichen Regionen wurden die Listen zunächst eher von konservativ-reaktionären Kräften getragen, während in den Städten eher ehemalige enttäuschte SPD/F.D.P.-AnhängerInnen sowie Mitglieder diverser, sich Ende der 70er Jahre auflösender ML-Gruppierungen zu finden waren.

Allerdings stellten die Autonomen in allen Richtungskämpfen der Bewegung eine wesentliche Fraktion dar. Sie waren in den AKW-Auseinandersetzungen 1976/77 vor allem im norddeutschen Raum in einem großen Umfang TrägerInnen von militanten Auseinandersetzungen und entwickelten sich dabei zu einer eigenständigen politischen Kraft. Autonome AKW-GegnerInnen arbeiteten bereits seit dem Jahre 1973 gemeinsam mit örtlichen Bürgerinitiativen gegen die AKW-Baupläne in Brokdorf. Dabei benutzten sie AKW-Erörterungstermine zur Demaskierung von vorgeblich wertfrei-objektiven staatlich bezahlten Wissenschaftlern und TÜV-Sachverständigen und deckten deren Komplizenschaft mit der staatlichen Genehmigungsbehörde auf. Durch ihre kontinuierliche Arbeit sorgten sie erstmals in der BRD für eine breitere Präsenz von Linksradikalen in einer zunächst bürgerlichen Massenbewegung.

Die Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung, die bereits punktuell am Ende der 60er Jahre in der BRD und West-Berlin als »APO des kleinen Mannes« entstanden war, stand mit ihrer soziologischen Zusammensetzung (viele Angehörige aus »Mittelschichtsberufen«) und den von ihr aufgewor-

fenen Fragen und Themenstellungen (ökologische Bedrohungen, mangelnde Ausstattung der sozialen Infrastruktur usw.) für viele Linksradikale entweder »quer« oder als »Nebenwiderspruch« zur Klassenfrage. Die Konflikte im Reproduktionsbereich und die aus unterschiedlichen Gruppen, Klassen und Schichten der Bevölkerung zusammengesetzten TrägerInnen des Protests widersprachen allen gängigen Vorstellungen der Linken, insbesondere der ML-Bewegung, die auf das Fabrikproletariat als Keim von gesellschaftlicher Befreiung orientiert war. So wurde denn auch die Arbeit der Anti-AKW-Bewegung vor Brokdorf vom damals in der Hamburger radikalen Linken dominierenden KB als »kleinbürgerlich« belächelt, diffamiert und zum Teil behindert.

Die rasante Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung und ihre spontane Kraft in der Zeit 1976/77 kam daher nicht nur für den Staat, sondern auch für weite Teile der ML-Bewegung überraschend. Sie war Ausdruck der Hoffnung vieler Menschen, zumindestens Teilerfolge gegen den Staat und die Atombetreiber durchsetzen zu können. In diesem Sinn war sie nicht nur eine Ein-Punkt-Bewegung, sondern zeitweise eine Fundamentalopposition gegen die herrschenden Verhältnisse, die wie ein Schmelztiegel für unterschiedliche Vorstellungen von Leben, Gesellschaft und Widerstand wirkte. Innerhalb dieser Bewegung knüpften die erstmals massenhaft auftretenden autonomen Gruppen mit ihren antiautoritären Vorstellungen und ihrer organisierten Praxis der direkten Aktion an die besten Momente der Studentenrevolte an. Zeitweise konnten sie in den Massenbündnissen der Anti-AKW-Kämpfe ’76/’77 mit ihren Vorstellungen die Richtung der Bewegung stark bestimmen.

Die BUU-Hamburg zwischen dem KB und den Autonomen

Nach dem Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung waren die meisten Berührungs- und Interventionsversuche der ML-Gruppierungen von elitären und funktionalistischen Führungskonzepten geprägt. Insbesondere der Hamburger KB schaltete sich mit seiner gesamten Organisation massiv in die Strukturen der BUU ein. Dabei versuchte er in einer gezielten Unterwanderungs- und Majorisierungspolitik, die

Strukturen für seine Ziele zu vereinnahmen. Zu dieser Strategie gehörte auch die massenhafte Umgründung bisheriger KB-Gruppen in diverse Anti-AKW-Initiativen (wie z.B. Chemiearbeiter, Lehrlinge, Schüler, Frauen gegen AKWs usw.). Darüber gelang es ihm bereits nach kurzer Zeit, auf dem Delegiertenplenum der BUU die Mehrheit zu stellen, wobei er sich dann der formalen Hülse eines »BUU-Status« bediente, um die Ziele seiner Organisation mit »demokratisch gefaßten Mehrheitsentscheidungen« durchzusetzen. Bereits im Frühjahr 1977 wurden die Diskussionen auf dem Delegiertenplenum der BUU durch die Geschäftsordnungspraktiken des KB dominiert, der damit versuchte zu bestimmen, was diskutiert werden sollte. Getreu der vom Leitenden Gremium des KB um die Jahreswende 1976/77 ausgegebenen »Weisung«, die »Machenschaften« der politisch kurzsichtigen »Sponti-Clique« innerhalb der BUU mit »Stumpf und Stiel« auszurotten, beherrschten die von KB-Zeitungen publizistisch lancierten Mißbilligungs-, Verurteilungs- und Ausschlußanträge des KBs im BUU-Delegiertenplenum die Diskussionen.

In der dabei vom KB angestrebten »Aktionseinheit« mit allen »fortschrittlichen Kräften« wurden andere politische Strömungen entweder als »opportunistisch« oder »sektiererisch« denunziert bzw. des »skrupellosen Antikommunismus« bezichtigt, um sie einerseits aus den BIs zu drängen und andererseits die entstehende Bewegung auf einen platten Antikapitalismus zu verkürzen. Die in der BUU mitarbeitenden autonomen Gruppen beschlossen daraufhin im Sommer 1977, sich eigenständig in einem anderen Plenum zu organisieren.

»Wir haben lange Zeit versucht, eine organisatorische Spaltung des Hamburger BUU Plenums zu vermeiden. Dies, obwohl die Machtpolitik des KB die Polarisierung in den einzelnen BIs immer mehr verschärft hat und viele Mitglieder die vom KB beherrschten Gruppen verließen, weil sie keine Möglichkeit sahen, ihre Vorstellungen einzubringen ...

Wir kritisieren nicht, daß der KB als politische Organisation Fehler macht, ... sondern daß er durch seine kleinbürgerliche

Machtpolitik (ob etwas richtig oder falsch ist, entscheidet seine Delegiertenmehrheit) zu einer offenen Auseinandersetzung und eventuellen Selbstkritik nicht in der Lage und auch nicht bereit ist. Die gegenwärtige Arbeitsweise unseres Plenums ist: Informationsaustausch, gegenseitige Unterstützung, Koordinierung gemeinsamer Aktionen, Diskussion politischer Grundlagen, Darstellung der unterschiedlichen Auffassungen. Die Gruppen arbeiten autonom und gleichberechtigt miteinander. Sie stellen im Plenum ihre Vorschläge dar und stellen fest, wer sich diesen Vorschlägen anschließt« (aus: Meyer).

In der Folge arbeiteten in Hamburg zwei Plena der BUU. Dabei orientierte sich die KB-BUU mit ihren »Aktionseinheiten« an Arbeitsschwerpunkten gegen die Repression und gegen die aus ihrer Sicht entscheidenden militärischen Triebkräfte des AKW-Programms (»Griff zur Atombombe«). Diese politische Linie ist nur vor dem Hintergrund der vom KB gleichzeitig vertretenen »Faschisierungsthese« von Staat und Gesellschaft zu verstehen, die davon ausging, daß alle staatlichen Maßnahmen darauf abzielten, in der BRD wieder faschismusähnliche Zustände herbeizuführen. In der Folgezeit verlor die Delegierten-BUU für den KB im Kontext seiner zunehmenden Orientierung auf die von ihm beherrschte »Bunte Liste« ihre strategische Qualität als »demokratische Massenorganisation«, so daß sie danach nur noch eine Randexistenz führte. Demgegenüber organisierten die in der BUU autonom vertretenen Gruppen im Jahre 1977 den weiteren Widerstand gegen die AKWs Brokdorf und Grohnde mit Sommercamps und anderen direkten Aktionen.

Die Vorstellungen der Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung

Die von den Autonomen verfochtene Kernidee war die Vorstellung vom »praktischen Widerstand« als Möglichkeit für jeden Menschen, sich selbstbestimmt in den Kampf einzubringen. Entscheidend ist dabei, daß die Bürgerinitiativen nicht nur verbal demonstrieren, sondern ihre Forderungen selbst durchsetzen und dabei notwendigerweise bürgerliche Moralvorstellungen und den legalen Rahmen des bürgerli-

chen Rechtsstaates durchbrechen müssen. Dabei stellt die Dezentralität der Bewegung einen Schutz vor der staatlichen Repression dar, da die BIs als juristisch nicht existente Organisationsformen nur sehr schwer angreifbar sind. Die vertretene Politik konzentriert sich auf die Unmittelbarkeit des eigenen selbstverantwortlichen Handelns. Es wird Wert darauf gelegt, Aktionen vorher öffentlich bekannt zu machen und illegale Aktionen im nachhinein zu begründen, wobei keine personelle Identität sichtbar werden soll. Von den Autonomen wird eine Teilnahme an Wahlen abgelehnt, weil sich die Wirkungslosigkeit der gesetzlich zugelassenen Mittel bestätigt habe und weil man Menschen nicht über eine falsche Sache – Wahlen – für eine als richtig angesehene Politik von eigenständigen praktischen Aktionen gewinnen könne.

Der Hamburger »Arbeitskreis Politische Ökologie« schrieb im September '78 über die organisatorischen Grundlagen der Anti-AKW-Bewegung:

»(Es) genügt nicht, eine ›richtige‹ Gesellschaftstheorie zu haben und verbal die Gesetzmäßigkeiten unserer Gesellschaft immer wieder aufzuzeigen, sondern eigenbestimmte Lebensstrukturen müssen erfahren werden. Diese Strukturen können zur Zeit hauptsächlich nur Widerstandsstrukturen gegen das herrschende wirtschaftliche und politische System sein. Erst wenn die Menschen erfahren, daß es möglich ist, ihr eigenes Handeln im Rahmen dieses Widerstands selbst zu bestimmen, um sich somit vor der Willkür und Kontrolle derjenigen zu schützen, die z.Z. die wirtschaftliche und politische Macht innehaben, werden sie Vertrauen in ihre eigene Kraft bekommen und Veränderungen für ihre Interessen durchsetzen können. Solche Veränderungen werden nicht geschaffen, indem lediglich die Machtpositionen (z.B. auch mit einem sozialistischen und kommunistischen Anspruch) neu besetzt werden, sondern indem die betroffenen Menschen sie selbst herbeiführen und unmittelbar selbst bestimmen (Autonomie, Gleichberechtigung, direkte Aktion). Dazu ist es notwendig, eigene Kommunikations- und Koordinationsstrukturen aufzubauen, d.h. eine revolutionäre Bewegung ist nicht alleine eine Frage der ›objektiven Bedingungen‹ ; ... entwickelt wird sie durch die Ent-

wicklung und den Bestand eigener Kommunikationsstrukturen« (»Bilanz und Perspektiven ...«).

In den Jahren 1978/79 wurden von den Autonomen die Grohnde-Prozesse in der Anti-AKW-Bewegung breit thematisiert. Unter den Parolen: »Nicht diejenigen, die AKWs verhindern, sind kriminell, sondern diejenigen, die AKWs bauen und betreiben – Angeklagt: Wir alle!« wurde dem Staat und den Gerichten das Recht bestritten, über den Widerstand gegen Atomanlagen zu richten.

Die breite Mobilisierung gegen die Grohnde-Prozesse ist umso erstaunlicher, als sie vor dem Hintergrund der einschüchternden Wirkung des repressiven politischen Klimas nach dem »Deutschen Herbst '77« stattfanden. Während die radikale Linke unter dem Druck der forcierten Sympathisantenhetze, Radikalenverfolgung und Entsolidarisierungstendenzen stand, gelang es dem autonomen Teil der Anti-AKW-Bewegung, ein Netz von Kommunikationsstrukturen aufrechtzuerhalten, das Grundlage der vielfältigsten Aktionen gegen die Prozesse wurde.

1978–80: Gewaltfrei mit Bauzäunen Bohrlöcher stopfen?

Während dieser eher defensiven Phase stellten die Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung auch für die Autonomen ein relativ offenes, wenn auch nicht konfliktfreies Forum aller Spektren der Bewegung dar. Unter dem Konsens »Wir lassen uns nicht spalten an der Frage der Widerstandsformen« wurde der Streit über die wirksamsten Formen des Widerstands gegen Atomanlagen geführt. Regionale Aktionsschwerpunkte der Anti-AKW-Bewegung waren der Landkreis Lüchow-Dannenberg und das AKW Brokdorf. In den Diskussionen über verschiedene Aktionskonzepte kam es immer wieder zu erbitterten Auseinandersetzungen, bei denen sowohl Legalisten, Gewaltfreie, BIler, MLer und Autonome mit ihren Konzepten um den Einfluß in der Bewegung rangen. Die Autonomen konnten dabei mit ihrer Solidaritätsarbeit zu den Grohnde-Prozessen und einer Vielfalt an verschiedenen militanten Aktionen und Sabotageakten eine gewisse offensive Kontinuität der politi-

schen Arbeit bewahren. Im Sommer 1979 wurde auch das erste Mal in der BRD mit einem Bombenanschlag versucht, einen Strommast einer Hochspannungstrasse zum AKW-Esenshamm umzulegen.

Nachdem während der zweiten Ölkrise Ende des Jahres 1979 in einer Verwaltungsgerichtsentscheidung der Weiterbau des AKWs Brokdorf juristisch ermöglicht wurde, kam es in einer relativ kurzen Mobilisierungszeit zu einer heftigen Weihnachtsdemonstration am Baugelände des AKWs. Diese positive öffentliche Resonanz verstärkte innerhalb des autonomen Teils der Anti-AKW-Bewegung erneut die Diskussion, wie der Weiterbau von Brokdorf zu verhindern sei. Dabei wurden die Auseinandersetzungen in der Zeit 1980/81 sowohl für die Bewegung als auch für die Betreiber und den Staat zu der entscheidenden Frage für die Zukunft des Atomprogramms.

Für letztere ging es darum, das faktisch 1976/77 erzwungene Moratorium im AKW-Bau zu durchbrechen. Aufgrund des unerwartet heftigen Widerstands gegen das juristische Signal für den Weiterbau Brokdorfs wurde diese Entscheidung jedoch auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl im Oktober 1980 verschoben.

Die radikalen und autonomen Kräfte der Anti-AKW-Bewegung orientierten sich zu Beginn des Jahres 1980 unter der Parole »Stecken wir den Bauzaun von Brokdorf in die Bohrlöcher von Gorleben!« erneut auf einen praktischen Widerstand in der Wilster Marsch. Demgegenüber stand die im Frühjahr ’80 organisierte Bohrplatzbesetzung in Gorleben mit dem Dorf 1004 und der »Republik Freies Wendland« ganz im Zeichen der Propagierung einer dogmatischen Gewaltfreiheit. Zwischen dem gewaltfreien Flügel der Bewegung und den Autonomen kam es dann auch zu kontroversen Debatten über den politischen Charakter der Besetzung. Während auf der einen Seite die Legalisten und Gewaltfreien für eine mit dem Dorf ausgedrückte friedliche alternative Idylle plädierten, wollten die Autonomen – auch unter dem euphorischen Eindruck des Bremer 6. Mai – die Besetzung zum Ausgangspunkt weiterer direkter Aktionen gegen die Atommafia im Landkreis machen. Sie konnten

sich jedoch mit diesen Vorstellungen nicht durchsetzen und zogen sich aus dem Dorf zurück.

Anfang Juni wurde die »Republik Freies Wendland« in einem notstandsähnlichen Einsatz von 10.000 Bullen zerstört. Obwohl sich die 2.000 BesetzerInnen bei der Räumung des Dorfes nicht aktiv zur Wehr setzten, wurden sie trotzdem von den Bullen in einem enormen Ausmaß körperlich gequält, wobei einige von ihnen schwerste Verletzungen erlitten. Trotzdem feierten die legalistisch-gewaltfreien Initiatoren der Besetzung den Ablauf der Räumung später als »großen moralischen Sieg«. Autonome stellten dazu fest:

»Hier ist es dem Staat nicht nur gelungen, uns mit seinen Knüppeln und Maschinenpistolen Gewalt anzutun, sondern auch die Köpfe, das Denken, Fühlen und Wollen der Menschen zu beherrschen« (Anti-AKW-Telegramm).

Die Brokdorf-Auseinandersetzungen 1980/81

Kurz nach den Bundestagswahlen im Oktober 1980 kündigte die SPD-geführte Bundesregierung gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen CDU-Landesregierung den Weiterbau des AKWs Brokdorf an. Dagegen führten die Bürgerinitiativen aus dem norddeutschen Raum erneut eine Weihnachtsdemonstration mit 8.000 Menschen am Baugelände des AKW durch. Dabei kam es wiederum zu Angriffen auf den Bauzaun, und es gelang, einen Wasserwerfer in Brand zu stecken. Der erfolgreiche Verlauf dieser Demonstration beschleunigte die Mobilisierung gegen den anstehenden Weiterbau des AKWs; in Hamburg wurden die Wohnhäuser von HEW-Direktoren sowie HEW-Büros mit Brandsätzen angegriffen. Von den BIs wurden erste Vorbereitungen zu einer Demonstration zu dem Brokdorf-Sonderparteitag der Hamburger SPD Anfang Februar aufgenommen. Dabei kam es innerhalb der Bewegung zu einer politischen Spaltung: Während DKP und Jusos mit der Demonstration ihre Verhandlungsposition gegenüber der SPD-Parteispitze stärken wollten, kam es den Autonomen und der Bewegung darauf an, sich als eigenständige und unabhängige politische Kraft zu formieren. Nachdem die DKP

und Jusos sich mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen konnten, griffen sie zu dem Mittel der offenen Denunziation einzelner Atomkraftgegner, was jedoch geschlossen von der Bewegung zurückgewiesen werden konnte. Die von den Autonomen, dem KB und Anti-AKW-BIs vorbereitete Demonstration wurde vom Hamburger Senat für den ganzen Bereich der Stadt verboten. Trotzdem kam es am 2.2.81 zu zwei Demonstrationen, bei denen die Jusos 2.000 und die Anti-AKW-Bewegung 10.000 Menschen für ihre Ziele mobilisieren konnten. Entlang der Demoroute wurden die Scheiben von Banken, Luxushotels, Versicherungen und Sex-Shops eingeworfen, ein Geschäft für Fotoapparate wurde geplündert. Bei dem Versuch, die Demonstration von einer abgelegenen Route in die Innenstadt zu führen, kam es schließlich zu schweren Auseinandersetzungen mit den Bullen. Die Demo konnte jedoch geordnet zu Ende gebracht werden. In einem Redebeitrag der Hamburger Autonomen hieß es:

»Wir müssen uns auf einen Widerstand vorbereiten, der sich nicht auf die Wochenenden verlegen läßt und der nicht nur an einer Stelle stattfindet; der unser ganzes Leben miteinbezieht. Unsere Kraft wird nicht aus einer technischen Überlegenheit über die Polizeiarmeen und der anderen Staatsschutzapparate oder aus einer strafferen Organisation entstehen, auch nicht durch besonders geschicktes Verhandeln und Taktieren mit den Politikern, sondern wird sich aus unseren eigenen Vorstellungen von Legitimität und berechtigtem Widerstand, der Bereitschaft und Fähigkeit, diese Vorstellungen praktisch umzusetzen und aus unseren eigenständigen Kommunikations- und Lebensstrukturen entwickeln ... Wenn das Gesetz sein soll, was unser Leben zerstört, dann haben wir ein Recht dieses Gesetz zu brechen« (Anti-AKW-Telegramm).

Gegen die von Bürgerinitiativen vorbereitete internationale Großdemonstration wurde nach der üblichen Pressehetze (Bild-Zeitung vom 22.2.81: »Brokdorf: Bomben, Brände, Geiselnahme?«) für mehrere Tage ein Demonstrationsverbot über den gesamten Landkreis Steinburg verhängt, was einer Suspendierung aller grundgesetzlich verbrieften bürgerlichen Grundrechte für diesen Raum gleichkam.

Trotzdem gelang es der Anti-AKW-Bewegung am 28.2.81 mit Hilfe einer hervorragenden Verkehrsorganisation das Demonstrationsverbot mit 100.000 Menschen weitgehend unkontrolliert von Polizeisperren zu durchbrechen. Grundlage dieses Erfolges waren die konkreten Vorbereitungen der autonomen Gruppen, im Falle von polizeilichen Behinderungen, Kontrollen und Schikanen der anreisenden Konvois in die Städte umzukehren, um dort »wirksame Aktionen« durchzuführen. Aufgrund dieses Konzeptes sahen sich die Bullen dazu veranlaßt, ihre Taktik im wesentlichen darauf zu verlegen, die Demonstration zu verzögern und durch lange Anmarschwege zu erschöpfen, was sie jedoch nicht daran hinderte, ihren gesamten Repressionsapparat einzusetzen: So wurde erstmals im Bundesgebiet auf einer Demonstration mit Großhubschraubern Jagd auf abziehende Demonstrantengruppen gemacht; die bundesweit zusammengezogenen, ursprünglich für die »Terrorismusbekämpfung« ausgebildeten Sondereinsatz-Kommandos (SEK) gingen als polizeiliche Elitetruppe während der Demo auf »Menschenjagd«, wobei sie mehrere Demonstranten schwer verletzten. Während der Demo blieben die militanten Auseinandersetzungen seitens der DemoteilnehmerInnen eher defensiv. Es galt sich hauptsächlich vor Polizeiübergriffen zu schützen. Das Polizeikalkül, die Demonstranten durch lange Anmarschwege zu erschöpfen, war in dem Sinne aufgegangen, als daß es während der Demonstration zu keinerlei nennenswerten Angriffen auf das Baugelände mehr kam.

Der Bewegung war es mit dem 28.2.81 erstmals nach dem »Kalkar-Schock« wieder gelungen, eine geschlossene Anti-AKW-Großdemonstration durchzusetzen. Das »verdammt gute Gewissen« derjenigen, die das Demonstrationsverbot 100.000fach durchbrachen, konnte jedoch den zwei Tage später beginnenden Weiterbau des AKWs nicht verhindern. Zwar kam es in der Folge zu einer Reihe von gezielten und mit beträchtlichen Sachschäden verbundenen Sabotageaktionen an Bau- und Betreiberfirmen in der Region. Diese Aktionsformen konnten jedoch den AKW-Weiterbau nicht mehr ernsthaft stören und weiteten sich nicht aus.

Die Durchsetzung des AKW in Brokdorf – übrigens auch gegen den Protest der gesamten norddeutschen SPD – war für die Atommafia ein strategischer Sieg, in dessen Folge sie rasch mit dem Bau von weiteren AKWs beginnen konnte. Es dauerte fast zwei Jahre, bis die Anti-AKW-Bewegung nach dieser Niederlage wieder in der Lage war, zu überregionalen Großdemonstrationen zu mobilisieren.

Die Brokdorf-Niederlage führte für die autonomen Gruppen im norddeutschen Raum jedoch nicht zu einer Auflösung ihrer politischen Kraft. Dies hängt auch mit einer veränderten inhaltlichen Bestimmung ihrer Arbeit zusammen, die sich teilweise auch praktisch realisierte: So hatten sich beispielsweise autonome Anti-AKW-Gruppen an den militanten Auseinandersetzungen am 6. Mai in Bremen gegen die dortige Militaristenshow der Bundeswehr beteiligt. Danach wurde von den Autonomen der Anspruch formuliert, den Widerstand nicht nur auf Atomanlagen zu beschränken, sondern ihn als Teil einer übergreifenden Bewegung zu begreifen, »z.B. Häuserkampf, Kampf gegen Kriegsvorbereitungen, ... Kampf gegen Folter in den Gefängnissen, ... die sich gegen die Vernichtung unserer Lebensbedingungen – Vernichtung unserer Umwelt wie auch die Entfremdung von Wohnen, Arbeiten und Leben – richtet«. Dabei müsse man sich der Herausforderung stellen, daß die Anti-Atom-Bewegung »immer deutlicher an die Schranken des kapitalistischen Wirtschaftssystems und dessen Gewaltapparat« stoße (aus: »Brokdorf 28.2.81 – Berichte – Bilanz und Perspektiven«).

Aus diesem Selbstverständis heraus begannen die autonomen Gruppen um die Jahreswende 1981/82 ihre Kräfte auf den Kampf gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern in den Brokdorf-Prozessen zu konzentrieren. Während der Demonstration war es durch das entschlossene Handeln von AKW-GegnerInnen gelungen, einen SEK-»Menschenjäger« zu entwaffnen und am weiteren Einsatz zu hindern. Gestützt auf ein reißerisches Pressefoto, veranlaßte das schleswig-holsteinische Innenministerium eine bundesweite Fahndung wegen »versuchten Mordes«, um die Anti-AKW-Bewegung öffentlich zu denunzieren und einzuschüchtern.

In der Folge wurden zwei Atomkraftgegner stellvertretend für die Bewegung inhaftiert. Die Autonomen traten von Beginn an mit öffentlichen Stellungnahmen diesem politischen Angriff entgegen, was mit dazu beitrug, daß der »Mordvorwurf« von den Justizbehörden wieder fallengelassen werden mußte. In der Solidaritätsarbeit zu den Brokdorf-Prozessen wurde von den Autonomen die Position vertreten, daß militanter Widerstand gegen AKWs und Bullenübergriffe legitim sei. Dieses offensive Moment in der Prozeßarbeit konnte zwar zunächst die drastischen Verurteilungen von Markus und Michael nicht verhindern, das damit beabsichtigte Signal einer Einschüchterung schlug jedoch in eine breite öffentliche Empörung gegen diese Terrorurteile um.

Ein kurzes Resümee

Die Anti-AKW-Bewegung gewann in der BRD und zum Teil im westeuropäischen Ausland eine gesellschaftliche Sprengkraft, die zuvor niemand für möglich gehalten hatte: Es gelang ihr zeitweise, die Energiepolitik des drittmächtigsten Staates auf der Erde zu blockieren. Die Anti-AKW-Bewegung entwickelte sich in den Jahren 1976/77 zugleich auch gegen das von der SPD unter dem Bundeskanzler Schmidt verfolgte »Modell Deutschland«. Dieses setzte politisch auf ein Bündnis zwischen exportorientierten Weltmarktkapitalen und einer gewerkschaftlich hoch organisierten Facharbeiterklasse. Die Anti-AKW-Kämpfe der 70er Jahre trugen ganz wesentlich mit dazu bei, dieses »Modell« in die Krise zu treiben.

Es kann sicherlich in einer rückschauenden Betrachtung die Behauptung gewagt werden, daß die Brokdorf-Auseinandersetzungen in der Zeit ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu einer der Wiegen der autonomen Bewegung in der West-BRD geworden sind. Dabei bleibt es das Verdienst der sich damals zu Autonomen entwickelnden Genossen, sich in den Anti-AKW-Kämpfen der 70er Jahre zu einem Zeitpunkt als eine politische Fraktion herausgebildet und behauptet zu haben, als diese Auseinandersetzungen zugleich zu einer beschleunigten Auflösung der ML-Gruppierungen und der Gründung der grünen Reformpartei führten.

Die Hausbesetzerbewegung in West-Berlin 1980–83

Um die Jahreswende 1980/81 boomte quer durch die Republik eine neue Hausbesetzerwelle. Zentrum wurde West-Berlin, wo zeitweilig über 160 Häuser besetzt werden konnten. Dort fanden die Besetzungen vor dem Hintergrund einer jahrelangen Arbeit der verschiedensten Stadtteil-Initiativen und Mieterorganisationen gegen Wohnungsspekulation, Leerstand und Kiezkahlschlagpolitik statt. Bereits seit 1979 wurden vereinzelt Häuser von der Bürgerinitiative SO 36 und Mieterorganisationen »instandbesetzt«. Nach dem Versuch der Bullen, im Dezember ’80 eine Hausbesetzung zu verhindern, kam es zur sogenannten »12.12.-Randale«, durch die die Bewegung einen enormen Schub bekam. Erstmals beteiligten sich auch viele Nicht-BesetzerInnen an den Auseinandersetzungen; die harte Repression gegen die Bewegung führte zu einer breiten Solidarisierungswelle in der Stadt. Die Bewegung stellte ultimativ die Forderung auf, sofort alle gefangenen HausbesetzerInnen freizulassen, sonst würden Weihnachten »nicht nur die Weihnachtsbäume brennen«. In einigen besetzten Häusern in Neukölln und Kreuzberg tauchten zu diesem Zeitpunkt erste Visionen von »autonomen Republiken« auf. Die danach folgende Welle von Hausbesetzungen wurde durch den sich bereits abzeichnenden Legitimationszerfall des damaligen SPD/F.D.P.-Senats – aufgrund von Korruption und Bauskandalen – erleichtert. Zudem eröffnete sich für die Bewegung durch das politisch-juristische Vakuum staatlicher und privater Bauplanungen in einer Reihe von Altstadtquartieren, insbesondere in Kreuzberg und Schöneberg, ein relativer Freiraum für ihre Aktionen.

Nach den Ereignissen am 12.12.80 kam es zu einem sprunghaften Wachsen der Bewegung, das bis zum September ’81 andauerte: Unter der Parole »Legal – illegal – scheißegal!« lebten rund 3.000 Menschen in den besetzten Häusern, die weite Teile ihres alltäglichen Lebens kollektiv und selbst organisierten. Spektakuläre Höhepunkte waren eine Reihe von Massendemos, wie z.B. Ende Juni die »Amnestiedemo« zum Rathaus Schöneberg oder im Juli die »Grunewalddemo« direkt zu den Privatwohnhäusern der

Spekulanten. Bei der ersten Demo kam es zu einer Straßenschlacht, in deren Verlauf ein Supermarkt geplündert wurde. Die bürgerlichen Tageszeitungen sprachen danach von einem regelrechten »Aufstand« und lancierten Meldungen über einen bevorstehenden Einsatz alliierter Sicherheitskräfte zur »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt« (vgl. Berliner Morgenpost, 5.7.81).

Der Einschüchterung durch die polizeiliche Repression setzte die Bewegung die Fähigkeit entgegen, dezentral in kleinen Gruppen in der gesamten Stadt zu agieren. Unter dem Motto »Euch die Macht – uns die Nacht!« gelang es beispielsweise als Reaktion auf ein drakonisches Gerichtsurteil gegen einen Hausbesetzer, in zwei Nächten die Schlösser von 40 Bankfilialen zuzukleben und 70 Banken zu entglasen. Der immensen staatlichen Repression konnte die Bewegung zu diesem Zeitpunkt immer wieder die Fähigkeit zu Gegenschlägen in Form von überraschenden Scherbendemos auf dem Kudamm entgegensetzen. Die dabei in Millionenhöhe angerichteten Schäden veranlaßten dann auch die Springer-Journaille in der Mauerstadt zu wutschnaubenden »Berlin kocht vor Wut« – Titelschlagzeilen.

Die Bewegung war aber auch ein fruchtbarer Mobilisierungsboden für andere Themen. Nicht zuletzt wegen der Betroffenheit über die staatliche Repression nahmen an einer Demonstration zur Unterstützung des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen im März 1981 10.000 Menschen teil.

Der Beginn und der quantitative Boom der BesetzerInnenbewegung in West-Berlin war zunächst noch relativ »theorielos«, was jedoch nicht bedeutet, daß keine politischen Vorstellungen existierten. Die Besetzungen wurden von Leuten aus der undogmatisch linken Alternativszene getragen, die zum Teil vorher in Anti-AKW-, Studenten- und Knastgruppen gearbeitet hatten. Nach den ersten Rückschlägen durch staatliche Repression polarisierten sich innerhalb der Bewegung zwei Fraktionen an der Frage »Verhandler – Nichtverhandler«. Lange Zeit war das stärkste Argument der Nichtverhandlerfraktion die staatliche Repression, die zu einer Welle von Haftbefehlen und zum Teil hohen Gefängnisstrafen gegen HausbesetzerInnen wegen unter-

stellten »Landfriedensbrüchen« auf Demonstrationen führte. Dagegen wurde die Forderung nach sofortiger Freilassung aller Gefangenen erhoben, bevor Verhandlungen mit staatlichen Stellen geführt werden sollten. Demgegenüber setzte die Verhandlerfraktion auf die Sicherung und Legalisierung des bisher von ihr erreichten Niveaus von »Instandbesetzung«. In diesem Zusammenhang tauchten in der Presse erste Bilder von alternativ instandgesetzten »Schöner Wohnen«-Häusern auf, die – gegenüber der bürgerlichen Medienöffentlichkeit – die Friedfertigkeit und die Kreativität der HausbesetzerInnenbewegung herausstellen sollten.

Die Autonomievorstellungen im West-Berliner Häuserkampf

Die Linien und Diskussionen innerhalb der Nichtverhandlerfraktion, aus denen die West-Berliner Autonomen hervorgegangen sind, fanden ihren schriftlichen Ausdruck in der monatlich erscheinenden Zeitschrift »Radikal«.

So heißt es beispielsweise in der »Radikal«-Ausgabe 123/83: »Autonomie war ein Begriff, der sozusagen über Nacht unsere Revolte auf einen Nenner brachte. Mitgebracht aus Italien und in den Autonomiethesen der Szene nahegebracht, repräsentierte er bald alles, was uns gut und heilig war, oder noch ist. Vorher verstanden wir uns als Anarchisten, Spontis, Kommunisten oder hatten diffuse, individuelle Vorstellungen von befreitem Leben. Dann wurden wir alle zu Autonomen.«

Allerdings drückte sich in der »Radikal«- Debatte um den Begriff der »Autonomie« zugleich ein inhaltlicher Bruch zu den unsichtbaren autonomistischen Vorläufern aus der Studentenrevolte ’68 aus. In der »Radikal«-Ausgabe Nr. 98 vom September ’81ist zu lesen: »Der hilfesuchende Blick auf Italiens Autonomia konnte unsere Identitätsprobleme auch nicht lösen.« In dieser Ausgabe der »Radikal« definieren Teile der sich autonom verstehenden GenossInnen »Autonomie« als etwas, bei der es darauf ankomme, » hier und jetzt andere Lebensformen zu praktizieren. Die Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft stellt für uns keine Perspektive dar; eine andere Zukunft – die einer befreiten Gesellschaft – wird es nicht geben, wenn wir nicht bereits im Bestehenden

durch einen kulturrevolutionären Prozeß unser Unbehagen und unsere destruktive Kraft in eine neue Bedürfnisstruktur und neue Verhaltensweisen zueinander transformieren.«

Es gehe darum, »sich der Arbeit weitgehend zu entziehen«, da sie keinen Zusammenhang darstelle, in dem man sich kennengelernt habe. Die Basis des eigenen Kampfes sei die »Subkultur«.

Diese auch innerhalb der West-Berliner Autonomen heftig umstrittene Begriffsdefinition zeigt auf, wie weit sie sich von dem ursprünglich vertretenen Autonomieansatz des kollektiven Kampfes gegen die Lohnarbeit als politischen und ökonomischen Angriff gegen das Kapitalkommando in der Fabrik entfernt hatten. Teile der Hausbesetzerbewegung übersetzten den Autonomiebegriff kurzerhand als individualistischen Rückzug von jeder Form der kapitalistischen Lohnarbeit. Abgesehen davon, daß diese Vorstellung unter den »objektiven« ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus illusorisch ist, ging im Prinzip damit auch jeder Anspruch auf die Vermittlung der eigenen Vorstellungen in die Wirklichkeit anderer gesellschaftlicher Bereiche verloren.

Diese individualistisch-subjektivistische Wendung der »autonomen« Politik wurde nach einem Jahr Häuserkampf von Autonomen in einem Papier unter dem Titel »Stillstand ist das Ende von Bewegung« in der »Radikal« 1/82 so formuliert:

»Wir kämpfen für uns und führen keine Stellvertreterkriege. Wir kämpfen nicht für Ideologie, nicht fürs Proletariat, nicht fürs Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben.«

Wie konnte es zu dieser Position kommen? Die Hausbesetzerbewegung fiel in eine Zeit kaum wahrnehmbarer Klassenkonflikte. Ohne diesen möglichen Orientierungspunkt blieb wenig mehr, als die Thematisierung der eigenen Bedürfnisse im unmittelbaren sozialen Umfeld der Alternativbewegung. Diese wurde damit in der Wahrnehmung vieler autonomer HausbesetzerInnen tatsächlich zur »Basis« der eigenen Kämpfe.

»In der Linken- und Alternativszene haben wir uns seit einigen Jahren Strukturen geschaffen, die es uns ermöglichen, zuneh-

mend selbstbestimmter zu leben, unseren Alltag kollektiv zu organisieren, von den ökonomischen Geschichten über's Essen, Kneipen(-un)wesen, anderer Kultur etc. ... Wir haben in diesen relativen Freiräumen Möglichkeiten, ein Zusammenleben in verschiedenen Gruppenzusammenhängen auszuprobieren, radikale Erfahrungen gemeinsam in den Alltag umzusetzen. Außerdem macht's Mut zu zeigen: Leben geht auch anders! (und es lohnt sich).«

Allerdings trieben die Debatten im Häuserkampf über diese »Basis« hinaus, d.h. bestimmte Erscheinungen und Formen der Alternativbewegung wurden zugleich von den Autonomen scharf kritisiert:

»Wir unterstellen einem großen Teil aus der Alternativszene, daß es ihnen nur darauf ankommt, ihr Leben anders zu organisieren, nicht aber gegen das System zu kämpfen. Sie richten sich in ihren Nischen ein und kriegen den Arsch nur hoch, wenn sie direkt bedroht werden. Unsere Formen von Selbstorganisation sollten für uns zum Selbstverständnis und nicht zum politischen Ziel erklärt werden.«

Aus dieser Kritik nahmen auch Teile der West-Berliner Autonomen eine Positionsbestimmung zur Bedeutung des widersprüchlichen Begriffs »Freiraum« vor:

»Wir kritisieren nicht unsere relativen Freiräume an sich, sondern Freiräume als Ziel. Für uns sind sie Ausgangspunkte in unserem Kampf. ›Freiräume‹ erobern, absichern ... das ist klassischer Reformismus! Das bringt kein System ins Wanken – auch das kapitalistische System reagiert sehr flexibel darauf: ›Freiräume‹ können integriert, Widerstand kanalisiert werden, Ghettos ohne Sprengkraft – Spielwiesen.«

Das Ende der Häuserkampfbewegung

Bei der Räumung von acht besetzten Häusern am 22. September 1981 wurde Klaus Jürgen Rattay von den Bullen vor einen Bus getrieben und dabei tödlich verletzt. An diesem Tag erreichte die Besetzerbewegung in West-Berlin durch die Unterstützung des gesamten Spektrums der städtischen Linken und der linksliberalen Öffentlichkeit ihre maximale Ausdehnungs- und Mobilisierungsgrenze. Die BesetzerIn-

nen sahen sich nach diesem staatlich inszenierten Höhepunkt vor die Alternative »Räumen – oder Abschluß von Mietverträgen«, d.h. Legalisierung, gestellt. Zudem war die Bewegung bereits zu diesem Zeitpunkt mit einem enormen Ausmaß staatlicher Kriminalisierung konfrontiert: Rund 5.000 Menschen waren von Ermittlungsverfahren betroffen, die staatliche Repression nahm den Charakter einer massenstatistischen Erfassung an.

Die alternativen und lebensreformerischen Strömungen ergriffen mit dem Abschluß von Mietverträgen verstärkt die Möglichkeit, sich aus einer Auseinandersetzung abzuseilen, die sie nie als bewußte Konfrontation mit dem System und dem Staat geführt hatten. Die zunehmend isolierter werdende autonome Nichtverhandlerfraktion kritisierte dieses Verhalten zwar moralisch, war jedoch nicht mehr dazu in der Lage, die Bewegung auf einen Mietkampf und auf andere Gruppen in der Bevölkerung auszuweiten. Diesem Unterfangen stand zum einen die durch die Häuserkämpfe bewirkte – ursprünglich nicht vorgesehene – Verlängerung der Mietpreisbindung als auch der weithin vertretene subjektivistische Ansatz von Teilen der Autonomen im Wege. Zudem muß bezweifelt werden, ob eine derartige intensive politische Massenarbeit bei der Erschöpfung der tatsächlichen Kräfte der Bewegung die notwendigen kurzfristigen Mobilisierungserfolge hätte erbringen können.

Der konservativ-reaktionäre CDU/F.D.P.-Senat betrieb in der Folge mit geschickten Integrations- und Repressionsstrategien eine gezielte Räumungs- und Umstrukturierungspolitik, insbesondere für den Kiez in Schöneberg. Während der Hochzeit der Bewegung im Sommer ’81 war der Winterfeldplatz zu einem der Zentren der Besetzerbewegung geworden, von dem immer wieder Aktionen gegen die nur drei Minuten entfernt liegende City ausgingen. Den planmäßig aus diesem Bezirk geräumten BesetzerInnen wurde vom West-Berliner Senat faktisch ein Schlupfloch in Richtung SO 36 gelassen, wo weit zurückhaltender geräumt und intensiver legalisiert wurde. Das war mit ein Grund für eine Entwicklung, in der viele Autonome sich in diesen Stadtteil zurückziehen konnten und die schon im Jahre 1983 einen

CDU-Bezirkspolitiker davon sprechen ließ, daß Kreuzberg eine »Geisterstadt der Chaoten« sei.

Allerdings führte der Zerfall der Bewegung – im Sommer des Jahres 1984 wurde das letzte besetzte Haus geräumt – nicht zu einem Ende der Autonomen. Der Abschluß des Häuserkampfes machte für sie zugleich auch wieder Räume für andere politische Initiativen, Diskussionen und Kampagnen frei.

Der Kampf gegen die Startbahn-West

Die Bewegung gegen die Startbahn-West brachte als regionale Widerstands- und Protestbewegung vor allem im Herbst 1981 die ganze Rhein-Main-Region an den Rand der Unregierbarkeit. Die Anti-Startbahn-Bewegung hatte sich bereits in den 70er Jahren gegen den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens in ein noch relativ intaktes Waldgebiet gegründet. Zu jenem Zeitpunkt setzte sie sich vorwiegend aus BürgerInnen der betroffenen Umlandgemeinden (Mörfelden-Walldorf usw.), kommunalen GemeindevertreterInnen des gesamten Parteienspektrums von CDU bis DKP und ökologisch arbeitenden Gruppen zusammen. Die Bewegung erreichte in dieser Zusammensetzung durch konventionelle Formen der Aufklärung eine enorme Öffentlichkeitswirkung, die Grundlage für erste praktische Protestaktionen im Wald wurden. Der Bau eines Hüttendorfes auf der zur Rodung für die Startbahn vorgesehenen Trasse dokumentierte zunächst den Willen zu einer erweiterten demonstrativen Meinungskundgabe. Es existierte bei vielen AktivistInnen die Vorstellung, die Startbahn-West mit friedlichen und legalen Mitteln des Protests verhindern zu können. Obwohl von staatlichen Instanzen bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt signalisiert worden war, daß sie ein Volksbegehren gegen die Startbahn bei der Durchsetzung des Baus nicht kümmern würde, wurden hessenweit dafür über 200.000 Unterschriften gesammelt. Im hessischen Landtag durften ausgewählte BI-Vertreter vor gelangweilten Parlamentariern Vorträge über die ökologischen Folgen und vor allem über die »ökonomische Unsinnigkeit« des Projektes halten. Die Situation veränderte sich jedoch schlagartig, als die Bullen

Anfang November 1981 das Hüttendorf überfallartig besetzten und zerstörten. Es kam zu Massendemos und teilweise militanten Auseinandersetzungen im Wald – entlang der entstehenden Startbahnmauer –, in der Frankfurter Innenstadt, vor dem Flughafen und auf den angrenzenden Autobahnen. Im gesamten Bundesgebiet liefen in dieser Zeit Solidaritätsdemonstrationen. In diesen Auseinandersetzungen veränderte sich auch die Zusammensetzung der Bewegung. Sie wurde in ihrer Hochphase ergänzt durch die Beteiligung von Automobilarbeitern aus dem Opel-Werk Rüsselsheim, der gesamten städtischen Frankfurter Linken und revoltierenden Jugendlichen aus der Region. Die Bewegung wurde allerdings maßgeblich bestimmt von bürgerlichen, teilweise legalistisch-gewaltfreien Gruppierungen. Diese hatten sich mit ihrer Arbeit auf das Volksbegehren orientiert. Die Position der in dieser Bewegung mitarbeitenden Autonomen bestand demgegenüber inhaltlich darin, die imperialistische NATO-Dimension des Startbahn-Projektes zu verdeutlichen und die direkten Widerstandsaktionen voranzutreiben.

Nach der Ablehnung des Volksbegehrens durch alle staatlichen Instanzen (Landesregierung, Staatsgerichtshof) zerfiel die Breite der Bewegung. Die legalistisch-gewaltfreien Teile orientierten sich auf die Gründung und Bildung von »Grünen Listen« sowie auf ein weiteres hessisches Volksbegehren gegen die sich abzeichnende Raketenstationierung. Die restlichen Teile der Anti-Startbahn-Bewegung, insbesondere die Autonomen, bereiteten statt dessen im Januar 1982 die »Baulos-2«-Massendemonstration vor. Zwar konnten auch bundesweit viele Autonome mobilisiert werden, das Demonstrationsziel der erneuten Besetzung des Geländes wurde jedoch aufgrund der massiven Polizeipräsenz nicht erreicht.

Die Entwicklung des Startbahn-Widerstands von 1982–84

Obwohl der Bau der Startbahn von den staatlichen Instanzen bis zum Frühjahr ’82 mit bürgerkriegsähnlichen Bulleneinsätzen gegen den Protest einer ganzen Region durchgesetzt worden war, erlahmte der praktische Widerstand nicht. Er wurde in den nächsten Jahren hauptsächlich von

den aktiven Resten der BIs, einigen aktiven BürgerInnen der Region und autonomen Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet getragen. Im Gegensatz zur Entwicklung des regionalen Widerstands gegen den Bau des AKW Brokdorf, der kurz nach der Großdemonstration am 28.2.81 zusammengebrochen war, gelang es, nach der Rodung des Startbahnwaldes einen mehrjährigen kontinuierlichen Protest und Widerstand am Leben zu erhalten. Es etablierten sich die »Sonntagsspaziergänge«, in deren Verlauf es immer wieder zu überraschenden Aktionen kam und ständig Streben aus der Startbahnmauer geknackt werden konnten.

In den Jahren 1982–84 wurden, ausgehend von diesem Widerstand, die militärische Dimension der Startbahn als NATO-Kriegsprojekt und die ökonomische Bedeutung des Frankfurter Flughafens für den kapitalistischen Weltmarkt zusätzlich zu den ökologischen Aspekten thematisiert. Für die TrägerInnen des Widerstands war es ganz selbstverständlich, daß sie sich auch zu anderen gesellschaftlichen Konfliktbereichen wie z.B. der Friedensbewegung oder den Anti-AKW-Auseinandersetzungen verhielten. So wurde gemeinsam mit dem autonom-unabhängigen Flügel der Friedensbewegung im Frühjahr 1983 der Vorschlag für eine zentrale Herbstaktion der Friedensbewegung gegen die US-Air-Base in Form von Massenblockaden entwickelt, der sich jedoch nicht durchsetzen konnte.

Aus der kontinuierlichen Arbeit entstand die Idee einer Aktionswoche gegen die Inbetriebnahme der Startbahn im April 1984. Dabei intervenierten noch einmal kirchliche, sozialdemokratische und grüne Kräfte massiv in die Bewegung. Für sie diente die Aktionswoche dazu, ihren Protest gegen dieses Projekt endgültig zu Grabe zu tragen. Demgegenüber stand das Konzept weiter Teile der Startbahn-BI und der regionalen autonomen Gruppen, den Widerstand auch weiterhin fortzusetzen. So kam es während der Aktionswoche in Frankfurt zu Demonstrationen gegen den Knast Preungesheim, gegen die Justizbehörden und die multinationalen Konzerne, die wesentlich von den autonomen Gruppen getragen wurden. In einem Redebeitrag von Frankfurter Autonomen zu diesen Aktionen heißt es:

»Unser weiterer Widerstand wird ein langer Kampf sein, der auf die Veränderung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Klimas der Grundstrukturen dieses Gesellschaftssystems gerichtet werden muß. Die Qualität unseres Widerstandes wird sich deshalb nicht an der Durchsetzung unserer Hauptforderungen messen, auch nicht an der Höhe des Sachschadens oder der tatsächlichen Behinderung des Flugverkehrs, sondern danach, inwieweit ... die Vorstellungen von mehr und mehr Menschen anfangen, aus ihrer Vereinzelung und Entfremdung auszubrechen und (sie) beginnen, ihr Leben und ihren Widerstand selbst und gemeinsam mit anderen zu gestalten« (aus: BI-Dokumentation).

An der Abschlußdemonstration gegen die Einweihung der Startbahn nahmen schließlich rund 10.000 Menschen teil, darunter auch viele bundesweit mobilisierte Autonome. Auch wenn die Inbetriebnahme der Startbahn eine Niederlage für die Bewegung war, so setzte doch der gelungene Abschluß der Aktionswoche das von Teilen der Startbahn-BI und der von regionalen autonomen Gruppen getragene kontinuierliche Widerstandskonzept durch.

In einer deutschen Friedensbewegung werden die Autonomen isoliert

Zeitgleich und teilweise überlagernd zu der Startbahn- und Hausbesetzerbewegung fand in den Jahren 1980–83 ein Zyklus der Friedensbewegung statt, die zur größten außerparlamentarischen Massenbewegung in der Geschichte der BRD wurde. Sie löste mit ihren Inhalten und ihrem Charakter innerhalb der autonomen Gruppen kontroverse Diskussionen über den politischen Stellenwert derartiger Bewegungen für eine Politisierung und Radikalisierung von Menschen gegen die in der BRD herrschenden Verhältnisse aus.

Die traditionelle Friedensbewegung der 60er und 70er Jahre war hauptsächlich von pazifistischen, kirchlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Kräften besetzt. Nach einem Schattendasein im Gefolge der sogenannten »Entspannungspolitik« erhielt sie durch die geplante Raketenstationierung von Erstschlags- und Angriffswaffen der NATO Ende der 70er Jahre wieder Auftrieb. Autonome

Gruppen waren in dieser Zeit noch nicht in den organisatorischen Strukturen der Friedensbewegung präsent.

Das änderte sich jedoch schlagartig mit der Bundeswehrrekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 im Bremer Weserstadion. Die SPD/F.D.P.-Bundesregierung versuchte, ihren Aufrüstungskurs propagandistisch durch eine Reihe von öffentlichen Rekrutenvereidigungsshows zu verankern. Gegen diese militaristischen Jubelfeiern richtete sich am 6. Mai in Bremen die Demonstration von einem breiten Bündnis der politischen Linken. Im Verlauf dieser Demo übernahmen die Autonomen die Spitze des Zuges und brachten in einer stundenlangen Straßenschlacht am Weserstadion die Bullen in eine enorme Bedrängnis. In einer Broschüre schrieben sie dazu:

»Zum anderen waren auf dieser Demonstration viele von uns entschlossen, diese NATO-Jubelfeier auch praktisch zu verhindern. Diese Entschlossenheit hat sich einmal daraus entwickelt, daß viele autonome AKW-Gegner erkannt haben, daß es nicht nur darum geht, hier gegen AKWs zu kämpfen, sondern daß der Kampf gegen dieses System insgesamt geführt werden muß. Viele von uns, die aus der Anti-AKW-Bewegung kommen, haben erkannt, daß der Kampf gegen AKWs und der Kampf gegen Atomwaffen zusammengehören, und haben in ihren Zusammenhängen (Anti-AKW BIs) die inhaltliche Auseinandersetzung darum geführt. Deshalb waren an der Vorbereitung auf die Demo am 6.5. viele von uns beteiligt, die ihre Geschichte in der Anti-AKW-Bewegung haben, und konnten auch auf die Erfahrungen mit z.B. den Demos in Brokdorf zurückgreifen. Zum anderen hat diese Entschlossenheit auch damit zu tun, daß es hier in Hamburg im April '80 gelungen war, eine spontane Demonstration gegen den Überfall der USA auf den Iran zu organisieren, bei der PANAM praktisch (mit Steinen und Mollis) angegriffen worden ist. Insgesamt haben wir in Bremen die Erfahrung gemacht, daß wir nicht nur Opfer sind in der Auseinandersetzung mit der Gewalt des Staates, sondern daß wir auch handeln können. Unsere Militanz hatte sich als wirksame Waffe im politischen Kampf erwiesen, obwohl wir noch weit davon entfernt waren, sie organisiert und politisch bewußt und bestimmt einzusetzen. Obwohl der 6. Mai in

Bremen im wesentlichen regional vorbereitet ... worden ist, war er doch bundesweit Anstoß dazu, alle nachfolgenden Rekrutenvereidigungen anzugreifen und klar zu machen, daß viele Menschen hier gegen Militarisierung und Krieg praktisch handeln« (»Anti-NATO-Demo 11.6. in West-Berlin«).

Die Bedeutung dieser Demonstration bestand darin, daß sich die nach dem »Deutschen Herbst« verbliebenen Ansätze des Linksradikalismus in Form autonomer Gruppen, mit den Anfängen der weitgehend von Jugendlichen getragenen Sozialrevolte verbanden. Das schlug sich in der Folgezeit in einer Welle von Störungen gegen weitere Rekrutenvereidigungen (z.B. in Flensburg, Bonn, Hannover) und Hausbesetzungen nieder.

Innerhalb der linksradikalen Szene löste der 6. Mai Diskussionen über den Beginn einer neuen antiimperialistischen Anti-Kriegs-Bewegung aus. Eine an Bremen anknüpfende regionale Orientierung für den Herbst 1980 gegen die NATO-Manöver im Raum Hildesheim zeitigte jedoch nicht die erhoffte Resonanz. Eine mit großem Aufwand vorbereitete antiimperialistische Demonstration mobilisierte lediglich 2.000 Menschen, die daran entwickelten organisatorischen Strukturen fielen nach diesem Mißerfolg bald wieder auseinander. Dagegen kam es in Bremen von Seiten der dortigen Linksradikalen und Autonomen auf Grundlage verbliebener Strukturen der BBA (Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen) zu einer Gründungswelle von »Krieg dem Krieg«-Gruppen. Sie entwickelten eine regionale Orientierung gegen die NATO-Munitionstransporte, die in dem nach Frankfurt zweitgrößten US-amerikanischen Militärstützpunkt in der BRD, in Bremerhaven/Nordenham, umgeschlagen werden.

Im Zeitraum von 1981 bis zum Sommer ’82 kam es zu drei größeren Aktionen einer von Autonomen getragenen Anti-Kriegs-Bewegung. Im September ’81 fand eine Demonstration gegen den Besuch des damaligen US-amerikanischen Außenministers Haig in West-Berlin statt (O-Ton Haig: »Es gibt wichtigeres als den Frieden.«), im Frühjahr 1982 wurde die in Hannover stattfindende Militärelektro-

nikmesse IDEE gestört, und am 11.6.82 wurde eine eigenständige Demo gegen den Besuch des US-Präsidenten Reagan in West-Berlin durchgeführt. Insbesondere der Ablauf der Haig-Demo wurde von den daran beteiligten Autonomen als Erfolg gewertet.

Nach dem Ende einer Demonstration von 60.000 Menschen versuchten rund 5.000 Linksradikale, ausgehend vom Winterfeldplatz, weiter zum Rathaus Schöneberg zu demonstrieren, um den dortigen Empfang für Haig zu stören. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Bullen, bei der diese teilweise die Initiative verloren. Diese Ereignisse beherrschten in den darauffolgenden Tagen die Berichterstattung der bürgerlichen Presse, wodurch sinnfällig der Bruch vom ursprünglich gerade in West-Berlin herrschenden Massenkonsens zwischen der Bevölkerung und den USA als »Schutzmacht« und dem »Garanten der Freiheit« demonstriert wurde. In einem Kommentar der WELT vom 19.9.1981 heißt es denn auch resignierend zum Medienbild eines »isolierten Haig«: »Haig fuhr durch leere Straßen, durch inner-berlinische Polizeimauern. Der Platz vor dem Schöneberger Rathaus, der alte Ort des Massenkonsens der Freiheit, glich einer Quarantäne, einem Quadrat der Berührungsangst. So entstand in den Medien (und in vielen Köpfen) der Eindruck eines »anderen Berlin«.«

Was machte die Stärke dieser Demonstration aus? Hamburger GenossInnen schrieben dazu in einem Papier aus dem Jahre 1983:

»Die Dynamik entwickelte die Anti-Haig-Demo, ... nicht aus den Imperialismusanalysen einzelner Gruppen, sondern aus der sozialen Bewegung des Häuserkampfes, die das ›Hinterland‹ für die Demos gebildet hatten. Ohne sie wäre alles anders gelaufen. Hier spielte ... die Erfahrung, die die einzelnen Leute in ihren alltäglichen Kämpfen mit dem System gemacht hatten, eine wichtige Rolle. Direkte Betroffenheit mobilisiert anders als theoretische Analysen und abstrakte Einsichten über den Charakter des US-Imperialismus. Die Häuserkampfbewegung in Berlin gab der Demo erst die Rückendeckung und Dynamik. Natürlich waren der Kampf gegen Imperialismus, NATO und Krieg auch Inhalte der

Häuserkampfbewegung geworden und lösten so teilweise den Teilbereichscharakter dieser Bewegung auf. Hier stellt sich für uns grundsätzlich die Frage, ob es eine radikale Anti-Kriegsbewegung, die eine Perspektive haben soll, geben kann, die nicht in den sozialen Alltagskämpfen verwurzelt ist« (aus: »Überlegungen zur Anti-Kriegsbewegung«).

Diese Überlegungen sind ein Reflex auf die Situation der autonomen Gruppen zwischen einer zu diesem Zeitpunkt darniederliegenden Anti-Kriegsbewegung sowie einer boomenden Friedensbewegung. Bereits bei den Aktionen gegen die Waffenelektronikmesse IDEE in Hannover war es im Zusammenhang einer Bündnisdemonstration zur offenen Spaltung zwischen den Autonomen und weiten Teilen der Friedensbewegung gekommen. Auch wenn es den autonomen und antiimperialistischen Gruppen einen Monat später noch einmal mit 5.000 GenossInnen gelang, gegen den Reagan-Besuch in West-Berlin zu mobilisieren, so fand die »Schlacht am Nollendorfplatz« bereits in bewußter Abgrenzung zu den anderen Teilen der Friedensbewegung statt. Diese hatten am Tag zuvor in Bonn mit etwa 500.000 Menschen und in West-Berlin mit 100.000 Menschen gegen den Reagan-Besuch protestiert.

Zwar konnte vorläufig eine offene Spaltung zwischen den Autonomen und der Friedensbewegung vermieden werden, die weitere politische Entwicklung führte jedoch zu einer immer stärkeren Isolierung der autonomen Gruppen innerhalb der Friedensbewegung. Worin sind die Gründe für diese Entwicklung zu suchen?

Die weitestgehend von Autonomen getragene Anti-Kriegs-Bewegung war mit ihren regional entwickelten Initiativen nicht in der Lage, die an der Frage der NATO-Aufrüstung entstehende Massenbewegung antimilitaristisch und antiimperialistisch zu orientieren. Darüber hinaus kam es innerhalb der Autonomen und des weiten Spektrums des unabhängigen Teils der Friedensbewegung auf einem Treffen im Herbst 1982 in Osnabrück über die weitere politische Strategie zum Bruch, insbesondere an der Frage »Bündnispolitik mit allen anderen Teilen der Friedensbewegung«.

Während die aus diesen Auseinandersetzungen entstehende »Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen« (BUF) danach weiter als Vertreter des »linken Flügels« im zentralen Bonner Koordinationsgremium der Friedensbewegung mitarbeitete, hielten sich die Autonomen zunächst aus weiteren Aktivitäten heraus.

Für die Entwicklung 1980–82 bleibt festzuhalten, daß der Ansatz einer radikalen Anti-Kriegs-Bewegung in nur kurzer Zeit durch den Einsatz des gesamten Organisationsapparates der DKP, der Grünen, Jusos und weiter Teile der pazifistischen und kirchlichen Strömungen an den Rand der gesellschaftlichen Diskussion gedrängt werden konnte. Die Friedensbewegung bestimmte mit ihren Inhalten und Formen in der Folge das Bild der Bewegung in der Öffentlichkeit. Nicht zufällig fanden ihre beiden ersten größeren Massenmanifestationen im Sommer ’81 auf dem Hamburger Kirchentag und im Oktober in Bonn unter maßgeblicher Führung kirchlich-links-sozialdemokratischer Kreise statt. In der Folge bauten diese politischen Fraktionen bis zum Herbst 1983 über ein zentrales Bonner Koordinationsgremium ihre Macht und ihren Einfluß gegenüber der Bewegung in einem ungeahnten Ausmaß aus. Dabei entsprach es dem Selbstverständnis dieser Bewegungs-»Führer« im Interesse der Erhaltung eines »inneren Friedens«, gemeinsam mit den Bullen neue Kooperationsformen bei Aktionen auszuarbeiten, bei denen die Autonomen mit ihren inhaltlichen Vorstellungen und praktischen Ansätzen immer weiter an den Rand gedrängt werden sollten.

Organisierungsversuche

Um die Jahreswende 1982/83 wurde angesichts der sich im Herbst ’83 abzeichnenden Raketenstationierung von Hamburger GenossInnen der Versuch unternommen, zu einer überregionalen Koordinierung der autonomen Gruppen zu kommen. Dafür wurden zwei Treffen in Hannover (Februar) und in Lutter (Juni) organisiert. Insbesondere die Debatten in Lutter fielen in eine Zeit, wo ein Niedergang des vorangegangenen Bewegungszyklus der Neuen Sozialen Bewegungen festzustellen war (Anti-AKW, Anti-Kriegs-Aktio-

nen, Häuserkämpfe). So waren z.B. die zur Vorbereitung der Reagan Demonstration in West-Berlin gebildeten organisatorischen Strukturen kurz nach dem 11.6. völlig in sich zusammenfallen, was sich in einer unzureichenden Solidaritäts- und Betreuungsarbeit zu den Gefangenen dieser Aktionen zeigte. Erst unter großen Mühen konnte ein Mindestmaß an Unterstützungsarbeit für die Gefangenen und gegen die laufenden Prozesse organisiert werden.

Diese Entwicklung war mit einer zunehmenden Isolierung der Autonomen innerhalb der wachsenden Friedensbewegung verbunden, die die Notwendigkeit einer eigenen Standortbestimmung und gemeinsamen Strategiebildung erforderte. Der von den Autonomen wahrgenommene Stand der eigenen Bewegung wurde wie folgt beschrieben:

»Die Situation in den verschiedenen Städten stellte sich in den meisten Fällen sehr ähnlich dar: die linke Szene zersplittert, kaum noch einheitliche Plena und gemeinsame politische Diskussionen, Gruppen treffen sich zu Aktionen (meistens Demonstrationen) und fallen hinterher wieder auseinander. Wir reagieren auf die Schweinereien des Staates und bewegen uns von einer Aktion zur anderen und von einem politischen Schwerpunkt zum anderen ... Zusammenhang und Austausch zwischen den verschiedenen pol. Schwerpunkten ist kaum vorhanden, keine gemeinsame Einschätzung der Situation, keine gemeinsame Strategie, auf deren Grundlage wir unsere Schwerpunkte und Aktionen bestimmen und Kontinuität entwickeln können ...« (Vorbereitungsmaterialien)

In der Vorbereitungsgruppe wurde der Vorschlag entwickelt, das gemeinsame Selbstverständnis der Autonomen jenseits strategischer Debatten über die Perspektiven einer Anti-Kriegs-Bewegung hinaus zu diskutieren. Sie schrieben hierzu:

»Das Streben nach Autonomie ist vor allem der Kampf gegen politische und moralische Entfremdung von Leben und Arbeit – gegen die Funktionalisierung für Fremdinteressen, gegen die eigene Verinnerlichung der Moral unserer Gegner – der Versuch, sich das Leben wieder anzueignen ... Dieses Streben kommt zum Aus-

druck, wenn Häuser besetzt werden, um menschenwürdig zu wohnen oder um die hohen Mieten nicht mehr bezahlen zu müssen, wenn Arbeiter krank feiern, weil sie die Fremdbestimmung am Arbeitsplatz nicht mehr aushalten, wenn die Arbeitslosen Supermärkte plündern .... Wenn sie sich nicht den bloßen Forderungen der Gewerkschaften nach Arbeitsplätzen anschließen, die ja doch nur Integration in Unterdrückung und Ausbeutung bedeuten. Überall da, wo Menschen anfangen, die politischen, moralischen und technischen Herrschaftsstrukturen zu sabotieren, zu verändern, ist es ein Schritt zum selbstbestimmten Leben. Unser Streben nach Autonomie muß einhergehen mit der öffentlichen politischen Auseinandersetzung mit Andersdenkenden ... und dem ständigen Bemühen, unsere Ideen zu vermitteln, die hinter unserem Leben und hinter unseren Aktionen stehen.«

Die Debatten auf dem bundesweiten Treffen in Lutter (vom 18.7.-24.7.83) waren jedoch wesentlich von den Kontroversen über die aktuelle Situation der Friedensbewegung geprägt. Sie standen stark unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse anläßlich einer Demonstration von autonomen und antiimperialistischen Gruppen in Krefeld.

Das Krefeld-Debakel

Dort fanden anläßlich des Besuches des US-Vizepräsidenten Bush zwei Demonstrationen statt. Die Friedensbewegung rief zu einer Kundgebung weit ab vom tatsächlichen Geschehen in einem Fußballstadion gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen auf, an der 25.000 Menschen teilnahmen. Demgegenüber mobilisierten autonome Gruppen mit starker antiimperialistischer Ausrichtung bundesweit zu einer eigenständigen Demonstration, die inhaltlich gegen die NATO-Kriegsführungsdoktrin bestimmt war. Dabei wurde kein Versuch unternommen, in die Vorbereitungen der Massendemonstration der Friedensbewegung einzugreifen. Die Demo sollte durch die Krefelder Innenstadt direkt zu dem Ort des Empfanges für Bush führen. Schon kurze Zeit nach dem Beginn der Demo, an der rund 1.000 GenossInnen teilnahmen, wurde sie von SEK-Kommandos aufgehalten und vollständig zerschlagen. Auf Seiten

der DemonstrantInnen kam es zu über 60 zum Teil schwer Verletzten und 138 Festnahmen, die später zu über 50 Verurteilungen, angefangen von Bußgeldern, Strafbefehlen, bis hin zu zweijährigen Gefängnisstrafen, führten. Weite Teile der Friedensbewegung distanzierten sich bereits im Verlauf ihrer Kundgebung von dieser Demonstration.

Das Debakel von Krefeld verdeutlicht, wie ein Mißerfolg einer falsch eingesetzten politischen und praktischen Militanz dazu führen kann, das staatliche Kalkül von allgemeiner Einschüchterung und politischer Spaltung zu verstärken. Die danach folgenden Auseinandersetzungen zeigten die autonomen Gruppen in doppelter Weise nicht nur als Opfer der staatlichen Repression, sondern zugleich auch als ein eher hilfloses Objekt einer innerhalb der Friedensbewegung gegen sie aufgeworfenen polarisierenden »Gewaltdebatte«. Im Sommer '83 wurde die »Gewaltdebatte« zudem noch durch lancierte Meldungen der Staatsschutzapparate (BKA, Generalbundesanwaltschaft, Verfassungsschutz usw.) und eine massive publizistische Beihilfe der liberalen Massenmedien in einem enormen Ausmaß verschärft. So erschien z.B. die Illustrierte STERN mit einem Titelbild, das die hocherhobene Hand eines Steinewerfers mit dem Untertitel: »Gewalt – Nein Danke!« zeigte.

In diesem Zusammenhang wurde von Hamburger GenossInnen in einem Beitrag für das Lutter-Treffen selbstkritisch vermerkt:

»Die weitergehende Zielsetzung der autonomen Gruppen (Abschaffung des kapitalistischen Systems, nicht nur des Atomprogramms) hat sich oft in der Frage der Widerstandsformen verselbständigt und wurde an der Konfrontation mit dem Polizeiapparat zugespitzt. Gerade in der letzten Zeit wurde dies zum scheinbaren Verbindungsglied zwischen den unterschiedlichsten Gruppen (Hausbesetzer, Anti-AKW-Gruppen, antiimperialistische Gruppen usw.) und hat neben dem Unverständnis und dem Mißtrauen vieler anderer Gruppen den Begriff ›autonome Gruppen‹ zu einem Begriff gemacht, den der Staat sehr bewußt und systematisch gebraucht, um unsere Inhalte auf die Gewaltfrage zu reduzieren.«

In den Diskussionen um die Frage eines Eingreifens in die Friedensbewegung schälten sich im wesentlichen zwei Standpunkte heraus. Von der AUTONOMIE-Redaktion Hamburg wurde eine eher skeptische Beurteilung bezüglich einer Beteiligung von Autonomen an den Herbstaktionen der Friedensbewegung vertreten:

»Bei den jüngsten Ereignissen in Krefeld ist deutlich geworden, wie gering die Chancen dafür sind, daß die Friedensbewegung in ihrer Vielfalt zu einer gegenseitigen Potenzierung unterschiedlicher Aktionsformen kommen und zu einem wirklichen Faktor gegen die Raketenstationierung werden kann.«

Demgegenüber sprachen sich einige andere autonome Gruppen für eine Beteiligung an den Herbstaktionen der Friedensbewegung aus, die mit ihren im norddeutschen Raum geplanten Blockadeaktionen und deren »Konfrontationscharakter« als »radikalisierend« eingeschätzt wurden:

»Wichtig erscheint uns, die NATO in ihrer Struktur und ihren militärischen Einrichtungen an möglichst vielen Punkten auf den unterschiedlichsten Ebenen zu bekämpfen. Nur dadurch wird ein Bewußtsein über die Komplexität dieses militärischen Machtapparates geschaffen, in dem auch der Widerstand gegen die Mittelstreckenraketen seine strategische Bedeutung erhält. Unseren Widerstand gegen die Bombenzüge betrachten wir als einen Schritt in diese Richtung. Er bietet die Möglichkeit der kontinuierlichen und konkreten Auseinandersetzung antimilitaristischer Gruppen ... Ein offensives Verhalten zur Stationierung im Herbst wird letztlich ohne eine Grundlage antimilitaristischer Arbeit auf regionaler und lokaler Ebene nicht möglich sein, dabei wird den Bombenzügen auch in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung zukommen« (Autonome Gruppen aus Hannover in: Vorbereitungsmaterialien).

Die Ergebnisse der Diskussionen in Lutter konnten für die Autonomen keine weiteren Organisierungsfortschritte im Hinblick auf den »Raketenherbst« ermöglichen. Der von einigen GenossInnen, insbesondere aus Jobber- und Arbeitslosengruppen, vertretene Ansatz, sich gemeinsam gegen den laufenden Krisenangriff auf dem sozialen Terrain

(Soziallohnabbau) zu konzentrieren, wurde nicht weiter aufgegriffen. Zwar war es den Autonomen immer wieder gelungen, sich für eine bestimmte Aktion auch überregional zu organisieren. Die dabei entwickelten Strukturen fielen aber meistens nach dem anvisierten Ereignis rasch wieder auseinander. Ein Grund dafür lag darin, daß eine Organisierung über kontinuierlich stattfindende bundesweite Treffen sich stets von neuem mit der Schwierigkeit konfrontiert sah, letztlich eine Organisierung »von oben« zu bewerkstelligen, was einem zentralen Punkt des Selbstverständnisses vieler Autonomer widersprach. Diese Versuche waren von der Entwicklung begleitet, daß die bundesweiten Treffen oftmals als Ersatz für fehlende lokale und regionale autonome Zusammenhänge verstanden wurden. Das machte es immer wieder von neuem schwierig, allgemeinverbindliche Einschätzungen und Strategien über bestimmte Ereignisse hinaus zu entwickeln. Seit dem Jahre 1983 hat es denn auch keinen Versuch einer bundesweit umfassenden Organisierung der autonomen Gruppen – mit Ausnahme der IWF-Kampagne – mehr gegeben.

Die politische Entwicklung ist bis zum »Raketenherbst« dadurch gekennzeichnet, daß es der – weitgehend von zentralistischen Großorganisationen dominierten – Friedensbewegung mit einer ideologisierten Gewaltfreiheit gelang, jede antiimperialistische und sozialrevolutionäre Dimension des Protestes auszugrenzen. Ihr Minimalkonsens richtete sich lediglich gegen bestimmte Waffensysteme und mit ihren Aktionen versuchte sie, gegenüber den Herrschenden den Wunsch nach der Beibehaltung des »Friedens« oder anders formuliert: des »imperialistischen Normalzustandes« zum Ausdruck zu bringen. Dabei erstarrten die als Protest gemeinten Handlungen zu polizeilich vorausberechenbaren leeren symbolischen Unterwerfungsgesten an die staatlichen Instanzen. Das Konzept führte zu einer faktischen Ausgrenzung der autonomen Gruppen, die mit ihren Vorstellungen das Harmoniebedürfnis der Friedensbewegung störten. In diesem Zusammenhang entwickelte die Friedensbewegung vorher nicht gekannte Formen der Zusammenarbeit mit den staatlichen Instanzen (Loccumer und Stuttgarter Gespräche

zwischen den Bullen und »Bewegungsführern«, Standleitungen zwischen den Bullen und den Demoleitungen), die dem Ziel dienten, die Autonomen nicht nur zu kontrollieren, sondern wenn nötig auch (offensiv) an die Bullen auszuliefern.

»Heißer Herbst« und kalter Kaffee

Im Rahmen der Aktionswoche der Friedensbewegung vom 13.-22. Oktober '83 kam es trotz aller Widersprüche zu einer massiven Beteiligung von Autonomen an den Blockadeaktionen in Bremerhaven/Nordenham und am Springer-Verlagsgebäude in Hamburg. Grundlage für beide Mobilisierungen war die kontinuierliche Arbeit der in der Region Unterweser arbeitenden antimilitaristischen Gruppen, die sich z.B. in Bremen in dem »Komitee gegen die Bombenzüge« (KGB) zusammengeschlossen hatten, sowie die autonomen Strukturen in Hamburg.

In beiden Aktionen übten jedoch die bürgerlichen und traditionellen Kräfte der Friedensbewegung die politische Hegemonie aus. Selbst der regional antimilitaristisch gegen die alltägliche NATO-Infrastruktur orientierte Ansatz der KGB-Gruppen konnte in die Bündniskonzeptionen des traditionellen Teils der Friedensbewegung integriert und im »Raketenherbst« politisch wirkungslos gemacht werden. Zwar gelang es den Autonomen auf der Bremerhavener Großdemonstration – ähnlich wie am 6. Mai '80 in Bremen –, die Spitze des Demonstrationszuges zu übernehmen, eine geschickte Demoführungsregie aus den Reihen der Friedensbewegung sorgte jedoch dafür, daß der Autonomenblock getrennt von der Masse der anderen DemonstrationsteilnehmerInnen durch die Straßen der Stadt lief. Dabei stieß der praktisch und politisch völlig isolierte Autonomenblock auf einen gemeinsam von Bullen und gewaltfreien SitzblockiererInnen versperrten Hafeneingang am »Roten Sand«. In der danach folgenden Phase der Desorientierung zog der autonome Demoblock in einem stundenlangen Fußmarsch völlig erschöpft und zersplittert durch die Stadt und wurde in den Abendstunden, als er die amerikanischen Kasernen im Hafengelände erreichte, in einem abgelegenen Gebiet zum

Spielball einer riesigen Polizeiübermacht. Der ganze deprimierende Ablauf der Bremerhaven-Demonstration war kennzeichnend für die verfahrene Situation in dem Verhältnis zwischen den Autonomen und der Friedensbewegung.

Die ungelöste »Gewaltfrage« hatte bereits im Vorfeld alles blockiert, so daß die darüber nicht geführten inhaltlichen Auseinandersetzungen im nachhinein nicht mehr aufgeholt werden konnten. So blieb dann ihre Beteiligung an den Aktionen der Friedensbewegung quasi »putschistisch« aufgesetzt, fremd und letztlich isoliert, was der Ablauf der Bremerhaven-Aktion sinnfällig demonstrierte. Die seitens vieler Autonomer gehegte Hoffnung, doch eine »Radikalisierung« der Friedensbewegung erreichen zu können, scheiterte. Zutreffend und voller Sarkasmus wurde dann auch in einem Auswertungsflugi von West-Berliner Autonomen kommentiert: »Zwischen Bremen und Bremerhaven liegen 60 Kilometer und drei Jahre.«

Allerdings bewahrheiteten sich auch nicht ursprünglich geäußerte Befürchtungen von eine »Falle Bremerhaven« oder einer »Abräumaktion italienischen Ausmaßes« im Raketenherbst. Die völlige politische Isolation der autonomen Gruppen machte derartige staatliche Repression überflüssig. Als beispielsweise kurz vor der Massenkundgebung der Friedensbewegung am 22. Oktober in Hamburg eine Solidaritätsdemonstration für die Hafenstraße von den Bullen aufgemischt und über 150 GenossInnen festgenommen wurden, kam es seitens der Friedensbewegung zu keinerlei Reaktionen. Was hatte die Hafenstraße auch mit ihrer Sehnsucht nach Frieden zu tun? Sie bekundete mit dem Ablauf der Aktionswoche ihre Angst vor neuen Atomraketen und ging anschließend nach Hause, und einen Monat später wurde ohne nennenswerten Widerstand die Stationierung vollzogen und durchgesetzt. Im Januar 1984 stellten die Revolutionären Zellen/Rote Zora in einem fulminanten Kritikpapier an dieser Bewegung unter dem Titel: »Krise – Krieg – Friedensbewegung« fest:

»Die neuen sozialen Bewegungen – das hat die Friedensbewegung auf den Punkt gebracht – verlaufen zunehmend quer zur

Klassenfrage, überlagern soziale Inhalte und entwickeln sich in Teilen nach rechts. Als ausschließlicher Bezugspunkt einer revolutionären Praxis werden sie fragwürdig. Jenes ›Ab in die Bewegung‹, das die Frage der Mobilisierung vor ihre Inhalte und Ziele stellt, reicht als Kriterium nicht länger.«

Der Rückzug der Autonomen und der Zerfall der Friedensbewegung

Trotz der deprimierenden Erfahrungen aus dem »Raketenherbst« arbeiteten Autonome noch eine Weile in der Friedensbewegung mit. Im Herbst 1984 mobilisierten sie zur Behinderungen von NATO-Manövern im Raum Hildesheim. Im Februar 1985 fand noch einmal im Unterweserraum eine Blockade der Bombenzüge statt. Aber auch mit diesen Aktionen gelang es nicht mehr, eine inhaltliche Radikalisierung einer sich bereits im Abschwung und Zerfall befindlichen Bewegung zu erreichen. Die Friedensbewegung hatte mit ihrer Orientierung auf einen verbalen Protest gegen die Stationierung bestimmter Waffensysteme bereits im Herbst 1983 ihren Mobilisierungshöhepunkt überschritten. Sie konnte auch danach nicht mehr aus ihrer Fixierung auf die von staatlichen Instanzen betriebene »Friedens- und Abrüstungspolitik« ausbrechen. Mit dem Nicht-Eintreten der von ihr prognostizierten Kriegsgefahr (»Fürchtet euch, der Atomtod bedroht uns alle!«; »Es ist 5 vor 12!«) und den sich auf internationaler Ebene abzeichnenden Tendenzen zur Rüstungskontrolle zerfiel eine wesentliche Legitimationsbasis der von ihr propagierten Katastrophenpolitik. Auf der anderen Seite hatte sich mit der reibungslosen Durchsetzung der Raketenstationierung die Wirkungslosigkeit ihrer legalistischen Strategie eines appellativen Massenprotests an die herrschende Klasse gezeigt. Mit der Wiederholung von wirkungslosen und ritualisierten Massenaktionen (Ostermarsch ’84, Volksbefragung) konnte sie nach dem »Raketenherbst« ihren Auflösungsprozeß nicht mehr aufhalten. Aus diesem Grunde trafen die in den Jahren 1984/85 von Autonomen organisierten Aktionen nicht mehr auf das Forum einer breit untereinander kommunizierenden Bewegung.

Auch wenn die Aktionen in Hildesheim und in der Unterweserregion keine ausgesprochenen Mißerfolge waren, so wurden sie doch aufgrund der fehlenden öffentlichen Resonanz zum Endpunkt der größeren autonomen Aktivitäten auf dem Terrain der Friedensbewegung.

Ein paar Skizzen autonomer Bewegung quer durch die letzten Jahre der West-Republik

Parallel, quer und nachfolgend zu den in jeder Hinsicht deprimierenden Erfahrungen mit der deutschen Friedensbewegung kam es auf der theoretischen Ebene zu verstärkten Diskussionen über neue Räume sozialrevolutionären Handelns. Der Rahmen dieser Diskussion wurde in dem bereits erwähnten Kritikpapier der Revolutionären Zellen an der Friedensbewegung aus dem Januar 1984 angerissen. Auf der Seite des eher banal-organisationspraktischen Handgemenges waren die Autonomen mehr als einmal mit der Grünen Reformpartei, den Antiimps und der Stadtguerilla sowie der Anti-AKW-Bewegung in teilweise auch tatkräftig ausgetragene Streitereien verstrickt. Von besonderer Bedeutung waren die politischen und sozialen Entwicklungen der Autonomen in den drei Zentren Hamburg, West-Berlin und Frankfurt sowie die gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank gerichtete Kampagne. In dieser Entwicklung spiegelt sich eine untergründige Abwendung der Linksradikalen von den Provinzorten der neuen sozialen Bewegungen wieder zurück in die Städte. Nach den in den Betriebs- und den Häuserkämpfen erlebten Niederlagen und nach dem »Deutschen Herbst« hatten sich die hauptsächlichen und vor allem spektakulären linksradikalen Tätigkeiten ab Mitte der 70er Jahre auf Kämpfe gegen AKWs und die industrielle Umstrukturierung in den Regionen bezogen. Es war in dieser Zeit immer ein krasser Widerspruch gewesen, die subversiv-militante Praxis in den Anti-AKW-Kämpfen nicht mit einer vergleichbaren Politik in den Städten verbinden zu können Diese wäre zudem auch polizeilich etwas schwerer angreifbar gewesen. Spätestens mit der Hausbesetzungswelle in West-Berlin waren die Linksradikalen jedoch wieder als politische Kraft in das Terrain der Städte zurückgekehrt. Dabei zeichneten sich in den regionalen städtischen Schwerpunkten der Autonomen

deutlicher als in anderen Teilen der BRD soziale Trennungsprozesse zu weiten Teilen der Alternativbewegung ab.

Die nachfolgenden Skizzen über die politischen und sozialen Entwicklungen, die von den Autonomen zum einen produziert wurden und denen sie zugleich auch immer wieder unterworfen waren, stellen nur einen Ausschnitt aus dem gesamten Universum autonomer Bemühungen in diesem Jahrzehnt vor dem Zusamenfall der Berliner Mauer dar. Sie wären der Vollständigkeit halber um Kapitel über die regionalen Entwicklungen der Autonomen im Ruhrgebiet, in Süddeutschland und vor allem in Freiburg zu ergänzen. Und überhaupt: Mit welchem Recht ist es erlaubt, die von Autonomen organisierten Kampagnen zum Bleiberecht für alle Flüchtlinge, die Organisierung der antifaschistischen Arbeit, die in vielen Städten und Orten gelaufene Aktivitäten gegen Umstrukturierung und Yuppiesierung, die in autonomen Zusammenhängen erbittert geführten Vergewaltigungsdiskussionen, die von Frauen vollzogene Trennung von autonomen Männern und ihre eigenständigen Organisierungsprozesse in dieser Darstellung zu unterschlagen? Leider kann auf diese schmerzlichen Lücken an dieser Stelle nur eindringlich hingewiesen werden. Gerade eine kompromißlose Aufarbeitung dieser zum Teil vernünftigerweise gescheiterten Versuche und Ansätze wäre für eine Reformulierung einer neuen befreiend gelebten Politik einer autonomen Bewegung, die sich tatsächlich auf dem Weg ins 21. Jahrhundert machen will, so dringend notwendig.

Statt dessen muß sich die nachfolgende Darstellung mit dem Problem herumschlagen, daß sich die Beschreibungen an den während der 80er Jahre in der bürgerlichen Öffentlichkeit wahrgenommenen »Highlights« der Autonomen ausrichtet. Diese Blickrichtung wird zudem noch durch die entsprechenden staatlichen Repressionsmaßnahmen verstärkt. So stellt sich z.B. die Frage, was über die Entwicklung des autonomen Widerstandes an der Startbahn-West zu schreiben gewesen wäre ohne die verhängnisvollen und falschen Pistolenschüsse vom November des Jahres 1987? Die vom Autor gewählte Darstellungsweise unterschlägt die vielen alltäglichen und weniger spektakulären Diskussionen

und Bemühungen vieler Genossinnen, die ohne entsprechendes Medienspektakel stattgefunden haben. Viele Autonome in Hamburg haben in den 80er Jahren auch ganz andere Probleme diskutiert als permanent die Frage der Durchsetzung des Hafens, und auch Kreuzberger Autonome hatten Besseres zu tun, als beständig auf den nächsten Kiezaufstand zu warten. Trotz dieser offenkundigen Mängel erschien die skizzenhafte Darstellung einiger politischer und sozialer Entwicklungslinien dieses Zeitraums deshalb gerechtfertigt zu sein, weil sie Autonomen in den 80er Jahren Identifikationspunkte für ein gemeinsames Selbstverständnis eröffneten. Insofern haben sie wesentlich dazu beigetragen, die Autonomen zu einer symbolischen Gegeninstitution in der BRD-Gesellschaft werden zu lassen. Die weitergehende Frage, ob das nun »gut« oder nicht viel eher »schlecht« war und ist, soll mit dem Hinweis an dieser Stelle jedoch nicht entschieden werden. Das bleibt seitens des Autors einer späteren Darstellung vorbehalten.

Wird Politik in Klassen- oder Massenbewegungen herumgerührt oder abmoderiert?

Die enttäuschenden Erfahrungen mit der Friedensbewegung im Herbst 1983 führten bei einigen Teilen der Autonomen zu einer scharfen Kritik an diesem Konzept von sozialer Bewegung. Gerade nach dem »Raketenherbst« stand deutlicher denn je ein Fragezeichen dahinter, inwieweit die von Autonomen bislang angestrebte Radikalisierung von sozialen Bewegungen noch eine Folie für eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse abgeben kann. Obwohl die Kritik nicht zu einer gemeinsamen Neuorientierung führte, fand jedoch eine Diskussion darüber statt, wie einerseits das erreichte Niveau an praktischer Radikalität und Massenmilitanz gehalten und andererseits eine Ausweitung der Bewegung über die kulturellen Grenzen der Szene hinweg erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund erfuhr kurzzeitig das existierende Konzept von Jobbergruppen eine größere Beachtung. Diese Gruppen waren zu Beginn der 80er Jahre als Reaktion auf die auch auf Szenestrukturen durchschlagende ökonomische Krise entstanden und kon-

zentrierten sich auf die Frage der eigenen sozialen Existenz auf dem Arbeitsmarkt. In Folge der zweiten »Ölpreiskrise« im Winter 1979/80 kam es zu einem sprunghaften Ansteigen der Arbeitslosenzahlen, die von der herrschenden Klasse zunehmend dazu benutzt wurde, Kürzungen in den sozialen Bereichen durchzusetzen, in denen viele Autonome zuvor ihre materielle Existenz gesichert hatten (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, BAFöG usw.). Aus der noch in den 70er Jahren relativen Freiheit der flexiblen Jobauswahl wurde unter den Bedingungen einer verschärften Massenarbeitslosigkeit die immer weniger freiwillige Notwendigkeit, Jobs zu immer schlechteren und ungesicherteren Bedingungen annehmen zu müssen. Als Reaktion auf diese Entwicklung gründeten sich allerorten in der BRD und West-Berlin autonome Jobber-, Sozi- und Erwerbslosengruppen, die dabei zum Teil auf den »operaistischen« Ansatz aus Italien zurückgriffen.

Im Jahre 1982 konnten diese Gruppen beim ersten bundesweiten Erwerbslosenkongreß den Versuch des DGB, diese Bewegung unter seine Führung zu bringen, verhindern. Aus der Ablehnung einer DGB-Orientierung der Erwerbslosenbewegung unter dem Motto »Arbeit für alle« – egal zu welchen Bedingungen, und egal, was damit produziert wird (z.B. AKWs und Rüstungsteile) – ergab sich jedoch innerhalb der autonomen Jobberbewegung kein überregional verbindender politischer Ansatz.

»Die VertreterInnen der Klassenpolitik gingen von der Notwendigkeit und aktuellen Möglichkeit militanter ArbeiterInnenkämpfe aus. Notwendigkeit, weil an einer Zentralität der ArbeiterInnen, deren produktive Kooperation vom Kapital auch in Zukunft nicht durch Maschinen ersetzt werden könne (Kritik am Mythos Vollautomation), für eine revolutionäre Perspektive festgehalten wird, und weil sogenannte ›Freiräume‹ in Wirklichkeit vom System abhängig und auch tolerierbar seien, solange die Mehrwertproduktion läuft; Möglichkeit, weil erstens die Fabrik immer mehr auf die Gesellschaft ausgedehnt werde, immer mehr Bereiche unmittelbar dem kapitalistischen Kommando unterworfen würden, so daß Kämpfe in einzelnen Sektoren unmittelbar die

Mehrwertproduktion treffen (z.B. Frauenkämpfe, Stadtteile, Knast, Ausbildungssektor etc.), zweitens unter der Oberfläche des ›sozialen Friedens‹ der Kampf der Klassen gegen die Arbeit nie zum Erliegen gekommen sei und nur aus seinen reformistischen Fesseln befreit werden müsse.

Daraus ergab sich eine mehr oder weniger radikale Absage an ›Szene-Politik‹ und eine Verankerung militanter Kerne in den verschiedenen Sektoren; dies aber nicht als Fortsetzung linker Kaderpolitik, um die Massen zum richtigen Bewußtsein zu missionieren, sondern als Aufhebung der ›Politik in erster Person‹, dort, wo jeder dazu beiträgt, das System zu reproduzieren, kollektiven Widerstand zu organisieren ...

Die Bewegungspolitikerinnen machten geltend, daß angesichts einer integrierten bestenfalls reformistischen und im Weltmaßstab privilegierten, metropolitanen Klasse von dieser jedenfalls nicht die entscheidende Initiative zu einer Revo (Revolution, d. Verf.) ausgehen könne. Auch sei der ›operaistische‹ Ansatz systemimmanent und nicht auf die außerhalb der Verwertung Stehenden anwendbar, also dort, wo (in der trikontinentalen Subsistenz, bei den metropolitanen Leistungsverweigerern) am ehesten noch eine zum Kapital antagonistische Gesellschaftlichkeit überleben bzw. sich entfalten könne« (Autonome Freiburger Studis/Bolschewiki).

Die Auseinandersetzungen von Autonomen mit dem Bereich der »Arbeit« waren im Prinzip von ähnlichen Schwierigkeiten gekennzeichnet, die eine der wesentlichen Erfahrungen im Verhältnis der »neuen Linken« zur ArbeiterInnenklasse seit ’68 ausmachte. In der sozialen Zusammensetzung war der Bereich der Lohnarbeit in den 80er Jahren weitgehend von einer politisch integrierten, gewerkschaftlich hoch organisierten Facharbeiterklasse in sogenannten »Kernbelegschaften« dominiert. Sie waren auch weiterhin ein außerordentlich schlechter Resonanzboden für die im weitesten Sinne »autonome« Vorstellung eines »selbstbestimmten«, d.h. gegen das Kapitalkommando organisierten, Lebens. Zwar gab es in dieser Zeit eine Ausweitung von ungesicherten und flexibilisierten Leiharbeitsverhältnissen, ihr Umfang blieb jedoch gemessen an der Gesamtbeschäftigung gering. Zudem wurde die in diesem Bereich propagierte

»autonome Jobberorganisierung« immer wieder von neuem von der »Mobilität der Entgarantierten« unterlaufen. Konkret bedeutete das, daß viele Leiharbeiter sich immer noch lieber aus einem beschissenen Jobverhältnis herauskündigen ließen, als sich der mühevollen und zudem noch ungewissen Kleinarbeit einer politischen Organisierung zu unterwerfen. Die Konzeption eines autonomen Jobberansatzes schleppte von Beginn an das ungelöste Problem mit sich herum, daß das Kapital die relative Freiheit der »Jobberautonomie« der mobilen Linksradikalen aus den 70er Jahren als Drohung eines neuen Spaltungsinstruments gegenüber den Kernbelegschaften instrumentalisieren konnte.

Der Jobberansatz blieb sowohl in den Betrieben als auch innerhalb der autonomen Szene in einem doppelten Sinne minoritär: An den in den 80er Jahren stattfindenden zentralen Lohnarbeit-Kapital-Konflikten (Werftbesetzungen in Norddeutschland, Tarifkonflikte um die Einführung der 35-Stunden Woche im Frühjahr '84 und '87, Mobilisierung gegen die Einschränkung der Streikfähigkeit der Gewerkschaften Ende '86, Auseinandersetzungen um die Stillegung des Stahlwerkes in Rheinhausen '87/'88) wurde zwar von Autonomen eine genaue und fundierte Kritik vorgenommen (vgl. z.B. die »Karlsruher Stadtzeitung« Nr. 34/84). Als handelnde Subjekte waren sie in diesen Konflikten aber nicht präsent, und ihre in einigen Betrieben aufgebauten Strukturen blieben auf eine informelle Ebene beschränkt. Zwar konnten im Rahmen von DGB-Demonstrationen zum 1. Mai und anderen Anlässen immer wieder von neuem gegen die reformistische Politik der Gewerkschaftsführung gerichtete oppositionelle Arbeitslosen- und Jobberblöcke organisiert werden. Die dabei u.a. propagierte gewerkschaftsunabhängige Organisierung im Bereich der Lohnarbeit wurde von der autonomen Szene jedoch nicht weiter aufgegriffen. Zwar gab es die ganzen 80er Jahre hindurch eine bemerkenswerte Kontinuität kleinerer Aktionen und Initiativen autonomer Gruppen für einen offensiven Umgang mit der Arbeitslosigkeit, die versuchten, das Existenzrecht gegen den Zwang zur Lohnarbeit zu thematisieren. Trotzdem blieb das Konzept der Szene in dem Sinne aufgesetzt, als daß

ihre Strukturen die Möglichkeit beinhalteten, sich dem konventionellen Erwerbsbereich relativ entziehen zu können. Konsequent zu Ende gedacht, hätte eine vollständig am Erwerbsbereich orientierte Organisierung bedeutet, daß die »Szene«-Strukturen hätten aufgegeben werden müssen.

Zwischen Haßkappe und Birkenstocksandalen: Die Autonomen und die Grünen

Der Entstehungsprozeß der Partei der Grünen ist ganz präzise auf die politische Gemengelage in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, irgendwo im weiten außerparlamentarischen Gestrüpp zwischen der »neuen Linken«, der Anti-AKW-Bewegung und dem gleichzeitigen Zerfall der ML-Gruppierungen zu datieren. Die »neue Linke« wurde seit dem Niedergang der APO im Sommer 1968 von Zeit zu Zeit immer mal wieder von sogenannten »Organisationsdebatten« heimgesucht. Als auch die ebenfalls aus der APO entstandenen ML-Gruppierungen Mitte der 70er Jahre an politischer und sozialer Resonanz zu verlieren begannen, gab es – aus dem Umkreis von zumeist durch die 68er Revolte an die Universitäten gespülten Intellektuellen – die nächste Organisationsdebatte. In expliziter Abgrenzung zu »autonomistischen Positionen«, die damals u.a. von Johannes Agnoli vertreten wurde, wurden unmittelbar vor dem Entstehungsprozeß der GRÜNEN Konzepte einer linkssozialistischen Partei diskutiert. Auch wenn diese Diskussionen zunächst nicht den gewünschten Erfolg zeitigten, so tauchten doch nachfolgend eine Reihe von Namen aus jener Debatte später bei der Partei der Grünen wieder auf (Rudi Dutschke, Christian Ströbele, Thomas Schmid). Die noch verbliebenen Reste der zerfallenden ML-Bewegung benötigten ab Ende der 70er Jahre noch eine Reihe von »sozialistischen Konferenzen«, die von mehreren tausend Leuten besucht wurden, um schlußendlich im Hafen der Grünen Partei landen zu können.

In den ersten programmatischen Auseinandersetzungen während der Gründungsparteitage der in den Jahren 1979/80 auf bundesweiter Ebene entstehenden Partei der Grünen gelang es den parteierfahrenen ML-Resten im

Bündnis mit anderen »fortschrittlichen Kräften«, die zu jenem Zeitpunkt starken rechten bis reaktionären Kräfte (Gruhl/Springmann) aus der Partei zu drängen und ein links-alternatives Programm durchzusetzen. Das drückt sich in den beschlossenen programmatischen Leitsätzen »Basisdemokratisch – Gewaltfrei – Sozial – Ökologisch« aus. Während dabei der Begriff der »Gewaltfreiheit« eine klare Konzession an die Normen des bürgerlichen Rechtsstaats ist, in dessen Mechanismen man beabsichtigt, an Wahlen teilzunehmen, signalisiert der Begriff der »Basisdemokratie« eine im Prinzip antistaatliche Orientierung. Imperative Mandatsstrukturen, wie z.B. die Rotation, sollten »Experten- und Berufspolitikertum« verhindern, per Satzung wurden in Partei und Parlamentsfraktionen Ämterhäufungen ausgeschlossen. Für Parlamentarier wurden auf Basis eines Facharbeiterlohns egalitäre Einkommen beschlossen. Große Teile der über Parlamentsposten eingenommenen Kohle sollten an einen Fonds abgeführt werden, mit dem Aktivitäten der außerparlamentarischen Bewegungen unterstützt werden sollten.

In den Jahren 1979–82 hatten die Grünen in einer Reihe von Landtags- und Kommunalwahlen enorme Erfolge. In bestimmten regionalen Protestregionen (Lüchow-Dannenberg, Rhein-Main) wurden sie mit teilweise zweistelligen Ergebnissen gewählt. In den Dienstleistungszentren West-Berlin, Frankfurt und Hamburg gelang ihnen der erfolgreiche Einzug in die Parlamente. Auf dieser Basis erfolgt schließlich auch der Einzug in das Bonner Parlament bei der Bundestagswahl im Frühjahr 1983. Der endgültige Durchbruch als parlamentarische Partei war in nur kurzer Zeit mit einem Boom an Abgeordnetenmandaten in den Kommunal-, Kreis- und Landesparlamenten sowie dem Bundestag verbunden. Bei keiner anderen parlamentarischen Partei in der BRD stellte sich das Verhältnis zwischen Mitgliederzahl und Mandatsverteilung so eng dar wie bei den Grünen. Mitte der 80er Jahre übten z.B. in Hessen rund 80 % der Parteimitglieder zugleich auch ein Abgeordnetenmandat aus. Die durch die Wahlerfolge gewonnenen enormen staatlichen Geldmittel konnten dazu benutzt werden, zunächst die frei-

willige Fraktion mit einer großen Anzahl von bezahlten Referenten und wissenschaftlichen Hilfskräften zu einem effektiv arbeitenden Apparat auszubauen. Diese Entwicklung war in der Folge mit einem Bedeutungsverlust der Partei gegenüber den Fraktionen verbunden, da diese sich nicht im gleichen Umfang einen bürokratischen Apparat zulegen konnte.

Der Verparlamentarisierungsprozeß der zunächst verbal als »Anti-Parteien-Partei« oder als »Protestpartei« angetretenen Grünen war mit einer normalen Korruption der meisten ihrer MandatsträgerInnen verbunden. Zunächst wurde vom Prinzip der Rotation abgewichen, dann wurde, gegenüber einer Basisanbindung in Form von Parteitagsbeschlüssen, von Abgeordneten das »individuelle Gewissen« geltend gemacht. Irgendwann waren dann auch die egalitären Einkommen auf Basis eines Facharbeiterlohns nicht mehr ausreichend, das schwere Los eines Parlamentsabgeordneten erträglich zu gestalten. Viele Bundestagsabgeordnete der Grünen fingen an, große Teile ihres Gehalts von weit über 10.000 DM monatlich auf ihr eigenes Sparkonto, anstatt es, wie noch in Parteibeschlüssen festgelegt war, an den »Ökofonds« abzuführen.

Auf der politischen Ebene durchzog in den Jahren 1983–89 der sogenannte »Fundi-Realo-Konflikt« die Debatten in der Partei. Der Begriff der Fundamentalisten ist dabei ein von den Realos im innerparteilichen Meinungsstreit geprägter Kampfbegriff, der Assoziationen an einen verbohrten, Argumenten unzugänglichen, eher unberechenbaren »islamischen Fundamentalismus« wecken soll. Konkret steht er für ein Gemisch aus ehemaligen Mitgliedern des KB, die sich selbst als »Ökosozialisten« verstehen, und sogenannten »Radikalökologen« vorwiegend aus Hessen. Diese Strömung verfolgte entweder die Option, jegliche Zusammenarbeit mit den »etablierten Volksparteien« abzulehnen (z.B. in Frankfurt), oder sie versuchte, die SPD (wie z.B. ’82 und ’86 in Hamburg) mit einem radikalisierten sozialdemokratischen Programm vorzuführen. Demgegenüber wurde von den sogenannten »Realos« – deren Selbstbezeichnung bereits für die fatalistische Anpassung an die Verhält-

nisse steht – die Linie eines Bündnisses mit der SPD um jeden Preis verfolgt. Ihre Programmatik weist dabei eine strukturelle Nähe zu den institutionellen Apparaten auf, was ein wesentlicher Grund für die starke Medienpräsenz dieser Strömung in den liberalen Meinungskonzernen war. Das »Realo-Konzept« besaß dabei stets den Vorteil, konsequenter politischer Ausdruck der sozialen Bewegung innerhalb des Grünen Parteiapparats zu sein, der aus Selbsterhaltungsinteresse an einer Machtbeteiligung in den parlamentarisch-bürgerlichen Strukturen interessiert sein muß. Demgegenüber war das aus pädagogisch-leninistischen Versatzstücken zusammengebastelte Konzept der »Ökosozialisten« dieser Sozialbewegung aufgesetzt und innerhalb der notwendigerweise konservativ zu setzenden Form einer parlarmentarischen Partei auch in sich unstimmig. Viele der an dem Gründungsprozeß der Grünen beteiligten ML-Linken verfolgten mit dieser Partei vermutlich die Illusion, damit eine starke oppositionelle Instanz zur Aufklärung über bürgerliche Herrschaftsverhältnisse aufbauen zu können. In diesem Sinne glaubten sie die innerhalb der Form einer grünen Partei ebenfalls vertretenen bürgerlichen und karrieristischen Kräfte für ihre »linke Politik« benutzen zu können. Diese ziemlich schlau sein wollenden Linken ahnten nicht, daß nicht sie die Grüne Partei benutzten, sondern daß es hinter ihrem Rücken genau umgekehrt war. Die noch zu Beginn der 80er Jahre eher ungefestigte Partei benötigte das Organisationswissen der alten ML-Linken zum Zwecke ihres Aufbaues. Als die parlamentarische Existenz der Grünen und damit die Alimentierung aus Staatsgeldern allerspätestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre nicht mehr ernsthaft in Frage stand, war dann auch die Zeit für weiterhin radikal sein wollende alte ML-Linke in machtpolitischer Hinsicht endgültig abgelaufen. Der »Fundi-Realo« Konflikt entschied sich einfach zugunsten der Realos auf ganzer Linie und wurde damit Teil der Geschichte der untergegangenen West-BRD. Sofern die in der Entwicklung zu einer normalen Staatsbürgerpartei innerhalb der Grünen überflüssig gemachten Ökosozialisten und Radikalökologen mittlerweile nicht nur Bier und Schnaps trinken, probieren sie ihr Glück

– wie noch in den 70er Jahren – wieder in ein paar randständigen Politiksekten. Auch wenn zwischenzeitlich innerhalb der Grünen Partei wieder so etwas wie ein Zusammenhang von »linken Grünen« existiert, so besteht doch dessen wesentliche Funktion in den 90er Jahren hauptsächlich darin, das weitgehend tote Parteileben der Grünen für den Rest an Öffentlichkeit nicht völlig einschlafen zu lassen. Die von Zeit zu Zeit innerhalb der Grünen Partei immer mal wieder geführten Diskussionen, das weitgehende Ende jeglicher autonomer Kommunikation und relevanter Auseinandersetzungen mit Hilfe von sogenannten »Strukturreformen« und einer »Professionalisierung von Politik« wiederzubeleben, sind allenfalls noch ein unbewußter Reflex auf diese Entwicklung. Die Existenz und Entwicklung der Grünen ist ohne Zweifel mitverantwortlich für die Mitte der 80er Jahre eintretende relative Krise der sozialen Bewegungen. Das hat jedoch gleichzeitig bei den Autonomen die Diskussionen über Organisierungsformen zu einer eigenständigen politischen Kraft verstärkt. In einem widersprüchlichen Verhältnis zwischen Konfrontation und Kooperation kam es in den 80er Jahren immer wieder zu einem wechselseitigen Bemühen, sich zu instrumentalisieren. Die Konflikte spitzten sich besonders im Herbst 1985 nach der Ermordung von Günter Sare durch einen Wasserwerfer der Frankfurter Bullen im Verlauf einer von Antifagruppen gegen eine NPD-Veranstaltung organisierten Kundgebung zu. In vielen Städten des Bundesgebietes kam es daraufhin zu militanten Auseinandersetzungen. Während es jedoch in Hamburg und West-Berlin, trotz aller inhaltlichen Differenzen, zu großen Bündnisdemonstrationen zwischen Grünen und Autonomen kam, polarisierten sich in Frankfurt die Fronten zwischen Autonomen/Antiimps und den dort führenden realpolitischen Exponenten der Grünen, Fischer und Cohn-Bendit. Für letztere ging es darum, nach der von der sozialdemokratischen Polizeiführung zu verantwortenden Ermordung Günter Sares, den durch die breiten Protestaktionen drohenden Legitimationsschwund für das verfolgte Projekt einer Regierungsbeteiligung in Hessen aufzuhalten. Im Verlauf eines »Teach-Ins« kam es zwischen diesen Fraktionen

zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, die den offenen Bruch beider Strömungen dokumentierten. Wenig später traten die Grünen in eine von der SPD geführte Regierungskoalition ein. Über die Leiche von Günter Sare hinweg wurde dem Ex-Sponti Joschka Fischer von dem hessischen Ministerpräsidenten Dachlatten-Börner, der verantwortlich für die Durchsetzung der Startbahn-West war, die Ernennungsurkunde zum ersten grünen Minister in der BRD ausgehändigt. Damit kam ein politischer Anpassungsprozeß der Grünen Partei zu einem ersten Endpunkt. Dieser hatte sich bereits nach der Niederschlagung und dem Zerfall der Anti-Startbahn-Bewegung um die Jahreswende 1981/82 abgezeichnet.

Diese Regierungsbeteiligung der Grünen markierte eine Zäsur im oppositionellen Spektrum der Linken in der BRD. Dabei stehen auf der Seite der Grünen alle diejenigen, die anfangen, sich gemäßigt alternativ in der bürgerlichen Gesellschaft einzurichten. Die Grünen repräsentieren bestimmte Gruppen aus der Alternativbewegung, vor allem die dort mittlerweile etablierten Selbständigen und Kleinunternehmer, aber auch diejenigen, die sich von einer institutionellen Politik, einem zweiten »Marsch durch die Institutionen« nochmals Karrieren und Posten erhoffen. Auf der anderen Seite repräsentieren die Autonomen als politische Richtung diejenigen, die über die ökonomischen Krisenmechanismen aus der sogenannten »Zwei-Drittel-Gesellschaft« ausgegrenzt worden sind und von bestehenden Verhältnissen wenig bis nichts zu erwarten haben.

Die politischen und sozialen Spaltungslinien zwischen den Grünen und den Autonomen tauchen in den folgenden Jahren immer wieder von neuem auf. Von Zeit zu Zeit werden von beiden Seiten die Trennungen forciert: So verfaßten beispielsweise nach den Wackersdorf- und Brokdorfauseinandersetzungen im Juni '86 prominente grüne Parlamentarier einen offenen Brief mit der Aufforderung an die Anti-AKW-Bewegung, die Autonomen und Militanten aus ihren Reihen auszugrenzen. Nach dem Kreuzberger Kiezaufstand am ersten Mai '87 begannen Autonome, für ihre Vorstellungen ohne Bündnis mit der AL zu mobilisieren.

Trotzdem existierte in dem Verhältnis zwischen Grünen und den Autonomen in den 80er Jahren nirgendwo eine für irgendwen verbindliche »klare politische Linie«. So gab es immer wieder politische Bündnisse, so z.B. im Hamburger Brokdorfkonvoi, der in Kleve von den Bullen zusammengeschlagen wurde, oder in dem Kampf um den Erhalt der Häuser in der Hafenstraße usw. Zeitweise benötigten die Grünen die Autonomen in gesellschaftlichen Konflikten als »militanten Arm«, um ihn als Droh- und Verhandlungspotential in eine parlamentarische Politik zu vermitteln. In diesem Sinne war auch ein vom damaligen CDU-Bundesfinanzminister Stoltenberg im Zusammenhang mit den Tschernobyl-Auseinandersetzungen gewählter Begriff, in dem er die Autonomen als einen »bewaffneten Arm der Grünen Partei« bezeichnete, in einem kalt funktionalistischen Sinne nicht völlig unzutreffend.

Auf der anderen Seite benötigten die Autonomen die Grünen zu ihrem eigenen Schutz vor der staatlichen Repression als Bündnispartner. Diese Wechselbeziehung löste sich jedoch seit 1987 mehr oder weniger auf. Nach den Schüssen an der Startbahn-West unterstützte die Grüne Bundestagsfraktion die gegen die Autonomen eingeleiteten staatlichen Fahndungs- und Repressionsmaßnahmen, während Autonome sich von vorneherein auf eine bündnisunabhängige Anti-IWF-Mobilisierung orientierten.

Resümierend bleibt zur Entwicklung der Grünen in den 80er Jahren festzuhalten, daß dem »demokratischen Rechtsstaat« durch den Anpassungsprozeß dieser Partei eine enorme Integrationsleistung gelungen ist. Die von Autonomen bereits Ende 1984 getroffene Feststellung: »Wenn es die Grünen nicht gäbe, hätte der Staat sie erfinden müssen!« hat sich in vollem Umfang bestätigt. Soziale Anpassungs- und Korruptionsprozesse haben zwischenzeitlich aus der Grünen Partei einen Apparat zur Transformation und Verschleierung von bürgerlicher Herrschaftsideologie in die Gesellschaft hinein werden lassen.

Die Bedeutung der Stadtguerillakonzeptionen für die Autonomen und ihr Verhältnis zu den Antiimps

Zweifelsohne stand den Autonomen aufgrund ihres Selbstverständnisses und der von ihnen teilweise geübten Praxis einer Kleingruppenmilitanz die Praxis einer sozialrevolutionären Basisguerilla näher als das Konzept einer antiimperialistischen Metropolenguerilla.

Dabei unterlagen die hauptsächlich von den Revolutionären Zellen repräsentierten Basisguerillakonzeptionen in geringerem Umfange schriftlich geführten Auseinandersetzungen als die Theorie und Praxis der RAF. In einer zu Beginn der 80er Jahre von einigen Autonomen geführten Diskussion über die von den RZ vertretenen Vorstellungen wurde ein als »bewegungsnäher« begriffenes Konzept einer »Guerilla diffusa« formuliert, das mit der Aufforderung an die RZ verbunden wurde, ihre »Art von Organisation« zugunsten eines erneuten Eintritts in die autonomen Bewegungen aufzugeben (siehe auch die in den Ausgaben der »Radikal« von Frühjahr1983 bis Anfang 1984 geführten Diskussionen).

Zu Beginn der 80er Jahre intervenierten Revolutionäre Zellen mit verschiedenen Aktionen und Diskussionsbeiträgen in die sozialen Bewegungen (Anti-AKW-, Startbahn- und Friedensbewegung). So führten sie über zwei Jahre eine intensive Kampagne gegen den Bau der Startbahn-West durch, bei der Baufirmen angegriffen wurden. Bei dem Versuch, mit Schüssen in die Beine eine »Bestrafungsaktion« gegen den damaligen Wirtschaftsminister Karry durchzuführen, wurde dieser getötet, was eine Revolutionäre Zelle zu einer Selbstkritik veranlaßte.

Ab Mitte der 80er Jahre verstärkte sich in den Zielen und den inhaltlichen Begründungen von RZ-Aktionen eine internationalistisch-antiimperialistische Grundtendenz: Im Zusammenhang mit Streiks von südkoreanischen Frauen gegen die billig entlohnte und sexistische Ausbeutung in Zweigwerken des bundesdeutschen Adler-Konzerns wurde von der Roten Zora auf Zweigstellen dieser Bekleidungsfirma eine Anschlagsserie durchgeführt. Auch Institutionen und Personen, die für eine menschenverachtende Flücht-

lingspolitik verantwortlich waren, wurden Gegenstand von Aktionen der Revolutionären Zellen.

Seit der zusammengebrochenen »Offensive ’77« griffen RAF-Kommandos in den Jahren ’79 und ’81 mit Anschlägen auf den damaligen NATO-Oberbefehlshaber Haig und auf den US-General Kroesen die antiimperialistische Orientierung aus der Gründungszeit dieser Gruppe wieder auf. Unübersehbar wurde der Versuch unternommen, sich wieder mehr auf in der BRD vorhandene Konflikte, z.B. die zu jener Zeit anwachsenden Friedensbewegung, zu beziehen.

Im Mai 1982 wurde erstmals wieder von der RAF, nach über einem halben Jahrzehnt eine längere programmatische Schrift unter dem Titel »Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front in Westeuropa« verfaßt. Der Inhalt des in einem grauenhaften Sprachduktus verfaßten Papiers proklamierte, im Sinne eines affirmativ auf die Politik und Rolle der Sowjetunion bezogenen »proletarischen Internationalismus«, eine gemeinsame »Front« mit Teilen der radikal in den Bewegungen kämpfenden Militanten, in der die in der Illegalität lebenden RAF-Kommandos, verstanden als »Guerilla«, die politische Führung ausüben sollten.

Dieses Front-Papier übte in den 80er Jahren einen starken Einfluß auf die Diskussionen der Antiimperialisten, kurz: Antiimps, aus. Unter Antiimps ist innerhalb der 80er-Jahre-Szene der Linksradikalen ein politische Formation zu verstehen, die sich in ihrer politischen Praxis wesentlich auf die von der RAF verfolgte Politik bezog. Die Antiimps begriffen sich, ähnlich wie viele Autonome, als Teil einer revolutionären Bewegung. Von den Antiimps wurde eine intensive Öffentlichkeits-, Unterstützungs- und Soliarbeit für die gefangenen RAF-GenossInnen organisiert. Darüber hinaus waren antiimperialistische Gruppierungen immer wieder bei Mobilisierungen von Autonomen präsent, so z.B. in den Vorbereitungen und Aktionen gegen den Reagan-Besuch in West-Berlin im Sommer ’82, bei der Krefeld-Demo im Sommer ’83 oder bei der Durchsetzung der Hafenstraße in der zweiten Hälfte der 80er Jahre.

Seit dem Front-Papier gab es bei den Antiimps auch verstärkte Bemühungen, mit autonomen Gruppen zu einer en-

geren Zusammenarbeit zu kommen. Auch wenn es bei der Unterstützung der Forderungen der RAF-Gefangenen in ihren Hungerstreiks um die Jahreswende 1984/85 zu gemeinsamen »Hungerstreikplena« kam, so waren doch die politischen Gegensätze zu dem Politikverständnis der Autonomen unüberbrückbar groß. Kurz nach der ergebnislosen Beendigung des Hungerstreiks, bei dem die RAF die Mobilisierung auch aufgrund der Erschießung zweier Rüstungsmanager in der BRD und Frankreich als einen »qualitativen Sprung der Guerilla in die westeuropäische Dimension« bewertet haben wollte, zerfielen dann auch die Plena.

Als ein RAF-Kommando im Sommer ’85 zur Durchführung eines Sprengstoffanschlages auf die US-Air Base auf dem Frankfurter Flughafen einen beliebig herausgesuchten und untergeordneten GI-Soldaten hinrichtete, wurde diese Aktion von weiten Teilen der Autonomen heftig abgelehnt und als »konterrevolutionär« verurteilt. Antiimps aus Wiesbaden hingegen wußten diese Position von Autonomen mit der brillianten Entgegnung, daß es sich dabei um einen »bankrotten moralisch-bürgerlichen Humanismus« handele, den es zu überwinden gelte, zu denunzieren. Die Widersprüche der Autonomen zu der politischen Strategie und der Praxis der RAF sowie den Antiimps spitzten sich schließlich im Januar 1986 auf einem in Frankfurt mit 1.000 TeilnehmerInnen durchgeführten Kongreß unter dem Titel »Antiimperialistischer und Antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa« in zum Teil handgreifliche Auseinandersetzungen zu.

Das gesamte Konzept der RAF wurde von der Frankfurter l.u.p.u.s.-Gruppe im Herbst 1986 einer gründlichen Kritik unterzogen. Sie verglich die Ziele und Intentionen der RAF zu Beginn der 70er Jahre mit der Theorie und Praxis der RAF in den 80er Jahren und kam zu dem Ergebnis, daß das Konzept »Stadtguerilla«, gemessen an den eigenen Ansprüchen aus der Gründungszeit, gescheitert sei:

»Es hat sich nicht bewahrheitet, ›daß die Guerilla sich ausbreiten wird, Fuß fassen wird‹ ... Fakt ist doch, daß mehr RAF-Mitglieder tot, im Knast oder ins Ausland geflüchtet sind als hier

in der BRD kämpfen. Fakt ist doch, daß die heutige Politik der RAF eher von Niederlagen geprägt ist als von ihren Siegen. Fakt ist doch, daß die Sympathie, die die RAF noch vor 14 Jahren zumindestens in kleinen Teilen der Bevölkerung genoß, geschwunden ist, anstatt zu wachsen. Fakt ist doch, daß sich die RAF im Ausland sicherer fühlt als im eigenen Land, ein Eingeständnis dafür, daß der Untergrund hier viel zu flach ist, als daß er sie schützen könnte« (zitiert nach: »Schwarzer Faden«, Nr. 24/1986).

Die RAF blieb schon damals eine Entgegnung zu dieser von l.u.p.u.s. formulierten Kritik schuldig, um nicht nur sie schlußendlich in den 90er Jahren vollständig zu vergessen.

Von antiimperialistischen Zusammenhängen wurde irgendwann in der Mitte der 80er Jahre, angelehnt an das Mai-Papier, die Parole: »Front entsteht als kämpfende Bewegung – Einheit im Kampf um Zusammenlegung« entwickelt. Diese Parole versuchte, einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen einer antiimperialistischen Befreiungspolitik, den Widerstand in den Metropolen und der Situation der antiimperialistischen Gefangenen in den Knästen herzustellen. Bereits in der Zuspitzung von »Bewegung« auf die »Front« schimmerte immer auch ein militaristisch reduziertes Verständnis von Politik auf. In dem von den Antiimps gewählten statischen politischen Koordinatenkreuz, in der die Politik der Sowjetunion als Bündnispartner im Kampf gegen den Hauptfeind US-Imperialismus angesehen wurde, war dieses Verständnis auch mehr als folgerichtig. In diesem Kontext war es Antiimps gegenüber Autonomen mehr als einmal problemlos möglich, die mörderischen Haftbedingung von RAF-Gefangenen im Sinne des von ihnen vertretenen sowohl militaristischen als auch marxistisch-leninistischen Politikverständnisses zu instrumentalisieren.

Trotz aller politischen Differenzen zwischen Antiimps und Autonomen über das Grundverständnis, konkrete Strategien, Taktiken und Ziele »revolutionärer Politik« in den Metropolen kam es in der zweiten Hälfte der 80er Jahre seitens der Autonomen zu einer größeren Unterstützung für die Forderung der Zusammenlegung aller politischen Gefangenen in große Gruppen. Das ist zum einen darauf zurückzu-

führen, daß zunehmend auch Autonome mit einer staatlichen Repression konfrontiert wurden, die sie teilweise den gleichen mörderischen Haftbedingungen unterwarfen, gegen die die RAF-Gefangenen schon von Beginn an gekämpft hatten. Auf der anderen Seite geht diese Annäherung auch auf die in solidarischen Aktionszusammenhängen von Autonomen und Antiimps in der Hafenstraße ausgelösten Diskussionsprozesse zurück. Trotz allem blieb das Verhältnis der Autonomen zur RAF in den 80er Jahren in einer widersprüchlichen Art und Weise von einer stark moralisch geprägten Zustimmung zu der Zusammenlegungsforderung der RAF-Gefangenen bis hin zu einer entschiedenen Ablehnung des gesamten RAF-Guerilla-Konzeptes gekennzeichnet.

Die Anti-AKW-Bewegung der 80er Jahre

Die Kritik am Charakter der Friedensbewegung veränderte die Stellung der Autonomen in den nachfolgenden sozialen Bewegungen. Die daraus gezogene Konsequenz, sich von den Bewegungen weg, hin zu anderen Räumen für ein sozialrevolutionäres Handeln zu orientieren, machte zunächst deutlich, daß der »Bewegungsansatz« nicht mehr der einzige war, der verfolgt werden konnte. Trotzdem arbeiteten auch weiterhin Autonome innerhalb der neuen sozialen Bewegungen mit, wenn auch teilweise in dem Bewußtsein des hinsichtlich radikaler Zielsetzungen begrenzten Ansatzes dieses gesellschaftlichen Terrains. Daß sich nicht für alle Autonomen ein vollständiger Rückzug aus den NSB realisieren ließ, hängt damit zusammen, daß in der politischen Praxis kaum andere Ansätze mit einer massenhaften Orientierung greifbar waren. So sorgte auch ein gewisser Pragmatismus dafür, in den Bereichen die politische Arbeit weiter zu betreiben, in denen Herr und Frau Autonom sich gut auskannte und über funktionsfähige Strukturen verfügte.

Die Anti-AKW-Bewegung stand nach der großen Brokdorf-Demonstration ’81 weitgehend im Schatten der sich entwickelnden Friedensbewegung. Mit der Durchsetzung des Weiterbaus von Brokdorf war dem Staat und der Atommafia das entscheidende Signal zur Durchbrechung des fast fünfjährigen Moratoriums im AKW-Bau gelungen. Kurz da-

nach wurden in schneller Folge die Baugenehmigungen für vier weitere AKWs erteilt. Der Atomstromanteil an der öffentlichen Stromversorgung wurde in den 80er Jahren mehr als verdoppelt. Die Auseinandersetzungen nach Brokdorf verlagerten sich zurück in die einzelnen Regionen, insbesondere nach Gorleben. Erst im Herbst 1982 kam es wieder zu überregional getragenen Massenaktionen in Kalkar, Gorleben und Schacht Konrad bei Salzgitter. In den Vorbereitungen dazu waren stets auch VertreterInnen der Autonomen präsent. In den Diskussionen zu Kalkar versuchten sie die sozialen Dimensionen eines mit Milliarden DM staatlich gesponsorten Brüterbaus bei gleichzeitigen massiven Soziallohnkürzungen zu thematisieren. Demgegenüber richtete sich ihr Augenmerk in den Diskussionen zu Schacht Konrad eher auf die Umstrukturierung der ganzen Region nach Maßgabe der Atommafia. In den Vorbereitungen zum »Tanz auf dem Vulkan« in Gorleben zentrierten sich die Debatten vorwiegend auf die Frage, wie das von der BI Lüchow-Dannenberg vertretene Konzept einer »friedlichen Belagerung« des um das atomare Zwischenlager gezogenen Erdwalls ohne Zustimmung der Bullen realisiert werden kann. Es kam schließlich in allen drei Großaktionen zu mehr oder minder heftigen Auseinandersetzungen mit den Bullen, bei dem Versuch, die Befestigungen der Atomanlagen anzugreifen. Während jedoch diese Militanz im Rahmen der Demonstration von 30.000 Menschen in Kalkar eher isoliert und wenig ansteckend zu einem etwas harmlosen Geplänkel wurde, kam es im September ’82 beim »Tanz auf dem Vulkan« in Gorleben zu massiveren Auseinandersetzungen. Dabei gelang es den Autonomen erstmals in der bis dato fünfjährigen Widerstandsgeschichte dieser Region, die dort von der BI vertretene und politisch immer dominierende Position einer ideologisierten Gewaltfreiheit in einer Großaktion zu durchbrechen. Auch wenn darum im Anschluß innerhalb der Bewegung heftige Auseinandersetzungen geführt wurden, so sorgte dieses Ereignis mit dafür, daß sich die in dieser Region tätigen autonomen Gruppen einen politischen Raum für ihre Tätigkeiten gegen die Atommafia verschaffen konnten. Und so entwickelte sich in dieser Region in der Zeit von

1982 bis ’85 ein gemeinsamer, von vielen autonomen GenossInnen aus dem Wendland und einigen Städten (Hamburg, Hannover, Bremen und West-Berlin) getragener zäher Widerstand gegen die Inbetriebnahme des atomaren Zwischenlagers. Ziel von Aktionen wurden in größerem Maße die damit zusammenhängenden Infrastruktureinrichtungen. Es kam zu einer teilweise sehr wirksamen Kombination der verschiedensten legalen, illegalen, friedlichen, militanten, direkten und verdeckten Widerstandsaktionen gegen Betreiber, Zulieferfirmen und Versorgungswege der Atommafia. Insbesondere eine Vielzahl von Sabotageaktionen und Straßenbarrikaden brachten die Pläne zur Realisierung der Atommüllkippe in Gorleben in große Schwierigkeiten. Die »Wendlandblockade« im April 1984 zeigte nach dem demoralisierenden »Raketenherbst« erstmals wieder die Möglichkeit auf, entschlossen und teilweise auch militant im Zusammenhang einer solidarischen Bewegung handeln zu können.

Die Anti-AKW-Bewegung in der Zeit nach der Friedensbewegung entwickelte sich wieder zu einem Forum für die unterschiedlichsten radikalen und staatsfeindlichen Strömungen der außerparlamentarischen Opposition. Das zeigte sich auch am Ablauf der Bundeskonferenz im Herbst 1984 in Braunschweig. Mit großer Selbstverständlichkeit wurden Festlegungen des Widerstands auf legalistisch-friedliche Protestformen abgelehnt, den kriminalisierten AKW-GegnerInnen wurde die uneingeschränkte Solidarität der Bewegung versichert. Ohne größere Diskussionen konnte auch ein Aufruf verabschiedet werden, der zu Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Frühjahr 1985 in Bonn aufrief. Dort wurden in Zusammenarbeit von Anti-AKW-GenossInnen aus dem radikalen Spektrum und Autonomen ein Tribunal und schließlich eine Bündnisdemonstration vorbereitet, an der 30.000 Menschen, inklusive eines großen autonomen Blocks, gegen die Verantwortlichen für »Hunger, Ausbeutung und Imperialismus« demonstrierten.

Der Kampf gegen die WAA in Wackersdorf

Nach der WAA-Standortentscheidung der Energieversorgungskonzerne im Februar ’85 beteiligen sich von Beginn an

auch autonome GenossInnen am Widerstand, so z.B. das »süddeutsche Autonomenplenum«. Es hatte sich im Zusammenhang mit den Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn gegründet. Danach setzte es seine Arbeit verstärkt mit ersten Diskussionen gegen den geplanten Bau der WAA in Wackersdorf fort. Die Autonomen entwickelten dabei als einen zentralen Strang ihrer Argumentation die These, daß es dem westdeutschen Imperialismus mit dem Bau der WAA vorrangig darum gehe, den zivil getarnten Griff zur Atombombe zu realisieren. In der Praxis zeichneten sie sich als wichtige TrägerInnen von direkten Widerstandsaktionen aus, was sich in Platzbesetzungen und Anschlägen auf am Bau der WAA beteiligte Baufirmen ausdrückte. Alle Versuche der Bullen und der zu jener Zeit konservativ-reaktionären Führung der BI Schwandorf, die Autonomen zu isolieren, schlugen fehl. Spätestens nach der ersten Bauplatzbesetzung während des Sommercamps 1985 erhielten die Autonomen nach einem brutalen Überfall und der Räumung durch SEK-Bullenkommandos die breite Solidarität der Oberpfälzer Bevölkerung.

Die Autonomen wirkten 1985 durch ihre Beteiligung an den Vorbereitungen zu Bauplatzbesetzungen ganz wesentlich daran mit, diese gegen legalistische und bürgerliche Protestvorstellungen durchzusetzen. Die erfolgreichen Aktionen um die Jahreswende 1985/86 führten zu einem enormen Aufschwung des WAA-Widerstandes in der Oberpfalz. Dieser weitete sich auf große Teile der Bevölkerung aus, die sonst alles lähmende »Gewaltfrage« wurde zu diesem Zeitpunkt bedeutungslos. Trotz erster Baufortschritte der WAA ebbte der Protest und Widerstand nicht ab. Ähnlich wie an der Startbahn-West wurden Sonntagsspaziergänge organisiert, aus denen heraus es immer wieder zu Aktionen gegen die WAA-Festung kam. Die Wackersdorf-Auseinandersetzungen spitzten sich schließlich – auch unter dem Eindruck des Reaktor-GAUs in Tschernobyl – Pfingsten ’86 zu. Der Anti-WAA-Widerstand erreichte zu diesem Zeitpunkt seinen massenmilitanten Höhepunkt. Fast drei Tage lang versuchten Teile der Bevölkerung gemeinsam mit Autonomen aus dem ganzen Bundesgebiet, die Bauplatzfestung zu stür-

men. Dabei gelang es, den als unzerstörbar geltenden massiven Stahlbetonzaun gleich an mehreren Stellen durch intensive Sägearbeiten zu zerstören. Die Bullen verloren zeitweise völlig die Kontrolle und griffen schließlich die gesamte Demonstration mit Gasgranaten an, die aus Hubschraubern abgeworfen wurden. Erstmals sprachen sich auch Teile der CSU für eine »Denkpause« beim weiteren Bau der WAA aus, und der Bullenchef aus der Oberpfalz wurde entlassen. Die bayerische Landesregierung unter Führung von Strauß hielt jedoch unbeeindruckt am Weiterbau fest und verhängte für die darauffolgenden Monate mit einem Netz staatlicher Repression quasi eine Art Ausnahmezustand über die gesamte Region.

Die gegen die WAA arbeitenden autonomen Gruppen versuchten, der starken staatlichen Einschüchterung praktisch und politisch mit der Thematisierung der für den Bau der WAA in der Region notwendigen Infrastruktur zu begegnen (Baufirmen, Sklavenhändler). Gemeinsam mit dem linken Flügel der einheimischen Bürgerinitiativen ging es darum, den praktischen Anti-WAA-Widerstand vom Bauzaun weg in die Region zu verlagern. Zudem sollte diese Umorientierung an eine Thematisierung des sozialen Alltags der in der Oberpfalz lebenden Menschen gekoppelt werden. Konkret war daran die Vorstellung gebunden, die sozialen Herrschaftsverhältnisse an der Frage polarisieren zu können, wer aus welchem Interesse die WAA baut und an ihr verdient. Diese Orientierung drückte sich schließlich in der Durchführung der Anti-WAA-Aktionstage im Oktober ’86 aus. Diese wurden gemeinsam von Autonomen in »Städtepartnerschaften« mit Teilen der oberpfälzischen Bürgerinitiativen unter dem Motto »Das Land gehört uns!« vorbereitet. Ursprünglich sollten die Blockadetage zur Vorbereitung einer für das Frühjahr ’87 ins Auge gefaßten Großblockade der WAA-Baustelle dienen. Statt dessen führte der Ablauf der Aktionstage zu einem Ende öffentlicher autonomer Aktivitäten in der Oberpfalz. Teilweise waren die autonomen Gruppen dem enormen Ausmaß der monatelangen andauernden staatlichen Repression, die sich immer gezielter gegen sie zu wenden begann, mit ihren begrenzten

praktischen Möglichkeiten als »Reisewiderständler« nicht mehr gewachsen. Darüber hinaus konnte die von städtischen Gruppen gegenüber den örtlichen BIs eingeforderte Thematisierung der alltäglichen sozialen Herrschaftsverhältnisse in der Region nur mühsam oder gar nicht umgesetzt werden. Zwar war von Oberpfälzer AtomkraftgegnerInnen auf Kundgebungen immer wieder gegen den offenkundigen Zusammenhang zwischen der gezielten Vernichtung von Arbeitsplätzen beim Maxhüttenstahlwerk und der Errichtung der WAA demonstriert worden. Trotzdem stand für sie die Frage ihrer eigenen sozialen Existenz mit dem WAA-Widerstand unverbunden nebeneinander. Die von den Autonomen vertretenen politischen Ansätze stellten letztlich zu hohe Ansprüche an andere, die sie zudem selber als »Auswärtige« nicht praktizieren konnten. Der Ansatz verkam schließlich in den Debatten um eine Großdemonstration im Herbst '87, insbesondere mit dem KB und Teilen der Anti-AKW-Bewegung, immer mehr zu einer propagandistischen Geste, die nicht mehr in eine eigenständige politische Praxis in der Oberpfalz übersetzt werden konnte. Die Strukturen und Zusammenhänge der autonomen Gruppen rieben sich schließlich in diesen Auseinandersetzungen auf, was insgesamt zu einer starken Entpolitisierung sowie einem enormen Geländegewinn von bürgerlichen Protestvorstellungen der WAA-Bewegung in Süddeutschland führte.

Die Reaktion nach der Atomreaktorkatastrophe in Tschernobyl

Nach den Ereignissen in Tschernobyl weitete sich die seit 1981 eher lokal orientierte Anti-AKW-Bewegung wieder bundesweit aus. Nach den Pfingsttagen in der Oberpfalz ging dabei auch ein Ruck durch die gesamte Bewegung der Autonomen. Etwas über einen Monat nach dem Reaktor-GAU wurden die dezentralen Anti-AKW-Aktivitäten in zwei Großdemonstrationen am 7.6. in Brokdorf und Wackersdorf zusammengefaßt. Die Entscheidung für eine Großdemonstration gegen das AKW Brokdorf in der Wilster Marsch fiel unter dem Eindruck der – trotz der Reaktorkatastrophe nach Tschernobyl – drohenden Inbetriebnahme

dieses AKWs. Zugleich bündelten sich darin Momente aus der Geschichte des Anti-AKW-Widerstands der 70er Jahre. Brokdorf war in jener Zeit zum Symbol eines bundesweiten Widerstands gegen das Atomprogramm geworden, die dort geführten Auseinandersetzungen prägten eine ganze Generation außerparlamentarischer autonomer Linker. Tschernobyl hatte noch einmal die Richtigkeit der gegen den Betrieb von AKWs vorgebrachten Argumente und der entwickelten subversiv-militanten Praxis bestätigt. Allerdings war der Brokdorf-Widerstand der einheimischen Gruppen bereits kurz nach dem Baubeginn ’81 mehr oder weniger zusammengebrochen, es konnte keine kontinuierliche politische Praxis gegen den Weiterbau organisiert werden. Zwar wurde im Frühjahr 1984 von einer »Autonomen Revolutionären Aktion«, zwei Wochen nach der Inbetriebnahme der Startbahn-West und einen Tag vor der geplanten »Wendlandblockade«, mit der Sprengung eines Strommastes direkt an der Trasse zum AKW ein allerorten freudig aufgenommenes Signal gegen die Resignation gesetzt. Darauf folgende Bemühungen seitens autonomer AKW-GegnerInnen, doch noch einmal in die fortschreitenden Bauarbeiten dieses AKWs massiv einzugreifen, blieben jedoch erfolglos.

Die Demonstration am 7.6.86 knüpfte in gewisser Weise an eine Widerstandsgeschichte an, die zumindestens im Fall von Brokdorf bereits lange zu Ende schien. Trotz allem war es in den Vorbereitungen zum 7.6. unausgesprochen klar, daß die Autonomen für den Verlauf dieser Demonstration die strategisch wichtigste Rolle spielen würden. Sie zeigten sich jedoch in den konkreten Planungen als keine einheitliche Kraft. Während noch gemeinsam das putschistische Vorgehen von Teilen des Hamburger KB und grünen Ökosozialisten abgewehrt werden konnte, die den Verlauf der Großdemo lediglich auf eine friedliche Massenkundgebung festlegen wollten, kam es zu tiefgreifenden Kontroversen zwischen den verschiedensten autonomen Gruppen. Den autonomen Gruppen in der Anti-AKW-Bewegung ging es dabei um die Umsetzung des bereits im Wendland praktizierten dezentralen Sabotagekonzepts, das anstatt einer aus

ihrer Sicht perspektivlosen Bauzaunschlacht organisiert werden sollte. Demgegenüber hatten die besonders in Hamburg starken autonomen Gruppen kein Interesse an einer weitergehenden Mitarbeit innerhalb der Anti-AKW-Bewegung. Es blieb lediglich die gemeinsame Formel, in einer gesellschaftlich zugespitzten Situation die Kämpfe eskalieren zu lassen, ohne sich dabei zuvor auf eine gemeinsame Einschätzung über die gesellschaftliche Situation zu verständigen. Unwillkürlich wurde damit die autonome Position wieder auf die Frage der Militanz reduziert.

Der von Hamburg aus organisierte Konvoi fuhr mit einem ähnlichen Konzept am 7.6.86 nach Brokdorf los wie zur 81er Großdemo. Ziel war es, unkontrolliert so weit wie möglich in die Nähe des Baugeländes zu gelangen. Für den Fall von Bullenbehinderungen sollte, falls ein Durchbruch nicht möglich schien, wieder nach Hamburg umgekehrt werden, um dort »wirksame Aktionen« durchzuführen. Das Konzept schlug jedoch fehl, da die Bullen gegenüber '81 ebenfalls dazugelernt hatten. Bei dem Versuch von GenossInnen, aus der Konvoispitze heraus eine harmlos erscheinende Bullensperre zu durchbrechen, ließen diese alle Fahrzeuge weit vor Brokdorf in dem abgelegenen Dorf Kleve in eine Falle laufen. Geübte SEK-Kommandos rollten in einem Überraschungsangriff das erste Drittel der Fahrzeugkolonne vollständig auf und zerstörten dabei so gut wie alle vornefahrenden PKWs, mehrere ließen sie ausbrennen. Durch eine schlechte Koordination der Spitze zu dem übergroßen Rest des Konvois zu Beginn des Bullenangriffs waren rund 10.000 Menschen längere Zeit relativ ahnungslos einem Bullenkonzept ausgeliefert, in dem sie nicht Teil der Auseinandersetzungen sein konnten. Auch dadurch entstand hinterher in weiten Teilen der Öffentlichkeit der Eindruck, daß der Hamburger Brokdorf-Konvoi völlig hilflos von einer wildgewordenen Bullenarmada niedergemacht worden sei, anstatt daß 10.000 Menschen versucht hätten – wie geplant – gemeinsam zur Demonstration nach Brokdorf durchzukommen. Dieses insgesamt demoralisierende Bild wurde auch noch durch die Ereignisse am Baugelände des AKWs Brokdorf verstärkt, wo die relativ geringe Anzahl von

KundgebungsteilnehmerInnen von einer aggressiven Bullenübermacht mit CS-Gas-Salven und Großraumhubschraubern verjagt und auseinandergetrieben wurde, ohne daß es vorher zu nennenswerten Angriffen auf das Baugelände gekommen wäre. Die staatlichen Instanzen versuchten der Bewegung gleich am nächsten Tag einen weiteren Schlag zu versetzen. Mit dem »Hamburger Kessel« wurden inmitten der Großstadt für weit über 12 Stunden »chilenische Verhältnisse« für 800 DemonstrantInnen, die gegen den Bullenüberfall vom Vortag demonstrieren wollten, hergestellt. Die Maßnahme wurde vom SPD-Innensenator mit dem Verweis auf eine mögliche Beteiligung »von autonomen Gruppen« gerechtfertigt, die sich jedoch kaum in diesem Kessel befanden. Der rigorose Bullenübergriff mobilisierte in Hamburg daraufhin eine riesige Öffentlichkeit. Drei Tage nach dem Kessel demonstrierten 50.000 Menschen gegen das Atomprogramm und die staatliche Repression. Die Autonomen waren allerdings in diesen politischen Auseinandersetzungen nicht mehr initiativ, sondern sammelten auf dieser Demo massenhaft Kohle für ihre zertrümmerten Autos.

Nach den Ereignissen vom 7.6.86

Der Ablauf der Großdemonstrationen brach dem Schwung der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl das Genick. Auch wenn es danach zu einem ansehnlichen »Strommastensterben« in der ganzen Republik kam – 150 wurden abgesägt –, war es den Herrschenden mit der Einrichtung eines Umweltministeriums in Bonn und dem Abklingen der unmittelbaren Reaktorfolgen gelungen, die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Die weiten Mobilisierungsmöglichkeiten der Anti-AKW-Bewegung konnten in einen gesellschaftlich isolierten Bereich zurückgedrängt werden. Es kam zwar seitens der Anti-AKW-Bewegung bei der Demonstration gegen die Atombetriebe in Hanau noch einmal zu einem Mobilisierungshöhepunkt und auch einem starken autonomen Block; daraus ergab sich jedoch keine weitere Perspektive für eine Bewegung, die sich zwar durch Tschernobyl enorm verbreitert hatte, jedoch

auch politisch diffuser geworden war. Die durch den Reaktor-GAU bewirkte »Katastrophen- und Angstpolitik« löste nur bedingt grundlegendere Politisierungsprozesse von Menschen aus. So genügte der SPD lediglich ein verbaler Schwenk in Richtung eines von ihr propagierten »Atomausstiegs«, um bei den kurz nach dem Reaktor-GAU stattfindenden niedersächsischen Landtagswahlen anstelle der Grünen massive Stimmengewinne einzufahren.

Die »Betroffenheit« durch Tschernobyl führte in der BRD teilweise zu einem Aufleben einer neuen »Kultur« von alternativen Strahlenwissenschaftlern und Meßtechnikern zur Verwaltung der Katastrophenfolgen. Trotz der Massenzusammenkünfte auf Veranstaltungen und Demonstrationen wurden die Tschernobylfolgen in einer insgesamt individualisierten Bewußtseinslage der Bewegung unter dem Motto: »Ich bin vergiftet!« verarbeitet. Statt aus der Erkenntnis, daß doch alle gleich vergiftet sind, zu folgern, daß dann alle auch gemeinsam handeln müßten, wurde das Hauptaugenmerk der eigenen Tätigkeit eher auf die Suche nach individuellen »Tricks« zur Stahlenminimierung verlegt. So kippte eine individualisierte »Betroffenheit«, die sich scheinbar für die Wahl so gut wie aller Mittel im Kampf gegen das mörderische Atomprogramm übersetzen ließ, in eine Art von »neuer Innerlichkeit« um. Mit Hunderttausenden von DM wurden Strahlenmeßstellen eingerichtet, mit denen das Beste aus einer insgesamt irreparabel beschissenen Situation gemacht werden sollte. Hierbei übersetzte sich ein ursprünglich in der Politik der Linken verankertes Prinzip der Selbstorganisation in lobbyistisch-privilegierte Politikformen der Nach-Tschernobyl-Bewegung. Schließlich hatte der Reaktor-GAU nicht nur eindringlich gezeigt, wie schlimm und gefährlich AKWs sind, sondern der nachfolgende Widerstand in der BRD schien zugleich auch die Aussichtslosigkeit zu bestätigen, sich grundsätzlich und entschlossen gegen das Atomprogramm zur Wehr zu setzen. Was realistisch zu bleiben schien, war z.B. nicht die Forderung nach der Abschaffung aller Strukturen, in denen AKWs gebaut und betrieben werden können (z.B. die Abschaffung des Staates), sondern die Forderung nach Meßgeräten,

nach einer gemeinsamen kontrollierten Krisenbewältigung mit allen Betroffenen. Dieser Ansatz war jedoch den völlig überforderten Strukturen aus den Resten einer »alten« Anti-AKW-Bewegung mit ihren Vorstellungen von einer grundsätzlichen Herrschafts- und Kapitalismuskritik fremd. Das zeigte sich am Beispiel der KWU-Kampagne, die nach dem 7.6. von städtischen autonomen Anti-AKW-Gruppen überregional entwickelt worden war. Unter dem Motto: »Den Widerstand in die Städte tragen« versuchten sie aus der sichtbar werdenden Begrenzung der praktischen und politischen Militanz der Bewegung in den offenen Feldschlachten und der grün-sozialdemokratischen Integration mit einer Orientierung auf Atomproduktionsstätten der Siemens-Kraftwerkunion auszubrechen. Die Resonanz ihrer Bemühungen innerhalb der gerade in den städtischen Ballungsräumen durch Tschernobyl stark gewachsenen Anti-AKW-Bewegung blieb jedoch letztlich auf die linksradikale autonome Szene beschränkt. Diese Aktivitäten fanden schließlich mit einem bundesweiten Aktionstag im Mai 1987 zunächst ihr vorläufiges Ende, bevor West-Berliner Anti-AKW-Gruppen während der IWF-WB-Kampagne noch einmal im Stadtteil Siemensstadt ihr Glück gegen diesen nicht nur wegen Atomsachen üblen Konzern probierten.

So konnte denn auch die erfolgreich gegen die Verbotsdrohung der bayrischen Landesregierung in einem politischen Bündnis zwischen Autonomen, Antiimps, KB, Grünen und allen Teilen der Anti-AKW-Bewegung durchgesetzte Bundeskonferenz in Nürnberg Trennungsprozesse zwischen der Anti-AKW-Bewegung und Autonomen nicht aufhalten. Innerhalb der Städte wurden im Jahr 1987 andere Ereignisse und Entwicklungen wichtiger (Kreuzberg, Reagan, Hafen, Startbahn-West) als eine Anti-AKW-Bewegung, die sich wieder regional zersplitterte.

Zusammenfassend läßt sich zur Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung in der Zeit von ’82–’88 feststellen, daß sie, mit Ausnahme der Region Wendland, das gesamte AKW-Programm kaum nennenswert behindern konnte. Der politische Druck nach Tschernobyl war gerade einmal so stark, die Inbetriebnahme Brokdorfs ein halbes Jahr hinauszuzö-

gern. Aber ihre Strukturen boten ganz im Unterschied zur Friedensbewegung einen weiten politischen Raum für die Aktivitäten von autonomen GenossInnen, insbesondere an den regionalen Schwerpunkten Gorleben und Wackersdorf. Nach den Tschernobyl-Auseinandersetzungen setzte jedoch von vielen Autonomen ein stiller Rückzug aus dieser Bewegung ein. Das ist auch darauf zurückzuführen, daß die von vielen Autonomen innerhalb dieser Bewegung angewandten militanten Widerstandsformen kein Mittel waren, das durch staatliche Integrations- und vor allem Repressionsmaßnahmen zunehmend für die Bewegung ungünstiger werdende gesellschaftliche Klima zu wenden.

In Hamburg gibt es eine schöne Hafenstraße

In Folge der West-Berliner Hausbesetzerbewegung 1980/81 kam es auch von Seiten Hamburger autonomer GenossInnen zu Überlegungen, inwieweit eine Hausbesetzerbewegung in der Stadt entwickelt werden könnte. Die Wohnungsnot war nicht minder groß als an anderen Orten in der Bundesrepublik. Mit dem Blick auf die Ereignisse in West-Berlin wurde vom damaligen Hamburger Senat die sogenannte 24–Stunden-Linie ausgegeben, die besagte, daß in Hamburg kein Haus länger als 24 Stunden besetzt sein sollte. Mit dieser Vorgabe wurden dann von den Hamburger Bullen alle Hausbesetzungsversuche auf brutalste Art und Weise niedergeschlagen.

Diese Erfahrungen führten unter den politischen Gruppen zu der Einschätzung, daß offene Hausbesetzungen in Hamburg unter den damaligen Bedingungen nicht durchsetzbar schienen. Das veranlaßte GenossInnen im Herbst ’81 zu einer »stillen Besetzung« der Häuser an der Hafenstraße im Stadtteil St. Pauli, die erst im Laufe des Frühjahrs 1982 von den BesetzerInnen öffentlich gemacht wurde. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als sie sich kurz vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen politisch stark genug fühlten, die Auseinandersetzung um Mietverträge gegen den Senat tragen zu können. Unter dem Druck einer möglichen innenpolitisch »unruhigen Situation« verzichtete der Hamburger Senat auf eine polizeiliche Räumung und legalisierte

die teilweise besetzten Häuser mit befristeten Mietverträgen bis zum Ende des Jahres 1986.

In den Jahren 1983–86 wurden die Häuser an der Hafenstraße zu einem Zentrum von Hamburger autonomen/antiimperialistischen Gruppierungen und zu einem Kristallisationspunkt politischer Mobilisierungen, so z.B. im Herbst '83 zu den Aktionen der Friedensbewegung, zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen 1984/85 oder nach der Ermordung des Antifaschisten Günter Sare im September '85, die gerade in Hamburg zu heftigen Reaktionen der Linksradikalen führte. Um die Jahreswende 1985/86 fanden erstmalig die »Hafentage« statt, die in den folgenden Jahren zu einem überregionalen Treffpunkt von Autonomen aus allen Teilen der BRD und dem westeuropäischen Ausland wurden. Sie trugen ganz wesentlich mit dazu bei, daß der Konflikt um die Hafenstraße für die Bewegung der Autonomen zunehmend eine bundesweite, zum Teil sogar internationale Bedeutung erhielt. Für den »Hafen« war es immer selbstverständlich, sich auch an anderen politischen Aktivitäten, z.B. im Sommer '86 gegen Brokdorf, zu beteiligen. In anderen Städten des Bundesgebietes wurde zu einzelnen staatlichen Repressionen gegen den »Hafen« mit eigenen Mobilisierungen reagiert (so z.B. in Köln, West-Berlin).

In dieser Zeit verstärkten sich auch die staatlichen Angriffe auf das politische Projekt Hafenstraße, das von Beginn an vom rechten Flügel der SPD, dem gesamten Bullenapparat und der marktbeherrschenden Springerpresse massiv bekämpft wurde. In einem Interview des Hamburger Verfassungsschutzchefs Lochte im Oktober '85 mit der TAZ-Hamburg lancierte dieser in der Öffentlichkeit die Behauptung, die RAF sei in Gestalt von bestimmten, von ihm im Interview namentlich bekannten GenossInnen in den »Hafen« eingezogen. Gegen diese gemeinsam vom Staatsschutz und linken Liberalen betriebene Entsolidarisierungskampagne kam es seitens der »Betroffenen« zu heftigen Reaktionen. Unter anderem wurde die gesamte Einrichtung der TAZ-Hamburg zerstört. Die TAZ konnte den Vorgang zunächst dazu benutzen, sich in der bürgerlichen Öffentlichkeit als ein von »Chaoten« überfallenes Projekt darzustellen, um

sich so die materielle Solidarität von vielen Linken zu erschleichen. Die von einigen ihrer Redakteure gemeinsam mit Lochte betriebene Denunziation und Entsolidarisierung der Hamburger Linken mit den BewohnerInnen der Hafenstraße scheiterte jedoch an den durch diese Aktion ausgelösten Debatten.

Der Ablauf des gesamten Jahres 1986 war für den »Hafen« durch eine Vielzahl von brutalen Bullenüberfällen gekennzeichnet, die die endgültige Räumung nach dem Auslaufen der Mietverträge zum Ende des Jahres politisch vorbereiten sollten. Die BewohnerInnen und Autonome aus der ganzen Stadt wehrten sich gegen diese Polizeistrategie zunächst mit vereinzelten militanten Aktionen und organisierten dann mit Hilfe des entstehenden »Initiativkreises Hafenstraße« eine breite politische Diskussion mit den BewohnerInnen des Stadtteils und der Hamburger Linken. Diese Bemühungen schlugen sich zunächst im erfolgreichen Verlauf einer gemeinsamen, im Dezember ’86 durchgeführten Bündnis- und Massendemonstration, an der 10.000 Menschen teilnahmen, nieder. In den Vorbereitungen zu dieser Demo konnte unter allen teilnehmenden Gruppen der Konsens hergestellt werden, die Durchführung einer Demonstration als wandernder Polizeikessel, auch unter dem Eindruck des »Hamburger Kessels«, nicht mehr tatenlos hinzunehmen. Als die Bullen trotzdem versuchten, den mit Helmen und Knüppeln ausgerüsteten, 1.000 Menschen umfassenden »Revolutionären Block« im Spalier zu begleiten, konnten sie von den GenossInnen erfolgreich zurückgeschlagen werden. Die Bündnisdemo ließ sich durch diesen Bullenangriff weder praktisch noch politisch spalten, der staatliche Repressionsversuch wurde einmütig zurückgewiesen.

Diese Demonstration brachte die mehrjährigen und zuvor oft vereinzelten Aktionen zum Erhalt der Häuser in der Hafenstraße zu einem vorläufigen Abschluß. Sie eröffnete den politischen Raum für die vorläufige Verankerung der Hafenstraße auch nach Auslaufen der Mietverträge Ende ’86. Erstmals nach vielen Jahren war es der Hamburger autonomen Linken mit der Demo am 20.12.86 wieder gelun-

gen, in Hamburg politisch in die Offensive zu kommen. Ein Ausdruck für diese Situation war der im Frühjahr durchgeführte »TAG X«, an dem vielfältigste dezentrale Aktionen in der Stadt zur Durchsetzung des »Hafens« stattfanden. Im Sommer '87 kam es zu einer breit getragenen und öffentlich vorbereiteten Wiederbesetzung von im Jahr 1986 zwangsgeräumten Wohnungen im »Hafen«. Die BewohnerInnen erhöhten damit den Druck auf die Verantwortlichen, die »Räumungs- und Abrißlinie, den Terror des letzten Jahres aufzugeben« (aus einem Flugblatt zur Wiederbesetzung). Mit diesen Aktionen gelang es dem »Hafen« und der Hamburger autonomen Linken im Frühjahr/Sommer '87 weitgehend, das politische Feld mit eigenständigen Initiativen zu bestimmen. In dieser politischen Situation wuchs auch die Bereitschaft der BewohnerInnen, im Falle von weiteren Bullenangriffen ihre Häuser notfalls militant zu verteidigen. Aus diesem Grunde wurden diese im Laufe des Jahres auch massiv befestigt. Der in einem langen quälenden Diskussionsprozeß getroffene Entschluß, sich im Falle von Räumungen in den Häusern aktiv und organisiert zur Wehr zu setzen, wurde öffentlich vermittelt und war in die Entwicklung der Unterstützungsarbeit eingebunden. Der Mut und die Entschlossenheit der BewohnerInnen, weitere Bullenschikanen nicht mehr nur als »Opfer« zu erdulden, legten einen wichtigen Grundstein, um den »Hafen« in einer bundesweiten Mobilisierung im November '87 in den »Barrikadentagen« durchzusetzen.

Dieser Erfolg wurde jedoch durch den Abschluß eines unter massiver Polizeigewalt zustande gekommenen Mietvertrages getrübt. Dessen Inhalt spricht durch die Verknüpfungen von Bestimmungen des Strafrechtes mit dem Mietrecht allen sonst üblichen Mietrechtsklauseln Hohn: So kann die gesamte Hafenstraße z.B. für den Fall geräumt werden, daß eine ihrer BewohnerInnen beim Bierbüchsenklauen im Supermarkt erwischt werden sollte. Diese Bestimmungen stellten sich im nachhinein für die staatlichen Instanzen als beständig und flexibel einsetzbarer Räumknüppel gegen das Projekt dar.

»Geschehen ist aber sehr viel ... Sie (die Bewohner der Hafenstraßenhäuser) haben dem Eigentümer, dem Wohnungsbauunternehmen SAGA und den von diesem emsig bemühten Heerscharen behördlicher Büttel erfolgreich getrotzt. Im Verlauf eines oft qualvollen Lernprozesses haben sie ein fein abgestuftes System der Gegenwehr entwickelt, mit dem sie auf die allfälligen Schikanen ihrer administrativen Gegner geantwortet haben ... (Während der Barrikadentage im November) entstand für die Beteiligten in Keimform ein ›befreites Quartier‹, sogar mit einem eigenen Radiosender. Weitere Besetzungen schlossen sich an, es kam zu Blokkadeaktionen in den benachbarten Vierteln, so daß schließlich eine polizeiliche ›Bereinigung‹ der Situation nur noch mit Bundesmitteln möglich schien. Die Stärke der Besetzerbewegung lag darin, daß sie auch in der Zuspitzung die Machtverhältnisse realistisch einschätzte und die eigenen bescheidenen Gewaltmittel auch jetzt als flexiblen Bestandteil im politischen Machtkampf handhabte. Die Gegengewalt blieb kalkuliertes Mittel zum Zweck: Von der sich entwickelnden selbstbestimmten und kollektiven Lebenssphäre jegliche sozialarbeiterische Bevormundung oder Demütigung durch die hinter den Polizeieinheiten lauernde Armutverwaltung fern zu halten ...

Wurde mit dem Erfolg der Hafenstraße für 70.000 illegale Flüchtlinge, für 150.000 Erwerbslose und für die von der Massenarbeitslosigkeit bedrohten Hafenarbeiter, Seeleute und Werftarbeiter nicht auch ein Signal gesetzt? Enthalten nicht kollektive Solidarität und Gegenwehr Alternativen zu der resignativen Erfahrung der Marginalisierung, zur Überwältigung durch behördliche Ausgrenzung und individuelle Selbstzerstörung? Und wurde nicht zuletzt unter ein anderthalb Jahrzehnte fortwirkendes Trauma niedergeknüppelter Hausbesetzungen (Eckhoffstraße 1973) ein befreiender Schlußstrich gesetzt?« (»1999«, Zeitschrift für Sozialgeschichte Heft 1/88)

Die zitierten Passagen deuten ein paar Momente an, die in der Hafenstraßenmobilisierung auch ohne große verbale politische Gesten enthalten waren. Zudem blockierte der bislang erfolgreiche Erhalt der Häuser immer noch die – in Anlehnung an alte faschistische Konzepte aus den 30er Jah-

ren verfolgten – Umstrukturierungspläne am Hafenrand. Sie sehen u.a. vor, mit Hilfe von Spekulationsgeldern dieses Viertel mit hochbezahlten Luxusappartments zu sanieren, um den Stadtteil zugunsten der Konsum- und Freizeitbedürfnisse von gehobenen Mittelschichtsangehörigen herzurichten.

Die große politische Bedeutung des Konfliktes wurde auch in einer Reihe von Aussagen auf einer Unternehmertagung in Hamburg Ende August 1988 deutlich. Auf Initiative der Deutschen Bank und des Springerkonzerns trafen sich 1.300 Manager und Funktionäre aus den führenden Zentralen der multinational operierenden Kapitalfraktionen, um über Konzepte einer zukünftig erneuerten kapitalistischen Strategie der Raum- und Regionalplanung in Norddeutschland zu beraten. Dabei wurde seitens der Kapitalisten immer wieder das »Problem Hafenstraße« als eine der wichtigsten »Investitionsbarrieren« für den norddeutschen Raum ausgemacht. (Sequenzen dieser Tagung finden sich in einem Beitrag in der:»1999« Heft 1/89.)

Selbstverständlich sind sowohl die BewohnerInnen der Hafenstraße als auch ihre UnterstützerInnen und die Autonomen noch außerordentlich weit davon entfernt, die skizzierte »Investitionsbarriere« tatsächlich darzustellen. Und doch muß es Gründe für die von den Großkapitalisten ungewöhnlich offen ausgesprochenen Drohungen gegen die Hafenstraße geben. In der Hafenstraßenmobilisierung wurden Momente eines selbstbewußten Umgangs mit staatlich geplanten Verarmungs- und Marginalisierungsstrategien deutlich, der sich kollektiv organisierte und punktuell erfolgreich revoltierte.

In West-Berlin gibt es ein tolles Kreuzberg

Durch eine gezielte Räumungs- und Legalisierungspolitik des konservativ-reaktionären CDU/F.D.P.-Senats wurde bis zum Sommer 1984 das »Problem« der Hausbesetzungen gelöst. Seitens der Bewegung wurde noch versucht, dieser Strategie dadurch zu begegnen, daß man im Stadtteil Kreuzberg versuchte, Strukturen zu entwickeln, die schnelle Reaktionen auf Häuserräumungen gewährleisten sollten. Die Be-

wegung zerfiel jedoch an ihren eigenen Widersprüchen und die staatlichen Integrations- und Repressionsstrategien begannen zu greifen. Dabei markierte das seit Dezember 1982 durchgeführte »Radikal«-Verfahren, mit mehreren Hausdurchsuchungen und zwei Verurteilungen nach Paragraph 129a, einen vorläufigen Höhepunkt.

Trotz des Zerfalls der Hausbesetzerbewegung konnten die West-Berliner Autonomen als politische Richtung überleben. Ein Teil von ihnen widmete sich wieder verstärkt Anti-AKW-Aktivitäten, zunächst in Gorleben, später kamen neue Gruppierungen hinzu, die den Kampf gegen die WAA in Wackersdorf zum Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit machten. Einige Autonome führten ihre im Kontext mit der Friedensbewegung entwickelte antimilitaristische Arbeit gegen die in West-Berlin ansässigen Militäreinrichtungen der Alliierten fort. Andere Gruppierungen befaßten sich stärker mit Theoriefragen. Ein Teil der GenossInnen versuchte, eine praktische Internationalismusarbeit zu entwickeln. So wurde z.B. eine »Kaffeeklatsch-Kampagne« durchgeführt, die sich gegen die Filialen der multinationalen Kaffeekonzerne in West-Berlin richtete. Andere Autonome »arbeiteten« im Jobber- und Erwerbslosenbereich. Auch die Herstellung und der Vertrieb der Zeitschrift »Radikal« wurde von einigen – namentlich nur sehr ungern genannten GenossInnen – unter nunmehr illegalen Bedingungen weitergeführt.

Auch wenn zu jener Zeit kein alle verbindendes Kampfsymbol der West-Berliner Autonomen existierte, verloren sie durch ihre vielfältigen Aktivitäten nicht an Zahl und Stärke. So waren sie immer wieder von neuem bei bestimmten politischen Ereignissen, wie z.B. mit größeren eigenständigen Blöcken auf Demonstrationen, präsent (z.B. im September 1985 auf der Südafrikademo, Dezember '85, als Block auf der Demo gegen den Besuch des US-Außenministers Shultz, Mobilisierung gegen den US-Überfall auf Libyen im Frühjahr '86). Organisatorisch getragen wurden diese Aktivitäten in der Regel von kurzfristig einberufenen Vollversammlungen, auf denen hauptsächlich technische Dinge, wie z.B. Demorouten und Verhalten bei Bullenübergriffen, diskutiert wurden. Die im Rahmen dieser Demo-

blöcke gelaufenen Aktivitäten wurden hinterher kaum öffentlich ausgewertet. Zwei Versuche – im Sommer des Jahres 1986 und Anfang ’87 – zu einer übergreifenderen, auch öffentlich mehr sichtbaren Organisierung der West-Berliner Autonomen mit Hilfe von Delegiertenräten zu gelangen, scheiterten. In den Diskussionen ließ sich das grundsätzliche Mißtrauen vieler GenossInnen gegen offene oder subtile Formen von Führungs- oder Stellvertreterpolitik in den eigenen Reihen nicht überwinden. Zum anderen blieb trotz der Idee, sich zur »750–Jahre-Berlin-Feier« der Herrschenden ein paar gemeinsame inhaltlich-organisatorische Arbeitsschwerpunkte zu suchen, die Vorstellung zu unklar, mit welchen Formen der Verbindlichkeit und Kontinuität diese hätten geleistet werden müssen.

Der Kreuzberger Kiezaufstand am 1. Mai 1987

In einer Situation der nur sehr schwach entwickelten Organisierung fiel in eine laue Frühlingsnacht der allseits als überraschend empfundene 1. Mai 1987 in Kreuzberg. An diesem Tag kam es zu einer gemeinsamen Revolte von Autonomen und den BesucherInnen eines Straßenfestes, in deren Verlauf sich weite Teile der Bevölkerung aus dem Kreuzberger Kiez anschlossen. Im Stadtteil Kreuzberg SO 36 explodierten im wahrsten Sinne des Wortes die seit Jahren angehäuften sozialen und politischen Widersprüche. Während des Kiezaufstandes, der in seinen Dimensionen die fast in den gleichen Straßen abgelaufene Hausbesetzerrandale vom 12.12.80 weit in den Schatten stellte, wurden die ebenfalls völlig überraschten Bullen gezwungen, sich für Stunden aus dem Stadtteil zurückzuziehen. Danach existierte dort, nach dem Begriff der Herrschenden, ein »rechtsfreier Raum«, in dem tatsächlich eine faszinierende und volksfestartige Stimmung entstand. Während Autonome im Verlauf der Randale mit einem umsichtigen Barrikadenbau dafür sorgten, die Bullen für längere Zeit aus dem Kiez auszusperren, konnte die Situation von der Bevölkerung dazu genutzt werden, unbefangen in einer Reihe von Supermärkten »proletarisch« einzukaufen. Nachdem ein Supermarkt bereits bis auf die letzte Fischbüchse leergeräumt worden war, wurde er

schließlich unter großer Begeisterung aller Anwesenden niedergebrannt.

Der Verlauf des Kiezaufstandes zeigt mehrere Entwicklungen auf: Zwar war dem West-Berliner Senat bis Mitte der 80er Jahre eine zunächst erfolgreiche Bekämpfung der Hausbesetzerbewegung gelungen. Die durch diese Bewegung ausgedrückten politischen und sozialen Widersprüche in der Stadt wurden jedoch nicht gelöst, sondern nur verschoben. Die Widersprüche explodierten an einem Ort, der bereits seit über einem Jahrzehnt mit einem großen Aufwand an staatlichen Geldern zum »Experimentierfeld« einer Vielzahl von integrativen und repressiven Strategien der administrativen Sozial-, Jugend-, und »Sicherheits«-Politik gemacht worden war. Die Kiezrandale zeigte in ihrer ganzen Wucht auf, daß kein Automatismus zwischen der Menge der in Kreuzberg staatlich bezahlten und subventionierten Stellen, »behutsamer Stadterneuerung« und anderen Projekten zur sozialen Befriedung und politischen Integration existierte. Im Gegenteil: Die staatliche Kohle wurde von vielen Autonomen bedenkenlos abgezogen, um im nächsten geeigneten Moment umso kräftiger zuzuschlagen. Die Autonomen gingen aus dieser Kiezrevolte, bei der sie als einzige politisch bewußte Kraft vertreten waren, innerhalb des Spektrums der politischen Linken in der Stadt gestärkt hervor. Während die linke Reformpartei AL zu Beginn der Hausbesetzerzeit zum Teil noch an den Basiskämpfen personell beteiligt war, war sie in der 87er Revolte nicht mehr als erfahrbare Kraft präsent. Selbst überrascht von der praktischen Beteiligung der Kreuzberger Bevölkerung an den Auseinandersetzungen, verbot sich für sie zunächst eine deutliche Distanzierung von den Ereignissen. (Sie wurde dann nach der Mairandale ’89 umso kräftiger nachgeholt.) So griff sie in der Folge eher vermittelnd in die öffentlichen Diskussionen ein. Die Realität der Revolte hatte ohnehin nichts mehr mit der sozialen Realität der meisten ihrer Funktionsträger aus ihren Organisationsstrukturen zu tun.

In den Nachbereitungsdiskussionen über die Bewertung des 1. Mai kam es innerhalb der Autonomen zu keiner gemeinsamen Einschätzung. Den verschiedensten Ansätzen

eines vermeintlich in der Randale sichtbar gewordenen Bezugs zur Kampfkraft einer »Klasse« stand eine Orientierung gegenüber, die eher auf eine an den eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen angelehnte weitere Organisierung abzielten. In der stark kontrovers geführten Diskussion um die Frage des »Schutzes« von sogenannten »kleinen Läden« oder sonstigen »unbeteiligten Sachen« bei Randalen konnte kein Konsens erzielt werden. Auf der einen Seite standen die Autonomen, denen diese Fragen »nicht wichtig« waren, weil es sich dabei um immer wieder vorkommende und damit zu vernachlässigende Randerscheinungen handele, die lediglich die Diskussion darüber blockieren, wie es politisch weitergehen könne. Auf der anderen Seite standen andere GenossInnen, die ein starkes Interesse an einer Verankerung in einem auch sozial intakten Stadtteil hatten, in dem sie selber lebten. Die Widersprüche verschoben sich dann noch durch das Bedürfnis derjenigen, die auch einmal »ungezielt« und befreiend auf den Putz schlagen wollten. Hintergrund der Debatte war die brisante Frage, ob und wie die Autonomen im Rahmen ihrer Aktionen auf der Straße Einfluß auf das laufende Geschehen nehmen sollten. Ist es für Autonome sinnvoll, ihren eigenen Subjektstatus aufzugeben, um quasi als neue »politische Ordnungsmacht« alle ihnen destruktiv erscheinenden Momente im Wirkungsraum ihrer Aktionen zu unterbinden? Die Diskussion und mögliche Beantwortung dieser Frage rüttelte konsequent zu Ende gedacht an den Grundfesten ihres politischen Selbstverständnisses. Es ging dabei um das Prinzip der freien Selbstorganisation aller Individuen oder das Führungsprinzip der Organisierung einzelner durch andere. Nur so ist die Intensität der Auseinandersetzungen unter den Autonomen über die scheinbar banale Fragestellung »Schutz von kleinen Läden – Ja oder Nein?« verständlich. Allerdings war der erstmals in der Diskussion benutzte Begriff des »Reformautonomen« für diese notwendigen Debatten wenig brauchbar und eher eine hohle ideologische Formel, die einem Teil der Autonomen dazu diente, andere GenossInnen zu denunzieren und auszugrenzen.

Nach der 1. Mai-Randale entstand innerhalb der autonomen Zusammenhänge ein spürbar vergrößertes Interesse, sich an der Vorbereitung der gegen den Besuch des US-Präsidenten Reagan geplanten Demonstration zu beteiligen. Zuvor existierten bei ihnen erhebliche Zweifel an dem Sinn größerer Massenaktivitäten gegen den Besuch des Kriegstreibers. In einem Einschätzungspapier heißt es diesbezüglich:

»(Es) tauchte massiv die Einschätzung auf, daß die autonome Linke demobilisiert, politisch standortlos, im besten Fall eine ritualisierte Reproduktion des 11.6.82 auf die Beine zu stellen vermöge, im schlechteren große Verluste zu verzeichnen hätte. Kurz, eine Demo, die Militanz, aber nicht Politik durch die Straßen schiebt« (Doku des Berliner EA).

Für die autonome Szene stand denn auch die Diskussion um die Frage, mit welchen politischen Inhalten gegen den geplanten Reagan-Besuch demonstriert werden sollte, bis zuletzt zum Teil diffus und kontrovers im Raum. An zwei Aufrufen aus dem autonomen Spektrum gegen den Reagan-Besuch wird dabei die ganze politische Spannbreite der Bewegung deutlich. Stark beeinflußt durch das Frankfurter l.u.p.u.s.-Papier, forderte ein Flügel, mit Hilfe einer Kommunikations- und »vielleicht gelebten Widerstandswoche ... eigene soziale Identität, Kultur- und Lebensräume und deren Zusammenhänge zurückzuerobern«. Sie faßten ihre Perspektive in den Begriff »Hönkel«, den sie in einem sehr schönen Aufruf so darstellten:

»High Mr. President! Die Hönkel laden alle Rebellinnen, Chaoten, Pyromanen, Jumperinnen und Jobber, Gelegenheitsdiebe und Plünderinnen, Outlaws, Girls and Boys, Lesben, Schwule und Heteros, die unverbesserlichen Erotischen zur Woche des Hönkel-Rausches in Dead Wall City ein. Hönkel sind Büchsenöffner im Supermarkt des Lebens. Nicht bereit zu warten, bis die Menschheit sich ändert, lebt der Hönkel, als sei der Tag gekommen. Sie erwarten den Präsidenten der Vereinigten Staaten, wir seine Gegner, die erklärten Feinde des Alltags, der Arbeit, der Ordnung des Löschpapiers ... (Wir) werden ... mit einem Trommelfeuer die

Gemüter wecken, den Alltag erotisieren, der Stadt den Geschmack von Freiheit und Abenteuer auf die Straßen brennen. Hönkel ist die Weigerung, sich zum Opfer machen zu lassen. Her mit dem ganzen Leben – lassen wir uns unsere Kampfform und Lust, den Zeitpunkt und den Ort, die Dauer und den Anfang nicht von ihrem Rahmenplan bestimmen. Wir fangen eine Woche vorher an und hören überhaupt nicht mehr auf. Wir tauchen überall da auf, wo niemand mit uns gerechnet hat. Scheiß auf die Rumkugel – her mit der ganzen Bäckerei. Hönkel-Rausch« (EA-Doku).

Die in bester Sponti-Tradition verfaßte kulturrevolutionäre Orientierung des Aufrufes ist unverkennbar. Es geht darum, neue Ausdrucksformen für den Wunsch nach einem befreiten Leben jenseits altbekannter und eingefahrener Politikparolen zu entwickeln. Daran ist die Hoffnung geknüpft, gerade in Situationen politischer Sprachlosigkeit Ideen für einen begeisternden Widerstand voranzutreiben, zu denen das distanzierende »objektivistische« Politikverständnis nicht fähig ist. Demgegenüber stand schließlich der kurz vor der Demo am 11.6. veröffentlichte »Aufruf zu einem starken autonomen und antiimperialistischen Block« der Reagan-Demonstration ganz in der Tradition der Formulierung von »klaren politischen Inhalten«, als Signal an den Feind, es mit dem »Kampf« sehr ernst und entschlossen zu meinen. Dort heißt es auszugsweise:

»In den Tränen des Volkes sind die Herrschenden noch nie untergegangen ... Westberlin steht wie kaum eine andere Stadt für die ökonomische, technologische und politische Umstrukturierung in den kapitalistischen Ländern. Ausbau zum Wissenschaftszentrum, Testfeld für neue Produktions- und Rationalisierungstechnologien, ständig wachsender Repressionsapparat – das ist es, was die Realität dieser Stadt für die Herrschenden ausmacht. Und das ist es, was sie feiern. Ihre Realität, ihr System von Profit, Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet für uns in den Metropolen aber immer mehr Not, Arbeitslosigkeit, Mieten, während sie in der sogenannten 3. Welt die tagtägliche Vernichtung tausender Menschen bedeutet ...

Wir begreifen uns als Teil des Kampfes, der weltweit gegen Imperialismus, Ausbeutung und Patriarchat geführt wird. Gegen

das fette Fest der Herrschenden setzen wir unseren Hunger nach Befreiung, Selbstbestimmung und Kollektivität!«

Im nachhinein bleibt unklar, mit welchen politischen Orientierungen mehr Autonome aus dem ganzen Bundesgebiet und West-Berlin gegen den Reagan-Besuch am 12.6.87 mobilisiert werden konnten. Die unmittelbare Demovorbereitung wurde ohnehin von technischen Fragestellungen, z.B. »Bullenspalier weghauen ja oder nein«, »mit oder ohne Helm« überrollt.

An der Bündnisdemonstration nahmen ca. 50.000 Menschen teil, darunter auch ein relativ geschlossener, in dichten Reihen untergehakter autonomer Block mit 4.000 GenossInnen, der sowohl bei den Bullen als auch in der Öffentlichkeit einen enormen Eindruck hinterließ.

Aufgrund der Auseinandersetzungen während der Demo entschlossen sich die Bullen und der Senat am nächsten Tag – dem Besuchstag von Reagan – dazu, den gesamten Bezirk Kreuzberg vom Rest der Stadt abzuriegeln und damit 170.000 EinwohnerInnen quasi unter Arrest zu stellen. Zusammen mit der von Alliierten am gleichen Tag erlassenen Verfügung des vollständigen Demoverbots im Raum Tiergarten, wo Reagan eine Rede am Brandenburger Tor halten sollte, und eines Demoverbots in der Innenstadt wurde damit über weite Teile der Stadt zum Zeitpunkt des Reagan-Besuches der Ausnahmezustand verhängt. Die Kreuzbergabsperrung richtete sich nicht nur gegen die Autonomen, sondern auch gezielt gegen ihr Umfeld. Die BewohnerInnen dieses Bezirkes waren ohnehin seit dem 1. Mai einem permanenten Belagerungszustand durch die Bullen ausgesetzt. Diese Erfahrungen spielten in den Vorbereitungen der Autonomen zu dem ein Jahr später stattfindenden IWF-Kongreß eine nicht zu unterschätzende Rolle.

In den Nächten des 11. und 12.6.87 kam es insbesondere in Kreuzberg 36 zu schweren Straßenschlachten hauptsächlich auswärtiger Autonomer mit ebenfalls aus Westdeutschland herbeigekarrten Spezialbullen. Diese Randale paßte sich völlig vorausberechenbar in die wochenlangen Planspiele der Bullen ein, so daß diese weitgehend den

Verlauf – mit vielen schwerstverletzten und verhafteten DemonstrantInnen – bestimmen konnte. Versuche von West-Berliner Autonomen, diese perspektivlose und für die GenossInnen auch gefährliche Randale zu unterbinden, fruchteten nicht. Der »Mythos Kreuzberg« übte nach dem 1. Mai eine große Faszination auf viele westdeutsche Autonome aus, die stellvertretend an diesem Ort ihre Wut auf die Verhältnisse austobten. So kam es dann in diesen Nächten zu Situationen, die von West-Berliner Autonomen sarkastisch mit der Bemerkung: »Münchener Autonome kämpfen mit bayerischen Bullen am Heinrichplatz« kommentiert wurden.

Es bleiben aus der Anti-Reagan-Mobilisierung zwei Momente wichtig: Mit dem Begriff »Hönkel« konnten viele Menschen zu den verschiedensten, spontanen, anarchistisch gefärbten Aktionen inspiriert werden, die nicht zum engeren Umfeld der Autonomen zählten. Das Moment eines bisher wenig gekannten einheitlichen Blocks auf Demonstrationen vollzog sich am 31.10.87 in beeindruckender Weise ein zweites Mal auf einer Bündnisdemonstration zur Durchsetzung der Hafenstraße. Fast 2.000 schwarzgekleidete entschlossene Autonome demonstrierten eine unverhüllte Gewaltandrohung gegen den Hamburger Senat im Falle einer Räumung der Hafenstraße.

Autonome Stadtteilpolitik in Kreuzberg

Nach der Reagan-Demo orientierten sich ein paar autonome Gruppen wieder verstärkt auf die Organisierung einer autonomen Stadtteilarbeit. So wurde von Autonomen z.B. nach dem 1. Mai ein sogenanntes »Kiezpalaver« in SO 36 eingerichtet, um die eigenen politischen Vorstellungen mit der Bevölkerung öffentlich – und damit kritisierbar – zu diskutieren. In der Folge schlug sich die Stadtteilarbeit in einer Reihe von Aktionen im Sommer bis Winter '87 zu den Problemen der Wohnungsnot und der Umstrukturierung des Wohnviertels nieder. Dabei ging es darum, die schleichende Veränderung der Bewohnerstruktur dort zu thematisieren. Kreuzberg ist sowohl eine der »Hochburgen« der Autonomen, als auch Arbeitsfeld eines sich formierenden grün-al-

ternativen Mittelstandes. Das drückt sich in entsprechend hohen Wahlergebnissen für die grüne Reformpartei – teilweise über 30 % – aus.

»In Metropolen, wo ›Mode, Kultur, Banken und High-Tech prosperieren‹, schreiben ... Stadtsoziologen, ... tragen die erfolgreichen Yuppies gemeinsam mit den Alternativen die ›Reurbanisierung‹. Das vereinfachte Schema: Zunächst tritt die alternative Szene mit Intellekt und Kreativität an, um sich eine passende Infrastruktur mit Läden, Kneipen und Kulturangeboten herzurichten. Auf dem Nährboden der Alternativen entwickelt sich dann ... ›ihr Erfolgszwilling, die Yuppie-Kultur‹ ... Mit Kulturangeboten soll die Anziehungskraft für hochqualifizierte Arbeitskräfte, moderne Betriebe und auswärtige Besucher gesteigert werden: ›Es ist eine Angebot, weniger für die, die bereits am Ort wohnen, als für jene, die noch kommen sollen.‹ Das Zusammenwirken der Yuppies und Alternativen bei der Veränderung des Stadtviertels ... (belegt eine) empirische Untersuchung über ›Gentrification in der inneren Stadt von Hamburg‹ ... (Sie) zeigt den Einfluß von Modernisierungen, Miethöhe und Infrastruktur auf die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung« (SPIEGEL Nr. 36/88).

Diese Umstrukturierung läuft darauf hinaus, sozial schwächere Bevölkerungsschichten zugunsten von Besserverdienenden mit entsprechend gehobenem Lebensstandard aus billigen Wohn- und Lebensräumen, insbesondere in den Innenstädten, zu verdrängen. Der Kampf gegen die »Yuppiesierung« von Wohnvierteln ist zugleich auch Ausdruck von sozialen Trennungsprozessen zwischen einkommensschwachen Bevölkerungsschichten und den Autonomen auf der einen und weiten Teilen der ehemaligen Alternativbewegung auf der anderen Seite. Im Hamburger Schanzenviertel spitzte sich diese Entwicklung im Laufe des Jahres 1988 in dem breiten Widerstand gegen einen riesigen Kulturkommerztempel beim Kampf um die »Rote Flora« zu. In West-Berlin eskalierten diese Auseinandersetzungen am Beispiel des Baus einer Kindertagesstätte ausgerechnet auf dem Gelände eines von GenossInnen selbstverwalteten Kinderbauernhofes sowie an einer Aktion gegen ein Luxusrestaurant. In beiden Fällen verliefen die Konfliktlinien zwischen

den Autonomen und den politischen Agenturen der Alternativbewegung, der AL und der TAZ. Die AL setzte bei dem Konflikt um die Kindertagesstätte erstmals in ihrer eigenen Geschichte verantwortlich die Bullen gegen die GenossInnen ein; die TAZ-Berlin versuchte die Autonomen nach einer legitimen, jedoch etwas schwach begründeten Aktion gegen ein Luxusrestaurant als eine Art unpolitische, jedoch kriminell-gefährliche und vor allem unberechenbare »Kiezmafia« zu denunzieren, die angeblich wahllos und willkürlich Kiezbewohner mit Terrormethoden in Angst und Schrecken versetzt. Die dagegen von Autonomen entwickelten Diskussionsprozesse führten im Jahr 1987 dazu, sich eigenständiger und unabhängiger von reformistischen Organisationen zusammenzuschließen. So fand denn auch in strikter politischer Abgrenzung zu dem ganzen »Sumpf« von Mieterorganisationen, Stadtteilerneuerungsausschüssen und der AL im November '87 eine ausschließlich von Autonomen vorbereitete und getragene Kiezdemo gegen Leerstand, Wohnraumspekulation und Umstrukturierung statt. An der Demonstration nahmen – trotz massiver Bullendrohungen aufgrund der Schüsse an der Startbahn-West – fast 3.000 Menschen teil. Sie machte deutlich, daß die etablierten Mieterorganisationen im Kreuzberger Kiez kaum noch über einen politischen Basiseinfluß verfügen. Die Stadtteilaktivitäten setzten sich im Dezember '87 mit dem Kampf um das Haus an der Reichenberger Straße 63a fort. Durch mehrere Hausbesetzungen konnten schließlich der West-Berliner Senat und die Spekulanten dazu gezwungen werden, auf den geplanten Abriß dieses Hauses zu verzichten und es einer Selbsthilfegruppe zur Verfügung zu stellen.

Es kräht das Küken aus dem Ei: Heraus zum revolutionären 1. Mai!

Die Erfahrungen aus den geglückten Mobilisierungen im eigenen Kiez waren ein wichtiger Grundstein für die Durchführung einer sowohl örtlich als auch politisch vom DGB völlig getrennten autonomen »revolutionären 1. Mai Demonstration« durch die Stadtteile Kreuzberg und Neukölln. Gegenüber der DGB-Demonstration, die mit der Abschluß-

kundgebung traditionell am Reichstag Erinnerungen an »Kalte Krieg«-Zeiten weckt, war es das Ziel der Autonomen, durch die Kieze zu demonstrieren, in denen alltäglich politische Konflikte und Auseinandersetzungen stattfinden. Unter dem offensiven Motto »Heraus zum revolutionären 1. Mai« und dem Rosa Luxenburg-Zitat: »Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark« konnten zu dieser Demonstration über 8.000 Menschen mobilisiert werden. Die massenhaft aufgefahrenen Bullen, die sich während der Demonstration im Hintergrund gehalten hatten, versuchten im Anschluß an das traditionelle Straßenfest am Lausitzer Platz den politischen Erfolg anzugreifen. Sie veranstalteten ohne größeren Anlaß – auch im Hinblick auf die konkreter beginnende Anti-IWF-Mobilisierung – eine Art »Strafexpedition« in Kreuzberg 36. Alle Besucher des Straßenfestes wurden quasi für »vogelfrei« erklärt und eine Vielzahl von Menschen in brutalster Art und Weise zusammengeschlagen.

Die Demonstration des »revolutionären 1. Mai« machte erstmals sichtbar, daß die Autonomen zwischenzeitlich zur mobilisierungsfähigsten politischen Kraft im Spektrum der West-Berliner Linken geworden waren. Die Bedeutung dieser scheinbar schlichten Tatsache wird umso größer, wenn man und frau bedenkt, daß die in den Jahren zuvor präsente linke Oppositionspartei AL ein knappes Jahr später gemeinsam mit der Sozialdemokratie die politische Regierungsgewalt übernahm.

An der Startbahn-West gibt es falsche Schüsse

Die Entwicklung der Autonomen im Rhein-Main-Gebiet war auch nach der Inbetriebnahme der Startbahn durch den Widerstand gegen dieses Projekt bestimmt. In den Jahren 1984–87 existierte weiterhin eine bemerkenswerte Kontinuität der verschiedensten öffentlichen und subversiven Aktionen, angefangen bei den Sonntagsspaziergängen, über Mauerstreben knacken bis zu Anschlägen. Durch das Abbrennen von Strohballen im Frühjahr ’87 konnte sogar erstmals der gesamte Flugbetrieb für mehrere Stunden lahmgelegt werden. Die Kontinuität des Widerstands ließ das hessische Innenministerium in den Jahren 1986/87 sogar über

ein generelles Demonstrations- und Versammlungsverbot im Startbahnwald nachdenken. Diese Überlegungen wurden jedoch nach Protesten und juristischen Problemen wieder fallengelassen. Trotzdem gelang es den Rhein-Main-Autonomen nicht, eine breitere politische Diskussion mit der Orientierung auf überregional mobilisierbare Massenaktionen auszulösen. Autonome StartbahngegnerInnen schrieben zur Situation des Startbahn-Widerstandes in der Ausgabe Nr. 7 des »Hau Ruck« im Spätsommer '86:

»Daß wir auch ohne konkrete Inhalts- und Handlungsperspektive im Wald an den Spaziergängen festhalten, können wir nur wiederholen. Sie sind – und bleiben auf unabsehbare Zeit – für uns ein Treffpunkt, ein lebendiger Ort des Austausches ... und nicht zuletzt hängen wir ganz subjektiv am sonntäglichen Ritual ... Der Mensch hat halt seine Gewohnheiten...«

Das ungeklärt im Raum schwebende Militanzproblem

Im Herbst 1986 liefen innerhalb der autonomen Rhein-Main-Zusammenhänge heftige Diskussionen über die schweren körperlichen Verletzungen, die eine bekannte Startbahngegnerin beim Umsägen eines Strommastes erlitten hatte. Die Aktionsform hatte sich innerhalb der Anti-AKW-Bewegung, insbesondere nach dem Zusammenschlagen der beiden Massendemonstrationen am 7.6.86 in Brokdorf und Wackersdorf, steigender Beliebtheit erfreut. Mit ihr konnte man der direkten Konfrontation mit der militärisch stärkeren Staatsmacht ausweichen, und es existierte dabei die Hoffnung, der Atommafia wirksame Schläge versetzen zu können.

Es kursierten Sabotageanleitungen für Strommasten, die den Eindruck erweckten, als handele es sich dabei um gefahrlose, nach Feierabend realisierbare Aktionen, was sich jedoch nach dem lebensgefährlichen Unfall der Startbahngegnerin als großer Irrtum herausstellte. Das Verhalten der Strommastsägergruppe, die aus Selbstschutzinteresse mehr Wert auf Anonymität legte, anstatt eine schnelle medizinische Versorgung der Schwerverletzten zu gewährleisten, wurde von Teilen der Bewegung einer scharfen Kritik unterzogen.

»Eine solche Haltung widerspricht nicht nur den Idealen des befreienden Kampfes gegen ein unmenschliches System, von dem wir zu oft erfahren, daß es über Leichen geht. Es untergräbt auch den Zusammenhalt und die Solidarität in jeder kleinsten politischen Aktion, ist demnach selbstzerstörerisch« (Diskussionspapier der BI gegen die Startbahn-West).

Bemühungen, die verantwortliche Strommastsägergruppe zu einer politischen Diskussion und Selbstkritik zu bewegen, verliefen im Sande. Statt dessen wurden diese gravierenden Fehler in Teilen der Szene entweder verdrängt oder zynisch damit gerechtfertigt, daß im Kampf »Opfer« in Kauf genommen werden müssen. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich eine intensive Diskussion über oberflächliche und militaristische Verhaltensweisen. In diesem Kontext ist auch das l.u.p.u.s.-Papier aus dem Frühjahr '87 entstanden. In sehr zugespitzten Thesen wurde darin das Erscheinungsbild der Autonomen und ihre Aktionsformen kritisiert:»Unter uns Autonomen hat sich ein Begriff von Militanz entwickelt, der sich eher der Logik der Gewaltfrage unterordnet als unseren Utopien von sozialer GEGEN-Macht.«

Der Text diente auch als Diskussionsgrundlage für die »Libertären Tage«, die über Ostern in Frankfurt unter dem Motto »Von den sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution« stattfanden. Dieses Treffen zog rund 1.500 Linksradikale aus dem ganzen Bundesgebiet an, die dort über ihre Erfahrungen und Arbeitsbereiche diskutierten. Am Ende des Treffens wurde von den mehreren hundert TeilnehmerInnen ein gemeinsamer Startbahn-Spaziergang durchgeführt, bei dem es zu weiteren verantwortungslosen militanten Aktionen einiger autonomer Gruppen kam, die zu einer Gefährdung von vielen anderen GenossInnen führten.

Dem Staat keinen Millimeter, für Polizisten 9 mm?

Die ungeklärte Militanzfrage zog sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Aktionen des Startbahn-Widerstandes. Die Entwicklung spitzte sich schließlich am 2. November 1987 zu. An diesem Tag organisierten Autonome

mit Resten aus der BI gegen die Startbahn-West, anläßlich des Jahrestages der Hüttendorfräumung im Jahre 1981, eine Demonstration. Dabei wurden durch Schüsse aus den Reihen der DemonstrantInnen zwei Polizisten getötet und mehrere schwer verletzt. Die Schüsse zogen im Rhein-Main-Gebiet gegen die völlig unvorbereiteten Autonomenzusammenhänge eine große staatliche Repressionswelle nach sich: Nachdem sich sofort die Generalbundesanwaltschaft aus Karlsruhe wegen einer »drohenden Gefahr für die Ordnung der BRD« zuständig erklärt hatte, kam es zu über 200 Hausdurchsuchungen, zu zahlreichen Festnahmen und Haftbefehlen. Insbesondere die Flut von Zeugenaussagen aus den Reihen der StartbahngegnerInnen führten in der Folge zu einem tiefen gegenseitigen Mißtrauen bis hin zu Verratsvorwürfen. Erschlagen von der Bedrohung durch den Mordvorwurf, quatschten viele Leute zum Teil stundenlang mit den Bullen, belasteten dabei sich und manchmal auch andere, ohne überhaupt etwas zur »Aufklärung« der Pistolenschüsse »beitragen« zu können. Die Aussagen führten die Bullen zur Aufklärung einer ganzen Reihe von Anschlägen auf Banken, Atomfirmen und Strommasten. Das Hauptinteresse der Ermittlungstätigkeit bezog sich für die Staatsschutzinstanzen ohnehin nur sehr kurz auf die Aufklärung der Schüsse. Sie wurden im weiteren Verlauf der Ermittlungen fast nebensächlich. Die Staatsschutzinstanzen bedienten sich so gut wie ihres gesamten in den letzten Jahren angesammelten Wissens aus den verschiedensten Überwachungsaktionen. Die wahrscheinlich von den Bullen selbst nicht für möglich gehaltene Aussagenflut aus der Startbahn-Bewegung war für sie von unschätzbarer Hilfe, ohne die niemals die spätere Anklageschrift gegen neun Personen hätte erstellt werden können.

Nur mühsam konnte von einigen GenossInnen eine »Aussageverweigerungskampagne« unter dem Titel: »Anna und Arthur halten's Maul« entwickelt werden. Diese zielte im Kern darauf ab, die bei fast allen Autonomen vorhandenen Widersprüche zu den Schüssen gemeinsam und untereinander und nicht alleine und isoliert mit den Bullen in stundenlangen Vernehmungsprotokollen abzumachen. Die

Kampagne kam jedoch schon zu spät. Die Aussagen bei den Bullen waren in Frankfurt zudem nicht nur ein Ergebnis von politischen Widersprüchen. Zugleich waren sie auch Ausdruck von kaum geführten Alltagsdiskussionen über eine von Drohungen der staatlichen Gewaltpolitik eigenständige soziale und persönlich-politische Integrität jenseits von bürgerlichen Normen.

Zum Problem von Kontinuität und Bruch

Mit dem Abflauen des Massenwiderstandes, spätestens nach der Startbahn-Einweihung zerbröckelte zugleich auch ein wichtiges Widerstandssymbol autonomer Politik. Dieser Entwicklung wurde von Teilen der Autonomen zeitweise mit einem erhöhten Grad an organisierter Militanz begegnet, die jedoch zunehmend zu einem Ritual erstarrte. Die Verselbständigung einer Militanz, die nicht mehr mit einer breiten politischen Bewegung diskutiert werden konnte, bildete die Folie für einsame Entscheidungen von innerhalb der Bewegung agierenden Individuen, deren politisch kollektivierender Zusammenhang verloren gegangen war. Allerdings ist mit diesen plausibel erscheinenden Bemerkungen die Frage nach der Kontinuität oder dem Bruch von autonomer Politik nach den Schüssen vom 2.11.87 nicht geklärt. Die Konstruktion diverser Kontinuitätslinien auf Grundlage aller seit Jahren bekannten Unzulänglichkeiten und Schwächen autonomer Politik sind in der Realität allenfalls eine »Hilfskrücke«. Sie wird errichtet aus dem innigen Wunsch des Verstehens, »Weil-daraus-lernen-Wollens«. Die Schüsse bleiben ein politisch nicht mehr zu erklärender Bruch aller Prinzipien und Linien bisheriger autonomer Politik. In diesem Sinne sind die Schüsse zugleich auch als Ausdruck der grenzenlosen Freiheit oder Willkür in dem sich selbst setzenden Handeln einzelner Menschen zu verstehen. Dieses kann eben nicht nur bürgerliche Normen, sondern auch alle Prinzipien autonomer Politik brechen. Zu keinem Zeitpunkt waren die Pistolenschüsse im Rahmen von Demonstrationen auf Polizeibeamte durch wie auch immer geartete innerhalb des autonomen Spektrums geführte »öffentliche« Diskussionen legitimiert. Die Schüsse an der

Startbahn-West waren weder Ausdruck noch zielgerichtete Konsequenz der autonomen Politik der letzten Jahre. Nur so ist auch die große Überraschung und das große Entsetzen der Autonomen nach dem 2.11.87 zu verstehen.

Reaktionen und Diskussionen

Nach dem 2.11.1987 wurde in der BRD innerhalb der autonomen Zusammenhänge die Befürchtung laut, daß es zu einer bundesweiten Repressionswelle kommen könne. Sie beschränkte sich jedoch zunächst auf die autonomen Strukturen im Rhein-Main-Gebiet. Der im Dezember gestartete staatliche Angriff auf die autonomen Frauenzusammenhänge konnte im Gegensatz dazu durch eine breite Solidarisierungswelle abgefangen werden. Für die unmittelbare Praxis von anderen autonomen Zusammenhängen im Bundesgebiet kann sogar behauptet werden, daß der 2.11. relativ bedeutungslos gewesen ist. Kurz danach wurde der Hafen entschlossen durchgekämpft und in Kreuzberg fleißig demonstriert.

Seitens autonomer Gruppen wurde aus dem ganzen Bundesgebiet eine Vielzahl von Stellungnahmen zu den Schüssen an der Startbahn-West publiziert. Trotz der staatlichen Repression und der quer durch alle Spektren des bürgerlichen Lagers betriebenen Einschüchterungspolitik stellten sich die Autonomen den verbalen Auseinandersetzungen, anstatt einfach sprachlos wegzutauchen. Wenn auch ein paar autonome Gruppen vor allem aus dem Rhein-Main-Gebiet, unter dem unmittelbaren Damoklesschwert der staatlichen Repression, von der nackten Angst diktierte Distanzierungsbekenntnisse gegenüber den Schüssen veröffentlichten, so zeigte sich doch in der Struktur der Argumentation der meisten anderen autonomen Gruppen eine differenzierte Reflexion zu Fragen von Militanz und den damit verbundenen Zielsetzungen revolutionärer Politik. Diese Positionen waren bei aller Kritik an den Startbahnschüssen von der Intention geprägt, ohne brutales Distanzierungsritual Verantwortlichkeiten, Prinzipien, Widersprüche und Schwächen autonomer Politik genau herauszuarbeiten, darzustellen und damit kritisierbar zu machen. Stellvertre-

tend für andere Einschätzungen. Auszüge aus einer Erklärung von Bonner Autonomen:

»Es wurden zwei Menschenleben vernichtet, ohne daß sich die Tat aus dem Zusammenhang der Startbahnkämpfe heraus hätte legitimieren können. Weder war sie zum Schutz der Demo oder des Schützen notwendig, noch hat sie den Kampf um Befreiung vorangebracht, sie hat ihn eher zurückgeworfen. Hier hat sich die Gewalttätigkeit, die dieser Staat jedem aufzwingt, der seine Gewalt bekämpft, abgekoppelt vom Ziel der Befreiung und ist zum Selbstzweck geworden.

Wir müssen dafür sorgen, daß keiner in unseren Zusammenhängen für sich individuell beschließen kann, jetzt reicht's, jetzt schieße ich. Wir müssen mit dem Mißverständnis aufräumen, die Radikalität des Kampfes lasse sich an der Gewalttätigkeit der Mittel bestimmen ... Eskalation nach dem Motto: erst Molli, dann Zwille, dann Knarre, ist genau die Eskalation, wie sie den Herrschenden ins Konzept paßt. Ihnen tut es nicht weh, wenn einer ihrer Söldner abgeknallt wird ...

Die Tötung eines Menschen (ist) nicht allein damit zu rechtfertigen ..., daß er auf der Seite der Herrschenden steht. Und genau das, diese Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben, die zum Charakter des Systems gehört, das wir bekämpfen, dürfen wir bei uns nicht zulassen. Weil wir eine solche Gleichgültigkeit unter uns zugelassen haben, können wir uns von der Tat in Frankfurt nicht distanzieren. Wir müssen die politische Verantwortung übernehmen. Wir müssen die Wirkungsweise des Systems in uns und untereinander bekämpfen. Wir dürfen uns aber auch nicht vom Kampf abhalten lassen dadurch, daß uns ein menschenverachtendes System Mittel in diesem Kampf aufzwingt, die uns immer ein Problem sein müssen. Und wir dürfen nie aufhören klarzumachen, wer für die Toten in diesem Kampf eigentlich verantwortlich ist, nicht nur für unsere, sondern auch für tote Polizisten und Soldaten. Für den Tod eines Söldners trägt allemal Schuld er selbst, der sich für sein Handwerk bezahlen ließ, aber noch mehr sein Kriegsherr, der ihn ins Feld schickte« (»2.11.87 Dokumentation«).

Der insbesondere von den Grünen gewünschte Kniefall vor dem Dogma der Gewaltfreiheit als Demuts- und Unter-

werfungsgeste an die bürgerlichen Herrschaftsnormen konnte in den Debatten energisch zurückgewiesen werden. Diese gerade in relativ »ruhigen Zeiten« so scheinbar banale Selbstverständlichkeit ist insofern nicht ganz unwichtig, als daß es damit weder den Grünen noch dem Staat gelang, ihre Formen des Diskurses mit den dazugehörigen Inhalten gegenüber den Autonomen durchzusetzen. Möglicherweise mag das ein Grund dafür gewesen sein, daß die Bundestagsfraktion der Grünen geschlossen die Forderung nach einer staatlichen Fahndung und Kriminalisierung gegen die Autonomen in einer eigenen Erklärung aufstellte.

Anschlagsrelevante Themen

Im Dezember 1987 kam es zu einem massiven Angriff gegen die autonome Frauenbewegung. Unter dem Vorwand des Vorwurfs der »Unterstützung der terroristischen Vereinigung Revolutionäre Zellen« führten die Staatsschutzinstanzen eine bundesweite Hausdurchsuchungswelle – vorzugsweise im Ruhrgebiet und Hamburg – durch, die zu den Verhaftungen von Ulla Penselin und Ingrid Strobl führte und mehrere GenossInnen in die Illegalität zwang. Im Gegensatz zu der Repression nach den Startbahnschüssen bewirkte die Hausdurchsuchungswelle das genaue Gegenteil von Einschüchterung und politischer Verunsicherung. Gegen die Verhaftungen mobilisierten sich sofort viele Menschen. Die Beschäftigung mit den Ulla und Ingrid vorgeworfenen sogenannten »anschlagsrelevanten Themen«, insbesondere Gentechnologie, Bevölkerungspolitik, Frauenhandel und Sextourismus weitete sich im ganzen Bundesgebiet enorm aus, noch nie vorher waren Veranstaltungen zu den oben genannten Themen so gut besucht.

Die Bullen stießen bei ihren weiteren Ermittlungen zunächst auf eine Mauer des Schweigens, so daß sie ihre Konstruktionen nicht weiter entwickeln konnten. Erst durch die Androhung von Beugehaftbefehlen konnten sie im nachhinein ein paar wertlose Aussagen von ZeugInnen erpressen.

Nach acht Monaten U-Haft mußte Ulla Penselin freigelassen werden. Die Unterstützungsarbeit für die auch wei-

terhin inhaftierte Ingrid Strobl konnte weit über den autonomen Frauenzusammenhang hinaus organisiert werden. Die vielfältige Solidaritätsarbeit ist ein Beispiel dafür, wie bei einem entsprechend entwickelten Stand des politischen Bewußtseins der Zielsetzung von staatlicher Repression, Isolierung, Abschreckung und Einschüchterung offensiv begegnet werden kann.

Und gegen den IWF-Weltbank-Kongreß gab es eine politisch sehr richtige Kampagne

Die Jahre 1986/88 standen bundesweit in allen autonomen Zusammenhängen weitgehend im Zeichen der IWF-Kampagne. Sie stellte in gewisser Weise eine Fortsetzung von Bemühungen dar, die bereits im Frühjahr 1985 zu einem Tribunal und einer bundesweiten Demonstration gegen den in Bonn stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel geführt hatten. Die IWF-Kampagne wurde für knapp zwei Jahre ein gemeinsamer Bezugspunkt von Diskussionen im autonomen Spektrum. Die teilweise daran geknüpften Hoffnungen waren auf Grundlage eines im Frühjahr '87 formulierten Aufrufes nicht eben gering. Tiefgreifende inhaltliche Diskussionen zu so komplexen Fragestellungen wie ökonomische Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Weltmarktes, Kapital- oder Klassenbewegung versus Patriarchat usw. sollten sich mit theoretischen Analysen und praktischen Kräfteeinschätzungen bei gleichzeitiger strikter Abgrenzung zum »Reformerspektrum« zu einem politischen Angriff unter der gemeinsamen Parole »Verhindern wir den Kongreß« verbinden. Unter »Reformerspektrum« wurden dabei Organisationen wie z.B. die AL, kirchliche Kreise, die im »Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen« (BUKO) zusammengeschlossene traditionelle Solidaritätsbewegung und Gewerkschaften verstanden.

In den ersten bundesweiten Diskussionstreffen zeigten sich schnell die enormen Schwierigkeiten bei dem Versuch, einen gemeinsamen Konsens zu finden. Einer auf die Bewegungen der »Klasse« orientierten Fraktion stand der größere, an Kampagnenbewegungen ausgerichtete Flügel gegenüber. Im autonomen West-Berliner Vorbereitungsplenum

spaltete sich zudem die Frauen von den Männern ab. Die Frage des Patriarchats stand quer zu allen anderen Problemen im Raum. Versuche der Männer, das »Problem« doch noch in die eigenen partriarchalen Sichtweisen zu vereinnahmen, blockten die Frauen schließlich durch eine eigenständige Organisierung ab.

Trotz einer Reihe von bundesweiten Treffen gelang es den Autonomen nicht, bundesweit kontinuierliche Arbeitszusammenhänge aufzubauen. So stand im Laufe des Jahres 1987 die Kampagne mehr als Anspruch in der Luft, als daß sie mit Hilfe verschiedenster Aktionen Realität hätte gewinnen können. Übrig blieb über den gesamten Zeitraum eine gegenseitige diffuse Unklarheit zwischen West-Berliner Autonomen und ihren bundesdeutschen GenossInnen über das, was im Rahmen dieser Kampagne eigentlich entwickelt und vorbereitet werden sollte.

Bei den theoretischen Höhenflügen ist die Freiheit bis zur Bauchlandung grenzenlos ...

Allerdings kam es im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne zu einem wahren Boom der unterschiedlichsten Theoriediskussionen. Die in diesen Debatten angehäuften Fragen nach dem revolutionären Subjekt in der Metropole und/oder im Trikont sowie nach der Rolle des Patriarchats drohten zeitweise die Diskussionen um konkrete Störaktionen gegen die IWF-Weltbank-Tagung zu lähmen. Die Diskussionswut war zugleich aber auch ein Ausdruck für einen enormen Nachholbedarf der Autonomen, der sich aufgrund der vielfältigen Praxis in den Bewegungen der 80er Jahre angestaut hatte. Teilweise wurden die Diskussionen um verschiedene Theorieansätze in einer Form geführt, die einerseits eher an akademische Spiegelfechtereien erinnerte und andererseits dazu führte, ein notwendiges Theorie-Praxis-Verhältnis aus dem Auge zu verlieren. Ein exemplarisches Beispiel war ein im April '88 in Bremen veranstalteter »Internationalismuskongreß« mit rund 500 TeilnehmerInnen. Soweit der Ablauf dieses Treffens »inhaltlich bestimmt« war, dominierten dort die Vorstellungen von GenossInnen aus dem ehemaligen »AUTONOMIE – Neue Folge«-Zusammenhang und den dar-

aus hervorgehenden »Materialien für einen neuen Antiimperialismus«. Im Ansatz eines »neuen Antiimperialismus« wird bei einer grundsätzlichen Kritik an allen Formen von nationalen Befreiungsbewegungen das revolutionäre Subjekt in den Riots und Ghettoaufständen, in den Slums, Favelas und Barrios vermutet und mit großer analytischer Tätigkeit abzusichern versucht. Die an die Macht gelangten nationalen Befreiungsbewegungen seien nur noch dazu da, »Verwertungsposten des transnationalen Kapitals gegen die Klasse« auszufüllen. Aufgrund dieser Position fällt es sehr schwer, eine Vorstellung von einer eigenständigen sozialrevolutionären Praxis in den Metropolen zu entwickeln, die sich dem Anspruch von materieller Befreiung hier stellen kann. Anstatt aber diesen Umstand als Problem des ganzen theoretischen Ansatzes im Ablauf des Kongresses auszuweisen, um darüber die Diskussionen um die Perspektiven hier (wo sonst?) zu entwickeln, war dieses Problem den KongreßinitiatorInnen kaum eine relevante Anstrengung wert. Statt dessen betrieben sie Theorieproduktion um ihrer selbst willen, damit es dann auch wirklich alle wissen, und ohne eigene Anstrengung darüber, was damit in der Praxis anzufangen ist. Folgerichtig wurde dann auch den zum Schweigen verurteilten KongreßteilnehmerInnen bei den in dunklen Räumen abgehaltenen Großveranstaltungen langatmige und monologartige Abhandlungen über die Bösartigkeiten der Welt und des Kapitals zugemutet. Und nachdem von den Veranstaltern sowohl mit der gewählten Form als auch dem Inhalt dieser ganzen Unternehmung jede Möglichkeit einer Auseinandersetzung komplett der Boden entzogen worden war, wurden die Referate doch tatsächlich mit dem sowohl lapidaren als auch gelogenen Hinweis abgeschlossen, »man könne das jetzt ja alles im Zusammenhang diskutieren«. Erfrischend waren da nur noch die Interventionen sowohl von feministischen Frauen als auch von eher traditionell antiimperialistisch ausgerichteten Hamburger Genossen. Zunächst sprengten die Frauen eine Veranstaltung zum Thema »Der marxistische Klassenbegriff unter Einbeziehung feministischer Konzepte« mit der Begründung, daß die veranstaltenden Männer eine derartige Fragestellung lieber umgekehrt

diskutieren sollten. Allerdings wußten die Frauen danach unter sich leider auch nicht mehr weiter. Auch die Hamburger Antiimperialisten konterten die gespenstischen Veranstaltungsformen des Kongresses, zogen in einen anderen Raum und suchten ihr Vorgehen mit »Thesen für einen revolutionären Internationalismus« zu begründen. War in dem demonstrativen Auszug der Hamburger noch einige Musik drin, so meinten sie sich leider in der politischen Begründung ihrer »Internationalismus-Begriffs-Thesen« der Vorstellung einer allerspätestens seit 1917 von der Sowjetunion erfolgreich praktizierten Möglichkeit einer »Politik der nationalen Befreiung« bedienen zu müssen. Noch nicht einmal ein Wimpernschlag in der Weltgeschichte später, zeigte sich dann nachfolgend die ganze Blamage dieser Vorstellung von »nationaler Befreiung«.

Die wie üblich holpernde und stolpernde Praxis der nachfolgenden Kampagnenbemühungen sah glücklichweise anders aus: Immerhin ermöglichte dieser Kongreß das erste Mal einen breiteren Überblick über den tatsächlichen Stand der inhaltlichen und praktischen Vorbereitungen der verschiedenen Aktivitäten. Allerorts wurde von den Gruppen über große Schwierigkeiten in der Arbeit berichtet. Trotzdem stellten die West-Berliner Autonomen (Frauen- und Männerplenum) einen in bewußter Abgrenzung zu den vom Reformerspektrum organisierten Aktivitäten entwickelten Vorschlag für »Aktionstage« im September vor. An die Teilnahme von auswärtigen Autonomen wurden ziemlich hohe Voraussetzungen formuliert, die z.B. darin bestehen sollten, sich monatelang vorher mit den Örtlichkeiten der Stadt vertraut zu machen. Die Reduzierung auf »strategische Fragen« in den Vorbereitungen kehrte die Intention des West-Berliner Vorschlages um, mit einer klar formulierten Position, die gemeinsamen Diskussionen weiter entwickeln zu wollen, und führte letztlich eher zu einer Demobilisierung westdeutscher autonomer Gruppen.

Diese Tendenz wurde dann im Sommer ’88 durch die Androhung der staatlichen Repression noch verstärkt. So tauchten vermehrt in der Presse – vorhersehbare (!) – aus Staatsschutzquellen gespeiste Artikel auf, die die Autonomen

als große Gefahr für die Durchführung des IWF-Kongresses darstellten (z.B. SPIEGEL, Handelsblatt, Welt usw.).

Ein Sommercamp der Autonomen

Während in den Sommermonaten des Jahres ’88 die meisten der engagierten autonomen West-Berliner PolitaktivistInnen in ihren Gruppen und Schreibtischen vollends damit beschäftigt waren, die von ihnen gehandhabten komplizierten Theorien einigermaßen mit dem Bedürfnis nach einer noch komplizierteren Praxis in Einklang zu bringen, scherten sich andere Autonome aus dem Kiez nicht soviel um diese »wichtigen Inhalte«. Angewidert von zuviel Beton in der Stadt zogen sie einfach an einen grünen Flecken am Mauerstreifen, riefen dort das Kubat-Dreieck aus und praktizierten nicht nur in den Augen der Bullen soetwas wie ein »Sommercamp der Autonomen«. Die ganze gelungene Aktion brachte nicht nur einen ganzen Haufen von Pflastersteinen und Molotowcocktails gegen unnütz herumlungernde Polizeiketten in Bewegung, sondern endete auch – bei dem Versuch der Bullen, das Gelände zu räumen – mit einem in jeder Hinsicht phantasievollen Mauersprung von 400 Leuten auf das Territorium eines Nationalstaates, der damals DDR genannt wurde.

Danach ging’s aber wieder mit richtiger Politik weiter ...

In der Vorbereitungsphase gegen den IWF-Kongreß begannen sich die paradoxen Momente in der Mobilisierung zu häufen. Obwohl fast zwei Jahre lang intensiv das politische Projekt IWF-Kampagne diskutiert worden war, stellte sich heraus, daß eine gemeinsame praktische Mobilisierung in Richtung West-Berlin nicht möglich war. Die scheinbar radikale Parole »Verhindern wir den Kongreß« zielte in den praktischen Aktionsplanungen zudem darauf ab, den IWF-Kongreß nicht vorher, sondern erst dann zu verhindern, wenn er bereits in der Stadt West-Berlin zu tagen begonnen hatte. Trotz zweijähriger Diskussionen, in denen ausreichend Raum und Zeit dafür zu sein schien, sich auf eigene Aktivitäten einzurichten, schmolz die konkrete Vorbereitungszeit in West-Berlin schließlich auf wenige Wochen zusammen.

Es stellte sich heraus, daß die regional unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der autonomen Gruppen im Bundesgebiet zu wenig diskutiert worden waren. Während eine Reihe von GenossInnen in ihren Regionen und Städten eine offensive Bündnispolitik mit allen Spektren der Linken betrieben, wurde von West-Berlin aus die politische Linie einer strikten Abgrenzung zu allen »Reformeraktivitäten« vertreten. Diese unterschiedliche Herangehensweise lag zum Teil am Charakter der IWF-Kampagne selbst. Sie war – mit Ausnahme von West-Berlin – letztlich als »abgehobene« politische Kampagne nicht in die soziale Realität von anderen Regionen in der Bundesrepublik übertragbar. Während in West-Berlin stets auch unter dem Blickwinkel mobilisiert werden konnte, die 14.000 anreisenden IWF-Schergen samt einem riesigen Bullenapparat im September '88 für eine Woche im Alltag präsent und damit wie auch immer »angreifbar« zu haben, ließ sich der Bezug zur IWF-Politik in der sozialen Realität der BRD politisch nur sehr vermittelt aufgreifen.

Im September 1988 kam es dann, relativ getrennt voneinander, im Bundesgebiet zu den verschiedensten autonomen Aktivitäten (so z.B. Demos und Aktionen in Neumünster, Hamburg, Wuppertal, Frankfurt, Stuttgart, München usw.). Für West-Berlin wurde eine von mehreren hundert Leuten besuchte mehrstündige Vollversammlung für alle öffentlich-praktisch-organisatorischen Tätigkeiten zum Ausgangspunkt. In allgemeiner Erwartung der Vorstellung eines ganz großen, wilden und gefährlichen revolutionären Programms gegen die Tagung der Schweine wurde einfach hinter dem Rücken aller Teilnehmenden in gebotenem politischen Ernst eine volle Stunde lang gemeinsam miteinander – geschwiegen. Nach diesem nur als phantastisch zu bezeichnenden Ablauf dieser Vollversammlung war allen Beteiligten klar, daß alles was da noch kommen soll, in ihren, aber nur in ihren Händen liegen würde. Und so nahmen sie denn als Folge dieser denkwürdigen Vollversammlung ihr politisch gewolltes Schicksal in die eigenen Hände. Großartig!

Und so stellten die West-Berliner GenossInnen, weitgehend auf sich alleine gestellt, ein gigantisches Programm

von Aktionstagen auf die Beine, in dessen organisatorischen Strukturen sie sich auch folgerichtig (fast) zu Tode rödeln mußten. Nachdem im unmittelbaren Vorfeld der geplanten Aktionstage sich selbst als »Autonome Zellen« bezeichnende Gruppierungen eine zweistellige Zahl von Autos des allseits beliebten Siemenskonzerns eingeäschert hatten, wurden die von den Autonomen organisierten Aktionstage durch die eigenständige Beteiligung vieler Menschen, auch aus ganz anderen Zusammenhängen, ein relativer politischer Erfolg. Es soll dabei aber nicht verschwiegen werden, daß die von den Autonomen mit Hilfe von Aktionen so »politisch richtigen wie wichtigen auf die Straße transportierten Inhalte« in der Regel für alle engagiert Beteiligten eher als staubtrocken zu erleiden waren. Mehr Spaß machte es, mit vielen tausend anderen in der West-Berliner City auf dem Breitscheidplatz lärmend herumzutrommeln und mit den zunehmend überforderten Bullen Katz und Maus zu spielen. Jedenfalls wurden die Aktionen auf der Straße nicht von dem Motto »Schuldenstreichen« der Reformergruppen, sondern von der autonomen Parole »IWF-Mördertreff« beherrscht.

Die Aktionstage wurden mit einer »internationalistischen revolutionären Demonstration« abgeschlossen, an der 8.000 Menschen teilnahmen. Trotz dieser »politischen Erfolge« konnte der konkrete Ablauf des IWF-Kongresses jedoch in keinster Weise beeinträchtigt werden. Im Hinblick auf die zuvor im autonomen Spektrum formulierte »Verhinderungsparole« war das ein krasser Widerspruch. Es bleibt im nachhinein offen, ob es mit einer anderen Art der politischen Vorbereitung möglich gewesen wäre, sehr viel dichter an die Umsetzung der »Verhinderungsparole« heranzukommen. Spätestens der Ablauf der Aktionstage bestätigte, daß der von den Staatsschutzinstanzen auch in vielen Köpfen von Autonomen erweckte Eindruck einer vollständigen Abriegelung und Überwachung der gesamten Stadt nicht mit der Realität übereinstimmte. Und daraus kann für die Zukunft immer nur gelernt werden...

1989

Dieses Kapitel verdankt sich nur der schlichten Tatsache, daß es sich bei dieser Jahreszahl um das allerletzte Jahr der gerade mal 40 Jahre zuvor unter der Obhut der Westalliierten gegründeten (West-)BRD handelt. Und gerade für Revolutionäre erscheint das ein mehr als bemerkenswerter Umstand zu sein, daß ausgerechnet der sich in der unmittelbaren Handlungsreichweite befindliche Staat, mit dem man doch überhaupt nichts anfangen mag, auf eine Art und Weise verschwindet, mit der zumindestens zu Beginn dieses Jahres niemand gerechnet hat. Es scheint wohl manchesmal auch in der Politik erstens immer anders und zweitens, als man und frau so denkt, zu kommen. Und aus dem Umstand, daß jemand, der noch im Sommer 1989 sowohl das Verschwinden der DDR als auch das Ende der alten West-BRD binnen eines Jahres prophezeit hätte, als ein verrückter Spinner verlacht worden wäre, kann zumindestens in der Zukunft nur folgen, den Einschätzungen und Ansichten von liebenswürdigen Spinnern mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

In der Rückschau betrachtet, stellen sich die Aktivitäten hinsichtlich »großer Politik« von Autonomen in diesem Jahr noch einmal als ein buntes Kaleidoskop der unterschiedlichsten Themen und Kampagnen dar.

Zu Beginn des Jahres wird der Genosse Fritz aus Hamburg, dem wir viel verdanken, wegen einer lausigen Presserechtsgeschichte bei der Herausgabe des Autonomeninfos »Sabot« unter dem Vorwand eines § 129a -Verfahrens zu einem ganzen Jahr Knast ohne Bewährung verknackt. So'n Mist!

Im Februar demonstrierten 10.000 Menschen in einem breiten Bündnis in Essen für die sofortige Freilassung von Ingrid Strobl aus dem Knast. Zur gleichen Zeit versuchte das damals existierende Kollektiv der Gefangenen aus der RAF noch einmal mit einem rund zwei Monate dauernden Hungerstreik eine Zusammenlegung in große Gruppen zu erreichen. Allerorten gründeten sich in größeren Städten der BRD Hungerstreikplena, bestehend aus Antiimps und Autonomen, die eine Vielzahl von Besetzungsaktionen und

zum Teil größeren Demonstrationen organisierten. Nachdem zwei Gefangene kurz davor waren zu sterben, wurde der Hungerstreik von dem RAF-Häftlingskollektiv, ohne größere Zugeständnisse von den staatlichen Behörden erreicht zu haben, abgebrochen.

Durch die Wahlerfolge der Partei der Republikaner (REP) bekam die antifaschistische Bewegung eine neue Aktualität. An der Antifa-Bewegung beteiligten sich viele neue, hauptsächlich junge Leute. Auch erste Ansätze einer eigenständigen, parteiunabhängigen Organisierung der dritten, hier geborenen Immigrantengeneration wurden sichtbar. In der Folgezeit stellten sich sowohl für die Theorie als auch für die Praxis dieser Bewegung eine Reihe von schwierigen Fragen: So z.B., in welchem genauen Verhältnis der historisch durch die Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung nicht unproblematisch aufgeladene Begriff des »Antifaschismus« zu Fragen des Rassismus und Antisemitismus als auch zu einem Begriff von Autonomie stehe.

An der zweiten »revolutionären 1. Mai«-Demo knallt's noch mal ganz kräftig in Neukölln und Kreuzberg. Während der Demo wurde durch das Aufmachen von ein paar Supermärkten demonstriert, daß ein »proletarischer Einkauf« durchaus auch nach Ladenschluß möglich ist, und bei der mehrstündigen Abschlußrandale auf dem Lausitzer Platz sahen die West-Berliner Bullen außerordentlich schlecht aus. Wer sich bis zu diesem Zeitpunkt seitens des links-alternativen Mittelstandes noch nicht von den Autonomen distanziert hatte, tat dies spätestens nach diesem Krawall. Auch in den nachfolgend innerhalb der Autonomen geführten Diskussionen gingen die Einschätzungen über den politischen Charakter des militärtaktisch siegreich über die Bullen erfochtenen Straßenkampf auseinander. Von einigen Diskussionsteilnehmern wurde die »kalte Technik der Randale« kritisiert, die »keine Zeit zu verschenken« habe, und es wurde mit Erschrecken festgestellt, daß der 1. Mai-Randale jeder Anflug von Witz und Lust wie überhaupt das befreiende Lachen auf Seiten der aktiv Beteiligten gefehlt habe.

Derweil versuchte der Hamburger Senat mit sogenannten »Begehungen« weiter die BewohnerInnen der Hafen-

straße zu schikanieren. Das mußte unweigerlich nicht nur zu Protesten in der Bevölkerung, sondern auch dazu führen, daß einem Verantwortlichen des Senats das Nasenbein kaputtging.

Trotz der großen Solidarität wurde Ingrid Strobl im Mai erstmal zu fünf Jahren Knast verurteilt. Derweil kam die Staatsanwaltschaft Itzehoe doch glatt auf die Idee, dem zwischenzeitlich leider gefangenen Genossen Fritz aus Hamburg die doch außerordentlich gelungene und populäre Mastsprengaktion in Brokdorf des Jahres 1984 unter dem Vorwand einer »Beteiligung an einem Sprengstoffverbrechen« anhängen zu wollen. Nachdem aber auch Teile der liberalen Öffentlichkeit ihr Unverständnis über die staatliche Repressionspraxis gegenüber dem Genossen Fritz kundgetan hatten, wurde schlußendlich das Mastsprengungsverfahren eingestellt und Fritz schon nach einem (viel zu langen) halben Jahr wegen der § 129a-Geschichte ganz aus dem Knast entlassen. Mit Ausnahme der Bullen, der Idioten und aller Gleichgültigen war das dann für alle anderen ein großer Grund für Luftsprünge heller Begeisterung und Freude. Und in einer großen gemeinsamen Freilassungsfete in der Roten Flora spielte Klaus, der Geiger unter einem großen Transparent: »Fritz ist frei!« zum Tänzchen auf.

Und so wäre vermutlich alles erstmal immer so weiter gegangen, wenn nicht mit einem Male die Mauer in Berlin umgefallen wäre. Und danach blieb nicht mehr alles anders, und alles wurde nicht mehr so wie wahr. Vermutlich gemeinsam mit dem sonst so abgelehnten Rest der West-BRD-Bevölkerung rieben sich auch die Autonomen ob dieses »Ereignisses« ein wenig die Augen und überlegten auf die schnelle die Königsfrage: »Was tun?« Zumindestens hatten die Autonomen in West-Berlin aufgrund der gerade mal ein Jahr zurück liegenden IWF-Kampagne gelernt, daß es ein kompletter Unsinn ist, sich für den Erhalt von sogenannten »Nationalstaaten« einzusetzen. Aber sonst?

So wurde dann wegen des »wohl irgendwie als wichtig« zu vermutenden "Ereignisses" in aller Schnelle und in großer Aufregung erstmal auf dem Kudamm eine Demo gemacht. Und so konnten gerade mal ein paar Tage nach dem

Fall der Mauer zehntausende von BesucherInnen der billig glitzernden Konsumwelten des Kudamms staunende Zeugen einer Demonstration von West-Berliner Autonomen werden, die so freundlich waren, ihnen folgende Parolen zuzurufen:

»Begrüßungsgeld ist nicht genug, knackt die Banken, das tut gut!«

»Kein Kohl, kein Krenz, kein Vaterland!«

»Im Westen sind sie schlauer, da ist das Geld die Mauer!«

Zumindest die letzte, instinktiv während des Demoverlaufs gerufene Parole hat auch heute noch, ein halbes Jahrzehnt später, nichts von ihrer kritischen Aktualität eingebüßt.

War das etwa alles an der Geschichte der Autonomen? Ein Kurzgutachten

Die Autonomen agieren in der Kontinuität der 68er Revolte. Ohne die abgebrannten LKWs der Springerpresse in den 60er Jahren, die militanten AKW-Bauplatzbesetzungen der 70er Jahre, die illegalen Hausbesetzungen sowie die umgesägten Strommasten der 80er Jahre würde es sie nicht geben. Bis weit in die 80er Jahre blieben die Autonomen mit ihrer politischen Praxis an das »Auf und Ab« der verschiedenen Neuen Sozialen Bewegungen gebunden. Dabei sind sie keine klar identifizierbare Partei, sondern tauchen eher als politische Tendenz in einzelnen gesellschaftlichen Konflikten auf. Sie lassen sich mit ihren Strukturen irgendwie zwischen Bewegung und Organisation verorten, vielleicht sind sie der Anfang eines sich selbst bewußten Organisationskerns, dessen bisherige Diffusität zugleich Ausdruck des Entstehens zersplitterter gesellschaftlicher und ökonomischer Herrschaftsverhältnisse ist.

Einen amerikanischen Politologen veranlaßte die »Feuer und Flamme«-Lektüre dann auch dazu, die Autonomen als eine »movement-party« zu bezeichnen. Hinsichtlich der von diesem Kollektiv in den 80er Jahren ausgeübten politischen Formen mag das vielleicht nicht ganz falsch sein. Bezogen auf die doch stark zu machenden Inhalte politisch verstandener Bemühungen neige ich jedoch als Beschreibung eher dem von Severin Lansac erfundenen Begriff einer »Wanderdüne des gesellschaftlichen Konfliktes« zu, den die Autonomen in ihren besten Zeiten immer auch dargestellt haben.

Auf jeden Fall ist eine verkürzte Sichtweise, die Autonomen lediglich als »linksradikalen und militanten Arm« der verschiedenen Protestbewegungen zu begreifen. Die Autonomen gingen mit ihren Vorstellungen immer weit über den Pragmatismus der einzelnen Bewegungen hinaus, zudem weisen sie eine größere Kontinuität als diese auf. Mit ihrer

formulierten Kritik an den bürgerlichen und legalistischen Vorstellungen der Neuen Sozialen Bewegungen haben sie ein Überleben der noch aus der 68er-Revolte herrührenden revolutionären Tendenz in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der BRD und West-Berlin ermöglicht. Das ist umso bemerkenswerter, als sich die Politikformen der Linksradikalen in einem Land entwickeln konnten, das nach dem Krieg über keine starke subkulturelle-libertäre und anarchistisch-spontaneistische Tradition verfügt. Dabei mußte sich das Konzept und vor allem die Praxis der Autonomen in den 70er Jahren gegen die Dominanz scheinbar geschlossener Theorie- und Ableitungsmodelle der ML-Bewegung durchsetzen. Sie konnten sich dabei teilweise als revolutionär, zumindestens aber als radikal verstehende Kraft in einer historischen Situation behaupten, in der kaum wahrnehmbare Klassenkämpfe existierten und sich die Parteikonzeptionen der K-Gruppen ab Ende der 70er Jahre in die Gründung der reformistischen Grünen Partei hinein verlängerten.

Der Einfluß der Theorien der italienischen »Autonomia« auf die bundesdeutschen Autonomen ist unübersehbar. Das Theoriegebäude des Operaismus thematisierte in den 60er Jahren die zentrale Bedeutung des »Massenarbeiters« in den militanten Fabrikkämpfen. Demgegenüber wurde seitens der damaligen Linksradikalen in der BRD – auch unter dem Einfluß der Kritischen Theorie – das in dieser Theorie existente Moment der Negation und der Verweigerung gegenüber dem kapitalistischen System auf den Reproduktionsbereich verlängert, was sich in den Häuserkämpfen zu Beginn der 70er Jahre ausdrückte. In diesem Prozeß hat aber der Begriff der »Autonomia« in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der BRD in den 80er Jahren einen Bedeutungswandel erfahren. Nach dem Scheitern der bundesdeutschen operaistischen Ansätze spätestens in den Jahren 1973/74 (Niederschlagen der wilden Streiks, vorläufiges Ende der Häuserkämpfe) wurde der Begriff der Autonomie in den neu entstehenden Basisbewegungen (Anti-AKW-Bewegung) und insbesondere in der Revolte 1980–82 und dem Häuserkampf neu aufgenommen und völlig unabhängig von einer politischen Praxis in der Fabrik in die eigene Wirklich-

keit übertragen. Auch wenn einige Gruppen nach wie vor operaistische Theorieansätze vertreten und es immer wieder Versuche gab, die Ausbeutungssituationen in Arbeitsverhältnissen zu thematisieren (z.B. Kampagnen gegen die Leiharbeit und Sklavenhändler), blieb dieser Ansatz innerhalb der weitgefächerten autonomen Szene stets marginal und wurde nicht im Sinne einer breiteren Organisierung aufgegriffen. Das ist ein Ausdruck dafür, daß das Verhältnis der Autonomen zur Lohnarbeit nach wie vor widersprüchlich ist. Es pendelt zwischen Ablehnungs- und Fluchttendenzen bis hin zu punktuellen Versuchen der Gegenwehr, mit denen es jedoch nicht gelingt, sich auf andere Gruppen der lohnabhängigen Beschäftigten auszuweiten.

Die Bedeutung der Autonomen für die gesellschaftspolitischen Konflikte in den 80er Jahren läßt sich auch in einer umgekehrten Sichtweise an der staatlichen Reaktion auf sie bemessen. So zielen z.B. die im Jahre 1986 und 1988 verabschiedeten neuen sogenannten »Sicherheitsgesetze« mit ihrer Ausweitung von Straftatbeständen, mit dem politischen Willkürknüppel des Paragraphen 129a (Strommastfällen, Störung öffentlicher Betriebe, Kronzeugenregelung usw.) sowie die Demonstrationsrechtverschärfungen (Vermummungsverbot) in ihrer Intention ganz wesentlich auf die von autonomen Gruppen geübten Formen von Organisierung und Militanz ab. Die Autonomen öffneten in den 80er Jahren den politischen Raum für die Diskussion sozial- und kulturrevolutionärer Ansätze, die zum großen Teil auf den in den außerparlamentarischen Neuen Sozialen Bewegungen gemachten Erfahrungen beruhten.

II. Anstelle eines Schlußwortes: Ein kurzer, aber keineswegs sentimentaler Rückblick

> *... daß meine jetzigen Ansichten und Fähigkeiten weniger wert wären ohne die Kenntnis meiner früheren – vorausgesetzt, da hat eine Besserung stattgefunden ...«*
>
> Bertolt Brecht

The times are changin'. Wie sollte es auch anders sein? Immerhin ist mittlerweile in Rechnung zu stellen, daß die über 40 Jahre lange ultrastabile West-BRD allerspätestens im Herbst '92 im Verlauf eines seitens der Bullen wirksam gegenüber Autonomen und Antifas abgeschirmten Pogroms gegen Flüchtlinge und Arbeitsmigranten in Rostock untergegangen ist. Dabei markiert das mit kalkulierter tätiger Unterlassung staatlicher Stellen von einem neofaschistisch aufgepeitschten Mob in Brand gesetzte Flüchtlingswohnheim von Rostock ein in jeder Hinsicht deprimierendes und grauenhaftes Abschlußverbrechen der alten West-BRD. Nicht nur damit wird auch die vom Verfasser in den Jahren '89/'90 gewählte Sichtweise, ein Hauptaugenmerk der Interpretation wesentlich auf eine Gegenidentifikation zu den vielschichtigen Folgen der 68er-Revolte zu legen, zunehmend gegenstandslos.

Noch in der ersten »Feuer und Flamme«-Fassung habe ich mir unter dem Stichwort der »Organisierung« einen – stark zum »Ganzen« tendierenden – großen Kopf um hochbrisante Fragen autonomer Vergesellschaftung gemacht: Dabei wurden ein paar Gedanken dazu beigesteuert, daß Herr und Frau Autonom sich nicht von der staatlichen Repression einschüchtern lassen sollten. Ich wünschte mir daß

das Patriarchat männerbewegt durchbrochen werden kann, und gerade in krassen Zeiten war daran gedacht, daß Klassenanalysen für klasse Zeiten sorgen könnten. Selbstverständlich sollte der schwarz-graue Alltag in Bewegung gehalten und alle autonomen Mythen in schwarz-rote Abfalltüten gesteckt werden; die reale Situation im down-down-in-the-ghetto sollte nicht billig beklagt, sondern als realer Ausgangspunkt begriffen werden. Und das natürlich vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnisses der unterschiedlichen »autonomen« Lebensbedingungen sowohl in den städtischen Metropolen als auch in den ländlichen Provinzen. Zudem wurde die Frage aufgeworfen, wie mit Militanz der dummen Gewaltfrage begegnet werden kann, um für gewalt(ig)-freie Verhältnisse zu streiten. Hinzu kamen Überlegungen zu dem Verhältnis von autonomer Theorie und Praxis und zum Internationalismusbegriff.

Nun, nach wie vor kann ich mich an einem großen Teil der für diese Neubearbeitung herausgeworfenen Überlegungen erfreuen. Das diese Passagen mittlerweile ein wenig »veraltet« klingen, ist nach einem halben Jahrzehnt gar nicht zu vermeiden, sondern auch gut so. Die Praxis der lebendigen Bewegung schreitet vernünftigerweise über eine Reihe der von mir damals präsentierten Einsichten hinweg. Ach ja, und bevor ich's vergesse: Was die Sache mit »das Ganze sagen wollen« angeht, da habe ich zwischenzeitlich durch den Text eines etwas bekannteren Philosophen lernen können, daß das wirklich zum Unwahren und nirgendwohin sonst führt.

Etwas unbequemer ist dahingegen eine andere, zwischenzeitlich gewonnene Einsicht. Sie bezieht sich auf eine Reihe von getroffenen Aussagen, bei denen es sich um schlechte soziologistische Abstraktionen handelt. Und zwar deshalb, weil diese Überlegungen zum Teil vor dem Hintergrund eines kurzschlüssigen instrumentellen Ad-hoc-Praxis-Verständnisses gegenüber der damalig als »aktuell« erscheinenden Situation verfaßt wurden. Und das ist wiederherum darauf zurückzuführen, daß ich vor einem halben Jahrzehnt öfters in einem dusseligen Bemühen um die »richtige Linie« in den »wichtigen Themen«, auch wegen der viel zu starken

Selbsteinschüchterung, ertrunken bin. Statt dessen wäre es besser gewesen, in einem viel größeren Maße meine eigene Fragen darin zu verhandeln und als im besten Sinne selbstbestimmte und zu verantwortende Positionen argumentativ zu vertreten.

In besonderer Weise wäre die von mir 1990 – natürlich mit den allerbesten Absichten – geteilte Dummheit über die Verhältnisse in einem Kapitel namens »Hoch die internationale Solidarität im eigenen Land« zu besichtigen gewesen. Selbstverständlich lassen sich bei ein paar diesbezüglichen Textsequenzen – mit sehr viel guten Willen – erste Ahnungen erkennen, die seitens der neuen Linken in die Kategorie des »Internationalismus« hineingepumpten Projektionen auf die Befreiungskämpfe der »Anderen« zu verlassen. Und doch ist es nur mehr als vernünftig, daß diese in einem Kraut-und-Rüben-Kauderwelsch vorgelegte Fassung eines »Inter-Nationalismus«-Begriffes aus der Epoche des Ost-West-Ordnungsregimes im Rahmen dieser Neubearbeitung nicht mehr auftaucht. Um keine Mißverständnisse entstehen zu lassen: Von einer bedingungslosen Solidarität mit allen von Diskriminierung und Rassismus bedrohten Menschen, die in diesen Breitengraden zum Teil das Pech haben, nicht Besitzer eines deutschen Personalausweises zu sein, ist nichts zurückzunehmen. Abgesehen davon, daß der Kampf gegen alle Formen von Xenophobie (Fremdenfeindlichkeit) selbstverständlich ist, wäre er in manchen Bezügen in der Perspektive von weltweit egalitären Verhältnissen, in denen wir endlich frei von Furcht verschieden voneinander sein können, nur zur radikalisieren. Und daß darin, anstelle peinlicher und unsinniger Selbstbezichtigungen eine gründliche Selbstkritik immer eingeschlossen sein muß, bedarf eigentlich der großen Erwähnung nicht.

Der von mir zu verantwortende Entschluß für eine erheblich gekürzte neubearbeitete »Feuer und Flamme«-Fassung rechtfertigt sich nicht aus einem konservativen Bemühen, eine zwischenzeitlich da und dort als Gänsefüßchen-»Autonomen« zu erleidende gesellschaftliche Zwangsform retten zu wollen. Im Gegenteil: Wenn es stimmt, daß eine Form, bei den Autonomen aufzuhören, darin besteht, im-

mer so weiter zu machen wie bisher, dann bedarf dieses politische Kollektiv mehr denn je einer – egal von wem – praktizierten radikalen Selbstkritik in der Perspektive seiner Aufhebung.

In diesem Sinne verfolge ich nach wie vor ein paar aktuelle Interessen in einem Zusammenhang, den ich nach wie vor außerordentlich »positiv« gestimmt mit: die Autonomen bezeichne – und das in einem inhaltlichen Sinne ganz selbstverständlich ohne auch nur den Hauch irgend eines Gänsefüßchens. Noch immer kann ich in diesem Zusammenhang neben Amüsement und Spaß vielfältige Anregungen, Hilfe und um Teil rabiat kritisches In-Frage-Stellen finden. So gibt es dann noch immer Grund, sich hier und da einmal – neben allen anderen Gleichgesinnten – zu Wort zu melden, um dann so gut wie möglich zu versuchen, das auszudrücken, was wir doch alle gemeinsam schon längst wissen (können). Und da und dort bemühe ich mich als ein einfacher Amateur bei den Volxsportlern um eine vom Schreibtisch etwas entferntere, durchaus auch politisch verstandene Lebenspraxis. Jedoch soll schon allein aus dem Grunde der Selbstkritik an dieser Stelle festgehalten werden, daß für diese Praxis in der Regel zuvor um eine Erlaubnis bei der zuständigen Polizeidienststelle nachgesucht worden ist. Wahr ist aber auch, daß die spannenden Dinge des autonomen Lebens zumeist als zum Teil nervenaufreibende Ausnahmen von den eher banalen Alltagsregeln stattfinden.

Vielleicht kann das Material dieses neubearbeiteten »Feuer und Flamme«-Textes über die Geschichte der West-BRD-Autonomen dem Ziel dienen, die auch in diesem Zusammenhang wirkenden Gespenster der Vergangenheit besser zum Teufel zu jagen. Und in diesem Zusammenhang gilt mehr denn je: Angesichts des allerorten in diesen autoritär-patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnissen zu beobachtenden Zusammenbruchs des Politischen, wo aktuell eine willkürlich exekutierte barbarische Ellenbogenkultur des Ausschlusses dominiert, kann doch an notwendigen neuen Anfängen immer nur das Ende stehen; und zwar deshalb, weil doch sonst das Neue nur die beständige Wiederholung des kläglich gewordenen Alten wäre. Das hoffentlich verwe-

sende Alte läßt sich wiederherum vortrefflich als Dünger für wieder neu zu formulierende Erwartungen, und manchmal sogar überschäumende Begierden, gegen die Trüb- und Mühsal der grauen Realität verwenden. Und das erscheint mir wiederherum schon jetzt – hier und heute! – eine auf das 21. Jahrhundert gerichtete, faszinierende Perspektive eines guten, glücklichen und von allen Formen der Ungerechtigkeit und Angst befreiten Lebens zu sein.

III. Eine kommentierte Literatur- und Anekdotenrevue

Vorbemerkung

Der l.u.p.u.s-Text aus dem Frühjahr 1987 ist in überarbeiteter Form in dem neuen Buch »Lichterketten und andere Irrlichter«, Berlin 1994, Edition ID Archiv nachzulesen. Das Hamburger Papier findet sich in drei zwischenzeitlich asbach uralt gewordenen Ausgaben des autonomen Berlin-Infos »INTERIM« vom November/Dezember 1988 abgedruckt. Ich bin mir ganz sicher, daß bei diesem Hinweis das Chronisten- und Archivarherz einige Takte schneller schlägt ...

Zu ’68 und die Folgen

– Linke Liste Frankfurt: »›Die Mythen knacken‹ – Materialien wider ein Tabu«, Frankfurt 1988. Den Studenten aus Frankfurt ist die Erstellung eines hervorragenden Readers mit Originaltexten aus den Diskussionen des SDS, der Neuen Linken, ihren Ansätzen, der RAF, zum deutschen Herbst und der Amnestiediskussion gelungen. Darin entfalten sich plastisch die Debatten und Reflexionen um gesellschaftsverändernde, revolutionäre Strategien und Organisationen im Gefolge der 68er Revolte. Leider schon vergriffen!
– Der Literaturprofessor Klaus Briegleb hat 1993 eine bemerkenswerte, wenn auch nicht ganz einfach zu konsumierende Untersuchung unter dem Titel: »1968 – Literatur in der antiautoritären Bewegung« vorgelegt. In der beharrlichen Rekonstruktion von Szenen und Situationen der Tumulte sowie Kapriolen dieser Zeit, schreibt der Autor in kritischer Absicht sowohl gegen das Vergessen als auch das vermarktungsträchtige Mystifizieren der Revolte an.
– Hans Jürgen Krahl: »Konstitution und Klassenkampf«, Frankfurt 1971. In diesem Band befinden sich die Schriften und Reden des manchmal als »theoretischer Kopf der APO« bezeichneten Genossen, der Anfang 1970 bei einem Autounfall ums Leben kam. Krahl entfaltete seine Position in der Phase der Studentenbewegung, in der die traditionellen Theorien aus der Arbeiterbewegung praktisch problematisiert wurden, jedoch noch nicht durch andere revolutionäre Theorien ersetzt worden waren. In der Zerfallsphase der APO leistete er dabei eine beeindruckende Kritik an der sich abzeichnenden Organisationspraxis autoritärer K-Gruppen.

- Ulrich Chaussy: »Die drei Leben des Rudi Dutschke«, neubearbeitete Ausgabe, Berlin 1993. Eine aktualisierte Biographie über den Werdegang und schillernden Lebensweg Rudis, der das »Herz der APO« und die wichtigste Symbolfigur der 68er Studentenrevolte war.

Über die politischen Vorstellungen von nicht ganz unbedeutenden GenossInnen in der Studentenrevolte informieren Textbände mit Aufsätzen, Reden, Referaten und Interviews von U. Meinhof und R. Dutschke:

- Ulrike Meinhof: »Die Würde des Menschen ist antastbar«, West-Berlin 1980
- Rudi Dutschke: »Geschichte ist machbar«, West-Berlin 1980.

Einen guten Überblick über Situationen, Zeugnisse, Aktionen und interne Entwicklungslinien der Studentenrevolte enthält der Band von Peter Mosler »Was wir wollten, was wir wurden«, Hamburg 1977. Darin sind sowohl eine vorzügliche Textbibliographie über alle für die Studentenrevolte wichtigen Texte von 1966 bis 1977 als auch eine gute Chronologie von Ereignissen und Entwicklungen in dieser Zeit enthalten. Eine Hilfe war auch das Buch von Hans Manfred Bock: »Geschichte des linken Radikalismus. Ein Versuch«, Frankfurt 1976. Es enthält u.a. eine gründliche Darstellung über das politische und soziale Selbstverständnis der Studentenrevolte sowie ihrer theoretischen Positionen.

Die Reden, inklusive der Schlußresolution, die auf dem »Internationalen Vietnamkongreß« gehalten wurden, wurden im Zusammenhang mit der gegen die IWF-WB-Tagung gerichteten Kampagne im Jahre 1988 von dem rührigen »Verlag Libertäre Assoziation« wieder neu aufgelegt. Es handelt sich dabei auch heute noch um bemerkenswerte Dokumente des Zeitgeschehens.

Darüber hinaus wurden noch folgende Texte verwendet:

- Wolfgang Kraushaar: »Autoritärer Staat und antiautoritäre Bewegung« in: »1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte«, 3/87 Hamburg 1987
- K.H. Roth: »Die historische Bedeutung der RAF« in: »Klaut sie!«, Tübingen 1970
- Peter Brückner: »Über die Gewalt – Sechs Aufsätze zur Rolle der Gewalt in der Entstehung und Zerstörung sozialer Systeme«, Berlin 1979.

Italien

- Wolfgang Rieland (Hrsg.) »Organisation und Autonomie. Die Erneuerung der italienischen Arbeiterbewegung«, Frankfurt a.M. 1977
- Kursbuch Nr. 26: »Die Klassenkämpfe in Italien«, West-Berlin 1971

- Mario Tronti: »Marx, Arbeitskraft, – Erste Thesen«, neuaufgelegt W-Berlin 1987
- Trikont Verlag: »Indianer und P 38«, München 1978
- Guido Viale: »Die Träume liegen wieder auf der Straße«, W-Berlin 1979
- AUTONOMIE – Neue Folge: »Fabrik und neue Klassenzusammensetzung. Das Beispiel FIAT 1974–81« Heft Nr. 9, Hamburg 1982. »Italien – Ende der revolutionären Bewegungen?« Heft 12, Hamburg 1983
- Henner Hess: »Italien: Die ambivalente Revolte« in: »Angriff auf das Herz des Staates«, 2. Band, Frankfurt a.M. 1988

In der Bibliothek des Fachbereiches Politische Wissenschaften der Universität Hamburg liegt eine vorzügliche Diplomarbeit von Ingrid Bierbrauer unter dem Titel: »Operaismus – Politisches Denken im Wandel« vom Sommer 1987 unter einer dicken Staubschicht begraben. Ingrid hat für diese Arbeit die gesamte ins Deutsche übersetzte »operaistische Literatur« inklusive ihrer bundesdeutschen Rezeption und als sogenannte »Autonomie-Theorie« erfolgten Modifikationen diskutiert.

Irgendwann in den 90er Jahren habe ich von Bodo Schulze, einem Autor aus dem Umkreis der ISF Freiburg, einen Aufsatz unter dem Titel: »Autonomia – Vom Neoleninismus zur Lebensphilosophie – Über den Verfall einer Revolutionstheorie« im »Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit«, Bochum 1989, gefunden. Schulze schlägt in seiner bissigen, zuweilen leider etwas gehässigen, aber auf jeden Fall anregenden Polemik einen weiten Bogen: Darin spürt er den neoleninistisch inspirierten theoretischen Implikationen der Autonomiatheorie, ihren Veränderungen bis hinein in die diesbezüglichen Rezeptionen in der bundesdeutschen Wirklichkeit hiesiger Operaisten nach. Dabei deckt Schulze eine Reihe von gern gepflegten Autonomiamythen auf, so z.B. die theoretisch nur zu konsequente Entwicklung des Autonomiatheoretikers Negri hin zu einem Fan ausgerechnet(!) der bundesdeutschen Grünen in der ersten Hälfte der 80er Jahre. Darüber hinaus gelingen ihm eine Reihe von verblüffenden Aussagen über die hinter dem Rücken der neuen sozialen Bewegungen in den 80er Jahren wirkenden Geheimnisse.

Dem Verlag »Schwarze Risse« gebührt das große Verdienst mit der Publikation von Primo Moroni und Nanni Balestrini: »Die goldene Horde – Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien«, Berlin 1994, einen ausgezeichneten Blick zweier Beteiligter auf das Innere der italienischen Autonomia verfügbar gemacht zu haben. Unbedingt lesen!

Der antiautoritäre Linksradikalismus der 70er Jahre

WAA-Gruppen

Für das Kapitel über die Betriebsprojektgruppen habe ich die Zeitschrift: »Wir wollen alles«, überregionale Zeitung linksradikaler bundesdeutscher Gruppen vom Februar 1973 – August 1975 (27 Ausgaben) durchgesehen. Darüber hinaus waren die beiden Bücher von der Gruppe Arbeiterkampf Köln/Betriebszelle Ford: »Streik bei Ford Köln«, Köln 1973, sowie von K.H. Roth/E. Behrens: »Die andere Arbeiterbewegung«, München 1975, eine Hilfe. Auf die Arbeit von Ingrid Bierbrauer: »Operaismus – Politisches Denken im Wandel«, Hamburg 1987, wurde bereits hingewiesen.

Häuserkämpfe 70er

Hinsichtlich des Frankfurter Häuserkampfes wurden die meisten Einschätzungen inklusive einer Chronologie aus dem Buch »Wohnungskampf in Frankfurt«, das im Jahre 1974 vom Frankfurter Häuserrat verfaßt worden ist, entnommen. Ein paar der dort formulierten Einschätzungen wurden 12 Jahre später in einem Artikel der Zeitschrift »Wildcat« Nr. 38 aus dem Jahre 1986 unter dem Titel: »Die militante Geschichte Frankfurts – Die Häuserkämpfe« erneut abgeschrieben. In der Ausgabe Nr. 40/86 der gleichen Zeitschrift erschien auch ein zweiter Teil über die linksradikale Geschichte Frankfurts in den 70er Jahren unter dem Titel: »Militanz, bewaffneter Kampf, Reformismus und Repression«.
Zur Hausbesetzung in der Eckhoffstr. 39 in Hamburg wurde besonders auf die Dokumentation der Stadtteilgruppe Hohenfelde Ende des Jahres 1973 unter dem Titel: »Wir greifen an: Springer, Senat, Neue Heimat« zurückgegriffen. Eine übersichtliche Darstellung über die politische Vorgeschichte, den Verlauf und die Konsequenzen dieser Hausbesetzung findet sich im Buch von Michael Grüttner. »Wem gehört die Stadt«, Hamburg 1976. Über die Rolle der »Proletarischen Front« bei dieser Besetzung findet sich im Buch von Margareth Kukuck: »Student und Klassenkampf«, Hamburg 1977, eine entsprechende Passage.

Spontibewegung

- Uwe Schlicht: »Vom Burschenschafter bis zum Sponti«, West-Berlin 1980
- Johannes Schütte: »Revolte und Verweigerung – Zur Politik und Sozialpsychologie der Spontibewegung«, Giessen 1980

ML-Gruppen

Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen sind in dem Buch »Wir warn die stärkste der Partein ...«, Berlin 1977, zu finden.

Eine gute Kritik an den theoretischen Vorstellungen des ML-Konzeptes leisten K.H. Lehnardt und Ludger Vollmer in dem Buch »Politik zwischen Kopf und Bauch«, Bochum 1979. Letzterer Autor hat sich zwischenzeitlich an die Spitze der Grünen Staatsbürgerpartei geschlichen, was jedoch nicht unbedingt bedeuten muß, daß er schon Ende der 70er Jahre so dumm war.

Ein paar Zahlen und Daten über die Entwicklung der K-Gruppen wurden aus dem Staatsschutzbuch von G. Langguth: »Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang und Renaissance. Die neue Linke seit 1968«, Köln 198, entnommen.

Alternativbewegung

- Ernst Lohmann: »Die Alternativen vor der Alternative: Politik oder Privatheit?« Aufsatz abgedruckt in der Radikal Nr. 52, Januar 1979, West-Berlin
- Harry Ticker: »Anatomie einer Sackgasse«, Aufsatz abgedruckt in der Radikal Nr. 79, Juni 1980, West-Berlin

K.H. Roth: In einer während des »Deutschen Herbstes« im September 1977 in Bologna gehaltenen Rede, die später unter dem Titel: »Massenautonomie gegen ›Modell Deutschland‹« in der AUTONOMIE Nr. 10 dokumentiert wird (siehe auch: Frombeloff), bemüht sich K.H.R. gegenüber den italienischen Genossen darum, mit Hilfe einer auf die Aktualität zielenden politischen Geste einen instruktiven Überblick über die »wimmelnde Breite einer neuen Massenbewegung« zu geben. Zwei Jahre später widmet er sich dann in dem Aufsatz: »Die Geschäftsführer der Alternativbewegung«, abgedruckt in »Klaut sie!«, Tübingen 1979, den inneren Selbstzerstörungsprozessen dieser Bewegung.

- Joachim Hirsch: »Der Sicherheitsstaat«, Frankfurt, überarb. Neuauflage 1986

Das Zeitschriftenprojekt AUTONOMIE

- AUTONOMIE – Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, 14 Hefte Oktober 1975 bis Ende 1979, München
- AUTONOMIE – Neue Folge – Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, 14 Hefte, Ende 1979 bis Frühjahr 1985, Hamburg
- Richard Herding: »Da ist der Wurm drin«, abgedruckt in zwei Teilen der Zeitschrift »Kommune« Heft 8 und 9/1985
- Angelika Ebbinghaus: »Informationen zu den Zeitschriften Autono-

mie und 1999«, abgedruckt in »Verzeichnis der alternativen Medien«, Amsterdam 1989

Eine autonome Bremer Studentengruppe unter dem Namen »Frombeloff« hat in einem K.H. Roth gewidmeten und ihm gegenüber viel zu unkritischen Buch unter dem etwas verklärenden Titel: »... und es begann die Zeit der Autonomie«, Hamburg 1993, eine Reihe von Hintergrundinformationen und Texten aus dem AUTONOMIE-Projekt verfügbar gemacht.

Stadtguerilla

- Peter Brückner: »Über die Gewalt«, W-Berlin 1979
- K.H. Roth: »Über die historische Bedeutung der RAF«, Aufsatz in »Klaut sie!«, Tübingen 1979
- P.P. Zahl: »Waffe der Kritik«, Frankfurt 1976

Über den Kampf der Gefangenen aus der RAF in der Zeit von 1970–77 gegen den Knast, die Isofolter und die Justiz informiert die Darstellung von P. Bakker-Schut: »Stammheim«, Kiel 1986

Originaltexte der RAF finden sich u.a. in der Textsammlung »›Mythen knacken‹ – Materialien wider ein Tabu«, herausgegeben von der Linken Liste in Frankfurt 1987

Deutscher Herbst

Die beiden Journalisten Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel: bemühen sich in dem Buch »Nix geRAFft«, Hamburg 1987, um eine detailierte Beschreibung der Wirkungen dieses Zeitabschnittes auf die damalige radikale Linke. Im Oktober 1987 legte die »GNN« eine Broschüre unter dem Titel: »Ausgewählte Zeitdokumente BRD – RAF« vor, in der auch eine ausführliche Chronologie des »Deutschen Herbstes« enthalten ist.

TUNIX

- Peter Brückner: »Die Mescalero-Affäre – Ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur« Hannover 1978. In diesem Band findet sich eine umfassende Dokumentation der Auseinandersetzungen sowohl um den Buback-Nachruf als auch um die staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen Peter Brückner, der einer der solidarischsten Wegbegleiter der Studentenrevolte als auch der neuen Linken in der West-BRD gewesen ist.
- Hoffman-Axthelm/Kallscheuer u.a.: »Zwei Kulturen? – Tunix, Mescalero und die Folgen«, Berlin 1978. Neben dem Buch von Kraushaar: »Autonomie oder Ghetto« ist dieser Band das wichtigste Buch

über die politischen Wirkungen und Vorstellungen der Sponti-Bewegung der 70er Jahre.

The Making of the Autonomist Groups in the 80s

- Brand/Büsser/Rucht: »Aufbruch in eine andere Gesellschaft«, aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt 1986
- R.Roth/Rucht (Hg): »Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland«, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1987. In diesem Band ist auch eine Auswahlbibliographie von Texten zu dem ganzen »Problemkontext« der neuen sozialen Bewegungen enthalten.
- Hirsch/R. Roth: »Das neue Gesicht des Kapitalismus – Vom Fordismus zum Post-Fordismus«, Hamburg 1986

Anti-AKW-Bewegung 75–81

Aus der unübersehbaren Flut der verschiedensten Publikationen über den Anti-AKW-Widerstand schienen mir folgende am besten geeignet zu sein, die Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung bzw. der darin arbeitenden Autonomen Gruppen bis zum Jahr 1982 nachzuvollziehen:

Eine vorzügliche Dokumentation über den Widerstand der Kaiserstuhler Bevölkerung gegen den Bau des AKWs Whyl hat Nina Gladitz mit dem Buch »Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv«, West-Berlin 1976, vorgelegt.

Die Geschichte des Widerstands gegen das AKW Brokdorf bis zum Jahr 1977 findet sich detailliert in dem von der BUU herausgegebenen Band »Brokdorf: Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!«, Hamburg 1977, wieder.

In dem vom »AK Politische Ökologie« in Hamburg herausgegebenen Band »Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen«, Hamburg, September 1978, werden die Strukturen der innerhalb der Bewegung arbeitenden Autonomen Gruppen im Kontext der bis zu diesem Zeitpunkt gelaufenen Widerstandsaktionen erläutert und dargestellt.

Der »Kalkar-Schock« der Anti-AKW-Bewegung wird ausführlich in einer 1977 vom Ermittlungsausschuß der NRW-Bürgerinitiativen gegen Kernenergie herausgegebenen Broschüre unter dem Titel: »Wir – das Volk« beschrieben. Über die Diskussionen und Solidaritätsaktionen zu den Grohnde-Prozessen informieren zwei Broschüren aus dem Jahre 1978 von der »Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen« (BBA) unter dem Titel »Den Wurfanker werfen wir in die Zukunft – und Zukunft heißt: Nie wieder Zäune« sowie eine vom Ermittlungsausschuß

Hannover herausgegebene Schrift unter dem Titel »Grohnde-Prozesse – Wie Unrecht zu Recht wird ...«.

Die Redaktion der »AUTONOMIE – Materialien gegen die Fabrikgesellschaft – Neue Folge« legte im Sommer 1980 ein Doppelheft »AKW – Widerstand/Atomstaat« vor, aus dem einige Passagen zitiert wurden und dessen praktische Bedeutung sich eher für einen Schreibtischchronisten ermessen läßt als für die damaligen autonomen Bewegungsaktivisten.

Über die Auseinandersetzungen um das AKW Brokdorf vom Sommer 1980 bis zum Ablauf der Demonstration vom 28.2.81 und ihre politischen Konsequenzen gibt eine gemeinsam von den BUU-Delegierten und Autonomen Plenum sowie vom »AK Politische Ökologie« und dem KB herausgegebene Broschüre »Brokdorf 28.2.81. Berichte – Bilanz – Perspektiven« erschöpfend Auskunft.

Über den Brokdorf-Prozeß von Markus und Michael sowie die dazu gelaufenen Aktionen und Diskussionen wurde im Sommer 1982 von GenossInnen aus der »Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen« eine Prozeßdokumentation unter diesem Titel erstellt.

Eine lesenswerte, wenn auch akademische Darstellung über die Beweggründe, soziale und politische Zusammensetzung und die politischen Tendenzen dieser Bewegung legte Herbert Meyer in seiner Diplomarbeit »Zur neueren Entwicklung der Bürgerinitiativbewegung im Bereich Kernenergie«, Bochum 1981, vor.

Last but not least können die in der Zeit von 1976–81 innerhalb der Bewegung geführten Diskussionen in den Zeitschriften »Atomexpreß« aus Göttingen und »Anti-AKW-Telegramm« aus Hamburg verfolgt werden.

West-Berliner Hausbesetzerbewegung 1980–83

Über die Entwicklung der West-Berliner Hausbesetzerbewegung informieren neben den Ausgaben der »Radikal« von 1979 bis zum Jahr 1984 drei Dokumentationen des Ermittlungsausschusses der Bewegung vom Februar ’81 unter dem gleichnamigen Titel; vom Spätsommer ’81 unter dem Titel: »Dokumentation zu den Hausbesetzerprozessen« und vom November ’81 unter dem Titel: »abgeräumt? 8 Häuser geräumt – Klaus Jürgen Rattay tot«. Darüber hinaus findet sich eine detaillierte Chronologie, inklusive einer ausgewählten Pressedokumentation der Bewegung vom Februar 1979 bis zum 11.8.81 in der Broschüre »Berliner Linie gegen Instandbesetzer – Die ›Vernunft‹ schlägt immer wieder zu!« aus dem Umkreis der Kreuzberger Lokal- und Alternativzeitung »Südostexpreß«.

Eine nur zynisch zu nennende Beschreibung der Hausbesetzerbewegung aus sozialdemokratischer Sicht unternahmen im Jahre 1983 die

beiden beim Innensenator besoldeten Beamten B. Sonnewald und J.R. Zimmermann in ihrem Buch »Die ›Berliner Linie‹ und die Hausbesetzer-Szene«.

Klaus Herrmann und Harald Glöde haben mit der Ende 1985 vorgelegten, außerordentlich informativen Arbeit unter dem Titel: »Aufstieg und Niedergang der Hausbesetzerbewegung in Berlin« den Titel eines Diplom-Politologen einstreichen können. Glückwunsch.

Matthias Manrique hat sich in dem Buch: »Marginalisierung und Militanz«, Frankfurt a.M. 1992, ein wenig an »jugendlichen Bewegungsmilieus im Aufruhr« probiert. Unter anderem ist dabei auch eine außerordentlich detailierte Chronologie des West-Berliner Häuserkampfes herausgekommen.

Keine Startbahn-West

Über die Entwicklungen der politischen Auseinandersetzungen im Kampf gegen die Startbahn-West geben u.a. ein »Startbahnpapier« der Revolutionären Zellen vom August 1983, entnommen aus »Der Weg zum Erfolg«, sowie die Dokumentation der »Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung« über die Aktionswoche anläßlich der Inbetriebnahme der Startbahn, Frühjahr 1984, Auskunft.

Anti-Kriegs- und Friedensbewegung

Im Zusammenhang mit den autonomen Anti-Kriegs-Aktivitäten bis zum Jahre 1982 sei auf die Hannoveraner Dokumentation der Aktivitäten gegen die IDEE im Frühjahr 1982, eine Dokumentation des Bundeskongresses autonomer Friedensinitiativen unter dem Titel »500.000 gegen Reagan und NATO«, Göttingen 1982, sowie auf die von autonomen und antiimperialistischen Gruppen herausgegebene Broschüre »Anti-NATO Demo 11.6. W-Berlin«, Hamburg 1982, verwiesen. Der Aufsatz »Überlegungen zur Anti-Kriegs-Bewegung« ist in einer Sommer-Ausgabe der »Radikal« 1983 nachzulesen.

Die »Vorbereitungsmaterialien« für die beiden bundesweiten autonomen Treffen in Hannover und Lutter, 1983, wurden leider nirgendwo publiziert und befinden sich im Privatbesitz (au weia!) des Verfassers.

Über die Ereignisse in Krefeld inklusive der sich daran anschließenden politischen Auseinandersetzungen wurde in den besseren Zeiten des KB Hamburg eine Broschüre unter dem Titel: »25.6.83 – Krefeld – Dokumentation« herausgegeben, in der sich auch Hamburger Autonome zu Wort melden. Von der Öffentlichkeitsgruppe des Unterweserausschusses wurde über die Aktionen der Friedensbewegung in Bremerhaven/Nordenham vom 13.-15. Oktober eine Pressedokumentation unter dem Titel »Wir kommen« vorgelegt.

Petra Kelly und Jo Leinen legten in dem Buch »Ökopax – Die neue Kraft«, West-Berlin 1982, eine Aufsatzsammlung zur Friedensbewegung aus grün-sozialdemokratischer Sicht vor. In dieser teilweise an Zynismus nicht mehr zu überbietenden Aufsatzsammlung werden in einem Aufsatz von Scherer die »Militanz« der autonomen und antiimperialistischen Gruppen als eine der »Hürden« dieser Bewegung benannt. Dummköpfe! Vom Bremer Komitee gegen die Bombenzüge (KGB) wurde im Mai 1984 eine Broschüre unter dem Titel »Hochexplosiv – Widerstand gegen die NATO – Stoppt die Bombenzüge« verfaßt. Eine Sammlung von Aufsätzen aus dem unabhängigen Teil der Friedensbewegung sowie eine Reihe von Artikeln aus Polizeisicht zur Friedensbewegung legten im Juni 1984 die Redaktionen des Atomexpreß, der Atommüllzeitung sowie der Kommunistische Bund unter dem Titel »Vertrauen schaffen! – Innere Sicherheit und Friedensbewegung«, Göttingen, vor. Dort findet sich auch eine gute Chronologie der Friedensbewegung von Ende 1979 bis Ostern 1984.

Die »Initiative Sozialistisches Forum« (ISF) aus Freiburg legte 1984 einen Band unter dem Titel: »Frieden – je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück« vor. Er enthält eine vorzügliche Kritik an der »deutschen Friedensbewegung«.

Autonome Bewegung quer durch die Republik

Klassenpolitik contra Massenpolitik?

Für den Block »Klassenpolitik oder Bewegungspolitik« habe ich auf eine Reihe von Ausgaben der Zeitschriften »Schwarze Katze«, herausgegeben von Hamburger Jobbergruppen, sowie die »Karlsruher Stadtzeitung« und die in direkter Nachfolge dazu erscheinende Zeitschrift »Wildcat«, West-Berlin, zurückgegriffen. Von großem Nutzen war auch eine von Freiburger Studis (Bolschewiki) im Jahr 1989 herausgegebene Broschüre »Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen«.

Über die politischen und praktischen Auseinandersetzungen der Autonomen nach der Ermordung Günter Sares durch hessische Bereitschaftsbullen gibt eine von Frankfurter Genossen herausgegebene Dokumentation aus dem Herbst 1985 Auskunft.

Die Autonomen und die Grünen

Ein paar Gedanken über das Verhältnis der Autonomen zu den Grünen und umgekehrt wurden einem Aufsatz von J. Hirsch aus »links« Nr. 1/1986 entnommen.

Wolfgang Kraushaar hat kurz vor dem Einzug der Grünen Partei in diesen komischen Bundestag ein spannendes Buch unter dem Titel:

»Was sollen die GRÜNEN im Parlament«, Frankfurt a.M. 1983, publiziert. Darin sind eine Reihe von Aufsätzen versammelt, die von Thomas Ebermann über J. Fischer bis hin zu den »Grauen Zellen« aus der Westberliner Hausbesetzerszene und dem guten J. Agnoli reichen. Insbesondere in den beiden zuletzt genannten Beiträgen wären für die grünen Ökosozialisten und Fundis der frühen 80er Jahre alle Argumente nachzulesen gewesen, die gegen die von ihnen nachfolgend betriebene, falsche politische Praxis und Naivität als Programm gesprochen haben. Sie haben es jedoch stattdessen vorgezogen, es nicht begreifen zu wollen. Warum auch nicht? So dauerte es danach nur noch ein knappes halbes Jahrzehnt, bevor diese von den Autonomisten ausgesprochenen Wahrheiten über die tatsächlichen Wirkungsweisen eines parlamentarischen Systems an ihnen von der auf dieser Ebene schlaueren Fischer-Bande exekutiert wurden. Beileid.

– Joachim Raschke (und ein paar andere) haben mit der Arbeit »Die Grünen« Köln 1994, einen voluminösen 800-Seiten Schinken über die Entstehung und grob 15 jährige Geschichte dieser Partei vorgelegt. Eine, auf den ersten Blick betrachtet, nützlich erscheinende Faktenentsorgungsdeponie. Wenn's wirklich das allerletzte Buch über diese Organisation bliebe, dann hätte es durchaus seinen Zweck und Sinn mehr als positiv erfüllt.

Die Anti-AKW-Bewegung der 80er Jahre

Über den Anti-AKW-Widerstand in der Zeit seit 1982 kann auf die Zeitschriften der Bewegung »Atommüllzeitung«, Lüneburg, und »Atomexpreß«, Göttingen, bis 1984, zurückgegriffen werden, bevor diese dann zum gemeinsamen Projekt »Atom« fusionierten.

Über den regionalen Anti-AKW-Widerstand in Gorleben und Wackersdorf wurden aus autonomer Sicht zwei empfehlenswerte Broschüren verfaßt. Der »Widerstandsbericht Wendland – Teil 1« gibt einen Überblick über die Geschichte des Widerstandes in Gorleben, mit Schwerpunkt auf die Zeit von Januar '83 bis zum Juni '85. Im Sommer 1988 erschien in Berlin unter dem Titel »Abgebrannt«, eine Aufarbeitung des Anti-WAA-Widerstandes von 1981–88 von autonomen Anti-AKW-Gruppen aus Süddeutschland und West-Berlin.

Über die im autonomen Spektrum gelaufenen Auseinandersetzungen um den Ablauf des in Kleve von den Bullen zusammengeschlagenen Brokdorf-Konvois wurde von Hamburger GenossInnen eine Flugblattsammlung erstellt, die leider ohne Titel ist und nicht in einer Broschüre zusammengefaßt wurde. Eine Gruppe, bestehend aus dem Ermittlungsausschuß der BUU, dem KB, die Grünen Schleswig-Holsteins und der Sanigruppe Hamburg war aber noch so freundlich, in diesem

Zusammenhang eine Broschüre unter dem nicht gerade mitreißenden Titel: »Brokdorf/Kleve/Hamburg« zu erstellen. Leider liegt die Intention dieser Schrift darin begründet, ausgerechnet den Bullen vorzuwerfen, daß diese doch tatsächlich gegenüber der Bewegung Terror ausgeübt hätten. Na sowas!

Vom Hamburger Wendlandplenum wurde im Frühjahr 1987 eine Broschüre »Atomtechnologie – Umstrukturierung am Beispiel Siemens« veröffentlicht. Die Erfahrungen aus der KWU-Kampagne wurden in einem Papier aus Berlin unter dem Titel »Erkenntnisse, Hintergründe und Fragen« zusammengefaßt, das im Mai ’88 auf einer Konferenz autonomer Anti-AKW-Gruppen vorgelegt worden ist.

Im Herbst ’88 legten Hamburger GenossInnen einen »Hamburger Rundbrief zum Thema: Anti-AKW-Bewegung« vor, der sich stark um eine antikapitalistisch dominierte Sichtweise der gesamten Geschichte der Anti-AKW-Bewegung bemüht.

Hafenstraße, Kreuzberg, Schüsse an der Startbahn-West, IWF-Kampagne, ’89 und Kurzgutachten

Eine Hilfe bei der Konstruktion des Kapitels waren eine Reihe von Flugblättern, die sich allerdings nur schwer zitieren lassen, weil sie zum großen Teil ohne Datum und besondere Überschriften versehen sind. Darüber hinaus war dem Autor das gesamte reichhaltige linksradikale Zeitschriftenspektrum von großem Nutzen:

Die mittlerweile unter den Ladentischen vertriebene »Radikal« und die von Oktober 1985 bis Ende ’88 erscheinende »Unzertrennlich« bemühten sich, bundesweite Diskussionsprozesse der Autonomen transparent zu machen. Für die ebenfalls überregional erscheinende Zeitschrift »Schwarzer Faden« gilt dies nur eingeschränkt. Die Diskussionen und Aktionen der autonomen Hamburger Linken finden sich in der 1984 eingestellten »Großen Freiheit« und in der ab ’85 erscheinenden Zeitschrift »Sabot«, gleiches gilt für die West-Berliner Autonomen seit dem Mai ’88 mit ihrer Zeitschrift »Interim«. Darüber hinaus existiert zu allen möglichen Ereignissen, an denen sich die Autonomen beteiligt haben, ein umfangreiches Schrifttum in Form der verschiedensten »Dokumentationen«, die zumeist – dummerweise – auch genauso heißen.

Anfang 1988 legte der »Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße« mit der Broschüre »Hafenstraße – Chronologie eines Kampfes« (1. vorläufige Fassung) eine vorzügliche Sammlung von Flugblättern, Presseartikeln und einer Chronologie von Beginn der Besetzung der Häuser seit Herbst 1981 vor. Darin werden die politischen Entwicklungsprozesse der Leute im »Hafen« und ihrer UnterstützerInnen dargestellt. In

dem im September ’87 erschienenen Buch »Hafenstraße – Chronik und Analysen eines Konfliktes« unternehmen die Autoren Herrmann, Lenger, Reemtsma und Roth den Versuch, in verschiedenen Beiträgen, angefangen beim Städtebau, über die faschistischen Kontinuitäten in der Stadtsanierung, Bulleneinsätzen bis zur Pressepolitik der Springer Zeitungen, die größeren politischen Dimensionen des Hafenstraßenkonfliktes zu beleuchten.

Ein ganz anderer Blickwinkel wird in der Aussage des Hamburger Verfassungsschutzchefs Lochte vor einem Untersuchungsausschuß des Hamburger Parlaments zur Hafenstraße deutlich. Er gibt darin Auskunft über ein paar von seinem Amt jahrelang gegen den »Hafen« lancierten Politik-, Repressions- und Räumungsstrategien und blufft mit vermeintlichen Insiderkenntnissen aus dem »Hafen«, die er nicht besitzt. GenossInnen waren so freundlich, das Vernehmungsprotokoll aus dem Jahre 1988 zu veröffentlichen.

Über die Entwicklungen der Berliner autonomen Szene (ohne IWF) geben drei Dokumentationen Aufschluß: Der Ermittlungsausschuß veröffentlichte zur ersten Mai-Randale in Kreuzberg und zum Reagan-Besuch ’87 eine vorzügliche Broschüre unter dem Titel »1. Mai 1987 – 12. Juni 1987«.

Über die autonomen Stadtteilaktivitäten vom Sommer bis Winter 1987 gibt eine Dokumentation unter dem gleichnamigen Titel zur »Kiez Demo und Reichenberger-63A-Besetzung«, erschienen Anfang Januar ’88, Auskunft. Als Querverweis sei an dieser Stelle auf eine von GenossInnen aus Hamburg erstellte Dokumentation im Kampf für die »Rote Flora« im Schanzenviertel verwiesen.

Die letzte »Dokumentation«, die an dieser Stelle aufgeführt werden soll, wurde zur »revolutionären 1. Mai Demo 1988 in Westberlin« verfaßt.

Zu der Entwicklung des Startbahn-Widerstandes kann auf das Info der autonomen StartbahngegnerInnen »Hau Ruck« zurückgegriffen werden, das bis zum Sommer 1986 in sieben Ausgaben erschien. Zu den Schüssen an der Startbahn wurde vom »ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam« im März 1988 eine umfängliche Dokumentation aller bis zu jenem Zeitpunkt erreichbaren Aufsätze, Artikel und Diskussionsbeiträge aus grünen, linken und linksradikalen Publikationen unter dem Titel »2.11.87« herausgegeben.

Über das Ausmaß und die Reaktionen auf die Verhaftungen von Ulla und Ingrid geben sechs von Hamburger GenossInnen erstellte Prozeßinfos vom Winter ’87 bis zum Spätsommer ’88 Auskunft. Eine gute Broschüre über die politischen Hintergründe der massiven staatlichen Repressionen gegen die autonome Frauenbewegung sowie eine aus-

führliche inhaltliche Darstellung aller in diesem Zusammenhang »anschlagsrelevanten Themen« wurde im März 1988 unter dem Titel »Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf« von der »Broschürengruppe für Ulla und Ingrid« im Konkret-Verlag, Hamburg, veröffentlicht.

Zur Vorbereitung des Bremer Internationalismuskongreß probierte sich der damalige von Autonomen gestellte AStA der Uni Bremen in zwei um viel Radikalität bemühte Broschüren unter dem Titel »Neuer Internationalismus und IWF-Kampagne«. Zur IWF-Kampagne der autonomen Gruppen sei aus dem reichlichen Material vor allem auf die Berichterstattung in der »Unzertrennlich« hingewiesen, insbesondere auf eine gute Auswertung aller Aktivitäten in ihrer letzten Ausgabe Nr. 10/11 (Herbst/Winter '88). In der »Radikal« Nr. 135 (Oktober '88) ist eine ausführliche Dokumentation aller Aktivitäten im Vorfeld und vor allem in der Aktionswoche nachzulesen. Das autonome Frauenplenum West-Berlin veröffentlichte im Frühjahr '88 eine Broschüre unter dem Titel »Ansätze«, die einen Einblick in ein paar theoretische und inhaltliche Linien der autonomen Frauenaktivitäten gegen den IWF-Kongreß gibt.

Ein unter dem witzigen Pseudonym »Nuno Tomazky« verkleideter Autor hat es sich in der Zeitschrift »Marxistische Kritik« Nr. 6 im Sommer 1989 in einem etwas längeren Aufsatz unter dem Titel: »Militanter Empirismus und IWF-Kampagne« zur Aufgabe gemacht, sowohl die theoretischen Positionen der Zeitschrift »AUTONOMIE – NF« als auch die »ihrer Apologeten« einmal so richtig abzubürsten. Sowohl das Ergebnis als auch der Ton dieser kleinen Untersuchung in der Hauszeitschrift des Robert Kurz (heute heißt sie: »KRISIS«) fällt für die erbarmungslos Kritisierten nicht gerade günstig aus. Aber wie sollte es in den ja von den jeweiligen Schreibtischexponenten als »sehr wichtig« begriffenen Theoriestreits großer Männer auch anders sein. Leider fällt dabei die Tonlage dieses Aufsatzes manchesmal zu unfreundlich, eher erbittert und gehässig aus. Leider verwechselt olle Nuno in diesem Beitrag die gegen die IWF-WB-Tagung gerichtete Assoziation innerhalb der doch schillernden autonomen Bewegung immer mal wieder mit den schriftlich fixierten Positionen der dieser Bewegung willkürlich zugeschriebenen Theoriefürsten. Nichtsdestotrotz: In ein paar Punkten hat Nuno intellektuell gegenüber ein paar Positionen der alten »AUTONOMIE-NF«-Redaktion und einem innerhalb der Basisbewegung durchaus verbreiteten dubiosen instrumentellen Hau-ruck-Verhältnis zwischen »Theorie« und »Praxis« zurecht zugebissen.

Für das allorten wohl oder eher übel geschichtsmächtig erklärte Jahr 1989 lohnt durchaus ein Blick in den Blätterwald der autonomen Bewe-

gung. Darüber hinaus finden sich in jenem Jahr eigentlich zu allen vom Verfasser im diesbezüglichen Kapitel angesprochenen Ereignissen und Entwicklungen die damals tatsächlich immer so genannten »Dokumentationen«

Der Begriff der »movement-party« stammt von dem Politologen Geoff Eley, geschrieben in einem Aufsatz in einer Ausgabe der sozialwissenschaftlichen us-amerikanischen Zeitschrift: Capitalism, Nature, Socialism (CNS) irgendwann im Jahre 1991. (Ich kannte diese Zeitschrift vorher auch nicht). Der von Severin Lansac erfundene Begriff der »Wanderdüne des gesellschaftlichen Konfliktes« wurde dem Aufsatz: »Autonome Orte: Für eine kleine Politik«, abgedruckt in dem Büchlein: »Feuer und Flamme, Teil II«, Amsterdam 1992, entnommen.

Die staatliche Repression

ist nicht nur schlimm. Sie wird auch von allen Beteiligten auch immer gerne dafür benutzt, über unbequeme Dinge nicht mehr sprechen zu müssen. Wie dem auch sei, egal oder gar gleichgültig kann sie gerade denjenigen nicht sein, die von ihr bedroht werden. Mein Freund Enno Brand hat im Jahre 1989 in dem Buch »Staatsgewalt« eine vorzügliche Chronologie der staatlichen Repression von 1975 bis zum Ende der 80er Jahre gegen die außerparlamentarische Linke der West-BRD vorgelegt. In einer Reihe von Passagen kann Ennos Buch als Ergänzung zu dem vorliegenden Text gelesen werden.

Wer noch mehr über die staatliche Repression gegen die linke außerparlamentarische Bewegung der West-BRD vom Beginn der 70er bis zum Ende der 80er Jahre erfahren möchte, der oder die sei auf den 400–Seiten Schinken von Rolf Gössner: »Das Anti-Terror-System – Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat«, Hamburg 1991, verwiesen. Das in weiten Strecken unpolitisch geschriebene Buch kann als eine gute Anti-Repressions-Daten- und Faktenauffüllanlage benutzt werden.

Wer das Ganze über die Autonomen

erfahren möchte, sei zunächst einmal für die 80er Jahre auf folgende Texte hingewiesen:

In der linksliberal-pädagogisch orientierten Zeitschrift »Vorgänge«, Ausgabe Nr. 85, wurde unter dem Stichwort »Phänomen Gewalt« im Jahre 1987 ein stark psychologisierender Artikel unter der Überschrift: »Hau weg die Scheiße – Autonomer Widerstand in der BRD« verfaßt.

Gleiches gilt für einen Artikel aus der DKP-Theoriezeitschrift »Marxistische Blätter«, Ausgabe Nr. 1./1988 unter dem schlichten Titel: »Die Autonomen«. Immerhin wurde in jenem Beitrag von der damals noch

in größeren Umfange existierenden DKP erwogen, die unter dem Etikett »Autonom« herumspringenden Jugendlichen in »marxistische Bildungsangebote« einzubeziehen. Was ham wir jelacht ...

Die außenpolitische Zeitschrift »Horizonte«, die von einem Nationalstaat namens DDR herausgegeben wurde, veröffentlichte im Juni 1988 einen Aufsatz unter dem Titel: »Chaoten, Gewaltäter, Straßenmob«. In diesem Aufsatz wurde doch glatt von einigen, vermutlich von der STASI alimentierten, Schreiberlingen die Mär von den massenhaft »bezahlten Provokateuren« innerhalb der Autonomen heruntergebetet. Na sowas ...

Die Gruppe »Autonome Studis (Bolschewiki)« aus dem schönen Freiburg hat im Sommer des Jahres 1989 für nur fünf Maak eine Broschüre unter dem verheißungsvollen Titel: »Mit den überlierferten Vorstellungen radikal brechen – Ein Blick über den Tellerrand autonomer Basisbanalitäten« vorgelegt. Auch wenn sich das im Titel benutzte »radikal brechen« hinsichtlich seiner Intention nicht auf den Vorgang des »kotzens« sondern auf eine radikal gemeinte Kritik gegenüber beständig als »Andere« verstandene Autonome und deren Wurzeln und Geschichte in den 70er und 80er Jahren bezieht, so erscheint dies nach Lektüre des Textes nur halbwegs gelungen. Die in dieser Broschüre erstellten Beschreibungen glauben sich auf »die bekannte Erscheinung des oder der Durschnittsautonomen« stützen zu können. Und die wiederherum existieren allenfalls in verzweifelten Köpfen und an verschiedenen Schreibtischen, jedoch nicht in der Wirklichkeit.

Micha Wildenhein probierte sich in dem Aufsatz: »Modell Kreuzberg« in der Zeitschrift Konkret Nr 11/89 an einigen durchaus interessanten Gedanken, u.a. auch über die Entwicklung der Autonomen in diesem Kiez. Die dabei von Micha gegenüber dem ihm äußerlich gebliebenen Gegenstand formulierte Absage und Enttäuschung, die ihm keineswegs vorzuwerfen ist, provozierte dann auch in der gleichen Zeitschrift in der Nr. 1/90 unter dem Titel: »Modem Kreuzberg« eine fulminante Replik des Alt-Genossen H. Aegar. Er endet mit der uns richtig erscheinenden Erkenntnis: »Die ›Kreuzberger Ideologie‹ ist weder Ausgangs- noch Endpunkt revolutionärer Vorstellungen, sondern eine notwendige Etappe – nicht mehr, aber auch nicht weniger.«

Für die 90er Jahre sei auf folgende Darstellungen verwiesen:

Der Soziologe Rainer Paris hat in der sozial- und politikwissenschaftlichen Zeitschrift »Leviathan« Nr. 1/91 in dem Aufsatz: »Vermummung«, wenn auch mit Hilfe eines zuweilen unangenehmen Soziologenchinesisch, ein paar durchaus beachtenswerte Gedanken zu diesen schillernden und vielschichtigen Phänomen in den Raum geschleudert.

Daneben probierte sich auch der Soziologe Matthias Manrique mit der

Arbeit: »Marginalisierung und Militanz – Jugendliche Bewegungsmilieus im Aufruhr«, Frankfurt a.M. 1992, auf dem Wissenschaftsmarkt. Nicht weit von dessen Intention entfernt, verfaßte Detlef Schulze einen Text unter dem Titel: »Die Autonomen – Ursprünge und Entwicklung der autonomen Bewegung«. Sie findet sich in mehreren Teilen in der ökologisch fragwürdigen Hamburger Hochglanzzeitschrift »17 Grad Celsius«, ab der Nummer 7, April 94, abgedruckt. In beiden Arbeiten ist ein gelehrsamer Götzendienst an ein paar makrosoziologischen Großtheorien zu besichtigen. Die ausführlich in diesen Texten abgeschriebenen Großtheoretiker wird's freuen, wenn die von ihnen erfundenen Theorien nachträglich noch mal auf die autonome Bewegungsgeschichte der 80er Jahre draufgeklebt werden. Insgesamt finden sich in beiden Arbeiten komplexe Sachverhalte komplex beschrieben, ohne daß die Autoren vergessen haben, sie in komplexer Art und Weise »analytisch fixieren« zu wollen. Dieser Preis war von beiden Autoren zu entrichten, um sich Hühnerknochen in der Form eines Doktorhutes und eines Diplomzettels von einer Universität zu erschleichen. Glückwunsch lieber Matze und Detlef!

Demgegenüber verzichten die um politische Auseinandersetzung mit der autonomen Bewegung bemühten, nachfolgend genannten Texte auf gar zu viel analytischen Klingelkram. Der erste stammt von der Redaktion der Hannoveraner Zeitschrift »Spezial«, Nr. 88 vom Januar/Februar '93: »Autonome Politik und Sozialrevolution von unten«. Der zweite Text stammt von Jörg Lauterbach: »Zum Staats- und Politikverständnis der autonomen Gruppen in der BRD – Zur Notwendigkeit einer radikalen Opposition«, abgedruckt in der Zeitschrift »Widersprüche« Nr. 50 vom März 1994. Im Spezial-Text sind ein paar interessante Gedanken zum Verhältnis von Autonomen zum Regionalismus und zur Rebellion von »ganz rechts unten« enthalten. Lauterbach wirft in seinem Text die spannende Frage auf, ob den autonomen Gruppen mit dem allmählichen Verschwinden der Gesellschaftsformation des Fordismus nicht die Handlungsgrundlage für die bisher von ihnen praktizierten Formen der Politik verloren geht.

Wer sich darüber hinaus einen Gesamtüberblick über die von Linksradikalen herausgegebene Presse mit libertär-anarchistischer Grundhaltung verschaffen möchte, sei auf das Buch von Holger Jenrich: »Anarchistische Presse in Deutschland 1945–1985«, Grafenau 1988, hingewiesen. Zumindestens für die Zeit ab Mitte der 60er Jahre ist bei Teilen des von Jenrich aufgeführten Zeitschriftenspektrum eine Emanzipation von traditionell anarchistischen Vorstellungen zu verzeichnen.

Der Initiative Sozialistisches Forum

(ISF) gilt ein nachträglicher Dank dafür, daß sie dem Verfasser im Dezember ’92 die Möglichkeit zu einem Vortrag eröffnete. Er wurde für mich zu einem völligen Desaster mit peinlichen und bezogen auf die Gesamtveranstaltung gespenstischen Sequenzen. Zweifellos war die seitens der ISF an meinen Überlegungen geübte Kritik nicht immer ganz frei von denunziatorischen Zwischentönen. Auch das ein paar meiner Gedanken zu den praktischen Implikationen der Hoyerswerda-Demonstration autonomer Gruppen im Verlauf der Diskussion mit dem zutreffenden Hinweis kommentiert wurden, daß ich über »keinen wissenschaftlichen Rassismusbegriff« verfüge, ist für niemanden ein Gewinn. Und doch wurden in der Diskussionsveranstaltung mit Hilfe von ein paar einfachen Fragen unbarmherzig der Finger in ein paar gar zu bequeme und bornierte Denkstrukturen des Verf. gelegt. Darüber hinaus versuchte ich mich entgegen des eigenen bis dato abstrakten Wissens viel zu lange an falschen individuellen Souveränitäts- und Allmächtigkeitsansprüchen zu orientieren, anstatt schon viel frühzeitiger um die verständige Hilfe anderer VeranstaltungsteilnehmerInnen zu bitten. Kurzum: Der Autor hat schmerzhaft lernen müssen, daß auch wenn Momente von »Naivität« zum Zwecke der Assoziierung zwischen Individuen unverzichtbar bleiben, es doch Unfug ist, sie zum politischen Programm erheben zu wollen. Nach einer solchen Veranstaltungs-Erfahrung, hat man die Wahl, entweder ganz aufzuhören oder auf einem anderen Niveau noch besser weiterzumachen, als jemals zuvor. Auch dank der »Praxis« der ISF habe ich mich für letzteres entschieden

Kantonisten

Im Laufe des Textes wurden die Autoren Kraushaar, Roth und Hirsch mehr als einmal zustimmend zitiert. Die drei Genannten haben in einer Reihe von Texten fulminante Beschreibungen der Klassenrealität, der neuen sozialen Bewegungen, der Geschichte der Linken, scharfe Kritiken an der Realpolitik der Grünen verfaßt. In der ersten »Feuer und Flamme«-Fassung wußte der Autor die drei Autoren aufgrund von ein paar Begebenheiten noch als »unsichere Kantonisten« zu bezeichnen. Aus einer Reihe von mittlerweile als »gut« erkannten Gründen möchte der Autor nunmehr von dieser Charakterisierung so elegant und redlich wie möglich Abschied nehmen. Wer also noch Spaß daran hat, sich mit der Geschichte der alten West-BRD auseinanderzusetzen, dem sei die Lektüre nachfolgender Texte ans Herz gelegt:

– Wolfgang Kraushaar: »Revolte und Reflexion«, Frankfurt 1990. In diesem Band sind Aufsätze von Kraushaar aus der Zeit von 1976 bis 1987 enthalten, darunter u.a. auch »Autonomie oder Ghetto« aus

dem Jahre 1978, der die Szeneentwicklung der Frankfurter Sponti-Bewegung in die entstehende Alternativbewegung thematisiert. In der Juni/Juli Ausgabe 1992 der Zeitschrift »Mittelweg 36« schrieb Wolfgang in gewohnter Brillianz einen Aufsatz unter dem Titel: »Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung. Zur heimlichen Dialektik von Internationalismus und Nationalismus«. Er weist darin nach, daß Rudis Liebäugeln mit der »deutschen nationalen Frage« bis in die Ursprünge der 68er Revolte zurückreicht. Diese nun freigelegte und keineswegs zu unterschätzende Tatsache hat eine enorme Bedeutung für zukünftige Interpretationsgefechte dieses Abschnittes der West-BRD-Geschichte.

– Joachim Hirsch: »Der Sicherheitsstaat«, Frankfurt 1980, zweite überarbeitete Neuauflage 1986. Hirsch analysiert in diesem Band die Konturen des keynesianischen SPD-Projektes »Modell Deutschland«, dessen Krisen und die neuen sozialen Bewegungen.
– J. Hirsch/Roland Roth: »Das neue Gesicht des Kapitalismus«, Hamburg 1986. Dieser Text versucht die gesellschaftliche Realität der BRD und der westlichen kapitalistischen Staaten unter den Bedingungen eines vermuteten Überganges von Fordismus zum sogenannten Post-Fordismus in den 80er Jahren zu skizzieren. Beide sind teilweise eine gelungene Beschreibung der Verknüpfung von ökonomischen Entwicklungstendenzen der westlichen Nachkriegsgesellschaften mit einer Vermittlung in diesbezügliche Reaktionen von Betroffenen, politische Konflikte, deren Verläufe und neue soziale Bewegungen.
– J. Hirsch: »Kapitalismus ohne Alternative?«, Hamburg 1990. Ein Resümee plus Fortführung von »Das neue Gesicht des Kapitalismus«

Eine Verbeugung

gilt dem Altmeister der westdeutschen Politologie Johannes Agnoli. Eine Reihe seiner Gedanken hat »autonome« Ansichten sehr bereichern können. So z.B. die Einsicht, wie in einem parlarmentarisch-bürgerlichen System Herrschaftskonflikte in Führungskonflikte zwischen konkurrierenden Eliten transformiert werden. Nach wie vor bleiben seine Parlamentarismus- und Institutionenkritiken und seine Polemik gegen marxistisch-leninistische Politikvorstellungen in ihrer Schärfe unübertroffen. Und das alles in der schönen Perspektive einer »Befreiung von Politik« ...

– J. Agnoli/Peter Brückner: »Transformation der Demokratie«, Frankfurt 1968, neuaufgelegt Freiburg 1991
– Agnoli: »Überlegungen zum bürgerlichen Staat«, West-Berlin 1975, neuaufgelegt Freiburg 1994

Der langjährige Mitarbeiter des Ermittlungsausschusses West-Berlin,

Roger Wittmann, hat Ende 1985 an der FU Berlin eine dem Werk J. Agnoli verpflichtete Arbeit unter dem Titel: »Das Politische und die Freiheit – Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Emanzipation« vorgelegt. Seine anregenden Darlegungen sind leider bislang unveröffentlicht geblieben.

Carlo Roth und Detlef Hartmann

können – in der gebotenen Vorsicht, die selbstverständlich sowohl eine kritische als auch antipatriarchal verstandene Distanz (und Ironie) einschließen muß – neben Johannes Agnoli in gewisser Weise als »Väter« eines, von Italien inspirierten, um theoretische Fundierung bemühten Stranges einer westdeutschen Autonomie betrachtet werden. Ihre vielfältigen politischen und theoretischen Bemühungen reichen zurück bis in die 68er- Zeit ihres jeweiligen Hamburger und Kölner SDS-Ortsvereins. Ihre politische Biographie schreibt sich seitdem in der engagierten Mitarbeit bei den »Wir wollen alles«-Gruppen, über die Theoriezeitschrift »AUTONOMIE« bis in die Gegenwart als jeweilige Redaktionsmitglieder der Geschichtszeitschrift »1999« (K.H.R.) und den »Materialien für einen neuen Antiimperialismus« (D.H.) fort.

Von Carlo Roth wurde (gemeinsam mit Elisabeth Behrens) mit dem Buch: » Die andere Arbeiterbewegung« der wichtigste Text des bundesdeutschen Operaismus geschrieben. Das von Detlef Hartmann 1981 vorgelegte Buch: »Die Alternative – Leben als Sabotage – Zur Krise der technologischen Gewalt« (Neuauflage 1988) enthält eine scharfe Kritik sowohl an einer Reihe von Spielarten der Marxorthodoxie, diesbezüglichen barbarischen Formen einer Arbeitsorganisation als auch eine schonungslose Abrechnung mit einigen Ideologien einer sich damals ausbreitenden Alternativbewegung. Bemerkenswert erscheint auch die Leistung Detlefs, in den 80er Jahren gegen die theoretische Version eines leninistisch-stalinistischen Antiimperialismus die Konzeption eines »neuen Antiimperialismus« versucht zu haben. Zumindest hat der mittelbare Einfluß dieses theoretischen Bemühens, inbesondere in der praktischen Politik der Autonomen während der IWF-Kampagne als auch während des Verschwindens der DDR mit helfen können, einen gar zu großen, auf eine dubiose Souveränität von Nationalstaaten aller Couleur fixierten Schwachsinn zu vermeiden.

Das Bemühen sowohl von Detlef als auch von Carlo in ihren Texten, einen perspektivischen Blick über eine gar zu banale autonome Handwerkelei zu schärfen, hat sie leider mehr als einmal zu Methoden eines radikalisierten Positivismus zurückgreifen lassen. Darin wechseln sich manches mal in muntere Folge monumentalistische Hochrechnereien mit einem ausweglos erscheinenden Heroismus ab, die von jeglicher Alltäg-

lichkeit entkoppelt sind. Beim Lesen dieser, zuweilen in einem gruseligen Sprachstil verfaßten Texte wird man mehr als einmal von dem Eindruck erschlagen, als würden beständig riesige Schaufelbagger mit dem Ziel über den Globus fahren, da und dort mal wieder ganze Erdteile zusammenzuschieben. Diese Betrachtungsweise der Welt ist natürlich Tüddelkram, jedoch zur Einschüchterung einer unbefangenen Neugier von lernwilligen Menschen ganz nützlich, die in diesen verwendeten Methoden kaum ihre eigenen, realen Erfahrungen zur Sprache bringen können, und vielleicht ja auch gar nicht sollen. In diesem Zusammenhang ist es dann auch nur folgerichtig, wenn Carlos publizistische Interventionen und öffentliche Auftritte in der Form eines, wenn man so will, nachholenden sozialistischen Intellektuellen, nicht immer frei von durchaus konservativen, und im schlechten Sinne autoritären Untertönen sind. Demgegenüber klagt Detlef Hartmann auch heute noch in seinen Texten in der ihm eigenen Art eines militanten Moralismus gegen den aktuellen »Umbruch produktiver Gewalt« und beharrt weiter auf einer Denunziation der »linken Intelligenz«. Nun denn ...

Ein paar nicht uninteressante biographische Stationen und theoretische Positionen von Carlo Roth in dessen fast dreißig Jahre langer linksradikal-autonomen Geschichte können in folgenden Büchern nachgelesen werden:

- »Patient Geschichte«; Festschrift zum 50. Geburtstag von K.H. Roth. Hrsg. von Karsten Linne/Thomas Wohlleben, Frankfurt 1993
- Formbeloff (Hg.) »... und es begann die Zeit der Autonomie«. Politische Texte von Karl Heinz Roth u.a., Hamburg 1993. Sofern man den Frombeloffs Glauben schenken darf, bemüht sich Carlo seit 1986 in dem von ihm mitaufgebauten »Hamburger Institut für Sozialgeschichte« um »eine Institutionalisierung von sozialrevolutionärer Forschung in Form einer autonomen ›Denkfabrik‹.« Denk, Denk, Denk, Denk ... Von dort aus bemüht er sich um eine zuweilen hochspannende Praxis als ein sozialrevolutionärer Wissenschaftspartisan im reaktionären Sumpf der Geschichtswissenschaften.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Carlo und Detlef insbesondere in den 80er Jahren als Stichwortgeber für die Bewegung der Autonomen funktioniert haben. Darüber hinaus sind sie zwischenzeitlich in gewisser – in selbstverständlich außerordentlich konstruktiv gemeinter Art und Weise – zu Gegnern derselben geworden, über deren Formen und Inhalte eines beständig um »Vordenken« bemühten Engagements, nachzudenken bzw. zu reiben sich durchaus lohnt.

Und nicht nur zum Schluß

möchte ich mich in großer Herzlichkeit sowohl bei meinem lieben Freund Don Fredo als auch bei den beiden wundervollen Frauen Lieschen Kranzbühler und Severin Lansac (beide irgendwo in K aus B.) bedanken. Ich habe sie in den vergangenen Jahren mehr als einmal mit meinen, in aller Regel, chaotischen Gedankengängen belästigen dürfen. Sie haben sich trotzdem die Zeit dafür genommen, mir verständnisvoll zuzuhören. Die in dem Feuer und Flamme-Text an ein paar unscheinbaren Stellen aufblitzende Originalität und Schärfe einer Reihe von Gedankenführungen sind mehr als einmal auf ihre brillianten Anstöße und Ausführungen zurückzuführen. Ich habe sie nur noch räubernd in ein paar Textpassagen umzugießen brauchen.

Vollständig überarbeitete Neuauflage der Ausgabe von 1990.

Das wohl umfassendste Buch zur Geschichte der linksradikalen Szene in der BRD nach 1968: Apo, Spontis, K-Sekten, italienische Autonomia, Anti-AKW-Bewegung, Häuserkampf, Startbahn West, Hafenstraße, IWF-Kampagne, Golfkrieg, Antifa, bewaffneter Kampf ...

ISBN: 3-89408-004-5

Feuer und Flamme

Geronimo

Edition ID-Archiv